

Unser Weg
Nr. 2
Oktober 1978

Zur Kritik des »realen Sozialismus«

Nachdrucke aus KAB-AZ und Arbeiterkampf

Vorwort

Aufgabe der „Schulungshefte des KB“ soll es sein, die Politik unserer Organisation und die Entwicklung unserer Politik zu einer Reihe von Themen und Themen-Komplexen in leicht greifbarer Form darzustellen. Die Notwendigkeit eines solchen speziellen Schulungsmaterials hat sich besonders dringend in der derzeit geführten Debatte „Wie geht's weiter im (mit dem) KB?“ herausgestellt: Vielen Sympathisanten und sogar Mitgliedern unserer Organisation ist nur bruchstückhaft die tatsächliche politische Entwicklung und Geschichte des KB, seine Position zu einzelnen Fragen bekannt.

Die „Schulungshefte des KB“ eignen sich für Sympathisanten-Schulungen, zur Information Interessierter, zur Ergänzung von AK-Lesekreisen, und zum gelegentlichen Nachschlagen oder Schmökern für alle Genossinnen und Genossen.

Dieses Heft enthält Texte zum sogenannten „Real existierenden Sozialismus“, auch kürzer „realer Sozialismus“ genannt. Mit dieser Formel umschreibt die revisionistische Propaganda die Gesellschaftssysteme der Länder des RGW. Die Formel soll besagen, daß es keinen anderen Sozialismus gäbe als diesen „realen“ -- man müsse ihn also entweder kritiklos als solchen akzeptieren oder aber man sei ein Feind des Sozialismus und ein Antikommunist.

Wie dieses Heft mit Nachdrucken aus ARBEITERKAMPF und UNSER WEG (bzw. KAB-AZ) auch dokumentiert, steht unsere Kritik des „realen Sozialismus“ im Grunde noch ziemlich am Anfang. Erst in Ansätzen sind wir in diesen Artikeln zur umfassenderen Analyse der gesellschaftlichen Verhältnisse dieser Länder vorgedrungen. Auch die Diskussion über Perspektiven sozialistischer Opposition im „realen Sozialismus“ hat im KB gerade erst begonnen, in erster Linie als Diskussion über den „Prager Frühling“.

Ein besonderer Punkt ist die Diskussion über den „Stalinismus“. Zu diesem Thema soll in ein bis zwei Monaten eine Sondernummer von „Unser Weg“ mit Diskussionsbeiträgen, Thesen, Einschätzungen, Dokumentationen erscheinen.

Zum Thema „realer Sozialismus“ gehört inzwischen auch die Entwicklung in der VR China. Diese wird Gegenstand eines eigenen „Schulungsheft des KB“ sein.

60 Jahre Oktoberrevolution

(aus AK 118, November 1977)

In diesen Tagen jährt sich der Jahrestag der Oktoberrevolution zum 60. Male. In den letzten Oktobertagen 1917 rissen die russischen Arbeiter unter Führung der Bolschewiki die Macht an sich und behaupteten sie. Die verzerrten Feierlichkeiten der heutigen revisionistischen Machthaber in der Sowjetunion, die versteckten Rangeleien zwischen „moskautreuen“ und „Euro“-Vertretern etc. können nicht an der historischen Bedeutung der Oktoberrevolution rütteln. Das russische Proletariat und seine Partei bewiesen die reale Möglichkeit der proletarischen Revolution, und sind allen kämpfenden Völkern der Welt leuchtendes und anspornendes Beispiel geblieben.

Wir wissen heute, daß der Sturz der alten Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer, sowie – als Fortschritt gegenüber der Pariser Kommune – zunächst einmal die Behauptung der Macht, das russische Proletariat nicht davor bewahrt hat, letzten Endes die Macht doch wieder zu verlieren. Die Sowjetunion ist trotz weitreichender ökonomischer Umwälzungen, trotz riesiger Fortschritte gegenüber den düsteren Lebensbedingungen des zaristischen Rußland, heute kein sozialistisches Land. Der sowjetische Staat ist nicht die Diktatur des Proletariats; er, und mit ihm die politische Macht und die Verfügungsgewalt über Produktion und Verteilung, befinden sich heute in den Händen einer neuen Bourgeoisie. Um sowohl die Lehren der Oktoberrevolution uns zu eigen zu machen, als auch ihre Unzulänglichkeiten und die Fehler der weiteren Entwicklung zu analysieren, ist eine gründliche Auseinandersetzung mit der russischen Revolution erforderlich. Wir wollen mit diesem Artikel dazu einen ersten Beitrag leisten.

Am 25. Oktober 1917 haben die russische Bourgeoisie und die Großgrundbesitzer durch den von der bolschewistischen Partei geführten Aufstand der bewaffneten Arbeiter, Soldaten und Matrosen die Macht verloren. In wenigen Stunden fallen den Roten Garden alle wichtigen öffentlichen Gebäude und strategischen Positionen in Petrograd und Kronstadt in die Hände. Am Morgen des 26. Oktober (1) wird das Winterpalais, der ehemalige Sitz des Zaren und damalige Sitz der provisorischen Regierung Kerenski, gestürmt. Die dort tagenden Minister werden verhaftet, Kerenski selbst gelingt die Flucht.

Im Laufe des 25. Oktober bestätigt der von bolschewistischer Mehrheit geprägte Petrograder Sowjet die Absetzung der provisorischen Regierung. Diese Absetzung war zuvor durch das revolutionäre Militärkomitee per Dekret veranlaßt worden. Dieses Komitee war das militärische Zentrum der zuvor im ganzen Land aus bewaffneten Arbeitern und Soldaten aufgestellten Roten Garden

und stand unter der Leitung der Bolschewiki.

Am Abend des 25. Oktober tagt der zweite gesamtrossische Sowjetkongreß und bestätigt seinerseits die Absetzung der Regierung Kerenski. Er beschließt die Bildung einer neuen, revolutionären Regierung, des „Rats der Volkskommissare“. Der Kongreß beauftragt die Regierung „...sofort Verhandlungen über einen gerechten demokratischen Frieden ...“ (2) einzuleiten und beschließt das „Dekret über den Grund und Boden“, das die Enteignung der Grundbesitzer einleitet (3).

Der bewaffnete Aufstand hat fast gleichzeitig in den großen städtischen Zentren Rußlands gesiegt, und hat anschaulich den Verlust der Autorität der erst im Februar durch die bürgerliche Revolution eingesetzten provisorischen Regierung Kerenski demonstriert.

Der Hauptteil der Armee verweigert in der Folge Kerenski die Gefolgschaft; seine Offensive gegen Petrograd in den Tagen nach der Oktoberrevolution scheitert jämmerlich.

Die Bourgeoisie hat die Macht verloren und die Arbeiterklasse hat zum zweiten Mal in der Geschichte – nach der Pariser Kommune – die Herrschaft ihrer Klasse errungen und gegen den Ansturm der Konterrevolution behaupten können.

Die Februarrevolution und der politische Prozeß bis Oktober 1917

Rußland vor dem Oktober 1917 ist ein halbfeudales, vom Weltimperialismus stark abhängiges Land und zugleich selbst imperialistisch. Vornehmlich der englische und französische Imperialismus haben in Rußland investiert, teils in Form von Krediten für den Zarismus, teils in die Eisen- und Maschinenbauindustrie, teils in die Erdöl- und Kohleförderung. Diese Abhängigkeit ist eine Ursache für die Schwäche des russischen Imperialismus; seine eigene kapitalistische Basis ist äußerst schwach entwickelt.

Der russische Imperialismus hat daher einen Doppelcharakter. Er verbindet sozusagen zwei imperialistische Tendenzen, eine kapitalistische und eine ‚vorkapitalistische‘. Der kapitalistischen Tendenz entspricht eine hohe Konzentration des industriellen Kapitals (wenngleich schwach entwickelt) und die Existenz eines Bankkapitals. Die aus beiden sich zusammensetzende ‚Hochfinanz‘ (das Finanzkapital) treibt die Expansion voran und ist eng mit dem französischen und englischen Imperialismus verbunden. Dem ‚vorkapitalistischen Imperialismus‘ entspricht der militärische Expansionismus des zaristischen Rußland, der sich seit Peter dem Großen (1682 – 1725) im „großrussischen Reich“ durchgesetzt hat. In Europa richtete sich dieser Expansionismus vor allem auf Finnland, die baltischen Länder und Polen, im Süden richtet er sich gegen die Türkei, Persien, Afghanistan und Indien.

Diese knappe Darstellung soll an dieser Stelle als Hintergrund des im Folgenden dargestellten revolutionären Prozesses genügen (4). Es wird nach dem Gesagten sicher nicht schwerfallen, eine ungefähre Vorstellung von dem ungeheuren ökonomischen und politischen Druck zu bekommen, der in einem solchen Staat auf den Völkern lastet.

Die ohnehin elenden Lebensbedingungen der Arbeiter und Bauern werden durch die Beteiligung des russischen Imperialismus am I. imperialistischen Weltkrieg noch erheblich verschlechtert.

Seit der sog. „Aufhebung“ der Leibeigenschaft (1861) müssen die russischen Bauern das von ihnen bearbeitete Land im Rahmen langfristiger Verträge von den Großgrundbesitzern kaufen. Zudem kommt noch eine Pachtgebühr für das noch nicht bezahlte Land in Form von Naturalien, die allein nicht selten die Hälfte der Ernte ausmachen. Der großrussische Militarismus zieht dazu viele, gerade der produktivsten Arbeitskräfte vom Land ab und steckt sie in seine Armee. Er belastet die Bauern zusätzlich durch hohe Steuern für seine Unternehmungen und durch Requirierungen etc.

Das im Februar 1917 zusammenbrechende zaristische Rußland war, was die nackte Existenz, Versorgung etc. seiner Völker angeht, am Rande der Katastrophe.

Die russischen Arbeiter mußten für Hungerlöhne mindestens 12 1/2 Std., oftmals aber 14 und 15 Stunden arbeiten – auch die Kinder mußten schuften, bis sie umfielen. Es gab keinerlei Arbeitsschutz, die Fülle von Verstümmelungen sowie tödlichen Unfällen in der Industrie waren durch brutalste Ausbeutungsmethoden ungeheuer hoch.

Ende 1916, Anfang 1917 nahmen die Massenkämpfe, beschleunigt durch den sich abzeichnenden Zusammenbruch des Engagements der russischen Imperialisten im I. Weltkrieg, einen enormen Aufschwung. Generalstreiks und Demonstrationen mit der Beteiligung von Hunderttausenden von Menschen griffen um sich. Gefordert wurde vor allem Brot, Land für die Bauern, Frieden und politische Freiheiten!

Im Februar 1917 wurde der Zarismus gestürzt.

Die Revolution des Februars 1917 war ihrem Charakter nach eine bürgerliche Revolution. Dies, obwohl der „klassische“ Träger, die Bourgeoisie, aufgrund ihrer oben erklärten relativen Schwäche und des daraus resultierenden besonderen Bündnisses mit dem Zarismus, unfähig war, selbst den Kampf für ihre Klasseninteressen gegen den Zarismus zu führen.

„Diese Unfähigkeit erklärt die Furcht der russischen Bourgeoisie vor jeder Bedrohung der bestehenden Ordnung. Seit der Revolution von 1905 weiß sich die Bourgeoisie einer zum entschlossenen Kampf fähigen Arbeiterklasse gegenüber. Die Kampfkraft des russischen Proletariats wächst unaufhörlich. Da es organisiert ist, ist es in immer höherem Maß fähig und entschlossen, jede revolutionäre Veränderung zu seinen Gunsten zu nutzen. Die Bourgeoisie ist daher gelähmt und dazu verurteilt, dem Proletariat und der Bauernschaft die revolutionäre Initiative zu überlassen, und genau dies war im Februar 1917 der Fall“ (5). Dieser Mangel an Initiative der potentiell revolutionären Klasse erklärt die Besonderheiten der Februarrevolution.

Obwohl bürgerliche Revolution, ruft sie als erstes eine Sowjetmacht ins Leben, während die bürgerliche „provisorische Regierung“ erst danach entsteht.

Am 27. Februar 1917 wird das „provisorische Revolutionskomitee“ gebildet, das hauptsächlich aus Führern der sozialistischen Parteien und der Partei der Sozialrevolutionäre besteht.

Dieses Komitee ruft die Arbeiter und Soldaten der Hauptstadt dazu auf, einen Petrograder Sowjet zu bilden (dieser tritt am 28. Februar erstmals zusammen) und unterstellt diesem per Dekret alle Truppenteile. In den folgenden Wochen bilden sich überall im Land Arbeiter-, Bauern- und Soldatenräte sowie Fabrikkomitees. Ende Februar wird der Petrograder Sowjet von fast allen der neu entstandenen Sowjets im Land unterstützt und ist faktisch ein souverän herrschendes Machtorgan, anscheinend ohne Gegenpol. Das aus der alten Reichsduma (einem Witz, von zaristischem „Parlament“) hervorgegangene „Komitee“, genießt bei den revolutionären Massen kaum Ansehen, da es sich zumeist aus Repräsentanten der Bourgeoisie und des Grundeigentums zusammensetzt.

Der Petrograder Sowjet, der sich hauptsächlich aus Menschewiki und Sozialrevolutionären rekrutiert, schließt nun am 1. März 1917 mit dem Komitee der Duma einen Vertrag ab, kraft dessen sich eine aus bürgerlichen Politikern (mit Kerenski an der Spitze) bestehende „provisorische Regierung“ bildet. Der Petrograder Sowjet verpflichtet sich darüber hinaus, diese Regierung unter bestimmten Bedingungen zu unterstützen (7).

Damit entsteht eine Situation, die Lenin treffend als „Doppelherrschaft“ gekennzeichnet hat.

Doppelherrschaft bedeutet die gleichzeitige Existenz von Organen der Herrschaft der Bourgeoisie und der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“. Diese „revolutionär-demokratische Diktatur...“ ist im April 1917 zugleich verwirklicht, weil „...faktisch in Petrograd die Macht in den Händen der Arbeiter und Soldaten liegt...“, und nicht verwirklicht, da die Mehrheit der Volksmassen vermittels der Sozialrevolutionäre und Menschewiki die Klassenzusammenarbeit unterstützt, so daß „die Bourgeoisie an der Macht“ bleibt (8).

Diese Situation ist äußerst labil; sie beinhaltet, so Lenin, daß sich Rußland in einer Situation des „...Übergangs von der ersten Etappe der Revolution zur zweiten...“ befindet, d.h. hier „verflochten“ sich der Prozeß der bürgerlichen Revolution mit dem Prozeß der proletarischen Revolution. „...Eine neue Etappe der bürgerlich-demokratischen Revolution beginnt (erst), wenn sich die Bauernschaft von der Bourgeoisie löst, wenn sie wider die Bourgeoisie vom Grund und Boden und von der Macht Besitz ergreifen wird“ (9).

In diesen komplizierten Prozeß korrekt einzugreifen, weder „bei den Massen“ zu bleiben, noch sich von der zahlenmäßig geringen proletarischen Vorhut der Revolution rücksichtslos vorwärtsstreben zu lassen, weder etwa gleich den Aufstand propagieren, noch etwa, wie J.W. Stalin zeitweilig vertrat, zur Unterstützung der bürgerlichen Regierung herabzusinken etc., waren die Fragen, die in den Reihen der Bolschewiki diskutiert wurden. Der am 3. April in Rußland aus dem Exil eintreffende Wladimir Iljitsch Lenin griff mit seinen „Aprilthesen“ in diese Diskussion ein, die weitgehend in der Folge die Politik der Bolschewiki bestimmten. Im Groben skizziert umfassen diese Thesen folgende Positionen:

„1. In unserer Stellung zum Krieg, der von seiten Rußlands auch unter der neuen Regierung Lwow u. Co. – infolge des kapitalistischen Charakters dieser Regierung – unbedingt ein räuberischer, imperialistischer Krieg bleibt, sind auch die geringsten Zustände an die revolutionäre Vaterlandsverteidigung unzulässig. Einem revolutionären Krieg, der die revolutionäre Vaterlandsverteidigung wirklich rechtfertigen würde, kann das klassenbewußte Proletariat seine Zustimmung nur unter folgenden Bedingungen geben: a) Übergang der Macht in die Hände des Proletariats und der sich ihm anschließenden ärmsten Teile der Bauernschaft; b) Verzicht auf alle Annexionen in der Tat und nicht nur in Worten; c) tatsächlicher und völliger Bruch mit allen Interessen des Kapitals.“

2. Die „gegenwärtige Lage... ist gekennzeichnet... vom Übergang von der ersten Etappe der Revolution... zur zweiten (oben schon zitiert)...“

Dieser Übergang ist gekennzeichnet durch ein Höchstmaß an Legalität (Rußland ist z.Zt. von allen kriegsführenden Ländern das freieste Land der Welt), andererseits dadurch, daß gegen die Massen keine Gewalt angewandt wird, und schließlich durch die blinde Vertrauensseligkeit der Massen gegenüber der Regierung der Kapitalisten, der ärgsten Feinde des Friedens und des Sozialismus. Diese Eigenart fordert von uns die Fähigkeit, uns den besonderen Bedingungen der Parteiarbeit unter den unerhörten breiten, eben erst zum politischen Leben erwachten Massen des Proletariats anzupassen.

3. Keinerlei Unterstützung der provisorischen Regierung... Entlarvung... (keine) Illusionen erwecken... die Forderung... die Regierung der Kapitalisten solle aufhören, imperialistisch zu sein...“

4. Anerkennung der Tatsache, daß unsere Partei in den meisten Sowjets der Arbeiterdeputierten in der Minderheit, vorläufig sogar in einer schwachen Minderheit ist, gegenüber dem Block aller kleinbürgerlichen Elemente, die dem Einfluß der Bourgeoisie erliegen sind und diesen Einfluß in das Proletariat hineintragen...“

5. Keine parlamentarische Republik – von den Sowjets der Arbeiterdeputierten zu dieser zurückzukehren wäre ein Schritt rückwärts –

sondern eine Republik der Sowjets der Arbeiter, Landarbeiter- und Bauerndeputierten im ganzen Land, von oben bis unten. Abschaffung der Polizei, der Armee, der Beamten-schaft.

Entlohnung aller Beamten, die durchweg wählbar und jederzeit absetzbar sein müssen, nicht über den Durchschnittslohn eines guten Arbeiters hinaus.

6. Im Agrarprogramm Verlegung des Schwerepunkts auf die Sowjets der Landarbeiterdeputierten.

7. Konfiskation aller Gutsbesitzerländereien.

Nationalisierung des gesamten Bodens im Lande; die Verfügungsgewalt über den Boden liegt in den Händen der örtlichen Sowjets der Landarbeiter- und Bauerndeputierten...“

7. Sofortige Verschmelzung aller Banken des Landes zu einer Nationalbank und Errichtung der Kontrolle über die Nationalbank durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten...“

8. Nicht „Einführung“ des Sozialismus als unsere unmittelbare Aufgabe, sondern augenblicklich nur Übergang zur Kontrolle über die gesellschaftliche Produktion und die Verteilung der Erzeugnisse durch den Sowjet der Arbeiterdeputierten.

9. Aufgaben der Partei... Einberufung eines Parteitag... (dort). Änderung des Parteiprogramms... (insbesondere) Stellung zum imperialistischen Krieg... Stellung zum Staat... Berichtigung des veralteten Minimalprogramms... Änderung des Namens der Partei...“

10. Erneuerung der Internationale. Initiative zur Gründung einer revolutionären Internationale, einer Internationale gegen die Sozialchauvinisten und gegen das Zentrum...“ (10).

Der Aufschwung der Sowjetbewegung

Ab März 1917 werden in allen größeren und mittleren Städten Rußlands Arbeiter- und Soldaten-, später auch Bauernsowjets gebildet. Schätzungsweise gibt es im Mai 400, im August 600 und im Oktober 900 Sowjets (11).

Die weitgehend vorherrschenden Menschewiki und Sozialrevolutionäre lehnen die Sowjets als Organe der Macht schlichtweg ab und wollen sie vor allem mit propagandistischen und Verwaltungsaufgaben betraut sehen. Ein wesentliches „Argument“ dieser Leute gegen die Lösung „Alle Macht den Räten!“ war, daß „die Sowjets Klassenorganisationen sind, die nur einen Teil der Bevölkerung umfassen“. Sie zogen daher folgenden Schluß: „Im Falle der Errichtung der Sowjetetherrschaft würden die übrigen Gesellschaftsschichten, vor allem das Bürgertum, der Revolution den Rücken kehren, und das Proletariat, der Kern der Sowjetmacht, stünde isoliert da“ (12).

Indessen entwickeln sich die Sowjets ungeachtet derartiger opportunistischer „Bedenken“ faktisch sehr schnell zu lokalen Machtorganen, organisieren immer weitgehend das gesellschaftliche Leben, geben sich eine nationale Organisation. Die Sow-

jets wählen Delegierte zu Gebiets- und Gouvernementsowjets und zum Gesamt-russischen Sowjetkongreß. Dieser wird Ende März zum ersten Mal abgehalten. Auf ihm wird das Zentralexekutivkomitee Rußlands der Sowjets gebildet, das unter der festen Vorherrschaft der Sozialrevolutionäre steht. Fortan versucht dieses Komitee mit dem Petrograder Sowjet, der weithin großes Ansehen genießt, zu rivalisieren. In diesem Sowjet hatten die Bolschewiki zuerst die Mehrheit der Deputierten errungen.

„Die Radikalisierung der Arbeiter bestehenden Sowjets geht zunächst langsam vor sich, entwickelt sich später aber rasch und unauffällig. So zählt die bolschewistische Fraktion des Petrograder Sowjets kurz nach der Februarrevolution bei ihrer Gründung, am 6. März 1917, nur 40 Mitglieder, bei insgesamt 2000 – 3000 Delegierten (die Zahl der Delegierten wechselt nämlich ständig und schnell). Auf dem ersten Gesamt-russischen Sowjetkongreß sind es immer noch nur 105 Bolschewiki gegenüber 1090 Delegierten insgesamt; aber die Delegierten spielen schon eine beherrschende Rolle in der Arbeitersektion des Kongresses, in der mit 173 gegen 144 Stimmen eine bolschewistische Resolution angenommen wird. Im Oktober sind die Bolschewiki, die sich vor allem auf die Arbeiterklasse stützen, sowohl auf dem 2. Sowjetkongreß, als auch im Petrograder Sowjet in der Mehrheit“ (13).

Neben den Arbeitern bilden die Bauern und die Soldaten (die zumeist auch im Zivilleben Bauern sind) die zweite Komponente der Sowjetbewegung. Die hinter der Front stationierten Soldaten radikalisierten sich, in etwa den Arbeitern vergleichbar. Langsamer verläuft dieser Prozeß bei den Frontsoldaten. Bis zum Juni bleiben diese weitgehend unter dem Einfluß der Sozialrevolutionäre und der Menschewiki. Der Zusammenbruch einer von Kerenski versuchten Offensive an der Front während des Sommers sowie die immer breitere bolschewistische Propaganda verändern dann diese Situation sehr schnell. Im Oktober unterstützen sowohl die Front- als auch die Etappensoldaten mehrheitlich die Bolschewiki. Die Bauern bringen der Sowjetbewegung weitaus größere Distanz entgegen. Sie organisieren sich zunächst in der Form der sog. Agrarkomitees, die weitgehend mit der provisorischen Regierung zusammenarbeiten. Die eigentlichen Bauernsowjets entstehen zumeist direkt als Gegenorganisationen zu diesen Komitees.

„Die Bauernmassen bleiben ideologisch dem Einfluß der Sozialrevolutionäre unterworfen; sie stellen nicht die Machtfrage. Ihr Vorgehen zielt im wesentlichen auf die Agrarreform, die als Enteignung und Aufteilung der großen Ländereien der Grundbesitzer, des Staates und des Klerus verstanden wird. Die Aktion der Bauernmassen zielt 1917 in dieselbe Richtung wie die früheren bäu-

erlichen Aktionen: lokale Aufstände und unmittelbare Enteignung von Ländereien. Dennoch nimmt von Mai bis Oktober 1917 diese revolutionäre Massenaktion ein immer größeres Ausmaß an. Sie entgleitet den Sozialrevolutionären und bereitet objektiv die Oktoberrevolution vor“ (14).

Der Einfluß der Bolschewiki bleibt alles in allem gesehen jedoch in der Bauernschaft bis zur Oktoberrevolution und auch noch lange Zeit danach recht schwach. Dies mag noch einmal verdeutlichen, daß auf dem ersten Kongreß der Bauernsowjets, der vom 4. – 28. Mai stattfindet, von den 1115 Delegierten rund 571 Sozialrevolutionäre und nur 14 (!) Bolschewiki waren (15).

Noch am Vorabend der Oktoberrevolution spricht sich die Mehrzahl der Bauernsowjets gegen die Beteiligung am Gesamt-russischen Sowjetkongreß aus.

„Der Aufstand ist eine Kunst“ (Lenin)

Die Bedingungen der Oktoberrevolution reifen mit dem Anwachsen der Bauernkämpfe unauffällig an. Lenin sprach im April davon, daß die Revolution erst dann in eine neue Phase treten kann, wenn die Bauern, getrieben von ihrer zugespitzten Situation das Vertrauen in die provisorische Regierung zu verlieren beginnen, was zwangsläufig mit dem Anwachsen ihrer Kämpfe und der damit verbundenen Repression durch die Regierung der Fall sein wird. Andererseits aber stellt die Bauernbewegung nicht die Machtfrage, entwickelt sich einheitlich, bleibt örtlich beschränkt etc. – sie läuft Gefahr, Stück für Stück erschlagen zu werden. Die Bolschewiki wären nicht nur „Verräter“ an der Bauernschaft, sondern würden nach Lenins Meinung gar die gesamte Revolution aufs Spiel setzen, wenn sie nicht in dieser Situation – nicht früher und nicht später – zur Offensive gegen die provisorische Regierung übergehen würden, die sich anschickt, die Bauernbewegung zu erdrücken. „...Die Niederwerfung des Bauernaufstands durch (die) Regierung dulden... heißt die ganze Revolution zu Grunde richten...“ (16).

Lenin fordert daher die Bolschewiki auf, „plötzlich loszuschlagen“. Abwarten hieße nicht nur die Unterdrückung der Bauern hinzunehmen, sondern birge zudem die Gefahr in sich, daß die provisorische Regierung ihre Truppen um Petrograd angesichts der wachsenden Kämpfe zusammenziehe und den für sie günstigsten Zeitpunkt des Losschlagens wähle. Das Proletariat ist derzeit im Vorteil. Die Bolschewiki verfügen über „...Tausende bewaffneter Arbeiter und Soldaten, die mit einem Schlag den Winterpalais, den Generalstab... besetzen können...“. Die so etablierte Sowjetregierung könne von der Bourgeoisie nicht vertrieben werden, da „...in der Armee... eine solche Agitation einsetzen (wird), daß es unmöglich sein wird, gegen diese Regie-

ung des Friedens, des Bodens für die Bauern usw. zu kämpfen" (17).

Die militärische Schwäche des Gegners war zudem durch den im August niedergeworfenen Putsch des reaktionären Generals Kornilow sichtbar geworden.

Aber nicht nur die größtmögliche gegenseitige Paralisierung, Verwirrung und Machtlosigkeit im Lager des Gegners muß in die Analyse des günstigsten Zeitpunktes des Aufstehens eingehen, diese Analyse muß gleichfalls die größtmögliche Dialektik von avantgardistischer Aktion und Massenbewegung berücksichtigen. Lenin schlägt unter Berücksichtigung aller dieser Umstände im Oktober dann den Zeitpunkt des Loschlagens auf den Tag genau vor:

„Der 6. November ist zu zeitig. Wir benötigen für die Erhebung eine Gesamt russische Basis, und am 6. November werden noch nicht alle Delegierten auf dem Kongreß erschienen sein. (gemeint ist der II. Gesamtrussische Sowjetkongreß – Anm. der Red.). Der 8. November dagegen wäre zu spät. Bis dahin wird sich der Kongreß konstituiert haben, und für eine umfangreiche Körperschaft ist es schwer, schnell und entscheidend zu handeln. Wir müssen am 7. in Aktion treten, wenn der Kongreß zusammentritt, damit wir ihm sagen können: Hier ist die Macht. Was denkt ihr damit zu tun?“ (18).

Am 10. Oktober stimmt das Zentralkomitee nach mehreren Wochen des Zögerns dem bewaffneten Aufstand zu. Zuvor hatte es die Vorschläge Lenins unbeantwortet gelassen, ja sogar verschiedene seiner Artikel „unterdrückt“. Dadurch sah Lenin sich veranlaßt, seinen Rücktritt aus dem ZK zu beantragen, um sich „... die Freiheit der Agitation in den unteren Parteiorganisationen und auf dem Parteitag vorzubehalten...“ (19).

Lenin war alles andere als der „große Führer“ der Bolschewiki, der nur mit den Fingern schnippte, und die Partei folgte.

Er schwamm mehr als einmal „gegen den Strom.“ So sehr es von einem falschen Geschichtsverständnis zeugt, ihn und seine Positionen in einem Zuge mit den Bolschewiki

und ihrer Arbeit gleichzusetzen, umso mehr verdient er es, daß wir gerade von seiner unnachgiebigen, rücksichtslosen Konsequenz lernen, die sein gesamtes Wirken kennzeichnet. Er war weder selbst Duckmäuser, noch akzeptierte er Unterwürfigkeit, er stritt offen und scharf um seine Positionen, nicht selten gegen die Mehrheit der Partei, und er kannte keinen Opportunismus, was seine Person, seine „Parteiämter“ etc. betraf. Vergleicht man seine Vorliebe für den politischen Meinungsstreit mit der Selbstbeweihräucherung der heutigen Machthaber der Sowjetunion, so wirft das allein schon ein bezeichnendes Licht auf den Grad der bürgerlichen Versumpfung dieser Leute.

Indes lassen sich die Wurzeln der heutigen Entartung bis in die politischen Prozesse vor und nach der Oktoberrevolution verfolgen, und Lenin selbst hat neben anderen Revolutionären der ersten Stunde in den ersten Jahren der Sowjetmacht sich bemüht, schonungslos die Wunden der neuen Ordnung offenzulegen.

Man kann, so seine allgemeine Einschätzung, „... auf einen Schlag die Klassen nicht abschaffen. Und die Klassen sind geblieben und werden für die Dauer der Epoche der Diktatur des Proletariats bestehen bleiben. Die Diktatur wird nicht mehr gebraucht werden, wenn die Klassen verschwunden sind. Sie werden nicht verschwinden, ohne die Diktatur des Proletariats. Die Klassen sind geblieben, aber je die Klasse hat sich in der Epoche der Diktatur des Proletariats verändert, auch ihr Verhältnis zueinander hat sich verändert. Der Klassenkampf verschwindet nicht unter der Diktatur des Proletariats, er nimmt nur andere Formen an.“ (20).

Um die veränderten Beziehungen zwischen den Klassen nach bzw. durch die Oktoberrevolution, um die daraus resultierenden Schwierigkeiten, Fehlentwicklungen etc., kurz: um den Klassenkampf unter den Bedingungen der jungen Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion, um die gravierendsten Fehler der KPdSU-Führung unter Stalin, sowie um die allgemeinen Lehren der russischen Revolution soll es in einem zweiten Teil des Artikels im nächsten ARBEITERKAMPF gehen.

QUELLENNACHWEIS

1. Bis Anfang 1918 hatte Rußland einen eigenen, den sog. Julianischen Kalender. Alle Daten verschieben sich also nach dem in Westeuropa gültigen Kalender um 14 Tage nach vorn. Nach unserem Kalender fand die Oktoberrevolution also am 7. November statt.

2. vgl. LW 26, S. 239

3. ebd., S. 249

4. Zur Vertiefung der hier angerissenen Fragen sei hier angegeben: Charles Bettelheim, Klassenkämpfe in der UdSSR Bd. 1, J.W. Stalin, Geschichte der KPdSU (Bolschewiki), kurzer Lehrgr., Werke Bd. 15.

Die folgenden nicht ausdrücklich zitierten oder anders ausgewiesenen Fakten dieser Arbeit sind aus diesen beiden Quellen, sowie zudem aus J. Reed, „10 Tage, die die Welt erschütterten“.

5. Die Sozialrevolutionäre waren eine „linke Bauernpartei“, deren soziale Basis vor allem das ländliche Kleinbürgertum und die ländliche Intelligenz waren. Ihr Ziel war es, alle „Werkstätigen“ unter der Führung der „Bauernschaft“ zu vereinen, ihre Forderungen waren bauernspezifisch, gegen den Großgrundbesitz gerichtet, wurden in Konsequenz jedoch der Bourgeoisie die politische Macht belassen.

7. Vergl. O. Anweiler, Die Rätebewegung in Rußland 1905 - 1921, Leiden, 1958

8. Lenin, Briefe über die Taktik, LW 24, S. 28/29

9. ebd. bis S. 30

10. Lenin, Aprilthesen, LW 24, S. 3 - 8

Lenin merkt zu These 10 zum „Zentrum“ an:

„Als 'Zentrum' bezeichnet man in der internationalen Sozialdemokratie die Richtung, die zwischen den Chauvinisten (= Vaterlandsverteidigern) und den Internationalisten schwankt, nämlich Kautsky und Co. in Deutschland, Longuet und Co. in Frankreich, Tschaidse und Co. in Rußland, Turati und Co. in Italien, MacDonald und Co. in England usw.“

11. O. Anweiler, S. 140

12. ebd., S. 137f

13. Ch. Bettelheim, S. 68

14. ebd., S. 70

15. O. Anweiler, S. 150 f

16. LW 26, S. 64 - Die Krise ist herangereift

17. ebd., S. 66 und 67

18. John Reed, „10 Tage...“

19. LW 26, S. 67

20. LW 30, S. 91; Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Alle Macht den Sowjets!

(aus AK 120, Januar 1978)

Im ersten Teil dieses Artikels haben wir uns mit der politischen Entwicklung des Jahres 1917 in Rußland bis zur Oktoberrevolution befaßt. Nun ist es klar, daß mit dem Sieg in der Revolution, mit der Erringung der politischen Macht lediglich eine wesentliche Voraussetzung des sozialistischen Aufbaus geschaffen worden ist, die Probleme dieses Aufbaues jedoch eben erst angefangen haben. „Der Klassenkampf verschwindet nicht - er nimmt nur andere Formen an“, das war Lenins Kernaussage für die seinerzeit vor den Bolschewiki liegende neue Epoche. Es kommt also darauf an, die Beziehungen zwischen den Klassen zu untersuchen sowie exakt den wirklichen Charakter der Staatsmacht in ihrer Entwicklung zu analysieren, um das jeweils korrekte Eingreifen zu bestimmen. Wir wissen heute, daß dieser Denkansatz nicht erst seit Chruschtschow, sondern schon in der Stalin-Ära allzu schnell zu Grabe getragen wurde.

Die proletarische Macht nach dem Oktober und ihre Besonderheiten

Wir haben im ersten Teil gesehen, daß die bolschewistische Partei im Verlaufe der Entwicklung des Jahres 1917 von einer zahlenmäßig kleinen, aber auch nach Einfluß geringen politischen Kraft zur führenden Partei geworden ist. Die führende Rolle der Bolschewiki hat zwei Seiten: eine politische und eine ideologische. Die ideologische, das heißt der Grad der Verankerung der Ideen des wissenschaftlichen Sozialismus, hängt unmittelbar mit dem politischen Wirken der Partei zusammen. Es ist allein schon aus der kurzen Zeitspanne des revolutionären Prozesses in Rußland (ein halbes Jahr) bis zur Eroberung der politischen Macht ersichtlich, daß der rapide Vertrauensschwund der bürgerlichen Kräfte die Bolschewiki zwar zur politisch und auch ideologisch führenden Kraft gemacht hat, die ideologische Führung jedoch nur auf recht tönernen Füßen stehen konnte.

„Die Eroberung der führenden ideologischen Rolle durch das Proletariat und seine Partei ist dadurch gekennzeichnet, daß eine Anzahl revolutionärer Ideen hinsichtlich der aktuellen Lage, ihrer Widersprüche und hinsichtlich der Art und Weise, sie zu lösen, in einem so starken Maß die Massen ergreifen, daß sie zur materiellen Gewalt werden und die Herrschaft der bürgerlichen Ideologie erschüttern: das ist ein Resultat, das die bolschewistische Partei erreicht hat; ein Resultat, das sich in der Tatsache äußert, daß die Volksmassen sich der bestehenden Ordnung nicht mehr fügen und die Soldaten sich weigern, die Gewehre auf diejenigen zu richten, die die Nutznießer dieser Ordnung ihnen als Ziel angeben. Ist dieser Punkt erreicht, kann sich die führende ideologische Rolle des Proletariats in die politische Hegemonie umwandeln, die ermöglicht, die politische Macht des Proletariats zu errichten, wie es in der Oktoberrevolution geschah“ (1).

Diese hier anschaulich beschriebene „führende ideologische Rolle“ darf jedoch in keinem Fall etwa mit der Vorherrschaft der proletarischen Ideologie verwechselt werden. Nicht die grundlegenden Ideen des Marxismus sind nämlich in einen entscheidenden Teil des Volkes eingedrungen - Ideen, die die Perspektiven des Sozialismus erklären und die es ermöglichen, die Erfordernisse des Wegs zum Kommunismus zu erkennen - sondern erst einmal diejenigen Ideen, die den „unmittelbaren Aufgaben“, wie Lenin sie nennt, entsprechen. Und selbst diese Ideen wirkten etwa aufgrund mangelnder Präsenz der Bolschewiki in die Bauernmassen hinein sehr schwach. Vergleicht man diese Ausgangsbedingungen etwa mit denen der KP Chinas, so hatten die chinesischen Kommunisten eine sehr viel stärkere Position. Die KP Chinas hatte 28 Jahre politische Tätigkeit hinter sich, der erste Kongreß der bolschewistischen Fraktion der SDAPR lag demgegenüber zum Zeitpunkt der Oktoberrevolution erst 13 Jahre zurück. Die KP

Chinas hat 1949 rund 20 Jahre der Führung der roten Stützpunktgebiete und befreiten Gebiete hinter sich, in denen sie eine unvergleichbare politische, ideologische, militärische und wirtschaftliche Massenaktivität entwickelte.

Man muß bei alledem bedenken, daß die ideologisch rückständigen russischen Bauernmassen bei weitem den überwiegenden Bevölkerungsanteil ausmachten. 1913 schätzte man ihn auf 67%, gegenüber 14% Proletariern (2).

„Wir haben in Wirklichkeit keinen Arbeiterstaat, sondern einen Arbeiter- und Bauernstaat...“ (3). Gegen diese Äußerung Lenins auf einer Sitzung der KPR(B)-Fraktion des 8. Sowjetkongresses am 30.12.1920 rief Bucharin dazwischen: „Was für einen Staat? Einen Arbeiter- und Bauernstaat?“ Lenin griff die Sache in einem Prawda-Artikel vom 21.1.1921 wieder auf und erklärte: „... ich sehe nun, daß ich unrecht und der Genosse Bucharin recht hatte... Der Arbeiterstaat ist eine Abstraktion. In Wirklichkeit haben wir nämlich einen Arbeiterstaat, erstens mit der Besonderheit, daß im Lande nicht die Arbeiter- sondern die Bauernbevölkerung überwiegt, und zweitens haben wir einen Arbeiterstaat mit bürokratischen Auswüchsen“ (4). Was Lenin hier verdeutlichte, angesichts der oberflächlich betrachtet recht bedeutungslos erscheinenden Differenz mit Bucharin, ist, „... daß die konkrete Wirklichkeit des Sowjetstaates notwendig vom Charakter jener Beziehungen bestimmt ist, die die bäuerliche Bevölkerung - die bestimmende gesellschaftliche Kraft in einem Land, dessen Bevölkerung in der Mehrheit aus Bauern besteht - mit dem Proletariat - die durch seine Partei führende gesellschaftliche Kraft unterhält“ (5).

Dieses Problem stellt sich auf eine zweifache Weise: zum einen besteht objektiv ein Widerspruch zwischen den in großer Anzahl vorhandenen nicht proletarischen Massen und dem proletarischen Charakter der Staatsmacht - zum anderen als Problem der korrekten Behandlung dieses Widerspruchs. Sucht man nach den Wurzeln der heutigen gesellschaftlichen Situation in der Sowjetunion, so gibt es nicht wenige Leute, die sich mit dem Aufdecken des objektiven Widerspruchs weitgehend zufriedenge-

ben. Diese Leute (häufig im Bereich des Trotzkismus angesiedelt) erläutern dann dazu noch die entsprechenden ökonomischen Verhältnisse (halbfeudales rückständiges Land etc.), und kommen allzu schnell zu dem Schluß: „die Sache konnte ja nicht gutgehen“.

Eine solche Betrachtungsweise läßt die Analyse der subjektiven Seite, nämlich der Maßnahmen, mit denen die russischen Revolutionäre versucht haben, den Widerspruch zwischen der Existenz breiter nichtproletarischer Massen und dem proletarischen Charakter der Staatsmacht zu lösen, weitgehend außen vor; bzw. spielt die Bedeutung dieses Eingreifens herunter. Sie leugnet in Konsequenz die Möglichkeit der proletarischen Revolution für Länder wie das damalige Rußland, China usw..

In der jungen Sowjetunion sind sehr schnell Maßnahmen getroffen worden, die darauf abzielten, den gesellschaftlichen Einfluß der Bauernmassen zunächst einmal zurückzudrängen. So legte man die Repräsentanz eines Delegierten der Bauernbevölkerung auf 125.000 Einwohner, die Repräsentanz eines Delegierten der Stadtbevölkerung auf 25.000 Wähler fest (6).

Diese Vorzugsstellung ist nicht ohne Bezug auf die Ergebnisse der Wahlen zur Konstituierenden Versammlung. Diese Versammlung war, kaum daß sie am 5./6.1.1918 zusammenkam, wieder aufgelöst worden. Bei diesen Wahlen — immerhin unter der Sowjetmacht organisiert — erhielten die Bolschewiki von den 707 Sitzen nur 175 gegenüber 410 für die Sozialrevolutionäre, 17 für die Kadettenpartei, 16 für die Menschewiki und 86 für verschiedene nationale Gruppierungen (7). Obwohl alsbald die Tätigkeit der anderen politischen Parteien — insbesondere der Sozialrevolutionäre — eingeschränkt, später praktisch verboten wurde, kann man beispielsweise in den Bezirkssowjets, in denen die Bauernschaft am stärksten vertreten war, folgende Entwicklung feststellen: der Anteil der kommunistischen Delegierten fiel von 61% 1918 auf 43% 1920 und 44% 1921. Das Verschwinden der bürgerlichen Parteien stärkte nicht die bolschewistische Fraktion, sondern die „Parteilosen“. 1920 und 1921 sind diese schließlich zahlreicher als die kommunistischen Delegierten (8). Das Problem war einfach folgendes: die Bauern, bzw. nichtproletarischen Massen, müssen, da sie die gesellschaftlich stärksten Schichten sind, unvermeidlich in großem Umfang in die Organe der proletarischen Macht einbezogen werden. Mit ihnen muß das Proletariat unter der Führung der Bolschewiki ein enges Bündnis eingehen. Hierin liegt die Gefahr einer Aufweichung des proletarischen Charakters der Macht, bzw. daß die Tätigkeit der Sowjetorgane eine Wendung nimmt, die die Diktatur des Proletariats schwächt. Umgekehrt besteht die Gefahr der Nichtbeziehung dieser Massen, daß sie eine von der Diktatur des Proletariats unabhängige politische Tätigkeit entfalten könnten, die wiederum dem jungen proletarischen Staat an die Substanz gehen kann. „...wenn man den Wider-

spruch zwischen dem proletarischen Charakter der Macht und der Notwendigkeit, die großen nicht-proletarischen Massen in die Organe der Macht einzubeziehen, nicht korrekt behandelt, läuft man außerdem Gefahr, daß die Führung der Staatsgeschäfte in den Händen einiger Weniger konzentriert wird. Eine solche Konzentrierung verstärkt die staatliche Seite der Organisation der Macht, die Trennung der Staatsorgane von den Massenorganen und die nichtdemokratischen Formen der Zentralisierung; er führt zur Ausdehnung und nicht zur Zurückdrängung der bürgerlichen politischen Verhältnisse und gefährdet daher auch den proletarischen Charakter der Macht. Dieses ist bekanntlich nicht nur eine Staatsmacht; denn die politische Macht des Proletariats entspricht nicht der Existenz eines 'Staats im eigentlichen Sinn', sondern einer Macht, die 'kein Staat im eigentlichen Sinn mehr' ist“ (9).

Die oben beschriebenen Ausgangsbedingungen der Sowjetunion werden in den ersten Jahren durch den totalen wirtschaftlichen Bankrott des alten Rußlands, der darauf basierenden Massenverelendung etc., die in den ersten Jahren zunächst einmal noch schlimmer wird, noch erheblich verschlechtert. Die 1918 einsetzenden heftigen Kämpfe gegen die inländische Reaktion sowie die Invasion des internationalen Kapitals gegen die russische Revolution schlagen ebenfalls in diese Kerbe. In die Beurteilung der folgenden Entwicklung müssen die obengenannten Widersprüche sowie die zuletzt genannten äußeren Bedingungen miteingehen.

Die Rolle der Sowjetorgane und die Strukturen der Staatsmacht

Wir haben im ersten Teil gesehen, daß es nicht die Sowjetorgane waren (von denen viele noch von den rechten Sozialrevolutionären und Menschewiki beherrscht wurden), die die provisorische Regierung stürzten, sondern die bolschewistische Partei und der fortgeschrittenste Teil der Arbeiterklasse. Die Macht ist keine „Sache“, sie „wechselt“ nicht automatisch von einer Hand in die andere — sie ist ein Klassenverhältnis. Wenn also künftig die Sowjetorgane in das System der Diktatur des Proletariats einbezogen werden, bzw. nicht einbezogen werden, so entspricht das dem realen Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, und der Auffassung der bolschewistischen Partei über die Rolle der Sowjets beim sozialistischen Aufbau.

Dementsprechend hat es durchaus Phasen gegeben, in denen die Sowjets von kleinbürgerlichen und chauvinistischen Kräften beherrscht wurden, und die Bolschewiki ihr Verhältnis zu ihnen radikal in Frage stellten. So sprach Lenin etwa im Sommer 1917 davon, daß die Sowjets unter der Vorherrschaft der Sozialrevolutionäre und Menschewiki sich in „Feigenblätter der Konterrevolution“ verwandelt hätten, und die Lösung „Alle Macht den Sowjets!“ unter solchen Bedingungen

von der bolschewistischen Partei nicht aufrechterhalten werden könne (10).

Vor diesem Hintergrund muß man die Beziehungen sehen, die sich schon nach den ersten Monaten der Sowjetmacht zwischen den zwei zentralen Regierungsorganen, dem „Rat der Volkskommissare“ und dem „Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitee der Sowjets“ herausbildeten. Der „Rat der Volkskommissare“ wird schon am 26. Oktober vom gesamtrussischen Kongreß der Arbeiter- und Soldatenräte gewählt. Er setzt sich ausschließlich aus Bolschewiki zusammen. Lenin bleibt bis zu seinem Tode Vorsitzender des „Sownarkom“ (russische Bezeichnung). Zwischen Ende November 1917 und Sommer 1918 werden die aus der Partei abgespaltenen linken Sozialrevolutionäre aufgefördert, sich am Sownarkom zu beteiligen. Aber ihre tendenziell immer stärker zersetzende Politik (z.B. ihre Propaganda gegen den Friedensvertrag von Brest-Litowsk mit Deutschland) und dergleichen führt bald zum Ausschluss aus dem Rat. Das Gesamtrussische Zentralexekutivkomitee der Sowjets (ZEK), wird auf dem 2. Kongreß der Arbeiter- und Soldatensowjets gewählt. Die erste sowjetische Verfassung, angenommen auf dem 5. Sowjetkongreß im Juli 1918, legt die Mitgliederzahl des ZEK auf 200 fest. Die Verfassung bestimmt ebenfalls, daß die Verkündung von Dekreten, Befehlen, Instruktionen etc. Sache des ZEK ist (bzw. seines ständig tagenden Präsidiums), daß „in der RSFSR die oberste Gewalt beim Gesamtrussischen Sowjetkongreß und zwischen dessen Tagungen beim ZEK der Sowjets liegt ...“ (Artikel 12), während der Rat der Volkskommissare mit der „allgemeinen Führung der Staatsgeschäfte“ beauftragt wird. Die Praxis allerdings verlief genau anders herum. Schon am 30. Oktober verabschiedete der Rat der Volkskommissare ein Dekret, durch das er die gesetzgebende Gewalt sich selbst übertrug. Zunächst sollte dieses Dekret lediglich bis zur Einberufung der konstituierenden Versammlung gelten, blieb aber nach deren Auflösung in Kraft. Die Regierungsgewalt liegt fortan bei der bolschewistischen Partei.

Wir werden weiter unten noch sehen, wie ungeheuer groß die Schwierigkeiten der jungen Sowjetmacht waren, wie groß der äußere Druck und die Notwendigkeit von schnellen und eindeutigen Entscheidungsstrukturen. Dennoch scheint uns in den ersten Auseinandersetzungen um die Gestalt des Sowjetstaates schon die in der folgenden Einschätzung herausgearbeitete Tendenz erkennbar: eine Tendenz, die nach Lenins Tod sehr schnell die Oberhand gewann: „Im Fall Sowjetrußlands waren die spezifischen Formen des Verhältnisses zwischen den staatlichen Apparaten und der proletarischen Partei ohne Zweifel weitgehend durch den schwachen direkten Einfluß der bolschewistischen Partei auf die breiten Schichten der Volksmassen, in erster Linie auf die Bauern, bestimmt, und andererseits durch eine gewisse Tendenz der Partei, die Lösung von Führungsproblemen

eher in organisatorischen Maßnahmen als im ideologischen Kampf zu suchen. Diese Tendenz wird übrigens durch die Dringlichkeit der Aufgaben verstärkt, die die Partei erfüllen muß, um die Diktatur des Proletariats zu konsolidieren“ (11). In der Verfassung ist neben Artikel 12 (zentrale Gewalt beim ZEK), in Artikel 10 die Rede davon, daß „... jede Gewalt in der RSFSR in der gesamten örtlichen Bevölkerung verankert und in städtischen und ländlichen Sowjets organisiert ist...“. Auch hier setzt sich sehr schnell schon durch die Zahl der Befugnisse der Zentralgewalt die faktische Unterordnung der örtlichen Sowjets durch. Parallel dazu gelingt es den Bolschewiki nicht genügend, die notwendige Vorrangstellung der örtlichen Parteikomitees gegenüber den örtlichen Verwaltungs- und Machtoorganen durchzusetzen. Die Basisorganisationen sind relativ schwach, die Partei ist nicht überall präsent, und nicht überall fähig, die Verwaltungsapparate wirklich zu führen. Diese behalten und verstärken sogar teilweise ihre Autonomie gegenüber der Partei; es kommt zu den weiter oben bei Lenin zitierten „bürokratischen Auswüchsen“.

Seit seinem Bestehen versucht etwa der „Rat der Volkskommissare“, seine eigenen Verwaltungsorgane aufzubauen. Dies gelingt jedoch nur im Ansatz. Gezwungen durch den inneren Kriegszustand und die Invasion an allen Grenzen, bleibt ihm sehr schnell nichts anderes übrig, als zu versuchen, die alten, innerlich nur geringfügig veränderten Verwaltungsapparate sich unterzuordnen bzw. wenigstens teilweise für seine Politik funktionsfähig zu machen. Praktisch besteht nicht selten eine ziemliche Differenz zwischen seiner Politik und der tatsächlichen Tätigkeit der Verwaltungsapparate.

Gleiches gilt z.B. auch für die Rote Armee. Sie muß angesichts der konterrevolutionären Aktivitäten der weißen Garden in Windeseile aufgebaut werden. Dies ist nur möglich über die allgemeine Wehrpflicht (April 1918) — also per Zwang. Dazu kommt die Beibehaltung der bürgerlichen Umgangsformen, der militärischen Ehrenbezeugung gegenüber den Vorgesetzten, deren materielle Privilegierung etc. Nicht wenige Offiziere der alten zaristischen Armee sitzen mangels Alternative in ihren alten Rängen. Alle diese Maßnahmen sind natürlich alles andere als „typisch sozialistisch“.

Die russischen Revolutionäre sind durch die Umstände gezwungen — vielleicht abgesehen von dem einen oder anderen Fehler — so und nicht anders zu arbeiten. So ist es kein Wunder, daß von breiten Massen die neue Ordnung mit den bürgerlichen Praktiken der inzwischen ja mit neuen Befugnissen ausgestatteten bürgerlichen Elemente identifiziert wird. Der Widerstand, basierend auf dem mangelnden Verständnis der politischen Notwendigkeiten, das desorganisierte Verhalten etc. wird stärker, die Kluft zwischen den Bolschewiki und den nicht-proletarischen Massen aber natürlich auch den rückständigen Teilen des Proletariats wird größer.

Die Diktatur des Proletariats und die Beziehungen zwischen Proletariat und Bourgeoisie

In Ausübung der von der Bourgeoisie eroberten politischen Macht trafen die Bolschewiki eine Reihe von Sofortmaßnahmen in Industrie und Handel. Der Zweck dieser Maßnahmen war es nicht unmittelbar, den Sozialismus zu errichten (siehe erste Teil, Lenins Aprilthesen), sondern sie zielten vielmehr darauf ab, „Zeit zu gewinnen“ und einen „Staatskapitalismus“ herauszubilden, der einige Schritte in Richtung auf den Sozialismus ermöglichen soll.

Dies sind nun die wichtigsten solcher Maßnahmen:

- das am 19. November 1917 veröffentlichte Dekret über die Arbeiterkontrolle,
- das Dekret über die Bildung des Obersten Volkswirtschaftsrates (OVWR),
- die am 28. Dezember 1917 veröffentlichten Dekrete über die Nationalisierung der Banken,
- das am 16. April 1918 veröffentlichte Dekret über die Konsumorganisation (Bildung von Konsumgenossenschaften unter der Kontrolle der Sowjets),
- und das am 23. April veröffentlichte Dekret über das Außenhandelsmonopol.

Gleichzeitig mit diesen Maßnahmen beschließt die Sowjetregierung die Enteignung einer Reihe von Betrieben, wobei diese Politik keineswegs den Hauptaspekt der auf den (von Lenin so genannten) „Staatskapitalismus“ abzielenden Politik darstellt. Trotz der illusorischen Forderungen der „Linkskommunisten“ (vor allem Bucharin), wußte die Mehrheit der bolschewistischen Partei sehr gut, daß Enteignungen an sich um keinen Deut näher an den Sozialismus heranhelfen, wenn nicht die ihnen entsprechenden politischen und ideologischen Bedingungen vorhanden sind. „Man kann in der Frage der Nationalisierung, der Konfiskation entschlossen oder unentschlossen sein. Aber das ist es ja gerade, daß selbst die allergrößte Entschlossenheit nicht hinreicht, um den Übergang von der Nationalisierung und der Konfiskation zur Vergesellschaftung zu vollziehen... die Vergesellschaftung unterscheidet sich aber gerade dadurch von einfacher Konfiskation, daß zum Konfiszieren bloße Entschlossenheit, ohne die Fähigkeit, richtig zu registrieren und richtig zu verteilen, genügt, während man ohne eine solche Fähigkeit nicht vergesellschaften kann“ (12).

Allerdings zwingt der Druck der Werktätigen und die organisierte Feindschaft des industriellen Kapitals (Sabotage etc.) ab Frühjahr 1918 die Sowjetregierung, die Waffe der Enteignung auf einer Stufenleiter anzuwenden, die nicht der Fähigkeit des Proletariats entspricht, die Produktion auf neuer Grundlage wieder aufzubauen. Das hat eine wachsende Desorganisation zur Folge. Ein Dekret vom 28. Juni 1918 erlaubt die Nationalisierung aller Großbetriebe, deren

Kapital mehr als eine Million Rubel beträgt. Die Zahl der staatlichen Betriebe steigt von weniger als tausend im Mai 1918 auf 3.000 bis 4.000 im Herbst 1918 (13).

Die Arbeiterkontrolle

Als Mittel zur Entwicklung der Kontrolle über die Anwendung der Produktionsmittel war die sogenannte „Arbeiterkontrolle“ schon am 19. November 1917 per Dekret eingeführt worden. Lenin bezeichnete diese Arbeiterkontrolle als eine „vorübergehende Maßnahme“, die darauf abzielt, die Arbeiterklasse auf das Vorrücken zum Sozialismus vorzubereiten: „Solange aber die Arbeiterkontrolle nicht zur Tatsache geworden ist (...), solange kann man nicht (...) den zweiten Schritt zum Sozialismus machen, das heißt zur Regulierung der Produktion durch die Arbeiter übergehen“ (14).

In der Praxis bedeutete die Arbeiterkontrolle die Umwandlung der bestehenden Fabrikkomitees in Organe der Arbeiterkontrolle, sowohl in den staatlichen, als auch in den noch privaten Betrieben. Eine solche Kontrolle kann als erster Ansatz eines planmäßigen Eingriffs in die Produktion nur auf nationaler Ebene stattfinden.

„Die Hauptschwierigkeit der proletarischen Revolution liegt in der Verwirklichung einer vom ganzen Volk getragenen genauesten und gewissenhaftesten Rechnungsführung und Kontrolle, der Arbeiterkontrolle über die Produktion und die Verteilung der Produkte“ (15).

Die Arbeiterkontrolle kämpfte von Anfang an gegen die weit verbreitete kleinbürgerliche Ideologie, die in den Fabrikkomitees stark vorhanden war. Danach wurde jeder einzelne Betrieb gewissermaßen als „Privatbesitz“ der in ihm arbeitenden Arbeiter begriffen. Die Arbeiter betrachteten die Einführung einer mehr oder weniger zentralisierten Kontrolle sozusagen als „Konfiskation der Macht“, die sie eben erst ihrem Bourgeois entrischen hatten. Diese Haltung ist gezielt von den Gegnern der Diktatur des Proletariats gefördert worden, vor allem von den Menschewiki und den anarchistischen Strömungen. Aber auch in den Reihen der Bolschewiki war die Arbeiterkontrolle Gegenstand heftiger Auseinandersetzungen.

Durch das schließlich entworfen Dekret wird die Arbeiterkontrolle in das Sowjetsystem eingefügt. Die Fabrikkomitees werden auf diese Weise höheren Instanzen untergeordnet, die auf Orts-, Gouvernements- und Gebietsebene funktionieren; über dies wird ein „Gesamtrussischer Rat der Arbeiterkontrolle“ gebildet. Ein wesentliches Problem, das durch dieses Organ gelöst werden sollte, war die Stellung der Fabrikkomitees einerseits, und der Gewerkschaftsorganisation andererseits in der Organisation der Arbeiterkontrolle. Während die Fabrikkomitees unmittelbare Organisationsform der Arbeiter des betreffenden Betriebes sind, haben die Gewerkschaften demgegenüber eine zentralistische Struktur. Das Dekret räumt

ihnen — zum Unwillen breiterer Arbeiterkreise — einen wichtigen Platz in der Arbeiterkontrolle ein. Während viele Arbeiter hierin eine Bevormundung erblicken, erscheint umgekehrt diese Lösung einer in den Gewerkschaften arbeitenden Fraktion der Bolschewiki eher unzureichend. So schreibt z.B. der Sprecher der Gewerkschaften im ZEK, der Bolschewik Losowski: „Es ist notwendig, die Dinge in einer absolut klaren und kategorischen Weise zu formulieren, damit die Arbeiter jedes Betriebes nicht den Eindruck haben, der Betrieb gehöre ihnen“ (16). Faktisch jedoch verlieren die Fabrikkomitees mit der realen Verwirklichung der oben genannten Strukturen schnell ihre „Autonomie“. In den zentralen Räten der Arbeiterkontrollen sind die Vertreter der Fabrikkomitees ohnehin in der Minderheit. So sind im Gesamtrussischen Rat für Arbeiterkontrolle nur fünf Vertreter des Gesamtrussischen Rats der Fabrikkomitees gegenüber fünf Vertretern des ZEK, fünf Vertretern des Zentralen Gewerkschaftsrates, fünf Vertretern der Vereinigung der Ingenieure und Techniker, zwei Vertretern des Petrograder Gewerkschaftsrates und einem Vertreter jedes Gewerkschaftsverbandes mit weniger als 100.000 Mitgliedern sowie zwei Vertretern für Verbände mit einer größeren Mitgliederzahl (17).

Doch selbst eine so ausgebaut Arbeiterkontrolle kann die Produktion nicht in der Weise ankurbeln wie dies von der sich verschärfenden inneren Situation und der Mobilmachung der internationalen Reaktion gegen die Sowjetunion bestimmt wird.

Die bolschewistische Partei geht dazu über, weitere Formen der Kontrolle der Produktion einzuführen, die insgesamt auf eine straffe Zentralisierung hinauslaufen. Die Hauptform ist dabei der „Oberste Volkswirtschaftsrat“ (OVWR). Ungefähr zur gleichen Zeit fallen schließlich sowohl die Organisation der Arbeiterkontrolle auseinander, als auch die Fabrikkomitees. Dies steht im Zusammenhang mit der zahlenmäßigen Schwäche der bolschewistischen Partei und der Notwendigkeit der Eingliederung eines immer größeren Teils der Genossen in die staatlichen Apparate, die organisatorischen Aufgaben der Partei sowie in die Armee. Der Grund für den Zusammenbruch der Arbeiterkontrolle war zum einen Erfahrungsmangel und Mangel an regelmäßigen und systematischen Anstößen auf Seiten der bolschewistischen Partei, aber auch das wachsende Desinteresse der Arbeiter selbst gegenüber den Fabrikkomitees und überhaupt den Aufgaben der Selbstverwaltung gegenüber. Leitung und Grundlagen der Produktion werden künftig auf andere Weise gewährleistet — die Arbeiterkontrolle ist nach ihrem Zusammenbruch schon kurz nach der Oktoberrevolution in der Sowjetunion nie wieder zum Zuge gekommen ...

Der Oberste Volkswirtschaftsrat

Am 5. Dezember wird ein Dekret verabschiedet, in dem die Haupt-

wirtschaftskommission und der Wirtschaftsrat der alten provisorischen Regierung aufgelöst und die Bildung eines „Obersten Volkswirtschaftsrates“ (OVWR) bekanntgegeben wird. Dieser Rat hat den Auftrag, die wirtschaftlichen Aktivitäten der Nation und die finanziellen Mittel der Regierung zu organisieren. Er hat die Kontrollbefugnisse über sämtliche bestehenden Wirtschaftsbehörden. Die Organisation der Arbeiterkontrolle wird in den OVWR integriert, ihre Mitglieder des Gesamtrussischen Rates sind ebenfalls Mitglieder im OVWR.

Der OVWR legt sein Schwergewicht in der Tätigkeit eindeutig auf die Zentralisierung der wirtschaftlichen Aktivitäten und ihre zentrale Leitung — dies für den Zeitraum von 1918 bis 1923. Wenngleich die mehrfach weiter oben erwähnten Bedingungen jener Periode der Sowjetmacht, in die die Bildung des OVWR fällt, die administrative Zentralisierung stark begünstigen und rechtfertigen, so wird der wesentliche Inhalt seiner Befugnisse und seiner Arbeitsweise auch später noch von der Organisation der „staatlichen Plankommission“ (Gosplan) übernommen. Erst viel später, im Februar 1925, verfügte der Gosplan über dezentralisierte Organe und trat teilweise an die Stelle des OVWR.

„Der OVWR besitzt eine doppelte Struktur: Einmal hat er zentrale Organe oder Glawki (welche die verschiedenen Industriezweige leiten), dann hat er regionale Organe, die örtlichen Volkswirtschaftsräte (Sownarchos), „Verwaltungstechnisch“ sollen das Dekret, das den OVWR bildet, ebenso wie die späteren Anwendungsbestimmungen grundsätzlich die Koordinierung der Tätigkeit der verschiedenen Betriebe durch den Staat gewährleisten. Gleichzeitig geben diese Maßnahmen der Schicht der Ingenieure, Techniker und Spezialisten großen Einfluß; denn diese nehmen im OVWR und in dessen Nebenorganen die beherrschenden Stellungen ein. Durch dieses Dekret wird diese von den Spezialisten gebildete bürgerliche Schicht in leitende Stellungen wieder eingesetzt. Aber sie nehmen diese Stellungen kraft der von der Sowjetmacht getroffenen Entscheidungen ein, und die Sowjetmacht kann ihnen ihre Befugnisse jederzeit wieder entziehen“ (18).

Die erste Zusammensetzung des OVWR wird schließlich als Folge des IV. Gesamtrussischen Sowjetkongresses und des dort bekräftigten „Kampfes gegen das Chaos“ durch Umsetzungen in der Leitung verändert. Diese Umgestaltung steht im Zusammenhang mit der Durchsetzung eines scharfen, zentralistischen Kurses; insbesondere Bucharin und einige andere aus der Gruppe der „Linkskommunisten“ werden abgelöst, an ihre Stelle traten u.a. Miljutin, ein alter Bolschewik, aber auch mit Larin ein ehemaliger Menschewik und ausgemachter Anhänger der staatlichen Industriekonzentration und der Planung.

Die mit dem Aufbau des OVWR verbundene Rekrutierung von bürgerlichen Spezialisten durch den Sowjetstaat und ihre hohe Bezahlung etc. stellten für Lenin einen in dieser Weise

ursprünglich nicht vorgesehenen Kompromiß mit der Bourgeoisie dar. Er wurde durch die Tatsache erzwingen, daß die Sowjets und die Fabrikkomitees nicht genügend fähig waren, die Produktion auf gesellschaftlicher Stufenleiter zu organisieren: „Wenn das Proletariat vermittels der Sowjetmacht es vermocht hätte, die Rechnungsführung und Kontrolle im gesamtsstaatlichen Maßstab, oder zumindest die Grundlagen einer solchen Kontrolle zu organisieren, dann wären derartige Kompromisse nicht nötig“ (19).

Die Leitung der Produktionseinheiten

Eine der ersten Maßnahmen des OVWR betraf die Leitung der Produktionseinheiten und die Formen der Ernennung der Leiter der enteigneten Betriebe. In Folge eines Dekrets vom 3.3.1918 wird jede Hauptabteilung („Glawk“) beauftragt, einen Kommissar in jedem von ihr abhängigen Betrieb zu ernennen sowie zwei Direktoren — einen technischen und einen Verwaltungsdirektor. Der technische Direktor ist ausschließlich dem OVWR — also der höheren Instanz — verantwortlich; lediglich die Entscheidungen des Verwaltungsdirektors können von den Fabrikkomitees oder entsprechenden Organen in Frage gestellt werden. Die Entscheidungen der Fabrikkomitees unterliegen in der Folge in den verstaatlichten Betrieben einem administrativen Wirtschaftsrat, in dem die Arbeiter und Angestellten nicht die Mehrheit haben.

Die Gruppe der „Linkskommunisten“ in der Bolschewistischen Partei greift diese Maßnahme scharf an, sie sieht in ihnen einen Verstoß gegen die Prinzipien der „Aprilthesen“. Lenin, der dies selbstverständlich nicht verneint, betont in der Auseinandersetzung den provisorischen Charakter dieser Maßnahmen, und daß sie ermöglichen sollen, „... den breiartigen Zustand der proletarischen Macht ...“

(20) zu bekämpfen. Eindeutig charakterisiert er diese Maßnahmen als „Schritt zurück“, da die bestehenden Bedingungen „noch nicht“ den Vormarsch des Sozialismus „auf seine Art“ mit „sowjetischen Methoden“ erlauben (21). Den Schritt zurück qualifiziert er als eine Stärkung des Kapitals, wenngleich es keinerlei Wiederherstellung des juristischen Eigentums der Kapitalisten gibt; „... denn Kapital ist nicht eine Summe Geldes, sondern ein bestimmtes gesellschaftliches Verhältnis ...“ (21).

In den folgenden Jahren wird den bürgerlichen Spezialisten und auch ehemaligen Kapitalisten noch größerer Handlungsspielraum eingeräumt. Die Resolutionen des Neunten Parteitag bekräftigen diesen Kurs. Lenin beharrt auf dem Standpunkt, „... für die Verwaltung, für den Aufbau des Staates Menschen zu haben, die die Verwaltungstechnik beherrschen, die in Staat und Wirtschaft erfahren sind ... solche Menschen aber können wir nirgendwo anders hernehmen, als aus der früheren Klasse“ (22).

Interessant ist noch, daß einer der Köpfe der früheren „Linkskommunisten“ (die Gruppe war inzwischen auseinandergefallen), Bucharin, von seinen früheren „Lupenrißern“ Positionen zu einer extremen Verteidigung des Zentralismus und der Einzellitung übergegangen ist. Er versucht, die in dem zurückliegenden Zeitraum getroffenen Maßnahmen nicht als „provisorisch“, „Kompromiß“ etc., wie Lenin, zu sehen, sondern er versucht sie sozusagen zu „theoretisieren“, ja, sogar seine früheren Positionen nahtlos mit seinen jetzigen zu vereinen. Seine Argumentation verläuft etwa so: Die heutige Schwerpunktaufgabe sei im Gegensatz zur ersten Periode auf das „Gebiet des wirtschaftlichen Aufbaus“ verschoben, daher sei es nun notwendig, die aus der ersten Phase der Arbeiterkämpfe hervorgegangenen wirtschaftlichen Organe umzustrukturieren. Diese Umstrukturierung müsse „eine Abnahme der Kameradschaftlichkeit und in manchen Fällen (in einzelnen Betrieben etc.) die Einsetzung der Einzelverwaltung nach sich ziehen“.

Letzteres, so Bucharin, „... bedeutet weder eine Verringerung der Rechte der Klasse, noch eine Herabsetzung der Rolle ihrer Organisationen. Dies ist die zusammengepreßte, verdichtete Form der proletarischen Verwaltung der Industrie“. Seiner Meinung nach liegt nunmehr „... das Schwergewicht nicht in der prinzipiellen Veränderung der Produktionsverhältnisse, sondern in dem Auffinden einer solchen Form der Verwaltung, die ein Maximum an Tüchtigkeit garantiert. Das Prinzip der weitgehenden Wählbarkeit von unten herauf (gewöhnlich sogar durch die Arbeiter der Fabriken) wird ersetzt durch das Prinzip der sorgfältigen Auslese in Abhängigkeit von dem technischen und administrativen Personal, der Kompetenz und der Zuverlässigkeit“ (24).

Im Gegensatz zu Lenin, der die Kompromisse mit der Bourgeoisie eindeutig als solche gekennzeichnet hat, die innewohnenden Gefahren aufgezeigt hat, ja sogar unter bestimmten Bedingungen den Streik selbst unter den Bedingungen der Diktatur des Proletariats befürwortete (25), versucht Bucharin hier aus der Not eine Tugend zu machen. Er tut gerade so, als seien die getroffenen Maßnahmen das Wesen des Sozialismus...

Im Vergleich mit seinen diametral entgegengesetzten früheren Positionen wird hier sehr plastisch deutlich, warum Lenin seine und Trotzki's politischen Anschauungen treffend als „Rechts-Links-Abweichungen“ gekennzeichnet hat.

Wenngleich Stalin sich in der konkreten Auseinandersetzung zwischen Lenin und Bucharin/Trotzki noch auf die Seite Lenins gestellt hat, so hat er doch später im Grunde auf der eben zitierten Linie Bucharins gearbeitet, hat den extremen Zentralismus und die Geringschätzung der Masseninitiative noch weiter realisiert und „theoretisch“ ausgearbeitet (siehe weiter unten).

Die alte und die neue Bourgeoisie.....

Die Bourgeoisie hat durch den Sieg der Oktoberrevolution in Rußland zwar die politische Macht verloren, aber sie ist nicht auf einen Schlag verschwunden. Zunächst bleibt sie sogar in ihren alten Positionen als Leiter der Betriebe etc. gegenwärtig, hat aber in etwa gegen Ende des Bürgerkrieges — ca. 1921 — durch die fortgeschrittenen Enteignungen fast alle ihre Positionen in Industrie und Handel verloren. In den ersten Jahren der Sowjetmacht setzten die Bourgeois in der Regel alles daran, den sozialistischen Aufbau zu sabotieren. Auch die der Bourgeoisie nahestehenden gesellschaftlichen Kräfte, wie die „Verwaltungsbourgeoisie“ etc. (Angestellte und Beamte in Handel, Banken, Bürokratie) standen der Sowjetmacht überwiegend feindlich gegenüber.

Diese mittelpfächtigen Spießer haben zuerst massenhaft sozusagen „Verwaltungsstreik“ praktiziert; als ihre materielle Lage sie schließlich zur Wiederaufnahme der Arbeit zwang, praktizierten sie häufig bürokratische Sabotage und Schlendrian etc....

Die alte Bourgeoisie ist teilweise — das haben wir eben gesehen — von der Sowjetmacht schließlich notgedrungen wieder in ihre alten Positionen eingesetzt worden. Die Schicht der bürgerlichen Spezialisten, soweit sie nicht die Sowjetunion verlassen hatte, wurde mit Befugnissen gegenüber den Arbeitern ausgestattet und mit reichlichen Privilegien (hohen Gehältern etc.) versehen, da man „eine ganze Schicht nicht mit dem Stock zur Arbeit zwingen kann“ (Lenin).

Die Stellung der alten Bourgeoisie ist in den wirtschaftlichen Apparaten und vor allem im OVWR sehr bedeutend. Ein „weißer“ Universitätsangehöriger, der sich seinerzeit in Omsk aufhält, beschreibt deren Stellung und Vorgehen sehr plastisch:

„An der Spitze vieler Zentren und Hauptleitungen (des OVWR) befinden sich ehemalige Leiter oder Verwalter von Privatbetrieben. Der mit diesen Zentren nicht vertraute Besucher, der persönlich die alte Welt des Handels und der Industrie kennt, wäre überrascht, die ehemaligen Besitzer der Leder-Großindustrie in der Hauptleitung dieses Industriezweiges, die ehemaligen Großindustriellen in den zentralen Organisationen der Textilbranche usw. zu sehen“ (26).

Auch auf dem Lande gelingt es vielfach den alten Großgrundbesitzern, sich etwa als Leiter der neuen Staatsgüter (Sowchosen) wieder in ihre früheren Positionen zu begeben. Auch einige nicht aus diesen Kreisen kommende neue Leiter werden angeklagt, das luxuriöse Leben der alten Herren zu kopieren. Ein Delegierter des 7. Sowjetkongresses geht soweit, zu erklären, daß die Sowchosen sich „... in Instrumente der konterrevolutionären Agitation gegen die Sowjetmacht verwandelt haben“ (27).

Es ist indes nicht damit getan, die Existenz einer Bourgeoisie mit der Klassenherkunft der Menschen in den leitenden Positionen allein nachzuweisen. Dies haben wir für die Periode gleich nach der Oktoberrevolution oben getan. Parallel zu dem Eindringen der alten Bourgeoisie in die gesellschaftlichen Apparate, hat sich in der Sowjetunion eine „neue Bourgeoisie“ herausgebildet, die schließlich die sich mit den neuen Verhältnissen angefreundeten Bourgeois in sich aufgenommen hat, und deren Position heute stärker als je zuvor ist.

Mit der Errichtung seiner Klassenherrschaft und durch die Enteignungen gewinnt das Proletariat die Möglichkeit — aber nur die Möglichkeit! — den Produktionsprozeß zu revolutionieren, neue gesellschaftliche und Produktionsverhältnisse, eine neue gesellschaftliche Arbeitsteilung etc. hervorzubringen. Der von Lenin oben zitierte Schritt von der bloßen Nationalisierung zur wirklichen Vergesellschaftung ist in der Sowjetunion nie vollzogen worden.

In dem Maße, wie diese Aufgabe nicht gelöst wird, bleiben die alten gesellschaftlichen Verhältnisse, Ideologien etc. in Kraft — und zwar unabhängig davon, was für juristische Eigentumsformen in Industrie und Landwirtschaft existieren. In dem Maße, wie diese Aufgabe gelöst wird, findet der sozialistische Übergang statt, der sozusagen die wachsende Herrschaft der sozialistischen Elemente über die kapitalistischen ist, das Auslöschen der kapitalistischen und die Konsolidierung der sozialistischen Elemente.

Von den chinesischen Genossen wissen wir heute, daß dieser Prozeß eine lange Geschichtsperiode umfaßt, die einer ständigen Revolutionierung der Produktionsbedingungen entspricht, die wiederum selber das Produkt eines ständigen, und von einer richtigen politischen Linie geleiteten Klassenkampfes ist, der periodisch die Form etwa der chinesischen Kulturrevolution annehmen kann.

„Solange die bürgerlichen Elementen in den verschiedenen gesellschaftlichen Verhältnissen fortbestehen — bis zum Kommunismus — ist Raum für die Existenz des Proletariats und der Bourgeoisie, und es besteht für letztere die Möglichkeit — wenn der proletarische Klassenkampf keiner richtigen Linie folgt —, die bürgerlichen Elemente der gesellschaftlichen Verhältnisse zu fördern, die bürgerlichen Seiten der politischen und ideologischen Apparate zu konsolidieren und schließlich den Kapitalismus zu restaurieren (unter den spezifischen Formen, die sich aus den vorher veränderten gesellschaftlichen Verhältnissen notwendig ergeben, und die die Bourgeoisie nicht zerstören kann). Insbesondere, da die Entwicklung staatlichen Eigentums, selbst unter der Diktatur des Proletariats kapitalistische Elemente fortbestehen läßt (die nur teilweise umgestaltet werden), ist die Enteignung der Bourgeoisie nicht identisch mit ihrem Verschwinden.“

Solange noch kapitalistische Elemente in den Produktionsverhältnissen vorhanden sind, besteht auch die Möglichkeit kapitalistischer Funktionsausübung. Und die Bourgeoisie kann, vor allem innerhalb der Staatsapparate, in veränderter Form weiterbestehen. Sie nimmt dann die Form einer Staatsbourgeoisie an" (28)

Einige Fehler Stalins ...

Wir haben hier weder die (räumliche) Möglichkeit, noch sind unsere Untersuchungen soweit vorgedrungen, daß wir ein umfassendes Bild der Stalin-Ära zeichnen könnten. Wir halten es jedoch für wichtig, im Zusammenhang mit den eben erarbeiteten Erkenntnissen auf einige Grundfehler der KPdSU-Führung unter Stalin einzugehen, die von entscheidender Bedeutung für die politische Praxis der Partei in dieser Periode waren, und heute z.T. theoretischer Bestandteil des Revisionismus sind.

Stalin selbst, der in seiner Eigenschaft als Generalsekretär die vorherrschende Position in der Partei festschrieb, formulierte in seiner Schrift „Über dialektischen und historischen Materialismus“ (September 1938): „Zuerst verändern und entwickeln sich die Produktivkräfte der Gesellschaft und dann in Abhängigkeit von diesen Veränderungen und in Übereinstimmung mit ihnen verändern sich die Produktionsverhältnisse der Menschen, ihre ökonomischen Beziehungen“ (29). Stalin nahm überdies an, daß in der Sowjetunion mit der Veränderung der Eigentumsformen in Industrie und Landwirtschaft auch „... alle Ausbeuterklassen (!) ... liquidiert“ sind (30). Der Zusammenhang dieser falschen Position wird in der folgenden Aussage deutlich: „In der sozialistischen Gesellschaftsordnung ... ist die Grundlage der Produktionsverhältnisse das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln. Hier gibt es keine Ausbeuter und keine Ausbeuteten mehr (!) ... Hier befinden sich die Produktionsverhältnisse in voller Übereinstimmung mit dem Stand der Produktivkräfte“ (31). In einer seiner letzten Schriften berichtet Stalin seine These von der vollen Übereinstimmung der Produktionsverhältnisse mit den Produktivkräften zwar teilweise, er macht jedoch den Kardinal-Fehler seiner Position mehr als deutlich: „Die sozialistische Gesellschaft hat ... die Möglichkeit, die zurückbleibenden Produktionsverhältnisse mit dem Stand der Produktivkräfte in Übereinstimmung zu bringen. Die sozialistische Gesell-

schaft hat die Möglichkeit, das zu tun, weil es in ihr keine überlebten Klassen gibt, die einen Widerstand organisieren könnten“ (31). Die Führung der KPdSU unter Stalin erkannte also den Klassenkampf als entscheidenden Motor der gesellschaftlichen Umwälzung unter den Bedingungen des sozialistischen Aufbaus (spätestens ab der Herausbildung der Formen sozialistischen Eigentums) nicht mehr an. Alles muß nach den obigen Ausführungen Stalins von der Steigerung der Produktion, von der Technik etc. abhängen, während andererseits die Ausbeuterklassen mit der bloßen Enteignung der Fabriken, Maschinen etc. offenbar schon verschwinden. Diese Auffassung Stalins stellt den Marxismus geradezu auf den Kopf. Die Geschichte aller bisherigen Revolutionen, ja nicht zuletzt die Geschichte der russischen Revolution selbst, beweist, daß nicht notwendig die umfassende Entwicklung neuer Produktivkräfte am Anfang steht, bevor die rückständigen Produktionsverhältnisse umgestaltet werden. Vielmehr beginnt jede Revolution mit der Zerstörung der „alten Macht“ und der Umwälzung der althergebrachten Ideologie, mit der Propagierung der neuen revolutionären Ideen, kurz, mit der Umwälzung des gesellschaftlichen Überbaus, in deren Verlauf es dann möglich wird, die alten Produktionsverhältnisse zu zerstören. Erst dadurch wird die Entwicklung neuer Produktivkräfte, der „technischen Revolution“ etc. der Weg gebahnt. Auch unter den Bedingungen des Sozialismus verhält es sich nicht anders. Jeder tiefgreifenden Veränderung, jedem Schritt nach vorn, geht der „Kampf zweier Linien“, der Klassenkampf voraus. Dafür sind die proletarische Kulturrevolution in China ein positives Beispiel und die gegenwärtige Situation dort und die der sowjetischen Gesellschaft ein negatives.

Die auf Stalins Thesen gegründete Politik der KPdSU-Führung hat dazu beigetragen, jeglicher organisierten Aktion des sowjetischen Proletariats, die darauf abzielte, die Produktions-, politischen, ideologisch- und kulturellen Verhältnisse umzuwälzen, den Weg zu versperren. Dies hat – abgesehen von anderen krassen Fehlenden, auf die wir bei anderer Gelegenheit noch eingehen werden – ohne Frage der forcierten Entartung der Sowjetunion seit der Machtergreifung von Chruschtschow (später Breschnew) Vorschub geleistet.

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Quellennachweis

1. Charles Bettelheim, „Klassenkämpfe in der UdSSR“, Bd. 1, S. 83
2. Narodnoe Chozjajstvo v. 1970, Moskau
3. Lenin, Bd. 32, S. 7
4. Lenin, „Die Krise in der Partei“, Bd. 32, S. 32
5. Bettelheim, S. 88
6. E.H.Carr, „La Formation de l'URSS“, Paris 1969, S. 146-147
7. ebd., S. 114
8. O.Anweiler, „Die Rätebewegung in Rußland“, S. 324
9. Bettelheim, S. 90
10. Lenin, „Die politische Lage“, Bd. 25, S. 175f
11. Bettelheim, S. 97
12. Lenin, „Über 'linke' Kinderei und Kleinbürgerlichkeit“, Bd. 27, S. 325/6
13. Maurice Dobb, „Die sowjetische ökonomische Entwicklung seit 1917“, S. 95/96
14. Lenin, „Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht“, Bd.27, S. 247
15. Lenin, „Werden die Bolschewiki die Staatsmacht behaupten?“, Bd. 26, S. 88
16. A. Losowski, „Die Arbeiterkontrolle“, Moskau 1918, S.20
17. „Die Bolschewiki und die Arbeiterkontrolle“, M. Brinton und die Gruppe „Solidarity“ aus London, zit. nach der Zeitschrift „Autogestion“, September/Dezember 1973, S. 74
18. Bettelheim, S. 130
19. Lenin, „Die nächsten Aufgaben ...“, LW 27, S. 246
20. ebd., S. 250
21. ebd., S. 238
22. ebd., S. 239
23. Lenin, LW 30, S. 450
24. Nikolai Bucharin, „Ökonomik der Transformationsperiode“, Rowohlt S. 128/9
25. Lenin, LW 33, S. 176
26. J.K.Gins, „Sibirien, die Alliierten und Koltchak“, Bd. 2, S. 429 zit. nach (17), S. 65
27. Bericht des 7. Sowjetkongresses, russ. Ausgabe, S. 199 und S. 219, zit. nach (6) Bd. 2, S. 170
28. Bettelheim, S. 118
29. J.W.Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 647 ff
30. J.W.Stalin, „Bericht über den Entwurf der Verfassung der UdSSR“, S. 613
31. J.W.Stalin, ebd., S. 674
32. J.W.Stalin, „Die ökonomischen Probleme des Sozialismus in der UdSSR“, Moskau, 1952, S. 62

Zur Außenpolitik der Sowjetunion (Teil I)

»Entspannungspolitik« — ein gigantischer Betrug

(aus AK 93, November 1976)

Die internationale revolutionäre Bewegung ist insbesondere während der zurückliegenden zwei Jahrzehnte mit einer Außenpolitik der Sowjetunion konfrontiert, die insgesamt den nationalen Vorteil über die Erfordernisse des proletarischen Internationalismus gestellt hat und stellt. Der Beginn dieser Politik – die mit der folgenden Artikel-Serie untersucht werden soll – fällt im wesentlichen mit der Machtergreifung der modernen Revisionisten unter Chruschtschow nach dem Tode Stalins zusammen, wenn gleich es auch vorher schon, selbst zu Lebzeiten Stalins, eine Reihe von Verirrungen gegeben hat.

Chruschtschow und Seinesgleichen propagierten auf dem 20. Parteitag die „Vermeidbarkeit von Kriegen“, die Möglichkeit einer Zusammenarbeit mit den „realistischen Kreisen“ des Imperialismus im Rahmen eines „friedlichen Wettbewerbs“ der Systeme, den „friedlichen Übergang zum Sozialismus“ etc.

Dies war die „theoretische“ Grundlage für die seither von den SU-Revisionisten betriebene „Entspannungspolitik“, die die „friedliche“ Begleitmusik für ein in der bisherigen Geschichte beispielloses Wettrennen der imperialistischen Länder, aber auch ein Aufrüsten der Sowjetunion selbst, darstellt.

Die genaue Analyse der sowjetischen Außenpolitik ist für uns von überaus großer Bedeutung, sowohl was die Kritik an den z.T. üblen Tendenzen dieser Politik, die Einschätzung ihres Charakters etc. angeht, aber auch was die eigene strategische und taktische Orientierung betrifft.

Die besondere Kompliziertheit dieser Frage ergibt sich daraus, daß die Sowjetunion zugleich Feind unseres Hauptfeindes, nämlich des BRD-Imperialismus, ist. Daraus ergibt sich, daß eine kommunistische Kritik der sowjetischen Politik die Gefahr beachten muß, sich nicht im geringsten dem vorherrschenden bürgerlichen Antisowjetismus anzupassen und diesem Zugeständnisse zu machen. Dies ist der Fall bei den diversen „ML-Gruppen, die unverfroren die Sowjetunion als „Diktatur in der Art Hitlers“ dazustellen versuchen, wo die Unterdrückung womöglich sogar noch schlimmer sei als unter der Nazi-Diktatur. Außenpolitik drückt sich diese falsche Linie aus in der

Bekämpfung der Sowjetunion als „H a u p t-kriegstreiber“ und in einer Anpassung an die imperialistische Kriegspropaganda, die mit total falschen Behauptungen über das militärische Kräfteverhältnis in Europa und in der Welt Angst vor einem sowjetischen „Überfall“ zu schüren trachtet, um die eigene Kriegsrüstung zu motivieren. Unabhängig davon, ob diese Gruppen sich o f f e n zur Linie der „Vaterlandsverteidigung“ bekennen, erfüllen sie mit ihrer Anpassung an die imperialistische Kriegspropaganda auf jeden Fall o b j e k t i v genau die Funktion der „Vaterlandsverteidigung“.

Zugleich erweisen sich diese Gruppen entweder als unaufrichtig oder aber als jämmerlich schlecht informiert, was die historische Entwicklung der sowjetischen Außenpolitik angeht. So ist es z.B. bei den „ML-Gruppen gang und gebe, die Auswanderung sowjetischer Juden nach Israel und eine angebliche Unterstützung Israels durch die Sowjetunion als Beweis für „sozialimperialistische“ Politik darzustellen.

Tatsache ist jedoch, daß allein zu Lebzeiten Stalins mehr Juden die Sowjetunion Richtung Israel verlassen konnten als in allen späteren Jahren zusammengekommen. Die Sowjetunion unterstützte 1947 sogar in der UNO die Bildung Israels auf dem Territorium Palästinas.

Es gibt für eine derartige Politik der Sowjetunion unter Stalin eine Reihe weiterer Beispiele (z.B. die damals schon begonnene Begünstigungs-Politik gegenüber der indischen Bourgeoisie, ihre nur halbherzige Unterstützung der chinesischen Revolution zu manchen Zeiten, u.a.m.). Auch diese Fragen wollen wir noch gründlicher „aufarbeiten“.

Wir verstehen die hiermit begonnene Artikelserie als einen Diskussionseinstieg und -beitrag, aus der Erkenntnis heraus, daß nur eine systematische Analyse und die fortwährende politische Diskussion um die durch sie zu Tage geförderten Zusammenhänge letztlich zur fundierten Einschätzung der sowjetischen Außenpolitik und ihrer Bedeutung für den Kampf der Unterdrückten in aller Welt führen kann.

In diesem ersten Teil der Artikelserie wollen wir uns zunächst mit der von Chruschtschow und Co. eingeleiteten „Entspannungspolitik“, mit ihrem „Friedenskampf“, Abrüstungsprogrammen etc. befassen und diese mit der tatsächlichen Entwicklung konfrontieren.

In den in unregelmäßigen Abständen folgenden Teilen wollen wir Schwerpunkte und symptomatische Entscheidungen der sowjetischen Außenpolitik behandeln.

Konkret in Arbeit ist zunächst der 2. Teil, der die Beziehungen der Sowjetunion zu Indien zum Thema haben wird, sowie ein 3. Teil über die von den SU-Revisionisten herbeigeführte Spaltung der internationalen kommunistischen Bewegung.

„Eine Welt ohne Waffen“...

N.S. Chruschtschow leitete auf dem 20. Parteitag der KPdSU die Revision des Marxismus-Leninismus in allen entscheidenden Bereichen ein. Zur uns hier zunächst interessierenden Frage von „Krieg und Frieden“ sagte er: „Es gibt bekanntlich den marxistisch-leninistischen Leitsatz, daß Kriege unvermeidlich sind, solange es den Imperialismus gibt. Dieser Leitsatz wurde in einer Zeit ausgearbeitet, als 1. der Imperialismus ein allumfassendes Weltssystem war, und 2. die am Krieg nicht interessierten gesellschaftlichen und politischen Kräfte schwach, ungenügend organisiert waren, und deshalb die Imperialisten nicht zwingen konnten, auf Kriege zu verzichten“ (1). Inzwischen allerdings habe sich die Lage „grundlegend geändert“, es gebe das sozialistische Lager, was „nicht nur die moralischen, sondern auch die materiellen Mittel zur Verhinderung einer Aggression...“ besitze (2).

An anderer Stelle erklärte Chruschtschow noch deutlicher: Trotz der „... These, daß der Krieg in unserer Gesellschaft nicht unvermeidlich ist. ... (bleiben) die von Lenin aufgestellten Grundsätze über den Imperialismus in Kraft. ... Man darf jedoch nicht außer acht lassen, daß die Leninischen Leitsätze über den Imperialismus vor Jahrzehnten aufgestellt und entwickelt worden sind, als es viele Erscheinungen nicht gab, die jetzt für die Entwicklung des

geschichtlichen Prozesses, für die gesamte internationale Lage entscheidend geworden sind" (3).

„Das Kräfteverhältnis ermöglicht es uns heute, die Lösung des Abrüstungsproblems als praktische Aufgabe zu stellen und anzustreben“ (4).

Chruschtschow hat seine These von der „Vermeidbarkeit von Kriegen“ nach dem 20. Parteitag mit einer Flut von plattestem, verleumdend-er Ausfälle und Demagogie in der Sowjet-Führung und in großen Teilen der internationalen kommunistischen Bewegung durchgesetzt. Insbesondere die Drohung mit nuklearen Waffen diente ihm dazu, jegliche marxistisch-leninistischen Prinzipien in dieser Frage über Bord zu werfen. „Wenn der Kopf ab ist, was nützen da Prinzipien?“, schrieb die „Pravda“ Anfang der 60er Jahre (5).

„Die Atombombe hält sich nicht an das Klassenprinzip“; „Die Atombombe fragt nicht danach, wer Imperialist und wer Werktätiger ist; sie fällt überall hin, und deshalb würden auf einen Monopolisten Millionen Arbeiter vernichtet werden“ (6).

Gestützt auf diese Schreckensbilder verstieg sich die Führung der SU mit Chruschtschow an der Spitze so weit, zu behaupten, daß es möglich sei, „eine Welt ohne Waffen“ zu schaffen, ohne den Kapitalismus zu beseitigen. „Die allgemeine und vollständige Abrüstung wäre der Auftakt zu einer neuen Phase in der Entwicklung der menschlichen Gesellschaft: der Welt ohne Krieg ...“ (7). In dieser prächtigen „neuen Phase“ wäre dann der Kampf zwischen den verschiedenen Klassen, bzw. den verschiedenen gesellschaftlichen Systemen „... ein wirtschaftlicher, politischer und ideologischer, aber kein militärischer Kampf“ (8).

Trotz der scheinheiligen Berufungen der Revisionisten auf Lenin wird man nicht ein einziges Wort finden, in dem Lenin etwa den Kampf um den Frieden verwechselt hat mit Ergüssen über die Möglichkeit, dem Imperialismus seine Aggressivität, seine Waffen zu nehmen, ohne ihn vollständig zu zerschlagen. In der Auseinandersetzung mit dem bürgerlichen Pazifismus während des ersten imperialistischen Weltkrieges ließ Lenin keinen Zweifel an seiner und der revolutionären Bolschewiki Auffassung über den Frieden und die Perspektiven des Friedenskampfes zu:

„Das einfache Aufgreifen und Wiederholen der Lösung des Friedens wäre ... ein Betrug am Volke, in dem die Illusion geweckt würde, daß die jetzigen Regierungen, die die jetzigen herrschenden Klassen ohne „Belehrung“ (richtiger gesagt, ohne ihre Beseitigung) durch eine Reihe von Revolutionen imstande seien, einen Frieden herbeizuführen, der die Demokratie und die Arbeiterklasse auch nur halbwegs zufriedenstellt. Nichts wäre schädlicher als ein solcher Betrug. Nichts wäre besser dazu angetan, den Arbeitern den Blick zu trüben, die trügerische Vorstellung bei ihnen zu

erwecken, daß der Widerspruch zwischen Kapitalismus und Sozialismus nicht tiefgehend sei; nichts wäre geeigneter, die kapitalistische Sklaverei zu beschönigen. Nein, wir müssen die Friedensstimmung ausnutzen, um die Massen darüber aufzuklären, daß die guten Dinge, die sie vom Frieden erwarten, ohne eine Reihe von Revolutionen unmöglich sind. Beendigung der Kriege, Friede unter den Völkern, Aufhören von Raub und Gewalt – das ist fürwahr unser Ideal, jedoch können bürgerliche Sophisten die Massen damit betören, indem sie dieses Ideal von der sofortigen, unmittelbaren Propagierung revolutionärer Aktionen trennen“ (9).

Die „Abrüstungs“-Show der SU-Revisionisten in der UNO

Nachdem die SU-Revisionisten schon während der 50er Jahre verschiedene konkrete Abrüstungsvorschläge unterbreitet hatten, schlug Chruschtschow schließlich in einer Rede auf der Sitzung der Vollversammlung der UNO 1959 ein Programm zur „allgemeinen und vollständigen Abrüstung“ vor:

Rüstungsausgaben

	NATO insgesamt	davon USA	WP insgesamt	davon UdSSR
1967	114.715	87.730	39.700	34.450
67–68	(+1.4)	(+2.7)	(+15.9)	(+15.5)
1968	116.308	90.103	45.997	39.780
68–69	(–3.3)	(–4.2)	(+6.8)	(+5.9)
1969	112.416	86.274	49.122	42.143
69–70	(–7.1)	(–9.8)	(+2.0)	(+1.1)
1970	104.374	77.827	50.114	42.619
70–71	(–4.5)	(–7.8)	(+0.8)	(0)
1971	99.626	71.776	50.534	42.619
71–72	(+3.0)	(+3.0)	(+0.8)	(0)
1972	102.588	73.911	59.960	42.619

Quelle: sipri-jahrbuch 1973, zitiert nach ami 6/74, g–5

Diese Zahlen sagen mehr zum Problem „Entspannung“ als die geschwollenen und verlogenen Phrasen!

„Der Kern unserer Vorschläge besteht darin, daß im Laufe von vier Jahren (!) alle Staaten vollständig abrüsten und keine Mittel zur Kriegführung mehr haben sollen. Das bedeutet, daß die Landstreitkräfte, die Kriegsschiffe und die Luftstreitkräfte aufhören werden, zu existieren, daß die Generalstabe und Kriegsministerien aufgelöst und die Kriegsschulen geschlossen werden. Dutzende Millionen Menschen werden zu friedlicher, schöpferischer Arbeit zurückkehren. Die Militärstützpunkte auf fremden Territorien werden beseitigt. Alle im Besitz der Staaten befindlichen Atom- und Wasserstoffbomben werden vernichtet, ihre weitere Produktion wird eingestellt. Die Energie der spaltbaren Stoffe wird ausschließlich für friedliche wirtschaftliche und wissenschaftliche Zwecke verwendet. Die Raketen aller Reichweiten für militärische Zwecke werden abgeschafft, und die Raketentechnik dient nur noch zu Transportzwecken und der Erschließung des Weltraumes zum Wohle der ganzen Menschheit.“

Jeder Staat soll nur streng begrenzte, für jedes Land zu vereinbarenden Kontingente an Polizei (Miliz) behalten, die mit leichten Schusswaffen ausgerüstet werden und ausschließlich für die Aufrechterhaltung der inneren Ordnung und den Schutz der persönlichen Sicherheit der Staatsbürger bestimmt sind. Damit niemand seine Verpflichtungen verletzen kann, schlagen wir vor, ein internationales Kontrollorgan unter Beteiligung aller Staaten zu bilden“ (10).

Später legten die SU-Revisionisten den Abrüstungsausschüssen der UNO den Entwurf zu einem „Vertrag über allgemeine und vollständige Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle“ vor, der die einzelnen Schritte zur Abrüstung noch bis ins Einzelne präzierte (11).

Chruschtschow schwärmte, daß dieser Vertrag „... allen Staaten volle Sicherheit geben (wird). (Er) wird günstige Voraussetzungen für die friedliche Koexistenz der Staaten schaffen. Alle internationalen Probleme werden dann nicht durch Waffengewalt, sondern auf friedlichem Wege gelöst“ (12).

veau standen! Die US-Imperialisten haben damals also schon – zunächst noch gegen sowjetische Proteste – das Muster vorgezeichnet, nach dem später die bilateralen Abrüstungsverhandlungen mit der SU (z.B. SALT) geführt wurden!

Insgesamt wurden trotz einstimmiger Zustimmung in der UNO zur sowjetischen Abrüstungsresolution allein im darauffolgenden Jahr über 100 Mrd. Dollar für die Aufrüstung ausgegeben (14).

Die SU-Revisionisten zogen aus dieser Pleite natürlich nicht die Konsequenz, ihre Abrüstungssillusionen nicht mehr weiter zu verbreiten, im Gegenteil:

„Damit die Abrüstungsfrage schnellstens geregelt wird,“ unterbreitet die sowjetische Regierung der UNO-Vollversammlung den Vorschlag: „Grundbestimmungen eines Vertrages über allgemeine und vollständige Abrüstung“ (15).

Als Ergebnis wurde dann unter Einbeziehung der sog. „neutralen Staaten“ ein 18 Länder umfassender Ausschuss eingesetzt, der wiederum nichts zustandebrachte, und so fort ...

Diese Entwicklung hinderte allerdings die SU-Revisionisten nicht daran, drei Jahre nach ihrem ersten Vorschlag zur „allgemeinen und vollständigen Abrüstung“ in der UNO auch ein „Wirtschaftliches Programm der Abrüstung“ vorzulegen. In diesem Programm wurde den Imperialisten vorgerechnet, daß die Abrüstung allen Staaten in 25 Jahren 3.000 Mrd. Dollar Gewinn einbringen würde. Deshalb sollte man sich doch lieber auf „Friedenswirtschaft“ umstellen und darüber reden, wie die „Umleitung der Mittel und Ressourcen, die gegenwärtig von den Staaten für militärische Zwecke verwendet werden, auf friedliche Zwecke zum Wohle aller Länder verwirklicht werden kann, ohne daß daraus ein Schaden für ihre Volkswirtschaft entsteht“. Ferner könnten alle „Probleme der Übergangsperiode, die sich aus der allgemeinen und vollständigen Abrüstung ergeben, mit Hilfe entsprechender nationaler und internationaler Maßnahmen gelöst werden“ (16).

Einziger „Erfolg“ der „Abrüstungs“-Show der SU-Revisionisten unter Chruschtschow war die Unterzeichnung eines Vertrages über das „Verbot der Kernwaffenversuche in der Atmosphäre, im Kosmos und unter Wasser“ durch die Regierungen der SU, USA und Großbritannien. Dieser Vertrag, der weder irgendwelche Abrüstungsmaßnahmen, noch z.B. das „Einfrieren“ des derzeitigen Bestandes an Nuklear-Waffen, noch auch nur das Einstellen jeglicher Kernwaffenversuche (die unterirdischen sind weiterhin gestattet) zum Inhalt hatte, fiel der weltweiten Bewegung zur vollständigen Vernichtung der Kernwaffen in den Rücken.

Die Regierung der VR China, die diesen Tatbestand kritisierte, wurde seitens der SU-Revisionisten in einer Erklärung „belehrt“:

„Die Sowjetregierung hat bereits die Aufmerksamkeit der Regierung der VR China auf die einfache Wahrheit gelenkt, daß das Leben nicht auf der Stelle steht, daß Wissenschaft und Technik sich stürmisch entwickeln, und daß das, was noch gestern unannehmbar war, sich heute als nützlich, sogar als außerordentlich nützlich erweisen kann“.

Auf das Argument, daß nicht einmal das Verbot sämtlicher Kernwaffenversuche Vertragsgegenstand ist, erklärte die SU-Regierung:

„Aber erstens waren die Hände der USA in dieser Beziehung auch vor der Unterzeichnung des Vertrages nicht gebunden, so daß in diesem Sinne nichts Neues geschieht. Ist. Und zweitens verbietet der Vertrag auch der Sowjetunion nicht, falls dies erforderlich sein sollte, unterirdische Kernwaffenversuche durchzuführen, die Vorräte ihrer Kernwaffen zu vergrößern und diese Waffen sogar gegen imperialistische Aggressoren anzuwenden“ (17).

Eine wirklich einmalige „Logik“! Hieraus geht wohl hervor, daß nach eigenem Eingeständnis der SU-Revisionisten der Vertrag gar keinen Abrüstungsschritt darstellte, sondern einen solchen Schritt nur vortäuschen sollte!

Der „Vertrag zur Begrenzung der Kernwaffenversuche“ richtete sich zudem klar gegen die VR China: während nämlich die USA und die Sowjetunion technologisch schon auf einem Stand waren, der überirdische Atomversuche nicht mehr erforderlich machte, befand sich die VR China erst im Anfangsstadium der Entwicklung von Atomwaffen. Das hätte also entweder bedeutet, daß die VR China auf diese Entwicklung hätte verzichten müssen (wenn sie den Vertrag unterzeichnet hätte), oder andernfalls, daß sie als „entspannungsfeindlich“, „internationaler Störenfried“ etc. diffamiert werden konnte. Dies geschah dann ja auch von Seiten der Imperialisten ebenso wie von Seiten der Revisionisten. Tatsache ist allerdings, daß die VR China insgesamt bis heute nur einen Bruchteil der Versuche in der Atmosphäre durchgeführt hat, die von den USA und der Sowjetunion bis zum Abschluß des „Vertrags zur Begrenzung der Kernwaffenversuche“ durchgeführt worden waren. Dies zum einen, weil die VR China sich auf die schon vorliegenden Erkenntnisse stützen konnte; zum anderen aber auch eindeutig als Ausdruck eines größeren Verantwortungsgefühls gegenüber der Menschheit! Mit dem „Vertrag zur Begrenzung der Kernwaffenversuche“ wollten sich ausgerechnet die USA und die Sowjetunion, die bis dahin mit Serien riesiger Atom-„Versuche“ in der Atmosphäre die Menschen gefährdet hatten und die allein über die Kapazität zur weitgehenden Auslöschung der Menschheit verfügen, als die größten Friedensengel unserer Zeit hinstellen. In Wahrheit diente dieser Vertrag nur der Absicherung ihres Atommonopols, während es ihnen selbst keine Schranken auferlegte, sondern im Gegenteil einen

noch ungeheuerlicheren Aufschwung ihrer Atom-Rüstung einleitete!

Hier haben wir genau den Kernpunkt der Kritik an den SU-Revisionisten zu fassen: Während sie einerseits unglaublich hochgesteckte Abrüstungsprogramme aufstellten und binnen kürzester Frist für realisierbar erklärten, schlossen und schloßen sie andererseits Verträge (in jüngster Zeit z.B. SALT) die entweder nur ganz geringfügige Verbesserungen oder aber den völligen Betrug, statt wirklicher Abrüstungs- oder Begrenzungsmaßnahmen, enthalten, und sie beschimpfen jeden als „abenteuerrich“ und „entspannungsfeindlich“, der das Wesen dieser Schwindelverträge entlarvt.

Es geht hier nicht um die Ablehnung von Abrüstungsvorschlägen, um die Ablehnung des Kampfes um den Frieden schlechthin, wie die SU-Revisionisten allen linken Kritikern unterstellen. Die chinesischen Genossen erklärten damals dazu:

„Wir waren stets der Meinung, daß es, um die Aufrüstung und die Kriegsvorbereitung des Imperialismus zu entlarven und zu bekämpfen, notwendig ist, Vorschläge zur allgemeinen Abrüstung zu unterbreiten. ... Wenn aber die allgemeine und vollständige Abrüstung als der grundlegendste Weg zum Weltfrieden betrachtet wird, wenn die Illusion verbreitet wird, daß der Imperialismus automatisch die Waffen niederlegen wird, und wenn unter dem Vorwand der Abrüstung versucht wird, den revolutionären Kampf der geknechteten Massen und unterdrückten Nationen zu liquidieren, dann ist das ein wissenschaftlicher Betrug an den Völkern der ganzen Welt und Schützenhilfe für die imperialistische Aggressions- und Kriegspolitik“ (18).

Die bunte Palette der Schwindelverträge ...

1969 – fünf Jahre nach dem eben erläuterten Vertrag zur „Begrenzung der Kernwaffenversuche“ – konnten die SU-Revisionisten mit dem sog. „Atomwaffensperrevertrag“ einen weiteren „Erfolg“ ihrer „Entspannungspolitik“ verbuchen.

Dieses Abkommen, in dem sich die Nuklearmächte verpflichteten, keine A-Waffen an Nichtnukleare weiterzugeben, wurde seinerzeit als „markanter Schritt“ etc. auf dem Weg zu einer umfassenden nuklear-strategischen Rüstungskontrollpolitik angepriesen. Die Nuklearmächte wurden durch ihn jedoch in keiner Weise an der weiteren technologischen Entwicklung und an der Aufrüstung ihrer nuklearen Streitmacht gehindert. Wie heute klar zu sehen ist, hat demzufolge auch der A-Waffensperrevertrag absolut keinen Rüstungskontroll- bzw. -begrenzungseffekt gehabt – er hat vielmehr faktisch die Vormachtstellung der beiden nuklearen Großmächte USA und SU stabilisiert! (19)

1971 folgte dem A-Waffensperrevertrag der sog. Meeresbodenvertrag. Er verbietet die Installation fixierter (fest stationierter) Waffensysteme

auf dem Meeresboden, und damit etwas, „... was keine der beiden Großmächte – vor allem auch nicht die USA – jemals erstrebt“ (20). Der Vertrag erlaubt dagegen umgekehrt das, was als einzig sinnvolle strategische Möglichkeit der Nutzung des Meeresbodens anzusehen ist, nämlich die Installation von beweglichen Waffensystemen, „gleichgültig ob diese auf dem Meeresboden kriechen oder als schwimmende Systeme etabliert werden“ (21).

Das sog. „SIPRI-Jahrbuch über Welterüstungen“ charakterisierte diesen Vertrag sehr treffend: „Da der Vertrag durchaus die Platzierung von Einrichtungen auf dem Meeresboden erlaubt, welche freischwebende nukleare Waffensysteme logistisch unterstützen können, wird er kein Hindernis für die Entwicklung eines nuklearstrategischen Rüstungswettlaufs unter See darstellen.“ (22)

Im Winter 1971/72 wurde mit der „Konvention über das Verbot und die Zerstörung der bakteriologischen (biologischen) Waffen und Toxine“ ein weiterer Schwindel-„Abrüstungsvertrag“ geschlossen. „Bezeichnend für das Abkommen ist ... daß es wahrscheinlich nur zustande kam, nachdem die ursprünglich mit den B-Waffen verschränkte Komponente der chemischen Kampfstoffe aus dem Verhandlungspaket herausgelöst worden ist.“ (23).

Der Schwindel-Vertrag über „Verbot und Zerstörung“ bakteriologischer Waffen verdankt sich zweifellos deren besonderen Eigenschaften: Minimale Mengen reichen, um maximale Wirkungen zu erzielen. Ihre Herstellung und Lagerung ist also praktisch überhaupt nicht zu kontrollieren, der Vertrag folglich ein Hohn. Es ist bekannt, daß in den USA ebenso wie in der Sowjetunion die Entwicklung bakteriologischer Waffen (die im Übrigen von „friedlicher“ biologischer Forschung gar nicht eindeutig zu trennen ist!) fortgesetzt wird – hin zu immer gefährlicheren Bakterien-Stämmen. Bekannt ist ferner, daß die US-Imperialisten bakteriologische Waffen auch nach Abschluß des „Abrüstungsvertrages“ in ihrem Indochina-Krieg eingesetzt haben, beispielsweise zur Infizierung der Nutztiere mit tödlichen Krankheiten.

SALT-Verhandlungen – Aufrüstung unter dem Deckmantel der „Entspannung“

Seit 1969 laufen die „Gespräche über die Begrenzung strategischer Waffen“ (Strategic Arms Limitation Talks = SALT) zwischen den USA und der Sowjetunion. Anlässlich des Nixon-Besuches in Moskau wurde am 26. Mai 1972 ein erstes Abkommen geschlossen: „Ihre Absicht bekundend, baldmöglichst eine Beendigung des atomaren Wettlaufs zu erreichen ... und ... effektive Maßnahmen ... zur allgemeinen und vollständigen Abrüstung einzuleiten“, verpflichten sich beide Seiten, „ihre Raketenabwehrsysteme einzuschränken“ (24).

Tatsächlich handelt es sich bei diesem ersten SALT-Abkommen um den Versuch, den Austausch veralteter Waffensysteme gegen modernere als Schritt zur „Abrüstung“, natürlich gemäß dem sowjetischen Slogan auch gleich noch zur „allgemeinen und vollständigen“, zu verkaufen.

In Artikel 1 verpflichten sich die USA und SU, ihre ABM-Systeme zu „begrenzen“, d.h. „nur“ je ein ABM-Stationierungsgebiet mit einem Radius von 150 km um die jeweilige Landeshauptstadt und eines in einer weiteren Region innerhalb der Landesgrenzen sind gestattet. In diesen Gebieten dürfen jeweils nicht mehr als 100 ABM-Starttrampen und eine gleiche Anzahl Abfangraketen vorhanden sein (Artikel 3). Diese Begrenzung ist nur deshalb zustande gekommen, weil zum damaligen Zeitpunkt der Bedarf der USA und SU an großen strategischen Raketen weitgehend gesättigt war, und sich die Rüstungskonkurrenz auf die Produktion „kleinerer“, taktischer A-Waffen für „begrenzte Konflikte“ verlagerte.

Artikel 4 des Abkommens läßt ausdrücklich eine „Modernisierung und eine Ausweitung der strategischen, offensiven Raketen- und Startanlagen“ zu.

Zudem sieht das SALT-Abkommen zwar eine Begrenzung der Starttrampen und der Träger Raketen vor, aber keine Begrenzung der Sprengköpfe. So ist das erste SALT-Abkommen in „Null Komma Nichts“ durch die Produktion von Mehrfachsprengköpfen (MIRV) zur offensichtlichen Farce degradiert worden.

Als ob das nun alles noch nicht genug Verarschung der durch die „Entspannung“ geweckten Friedenshoffnungen der Völker wäre, enthält das SALT-Abkommen zusätzlich eine Klausel, die es überhaupt in die Willkür der Vertragspartner stellt, ob sie das Abkommen einhalten wollen oder nicht – Artikel 15:

„Jede der beiden Seiten hat in Ausübung ihrer staatlichen Souveränität das Recht, sich aus dem Vertrag zurückzuziehen ... wenn außerordentliche Umstände ihre Interessen gefährdet haben“.

Im Juli 1974 unterzeichneten die USA und die SU-Revisionisten ein weiteres SALT-Abkommen, das die Begrenzung der unterirdischen Atomversuche zum Inhalt hat. Diese Tests sollen danach mit Wirkung vom 1.4.1976 (also zwei Jahre nach Unterzeichnung des Vertrages!) auf eine Größe von 150 Kilotonnen „beschränkt“ sein. Selbst Springers „Welt“ kommentierte: „Die Beschränkung auf 150 Kilotonnen Sprengkraft bei unterirdischen Atomtests erlaubt nach wie vor die Erprobung mittlerer MIRV-Sprengköpfe und vor allem die von den Amerikanern geplante „Miniaturisierung“ ihres taktischen Atomarsenals“ (25).

Beim Besuch des US-Präsidenten Ford in der Sowjetunion (Wladiwostok) im Dezember 1974 kam es zu einer weiteren Vereinbarung,

die ursprünglich Mitte 1975 unterzeichnet werden sollte, inzwischen aber durch die technischen Neuentwicklungen (Cruise Missile etc.) eingeholt worden ist, wodurch die Verhandlungen insgesamt wieder einmal ins Stocken geraten sind.

Die Vereinbarung von Wladiwostok sieht vor, daß die USA und die Sowjetunion bis 1985 je 2.400 Langstreckenraketen bzw. Langstreckenbomber unterhalten dürfen, von denen je 1.320 Träger mit atomaren Mehrfachsprengköpfen (MIRV) bestückt werden dürfen. Das besonders Zynische an dieser „Abrüstungs“-Vereinbarung ist, daß weder die USA noch die SU zum Zeitpunkt der Übereinkunft über die festgeschriebene Anzahl von 1.320 MIRV-Raketen verfügten! Kurzum, nicht Abrüstung war in Wladiwostok das Thema (erst recht nicht die „vollständige und allgemeine“), sondern Breschnew und Ford plauderten vielmehr über die „Begrenzung“ der noch vorzunehmenden Aufrüstung!

US-Präsident Ford gab demzufolge unumwunden zu, daß die „Vereinbarung vorerst keine Verminderung des sowjetisch-amerikanischen Rüstungswettlaufes bringen wird“ (26).

Start „Entspannung“: beisspiellose Aufrüstung!

„Unsere Verteidigungsstellung muß sowohl flexibel als auch entschlossen sein. Jeder potentielle Aggressor, der mit einem Angriff auf irgendeinen Teil der freien Welt mit irgendeiner Art von Waffen, nukleare oder konventionell, liebäugelt, muß wissen, daß unsere Antwort angemessen, selektiv, schnell und effektiv sein wird (...). Unsere Waffensysteme müssen in einer Weise brauchbar sein, daß sie Überlegung und kritische Entscheidung hinsichtlich der Zeitplanung, Reichweite und Ziele ermöglichen, und unsere Fähigkeit zur Verteidigung muß sicher sein gegen wiederholte und langdauernde Angriffe wie auch gegen einen Überraschungsangriff, den der Gegner als Erstschatz ausführt“ (27).

Das sind die Worte des Mannes, den die Sowjetrevisionisten unter N.S. Chruschtschow als „einsichtsvoll“, „realistisch“ etc., sozusagen als Garanten der „Entspannung“ im imperialistischen Lager betitelt haben – John F. Kennedy!

Während die Sowjetrevisionisten Anfang der sechziger Jahre ihre vorne behandelten umfangreichen Abrüstungsprogramme in die Welt hinausposaunten, gingen Kennedy und Co. daran, den Militärapparat der USA innerhalb kürzester Frist geradezu gigantisch auszubauen:

„Die Zuwachsraten betrugen in den ersten beiden Jahren der Kennedy-Administration: 100% bei der Zahl der nuklearen Waffen, die den mobilisierten strategischen Streitkräften zur Verfügung standen; 45% bei der Zahl der gefechtsbereiten Armeedivisionen; 33% bei der Zahl der taktischen Jagdgeschwader; 60% Zu-

wachs bei den in Westeuropa stationierten taktischen Nukleartreitkräften; 75% bei den Lufttransportkapazitäten (air lift); 100% Zuwachs im allgemeinen Schiffbau; 600% (!) in den Potentialen zur Bekämpfung von Befreiungsbewegungen“ (28).

Diese Zahlen mögen ein ungefähres Bild der Aufrüstung des US-Imperialismus geben, die mit einer enormen Ausdehnung seiner weltumspannenden Aggressionsarmee, Stützpunkte usw. und nicht zuletzt seiner unmittelbaren militärischen Aktivitäten (Vietnam, diverse CIA-Putsche etc.) verbunden war.

Mit dem Beginn der Kennedy-Administration wurden auch im Bereich der militär-strategischen Doktrin, d.h. der globalen Orientierung des US-Imperialismus, wesentlich aggressivere Töne angeschlagen.

Während die Nuklear-Waffen in den militär-strategischen Überlegungen der 50-er Jahre vorgeblich als „Abschreckungs“-Waffen diskutiert und geplant wurden („Doktrin der minimalen Abschreckung“, „Zweitschlagskapazität“ etc.), propagierten Kennedy und Co. die „Doktrin optimaler militärischer Optionen“ (wählbarer Möglichkeiten), „für politische Entscheidungen vor allem in Krisen- und Konfliktfällen“.

Unter Kennedy wurde im Rahmen der sog. „Strategie der flexiblen Antwort“ die „gleichzeitige Vorbereitung auf mehrere mögliche Konfliktfälle zur grundlegenden sicherheitspolitischen Devise erhoben“.

Mit den in diesem Sinn entwickelten strategischen Konzeptionen, die „... in der Kennedy-Administration nicht bloß in vielen Variationen diskutiert, sondern in vielfältige praktische Programme übersetzt worden sind, glaubten Militärplaner, gerade auch nukleare Waffenpotentiale wieder politisch verfügbar machen zu können“ (29).

Später setzte sich dann nach der „McNamara-Doktrin“ der „sicheren Zerstörung“ („assured destruction“), die einen Kompromiß zwischen der „minimalen Abschreckung“ und der Erlangung der „Erstschatzkapazität“ darstellte, mehr und mehr im Rahmen der gigantischen Aufrüstung und aggressiven Ausrichtung der US-Armee die Erlangung der „Erstschatzkapazität“ (first strike) als strategisches Konzept im nuklearen Bereich durch. Im konventionellen Bereich verbreitete die USA während der 60-er Jahre gemäß der angemaßten Rolle als „Weltpolizist“ ihre Streitkräfte über sämtliche Teile der Welt, in denen sie Einfluß erlangen konnte.

Insgesamt ging es den US-Imperialisten darum, ihre Aggressionsarmee sowohl im konventionellen, als auch im nuklearen Bereich auf eine Vielzahl von „kleinen“ Kriegen anstelle der großen Konfrontation mit der SU umzurüsten. Daß es nicht nur bei Diskussionen und Umorganisieren blieb, wird deutlich an der Vielzahl von militärischen Aktionen – von der Schweinebucht-Invasion (Kuba-Krise) bis zum bestialischen Wüten der US-Völkermörder in Vietnam. Hier ist das Konzept der stufenweisen Eskalation bis hin zur völligen

Vernichtung der Völker und ihrer Lebensgrundlagen bis dicht an die letzte Stufe herangekommen: den Einsatz der forciert seit der Kennedy-Administration entwickelten „kleinen“ Atomsprengköpfe für „begrenzte Konflikte“, deren Wirkung in etwa der Hiroshima-Bombe entspricht!

Die „begrenzten“ Aktivitäten der US-Imperialisten scheinen allerdings nach Meinung der Sowjetrevisionisten ihren „Frieden“ durchaus nicht zu gefährden. So behauptete etwa Breschnew im Frühjahr 1976 auf einer Kundgebung in den Moskauer Lichtschow-Autowerken, daß es „uns gelang, die Kriegsgefahr zurückzudrängen ... Die internationale Spannung hat sich erheblich vermindert“. Die Sowjetunion „scheue keine Mühe, den errungenen Frieden (?) zu erhalten“.

Offenbar verstehen die Sowjetrevisionisten unter „Frieden“ allein die Tatsache, daß es keine offene Konfrontation zwischen der Sowjetunion und den USA gibt! Breschnew in derselben Rede: „Solch günstige Bedingungen für die friedliche Arbeit wie jetzt hat unser Land noch nie gekannt ...“ (nach „UZ“, 4.5.76).

Unbeschadet durch die „Entspannungserfolge“ der SU-Revisionisten und deren „Frieden“ hatten die USA im September 1969 schließlich 1,2 Mio. Soldaten (die Gesamtstärke betrug damals 3,5 Mio.) in mehr als 30 Ländern stationiert und verfügten über 2.270 Militärbasen (ohne Vietnam) in Übersee (30).

Welchem „Frieden“ dieses gewaltige Potential dient, hat der US-Imperialismus mit seinen zahlreichen Aggressionen nach dem zweiten Weltkrieg gezeigt. Allein von 1945 bis 1970 hat er 26 Interventionen und Aggressionen mit insgesamt 73 Kriegsjahren begangen! (31)

Beide Großmächte verfügen inzwischen über ein atomares Potential, das es ihnen gestattet würde, sich gegenseitig mehr als 100 Mal zu vernichten! Als atomare Verteidigungsges-Streitmacht betrachten Rüstungsexperten gemeinhin eine Kapazität, die instande ist, ca. 25% der Bevölkerung und 50% der Industrie des potentiellen Gegners zu vernichten (32).

Hatte die Sowjetunion Ende der 50-er Jahre, zur Zeit des Beginns ihrer „Entspannungspolitik“, noch zumindest in einigen Bereichen einen technologischen Vorsprung vor dem US-Imperialismus (sie schickte z.B. den ersten Satelliten in eine Erdumlaufbahn), so ist derzeit im Vergleich USA–Sowjetunion der US-Imperialismus eindeutig überlegen.

„Die USA besitzen zur Zeit nach ihren eigenen Angaben über 30.000 Nuklear-Waffen, die sich auf amerikanischen Boden, auf allen Meeren, in Europa und Asien befinden. Davon sind 8.500 als strategische und 22.000 als taktische Waffen eingestuft. Der Hauptunterschied zwischen den strategischen und den taktischen Nuklearwaffen liegt in der Reichweite. Die taktischen Waffen haben eine kürzere Reichweite, sind aber in ihren Auswirkungen z.T. viel gewaltiger als die strategischen Waffen. Mitte

1975 sind von den 8.500 strategischen Nuklearwaffen mit Mehrfachsprengköpfen geeigneten Trägermitteln ausgerüstet:

- die 1.054 in den USA zu Land stationierten Minuteman- und Titan-Raketen,
- die 656 Polaris/Poseidon-Raketen auf 41 atomaren U-Booten und
- 500 strategische Bomber (B52), in Kürze die weiterentwickelte B-1“ (33).

Laut zitierter Zeitschrift produzierten die USA in den letzten vier Jahren rund drei strategische Nuklear-Waffen täglich. Bis 1985 werden die USA über 21.000 strategische Nuklear-Waffen verfügen. Trotz (!!) SALT-Abkommen produzierten „die USA 1973 etwa siebenmal so viel A-Waffen wie 1969 beim Amtsantritt Nixons“ (34). Dabei haben die Imperialisten einen riesigen Vorsprung vor der Sowjetunion, die „nur“ über ca. 2.500 strategische A-Bomben verfügt (35). So stieg die Anzahl der Interkontinentalraketen in der Zeit von 1971 bis 1974 bei den USA um 390, bei der Sowjetunion um 80; bei den Sprengköpfen liegt das Verhältnis im gleichen Zeitraum 1.170 zu 160. Bei den atomaren Seestreitkräften (SLBM) stieg die Anzahl der Träger (U-Boote, Zerstörer, Flugzeugträger) in den USA auf 758, bei der SU auf 492 an. Die Anzahl der von Schiffen und U-Booten aus abschließbaren Atomsprengköpfen stieg in den letzten vier Jahren in den USA um 4.850, bei der Sowjetunion um 572 (36). Der US-Außenminister Kissinger bemerkte schon am 26.4.1974 zu dieser Entwicklung: „Wenn man nicht auf die Trägerwaffen, sondern auf die abschließbaren Sprengköpfe sieht, dann hat sich der Vorsprung der USA gegenüber der Sowjetunion während der Laufzeit des SALT-Abkommens (!) vergrößert und wird sich noch weiter vergrößern. Und man wird schließlich von Sprengköpfen getroffen – nicht von Trägersystemen“ (37).

„Entspannung“ – Schwindel: Wahnsinn oder Methode?

Angesichts dieser Fakten muß man sich fragen, welchen konkreten Nutzen sich die SU-Revisionisten von ihrem penetranten Getue mit „Entspannung“ und von ihrem „Abrüstungs“-Schwindel eigentlich versprechen können.

Klar ist folgendes: Die Sowjetunion kann beim Wettrennen gegenüber dem US-Imperialismus überhaupt nur verlieren! Denn erstens ist die Sowjetunion grundsätzlich aus wirtschaftlichen Gründen nicht in der Lage, ebenso große Mittel in die Aufrüstung zu investieren wie die USA, ohne den Lebensstandard der Sowjetvölker derart stark anzugreifen, daß Unzufriedenheit überhand nimmt. Zweitens kann die Sowjetunion aufgrund ihres technologischen Rückstands gegenüber den USA selbst bei gleichem Mitteleinsatz keineswegs auf gleiche Ergebnisse rechnen. Anders gesagt: Die Sowjetunion müßte, um auch nur mit der Aufrüstung der USA Schritt zu halten, weitaus mehr als diese investieren.

Das aber ist aus ökonomischen Gründen absolut unmöglich! Daher vergrößert sich der Rüstungsvorrat, „des Westens“ also immer mehr. Hieraus ergibt sich die Unsinnigkeit der chinesischen Gegenüberstellung von „aufsteigender Supermacht“ (Sowjetunion) und „absteigender Supermacht“ (USA).

Es wäre demnach – unabhängig, wie man die sowjetische Politik ansonsten bewertet – eigentlich ganz logisch, wenn die Sowjetunion die allergrößten Anstrengungen machen würde, um t a t s ä c h l i c h das für sie mörderische Wettrennen zumindest zu verlangsamen, wenn nicht gar zu stoppen.

Dies würde beinhalten, als entscheidendster Ankläger der imperialistischen Aufrüstung aufzutreten und den gegenwärtigen Zustand nicht als „Entspannung“, sondern als brisante Kriegsgefahr, als eine Frage von Leben und Tod für die gesamte Menschheit zu kennzeichnen.

Wir sehen jedoch, daß die SU-Revisionisten das genaue Gegenteil taten und tun:

– Sie schwätzen von „Entspannung“ als Haupttendenz unserer Zeit“ und diffamieren jede realistische Einschätzung der Kriegsgefahr als „entspannungsfeindlich“;

– Sie bemänteln die wahnwitzige Aufrüstung der letzten 10 bis 15 Jahre und gehen soweit, ökonomisch bedingte finanzielle Einsparungen einiger imperialistischer Staaten auf dem Rüstungssektor (die in Wirklichkeit durch Rationalisierung und Modernisierung mehr als wett gemacht werden!) schon als konkrete Abrüstungsschritte auszugeben, um ihrem „Entspannungs“-Schwindel mehr Glaubwürdigkeit zu geben;

– Sie haben mit den US-Imperialisten eine Fülle von Pseudo-„Abrüstungs“-Abkommen geschlossen, die allesamt nicht etwa erste Schritte in die richtige Richtung (Abrüstung) sind, sondern im Gegenteil nur zur ideologischen Bemäntelung eines enorm gesteigerten Wettrenns gedient haben.

Sieht man von der höchst unwahrscheinlichen Möglichkeit ab, daß die sowjetische Führung zu blödsinnig sein könnte, um die Konsequenzen ihrer eigenen Politik zu erkennen, so ergibt sich zwangsläufig nur eine Schlußfolgerung: Obwohl die Fortsetzung des Wettrenns gegenüber dem US-Imperialismus klare Nachteile für die Sowjetunion bedeutet, halten die SU-Revisionisten offensichtlich die Vorteile einer Fortsetzung des Wettrenns insgesamt für wichtiger als eine wirklich auf dessen Verlangsamung zielende Politik.

Eine revisionistische Standardparole lautet, die „Entspannung“ müsse „unumkehrbar“ gemacht werden. In dieser Parole ist die ganze Unsinnigkeit und Verlogenheit revisionistischer „Friedens“-Politik enthalten. Denn „Entspannung“ beschreibt überhaupt nicht mehr als eine zeitweilige Form der Beziehungen zwischen Staaten. An den diesen Beziehungen zugrunde liegenden Widersprü-

chen ändert sich jedoch nicht das geringste. Dieser Tatsache entspricht auch die reale Entwicklung: Unverändert um das eigene „Entspannungs“-Geschwätz rüsten alle imperialistischen und revisionistischen Staaten auf wie noch nie! Warum wohl?! Die gesamte Geschichte zeigt, daß Waffen produziert werden, um sie anzuwenden. Nicht eine zeitweise „Entspannung“ in den Beziehungen zwischen imperialistischen und revisionistischen Staaten bestimmt die Entwicklungsrichtung, sondern das immer fieberhaftere Wettrennen.

Wenn die Imperialisten und Revisionisten Begriffe wie Frieden und Abrüstung entwertet und unglaubwürdig gemacht haben, so sollte das jedoch für uns kein Anlaß sein, die zunehmende Aktualität und Wichtigkeit des Kampfes für Frieden und wirkliche Abrüstung zu verkennen oder diesen Kampf an sich für „reformistisch“ und revisionistisch zu halten. Dieser Kampf kann, richtig geführt, breiteste Unterstützung gewinnen, weil er den Interessen der übergroßen Mehrheit des Volkes völlig entspricht. Die bisherige, vorwiegend von der DKP und linken Sozialdemokraten dominierte „Friedensbewegung“ in unserem Land negiert die Tatsache, daß das Wettrennen vor allem von den USA und der Sowjetunion betrieben wird, und versucht den Anschein zu erwecken, als wäre die BRD der einzige „Störenfried“ in einer sonst ganz auf Abrüstung und Entspannung eingestimmten Welt. Diese Darstellung hat mit der Wirklichkeit nichts zu tun. Daher kann sie im Volk kaum Unterstützung finden, sondern ruft Mißtrauen hervor und stärkt dadurch die Reaktion. Angesichts wachsender Kriegsgefahr und des immer unheilvolleren atomaren und „konventionellen“ Wettrenns kann man dem Volk „Abrüstung“ und „Entspannung“ immer weniger als „Haupttendenz unserer Zeit“ verkaufen. Das Leben selbst widerlegt von Tag zu Tag mehr diese Parole. Der Kampf für Frieden und Abrüstung muß von einer realistischen Analyse und Darstellung der Verschärfung der Widersprüche im Weltmaßstab und von der wachsenden Kriegsgefahr ausgehen, er muß die Kriegshetze und Kriegsvorbereitungen der „eigenen“ Bourgeoisie unter dem Vorwand der „russischen Gefahr“ schonungslos entlarven, und er muß von dem Prinzip ausgehen, daß nur der revolutionäre Sturz des Imperialismus endgültig den Frieden sichern kann – ohne jedoch andererseits die konkreten Möglichkeiten geringzuschätzen, die für diesen Kampf schon heute bestehen.

RGW-Kommission (KB/Gruppe Hamburg) und AK Redaktion

Quellenangabe:

1. Rechenschaftsbericht, 20. Parteitag, S. 31
2. ebenda, S. 32
3. Rede auf dem 3. Parteitag der rumänischen Arbeiterpartei, 21.6.1960
4. Sammelband über die Außenpolitik der Sowjetunion, Bd. 2, S. 550 bis 559
5. „Zwei Linien in der Frage von Krieg und Frieden“, Peking 1963, S. 27
6. Offener Brief der Führung der KPdSU an die KPCh, 1963
7. „Welt ohne Waffen – Welt ohne Krieg“, Sammelband, Bd. 2, S. 366/67 russ.
8. ebenda, S. 341
9. Lenin, „Die Frage des Friedens“, Werke, Bd. 21, S. 292
10. Rede auf der Sitzung der VV der UNO, 18.9.1959
11. „Sowjetunion Heute“, Heft 7, 1.4.1962 Dokumentenbeilage
12. Rede auf der Sitzung der VV der UNO, 18.9.1959
13. Erklärung der UdSSR zur Abrüstungsfrage, 15. Tagung der UNO – VV
14. ebenda
15. ebenda
16. „Sowjetunion Heute“, Heft 20, 16.10.1962, Dokumenten-Beilage
17. „Sowjetunion Heute“, Heft 17/18, 1.9.1963, Erklärung der sowjetischen Reg.
18. Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, Oberbaumverlag, 1971, S. 31/32
19. Vergleich u. A. D. Senghaas, „Aufrüstung durch Rüstungskontrolle“, S. 29
20. ebenda, S. 30
21. ebenda, S. 30
22. „SIPRI-Jahrbuch für Weltrüstungen und Abrüstung“, Ausgabe 1969/70
23. D. Senghaas, „Aufrüstung ...“, S. 31
24. Kommuniqué vom 26.5.1972
25. „Welt“, 4.7.74
26. Siehe auch ARBEITERKAMPF Nr. 56, Februar 1975
27. J.F. Kennedy, zitiert in L. Rodberg u. D. Shearer (Hrsg.), „The Pentagon Watchers“, 1970, S. 69
28. D. Senghaas, „Rüstung und Militarismus“, S. 119
29. ebenda, S. 108/9 ff
30. ebenda, S. 112
31. Freimut Duve (Hrsg.), „Ein Anti-Weißbuch“, S. 26
32. Freimut Duve (Hrsg.), „Frieden in Europa“, S. 15
33. „Atomic Scientists“, Mai 1975
34. „Hamburger Morgenpost“, 20.11.1973
35. „Atomic Scientists“, Mai 1975
36. Angaben nach „Sicherheitspolitik heute“, BRD 1975
37. ebenda

Zur Außenpolitik der Sowjetunion (Teil 2)

...gegenüber Indien

(aus AK 98, Februar 1977)

Dieser schon länger angekündigte 2. Teil der Artikelserie über die sowjetische Außenpolitik hat – eigentlich erwartet – durch die jüngste Entwicklung in Indien selbst einen aktuellen Bezug bekommen: die indische revisionistische „Kommunistische Partei“ wird mit einer pervertierten „Kulturrevolution“ bezeichneten Kampagne von der Ghandi-Diktatur, mit der sie jahrelang eng zusammengearbeitet hat, zusehends in die Illegalität gedrängt. Damit erhalten diese Leute die Quittung dafür, daß sie der Ghandi-Diktatur während der letzten Jahre bei den einzelnen reaktionären Maßnahmen zur Errichtung und Verstärkung ihrer Terrorherrschaft behilflich waren, diese als „Stärkung der Demokratie“ etc. („Horizont“ 34/75) hochgejubelt haben usw.

„Der Mohr hat seine Schuldigkeit getan, der Mohr kann gehen“. Nach dieser Devise bezeichnet die Ghandi-Clique ihre derzeit willigsten Erfüllungshelfer inzwischen als „korrupt“, mit „bourgeoisem Lebensstil“, („Hamburger Abendblatt“, 28.12.76), sogar als „die reaktionärste Partei des Landes“ etc. („Neue Zürcher Zeitung“, 28.12.76).

Mit den Mitteln der Aufkündigung der noch bestehenden Landes-Koalitionsregierungen, der Vorenzurs für die revisionistische Presse und auch der Verfolgung und Verhaftung einzelner KPI-Mitglieder oder Gruppen von KPI-Anhängern wird jedenfalls derzeit schon gearbeitet.

Mit Sicherheit wird diese Politik der indischen Reaktion ihre Auswirkungen auf das indisch-sowjetische Verhältnis haben. Leider nicht unbedingt in dem Sinne, daß die Sowjetrevisionisten ihre Zusammenarbeit mit der Ghandi-Clique einstellen bzw. abdämpfen. Daß diese Leute nicht einmal Prinzipien kennen, wenn es um die eigenen (Gesinnungs-) „Genossen“ geht, das haben sie bei den vergleichbaren Prozessen in Ägypten beispielhaft deutlich gemacht – die Auflösung der „Bruderparteien“ in diesem Land hat die herzlichen Beziehungen der Sowjetrevisionisten zu den dortigen reaktionären Führern in keiner Weise getrübt!

Allerdings konnten die Sowjetrevisionisten auch damit nicht verhin-

dern, schließlich doch selbst von der ägyptischen Bourgeoisie vor die Tür gesetzt zu werden. Es sieht derzeit so aus, als wenn die sowjetisch-indischen Beziehungen einen ähnlichen Verlauf nehmen werden.

Im folgenden wollen wir zunächst die Beziehungen der Sowjetunion zu Indien in ihrer Entwicklung untersuchen, in einem weiteren Teil werden wir dann die sowjetische Politik in Nahost behandeln, schließlich die Politik gegenüber Indonesien, die ein besonders krasses Beispiel für die Entartung der sowjetischen Außenpolitik ist.

Anschließend wollen wir dann eine vorläufige Bilanz der sowjetischen Politik gegenüber der „Dritten Welt“ ziehen.

Die politische Lage nach 1945...

Nach dem Ende des zweiten imperialistischen Weltkrieges fiel die „Weltordnung“ des alten Kolonialismus durch eine Reihe von Revolutionen und nationalen Befreiungskriegen in Scherben. Es bildeten sich in der sog. „3. Welt“ eine Reihe von Nationalstaaten heraus, was durch die Schwächung der alten Kolonialmächte (Frankreich, England, im kleineren Rahmen die geschlagenen faschistischen Staaten Deutschland und Italien) durch die langen Kriegsjahre begünstigt wurde.

An der Spitze dieser Staaten standen zumeist zwar anti-koloniale, aber bürgerliche Kräfte, deren Zielsetzung nicht etwa die sozialistische Umgestaltung, sondern der eigenständige, „nationale“, sprich: kapitalistische, Aufbau der unterentwickelten ehemaligen Kolonien war.

An die Stelle des alten Kolonialismus, d.h. der direkten Unterwerfung im wirtschaftlichen und politisch-administrativen Sinne (über Kolonialverwaltungen etc.) trat der neue, der Neo-Kolonialismus, getragen vor allem von der imperialistischen Macht, die durch den Krieg und seine Folgen am meisten gestärkt wurde, und sich anschickte, die Rolle als „Weltpolizist“ Nr. 1 zu übernehmen: die USA.

Der US-Imperialismus trat sofort nach Kriegsende den Befreiungsbewegungen vor allem dort mit Waffen-gewalt entgegen, wo sie von sozialistischen, revolutionären Kräften ge-

führt wurden, oder wo zumindest die Gefahr bestand, daß diese sich im Verlaufe der nationalen Befreiung durchsetzen. In Europa intervenierte er am massivsten in Griechenland, in Asien bemühte er sich durch Entfesselung des Korea-Krieges, später des Indochina-Krieges sowie durch ständige Aggressionen, Drohungen und Einkreisungsbestrebungen gegen die 1949 ausgerufenen sozialistische Volksrepublik China, die Volksbefreiungsbewegungen zu stoppen und zu zerschlagen.

Gegenüber den von bürgerlichen Kräften geführten Nationalstaaten bemühte sich der US-Imperialismus durch neokolonialistische Infiltrationsversuche, durch wirtschaftliche und politische Bindung dieser Länder, die nationale Befreiung faktisch wieder rückgängig zu machen, die Unabhängigkeit dieser Länder zu einer papiernen Angelegenheit verkommen zu lassen.

Vielfach ließ die vom alten Kolonialismus produzierte Rückständigkeit den Nationalstaaten kaum eine andere Wahl als die, sich durch wirtschaftliche Zusammenarbeit etc. wieder in indirekte, neokoloniale Abhängigkeit zu begeben. Das einzige Gegengewicht gegen diese Strategie des Imperialismus war für die Nationalstaaten der Handel und die Zusammenarbeit mit den damaligen sozialistischen Ländern, namentlich mit der Sowjetunion.

Die Sowjetunion hatte naturgemäß ein starkes Interesse an intensiven Beziehungen zu diesen Ländern. Dies nicht allein aus wirtschaftspolitischen Erwägungen heraus, sondern vor allem wohl, um die gerade erst aus den Klauen des alten Kolonialismus befreiten Länder nicht in neokoloniale Abhängigkeit geraten und damit zu einem strategischen Aufmarschgebiet des US-Imperialismus werden zu lassen.

Die Theorie vom „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg“

Wie schon in ihrer globalen Außenpolitik gegenüber dem Imperialismus („Entspannungspolitik“ – siehe Teil 1, AK Nr. 93) haben die Sowjetrevisionisten auch bei ihrer Politik gegenüber den Ländern der „3. Welt“ immer mehr revolutionäre Positionen

verlassen und durch machtpolitische Erwägungen ersetzt. Zur ideologischen Abstützung dieser bürgerlichen Politik wurde eine besondere „Theorie“ zusammengeknüpft. So wie sie den Imperialismus umfangreiche, bis ins Detail zurechtgesponnene „Abrüstungsprogramme“ vorlegten (bei gleichzeitiger Forcierung des Wettrennens) und dabei den Klassenkampf „vergaßen“, so erfanden sie alsbald bezüglich der Nationalstaaten, daß diejenigen, mit denen die Sowjetunion am engsten zusammenarbeitete (Ägypten, Syrien, Irak, Indien, Indonesien bis zum „Djakarta-Putsch“ etc.) den sogenannten „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg“ gingen. Dieser merkwürdige „3.Weg“ zwischen Kapitalismus und Sozialismus wird von den Revisionisten so erklärt: „Einige dieser Länder (der dritten Welt) kämpfen für den sozialistischen Weg (!) ihrer Entwicklung. Aber in fast allen dieser Länder gibt es weder eine Schwer- noch eine Leichtindustrie, weder ein Industrieproletariat, noch eine Arbeiterklasse als Hegemon (= Führer), noch kommunistische Parteien, neuen leninischen Typs, als leitende und richtungsweisende gesellschaftliche Kräfte.“ Man fragt sich nun, wie ein Land dieser Art den „sozialistischen Weg“ einschlagen kann?! Dies wird im weiteren – wie sollte es anders sein – mit dem „...Einfluß der allgemeingültigen Gesetzmäßigkeiten und Tendenzen unserer Epoche (?), der Stärke der Sowjetunion, des gesamten sozialistischen Lagers sowie der internationalen kommunistischen Bewegung und aller revolutionären Bewegungen in der Welt...“ zu erklären versucht (Todor Pawlow, „Unter dem Banner Leninscher Ideen“, Probleme des Friedens und des Sozialismus, Nr. 4/April 1968, S. 414 ff.).

Für die betreffenden Länder sei es daher nach Meinung der Revisionisten „...in den weitaus meisten (!) Fällen real möglich, den Bürgerkrieg zwischen den antagonistischen Klassen zu vermeiden, durch den Zusammenschluß des Volkes die feindlichen Klasselemente mit friedlichen ökonomischen und politischen Mitteln zu isolieren und sie dem Willen der demokratischen Mehrheit gefügig zu machen“ (Alexander Sobolew, „Einige Probleme des Friedens...“, Nr. 1, Januar 1967).

Nach diesen Behauptungen der Revisionisten gibt es also einen sozialistischen Entwicklungsweg, der nicht des Marxismus-Leninismus und nicht der kommunistischen Partei bedarf, der nicht der Führung durch die Arbeiterklasse bedarf, der überhaupt nicht irgendwie klassenmäßig definiert ist. Tatsächlich ist jedoch das, was die Revisionisten mit dem von ihnen erfundenen „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg“ bezeichnen, gerade der kapitalistische Entwicklungsweg für ein „unterentwickelt“ gehaltenes Land unter den Bedingungen des Imperialismus.

Diese kapitalistische Entwicklung der Nationalstaaten ist eben gar nicht anders denkbar als durch:

1. eine relative Unabhängigkeit vom Imperialismus, was nur durch enge Anlehnung an die Sowjetunion etc. überhaupt möglich ist, und
2. einen großen staatlichen Sektor (z.B. in Ägypten 85% der Industrieproduktion) unter Zurückdrängung privatkapitalistischer Ansätze in einigen Bereichen, als s c h n e l l e m Weg zur Akkumulation von Kapital und rationellem Verfahren, dieses in den verschiedenen Industriezweigen planmäßig einzusetzen.

Es ist demnach unsinnig, einem Land das Prädikat „nicht kapitalistisch“ oder gar „sozialistisch“ anzuhängen, nur weil es „freundschaftliche“ (politische und wirtschaftliche) Beziehungen zur Sowjetunion unterhält, und es einen starken staatlichen Sektor in der Wirtschaft gibt. Das mußten die Sowjetrevisionisten eigentlich spätestens mit ihrem Hinauswurf aus Ägypten 1972 erfahren haben (Ägypten kündigte den Freundschaftsvertrag mit der SU, warf die sowjetischen Militärberater hinaus und rüstete militärisch und wirtschaftlich zur stärkeren Zusammenarbeit mit dem Imperialismus um).

Rückblickend betrachtet dient und dient die Theorie vom „nichtkapitalistischen Entwicklungsweg“ den Sowjetrevisionisten tatsächlich dazu, eine intensive Zusammenarbeit mit den Nationalstaaten a u c h d a n n noch zu rechtfertigen, wenn die Politik des betreffenden Landes nach innen wie nach außen immer reaktionärer wird.

So wurden diese Beziehungen etwa gegenüber Ägypten, Syrien etc. in keiner Weise dadurch getrübt, daß dort die revisionistischen „Bruderparteien“ der KPdSU verboten, zerschlagen und ihre Mitglieder teilweise brutal verfolgt wurden.

Ebenso hat die Entwicklung in Indien hin zur Diktatur mehr und mehr faschistischen Typs und außenpolitisch zur aggressiven, expansionistischen Macht, die „herzlichen Beziehungen“ zu den Sowjetrevisionisten in keiner Weise getrübt.

Anhand der Entwicklung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Indien wollen wir exemplarisch den Charakter der sowjetrevisionistischen Politik gegenüber den Nationalstaaten untersuchen.

Die sowjetische „Entwicklungshilfe“

Die Sowjetunion hat mit einer Reihe afro-asiatischer und anderer Länder Abkommen über eine wirtschaftliche und technische Hilfe für den Aufbau ihrer Volkswirtschaft abgeschlossen. Solche Abkommen unterzeichnete die Sowjetunion mit den Regierungen Indiens, Indonesiens, Burmas, Nepals, Ceylons, Afghanistans, Ägyptens, Iraks, Jemens, Äthiopiens, Ghanas, Guineas, Malis und anderer Länder. 1971 bestanden mit 38 Staaten derartige Abkommen.

Mit Unterstützung der Sowjetunion wurden in den Ländern Asiens (ohne die sozialistischen Länder), Afrikas und Lateinamerikas etwa 500 Industriebetriebe und andere Objekte

geplant und gebaut. Anfang 1962 nahmen etwa 100 Objekte die Produktion auf. 1963 gewährte die Sowjetunion Indien, Indonesien, Afghanistan, dem Irak, Ägypten, Äthiopien, Ghana, Guinea, Mali, Argentinien, Bolivien und anderen Entwicklungsländern Kredite zur wirtschaftlichen Entwicklung in einer Gesamthöhe von etwa 3 Milliarden Rubel (1 Rubel = etwa 4 DM).

Die sowjetische Hilfe trug wesentlich dazu bei, den Bedarf vieler Länder zur Verwirklichung ihrer wirtschaftlichen Pläne zu decken. So konnte beispielsweise Indien 15% alle für die Realisierung des zweiten Fünfjahresplans benötigten Ausgaben in ausländischer Währung durch sowjetische Unterstützung decken (vgl. „Geschichte der sowjetischen Außenpolitik“, Frankfurt/Main 1971, Seite 391 ff.).

1953 wurde zwischen Indien und der Sowjetunion ein Handelsabkommen geschlossen, das in den folgenden Jahren immer wieder erneuert und erweitert wurde. In den Jahren 1960/61 stiegen die sowjetischen Exporte nach Indien um das Doppelte an: von 1.587 auf 3.994 Milliarden Rupien. Insgesamt stieg das Handelsvolumen von 1953/54 von 17,5 Millionen Rupien auf 1970 3.145,3 Milliarden Rupien (vgl. „Eastern Economist, India in world trade“, 1974, S. 1265).

Der Handel zwischen der Sowjetunion und Indien vollzog sich auf Rupienbasis. Dies bedeutete für Indien einen entscheidenden Vorteil, da es so nicht auf seine knappen Devisen zurückgreifen mußte. Zu annähernd Weltmarktpreisen verkaufte es Rohprodukte wie Tee etc. und kaufte Fertigprodukte wie Maschinen, Metall- und Erdölprodukte. Durch die längerfristigen Abkommen war Indien nicht den ständigen Schwankungen der Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt unterworfen. Gleichzeitig konnte aufgrund des sowjetischen Bedarfs der indische Rohstoffexport ausgedehnt und gesichert werden. Die sowjetische Entwicklungshilfe, die in erster Linie die Förderung der Schwer- und Grundstoffindustrie im staatlichen Sektor der indischen Wirtschaft zum Ziel hatte, setzte 1955 ein, als in Indien gerade der zweite „Fünfjahresplan“ vorbereitet wurde. Dieser „Plan“ sollte als Richtschnur für die Industrialisierung Indiens gelten, war aber nicht gesetzlich verankert. Nur durch Vergabe von Lizenzen im privaten Sektor der Wirtschaft und durch Investitionen im staatlichen Bereich konnte der Staat Einfluß auf die wirtschaftliche Entwicklung ausüben. Diese halberzige „Planpolitik“ ist charakteristisch für die Länder des „Dritten Weges“.

Die Sowjetunion unterstützte den indischen Staat durch finanzielle Kredite, sowjetische Techniker und Maschinen, Bildungs- und Ausbildungshilfe. Mit dem Bhilai-Projekt (s.u.) wurden 200 Ingenieure und Techniker sowie 500 Facharbeiter in sowjetischen Fabriken ausgebildet. Inzwischen wurden Schulen mit sowjetischer Hilfe errichtet, an denen

mittlerweile ca. 60.000 Inder eine Ausbildung erhielten (vgl. Mission of Friendship, New Delhi 1973).

Insgesamt macht die Sowjetunion im Zeitraum von 1955-1966 Kreditzusagen für den Bau von Industrieanlagen in Höhe von 1.351,8 Milliarden US-Dollar. Die Projekte im einzelnen: 1957 Bau eines Kraftwerkes in Bhilai mit einer Anfangskapazität von 1 Million Tonnen Stahl zur Herstellung von Bauteilen von Eisenbahnschienen (sowjetischer Kredit: 137,5 Mio. US-Dollar).

1957 Werk für den Schwermaschinenbau in Ranchi, Werk für Bergbaumaschinen in Durgapur, Wärmekraftwerk in Neyveli, Glasfabrik zur Herstellung von optischem Glas, Kohlebergwerk in Korba (125 Mio. US-Dollar), 1959 Sowjethilfe bei der Durchführung des 3. Indischen Fünfjahresplans (375 Mio. US-Dollar).

Förderung von Grundstoffindustrien zur Gewinnung von Erdöl und Kohle (25 Mio. US-Dollar) Wärmekraftwerke in Korba, Präzisionsgerätewerk in Kotah.

1961 Bau eines Wasserkraftwerkes am rechten Ufer des Flusses Bhakra, Erdölraffinerie in Koyali, Kohleaufbereitungsanlage in Kathara, Bau eines Werkes für feuerfeste Materialien (125 Mio. US-Dollar).

1962 Bau eines Kraftwerkes in Patna, 1965 Bau eines Hüttenwerkes in Bokaro mit einer Jahreskapazität von 1,5 Mio.t (211 Mio. US-Dollar).

Anläßlich des Breshnew-Besuches 1973 in Indien wurde ein Wirtschaftsabkommen geschlossen, das einen Laufzeit von 15 Jahren haben soll. In ihm sind eine weitere Zusammenarbeit auf dem Sektor der Industrie, der Landwirtschaft und der Energiegewinnung enthalten, sowie eine um 150 - 200%ige Steigerung des Handelsvolumens bis 1980. Neu an diesem Vertrag ist der Plan für gemeinsame Produktionsunternehmen, die gemeinsame Erstellung von Dienstleistungen und Ausrüstungen für Drittländer (vgl. „Entwicklungspolitische Korrespondenz“ 4.5.6/74; S.48).

Die von der Sowjetunion gewährten Kreditbedingungen waren vor allem in den ersten Jahren gegenüber denen der kapitalistischen Länder recht günstig. Die Kredite hatten eine 12jährige Laufzeit zu 2,5% (im Westen waren lange 6% üblich). Nach Fertigstellung der Betriebe gingen sie voll und ganz in den Besitz des Staates Indiens über. Es wurde also von Seiten der Sowjetunion nicht „investiert“ um direkt materielle Profite aus Indien zu ziehen!

Sowjetrevisionisten finanzieren die Militarisierung Indiens

Indiens Militärausgaben sind seit 1949 kontinuierlich gestiegen. Ein rasanter Anstieg war jedoch in den Jahren 1960 - 1965 zu verzeichnen. In diesem Zeitraum stiegen die Militärausgaben um 201%. Nach dem Grenzkonflikt mit der VR China wurde die Mannschaftsstärke des

Heeres von 550.000 auf 825.000 erhöht. Nach dem Krieg mit Pakistan am Bangla Desh 1971 wurden die Militärausgaben um weitere 27% erhöht (U.Albrecht, Rüstung und Unterentwicklung, S.109).

Seit 1960 (also mit Beginn der rasanten Aufrüstung!!) erhält Indien von Seiten der SU umfangreiche Waffenlieferungen. Im Zeitraum von 1961 - 1971 kamen aus der SU 70% aller Waffenimporte Indiens, gefolgt von Großbritannien mit 8%, der CSSR mit 7% und den USA mit 6%. Mit Waffenimporten über 1,6 Milliarden US-Dollar im selben Zeitraum lag Indien nach Südvietnam, Nordvietnam, Ägypten, Südkorea und der Türkei an 6. Stelle aller Waffenimporteure der Länder der „Dritten Welt“ (vgl. U.Albrecht u.a. Rüstung und Unterentwicklung, Reinbek 1976, S. 129). Dadurch unterstützte die SU die expansionistischen Bestrebungen Indiens, das allein seit 1947 in fünf internationalen Konflikte, die mit kriegerischen Mitteln ausgetragen wurden, verwickelt war: 1947-1948 die Annexion Kaschmirs; 1962 Grenzprovokationen gegen China; 1971 Krieg mit Pakistan am Bangla Desh und 1975 die Annexion Sikkims. Die SU hat alle diese Schritte der indischen Reaktion unterstützt.

Sowjetrevisionisten - immer auf Seiten des indischen Expansionismus

Schon 1947, noch zu Stalins Zeiten, ergriff die SU im Kaschmir-Konflikt indirekt Partei für die indische Regierung. In Kaschmir waren seinerzeit Unruhen ausgebrochen, die sich gegen den feudalen Landesfürsten, einen Hindu, richteten. Der Landesfürst trat für den Anschluß an Indien ein, im Gegensatz zur Bevölkerung, die überwiegend (zu 80%) aus Mohammedanern bestand. Die Aufständischen dienten dem Landesfürsten als Vorwand, um indische Truppen zu Hilfe zu rufen. Daraufhin schickte Pakistan ebenfalls Truppen nach Kaschmir. Der Lösungsvorschlag der UNO, nach Abzug der fremden Truppen eine Volksabstimmung in Kaschmir durchzuführen, wurde von Pakistan, nicht aber von Indien akzeptiert. In der UNO verhielt sich die SU zunächst „neutral“, indem sie sich der Stimme enthielt. Kaschmir wurde geteilt. Indien lehnte es ab, seine Truppen aus dem von ihm besetzten Gebiet zurückzuziehen. 1957 wurde dieser Teil Kaschmirs gegen den Protest der UNO an Indien „angeschlossen“. Seit 1951 hat die SU den Standpunkt Indiens in der UNO sogar unterstützt (vgl. D.Rothermund).

1955, nach der Rückkehr von einer Indienreise, erklärte Bulganin, der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, ganz offen: „Die Sowjetregierung unterstützt Indiens Politik in der Kaschmir-Frage, denn diese Politik entspricht durchaus den Belangen der Festigung des Friedens in einem Teil Asiens“ (über die Reise nach Indien, ... Bericht des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N.A. Bulganin, Januar 1956).

1955, nach der Rückkehr von einer Indienreise, erklärte Bulganin, der Vorsitzende des Ministerrates der UdSSR, ganz offen: „Die Sowjetregierung unterstützt Indiens Politik in der Kaschmir-Frage, denn diese Politik entspricht durchaus den Belangen der Festigung des Friedens in einem Teil Asiens“ (über die Reise nach Indien, ... Bericht des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR, N.A. Bulganin, Januar 1956).

1962-Grenzprovokationen Indiens gegen China

Indische Truppen waren in chinesisches Grenzgebiet eingedrungen und von den chinesischen Truppen zurückgeschlagen worden. Obwohl die sowjetische Regierung sofort nach dem Überfall von der Aggression Indiens unterrichtet worden war, verweigerte die SU nicht nur eine Verteilung Indiens - vielmehr kritisierte sie die sowjetische Führung, daß sich die chinesischen Truppen gegen den Überfall zur Wehr gesetzt hätten! In der Schrift „Die Wahrheit darüber, wie sich die Führer der KPdSU mit Indien gegen China verbündet haben“ (Peking 1963) geben die chinesischen Kommunisten eine detaillierte Beschreibung des sowjetischen Vorgehens in dieser Auseinandersetzung:

„Am 8. Oktober 1962 teilte ein führender chinesischer Funktionär dem sowjetischen Botschafter mit, China hätte in Erfahrung gebracht, daß Indien an der chinesisch-indischen Grenze eine großangelegte Offensive zu starten beabsichtige. Wenn Indien diese Offensive begänne, würden wir uns entschlossen verteidigen. Er wies weiter auf darauf hin, daß Indien die von der SU hergestellten Hubschrauber und Transportflugzeuge dazu benutze, um Kriegsmaterial im chinesisch-indischen Grenzgebiet abzuwerfen und dorthin zu transportieren, was einen schlechten Eindruck auf unsere Grenzsoldaten mache, und daß China es als seine internationale Pflicht betrachte, die Sowjetunion darüber zu informieren.“

Am 13. und 14. Oktober teilte Chruschtschow dem chinesischen Botschafter mit, daß sowjetische Informationen über indische Vorbereitungen für eine Offensive gegen China mit den chinesischen übereinstimmen. Wenn sich die Sowjetunion an Chinas Stelle befände, würde sie die gleichen Maßnahmen ergreifen. In der chinesisch-indischen Grenzfrage dürfe keine neutrale Haltung bezogen werden. Es wäre Verrat, wenn jemand China angreife, und wir uns neutral erklären.

Am 20. Oktober 1962 starteten die Indischen Reaktionäre ihre großangelegte Offensive gegen China.

Am 12. Dezember hatte Chruschtschow alles vergessen, was er vor zwei Monaten gesagt hatte, und fiel erneut auf die alte Leier zurück. Auf einer Sitzung des Obersten Sowjets der UdSSR redete er unter vielen Anspielungen davon her, daß die Bevölkerungsdichte in den umstrittenen Gebieten an der chinesisch-indischen Grenze unbedeutend sei, und daß sie keinen großen Wert für das Leben der Menschen hätten; die Sowjetunion wäre durchaus nicht der Meinung, daß Indien mit China einen Krieg anfangen wolle. In der Frage von Grenzstreitigkeiten vertrat sie die Lenin'schen Ansichten. Die 45-jährigen Erfahrungen der Sowjetunion hätten bewiesen, daß es keine Grenzstreitigkeiten gäbe, die nicht ohne Anwendung von Waffen gelöst werden könnten. Es sei selbstverständlich sehr gut, daß China einseitig das Feuer eingestellt habe und seine Truppen zurückgezogen habe;

aber wäre es nicht besser gewesen, gar nicht erst von jenen Positionen aus vorzurücken, auf denen diese Truppen seinerzeit gestanden haben?

Durch die Veröffentlichungen eines redaktionellen Artikels in der „Prawda“ am 19. September 1963 ließen die Führer der Sowjetunion jede Maske völlig fallen, stellten sich offen auf die Seite des USA-Imperialismus und unterstützten die indischen Reaktionen im Kampf gegen das sozialistische China.

Dies Verhalten der Sowjetunion gegenüber der VR China fand noch vor dem offenen Bruch der Sowjetrevisionisten mit China statt und bedeutete einen eklatanten Verstoß gegen die internationale Solidarität der sozialistischen „Bruderländer“. Treffend urteilen die chinesischen Kommunisten: „Der Standpunkt der sowjetischen Führer in der chinesisch-indischen Grenzfrage bedeutet nicht nur den Verrat an den Prinzipien des proletarischen Internationalismus, sondern kann nicht einmal neutral genannt werden. Die Führer der Sowjetunion unterstützen, zusammen mit den USA-Imperialisten, die indischen Reaktionen gegen das sozialistische China, gegen das indische Volk. Sie haben damit nicht nur das sozialistische Lager, sondern auch das indische Volk verraten.“ (Die Wahrheit darüber... S. 26).

1971- Indien besetzt Ostpakistan

Bei den Parlamentswahlen 1971 in Ostpakistan erhielt die Awami-Liga, eine Partei der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums in Ostbengalen, die absolute Mehrheit der Sitze in der pakistanischen Nationalversammlung. Die herrschenden Klassen Westpakistans, die schon seit März 1969 mit Hilfe einer Militärdiktatur regierten, waren jedoch nicht bereit, dieses Wahlergebnis zu akzeptieren. Daraufhin brachen Aufstände in Ostbengalen aus, die vom westpakistani-schen Militär grausam unterdrückt wurden. Indien nutzte den Augenblick und marschierte unter dem Vorwand, das Selbstbestimmungsrecht des Volkes von Bangla Desh sichern zu wollen, mit seinen Truppen in Ostpakistan ein. In Wirklichkeit ging es der indischen Regierung jedoch darum, nach einer Teilung Pakistans, Bangla Desh wirtschaftlich und politisch von Indien abhängig zu machen und dort eine Marionettenregierung zu installieren. Eine Rückendeckung in diesem Krieg war Indien die Unterstützung der Sowjetunion durch den im Sommer 1971 geschlossenen Militärpakt.

Innenpolitik: Die Reaktion marschiert

Die sowjetischen Waffen in den Händen der indischen Expansionisten fanden allerdings nicht „nur“ im Einsatz gegen andere Völker Verwendung, sondern sie wurden auch bei ungezählten Anlässen gegen das indische Volk selbst gerichtet: regelmäßig sind die Streitkräfte mit der Brechung von Streiks, Überwachung und

Kontrolle von Agitation, sowie mit der Verhinderung von Demonstrationen und seit Verhängung des Ausnahmezustandes mit der Ausschaltung jeglicher Opposition beschäftigt. Der Ausnahmezustand war am 26.6.75 durch die indische Ministerpräsidentin Indira Gandhi verkündet worden, nachdem sie wegen korrupter Wahlpraktiken vom Obersten Gerichtshof verurteilt worden war und ihre und die Macht der regierenden Kongresspartei merklich ins Schwanken geraten war. Durch den Ausnahmezustand wurden sämtliche bürgerliche Freiheiten wie Pressefreiheit und Streikrecht aufgehoben und der Regierung die Möglichkeit gegeben, ohne Gerichtsverfahren politische Gegner zu inhaftieren. Die Zahl der politischen Gefangenen, die zum Teil physisch brutal gefoltert werden, nahm um weitere 116.000 zu. (vgl. C. Sigrist u.a. Indien, Westberlin 1976, Wagenbach Verlag).

Gegen diese Maßnahmen hört man von revisionistischer Seite aus keine Kritik. Die revisionistische „kommunistische“ Partei Indiens beteiligt sich „konstruktiv“ an dem gleichzeitig mit dem Ausnahmezustand verkündeten Notstandsprogramm „der nationalen Wiedergeburt“. Euphorisch berichtete etwa das „Neue Deutschland“: „Dieser Aktionsplan, der bis Ende des Jahres verwirklicht werden soll, zielt darauf, bürgerlich-demokratische Reformen, die früher von Indira Gandhi initiiert und von der regierenden Kongresspartei beschlossen wurden, unter den jetzt entstandenen günstigen Bedingungen (Ausnahmezustand-Anmkg. AK) effektiver durchzusetzen. Damit könnte nicht nur das Leben von Millionen Werktätigen wesentlich erleichtert, sondern auch der ökonomischen Basis der Reaktion ein Schlag versetzt werden“ (ND, 22.6.76).

Entsprechend hochgejubelt von der sowjetischen und der DDR-Presse wurde Indira Gandhi bei ihren Besuchen in Moskau und Berlin im Juni letzten Jahres. „Wir haben grosse Bewunderung für die Klugheit, Sicherheit, Herzenswärme und Intensität, mit der Indira Gandhi ihr riesiges Land mit seinen enormen Problemen auf dem Wege des Friedens führt. Dank ihrer umsichtigen und konsequenten Politik hat das Wort und die Tat Indiens im Kampf um den Frieden in der Welt großes Gewicht erhalten“ (ND, 23.6.76).

In seiner Tischrede, anlässlich des Besuches Indira Gandhis, erklärte Breshnew: „Durch seine Politik, die auf den Schutz des Friedens (!) und der friedlichen Koexistenz (!) gegen Imperialismus und Reaktion (!), gegen Kolonialismus und Rassismus, geachtet ist, hat sich Ihr Land große internationale Autorität erworben“ (Horizont, 26/76).

Nach wie vor gehen die Revisionisten von der Voraussetzung aus - oder besser gesagt, geben vor, davon auszugehen - daß Indien sich auf dem „nichtkapitalistischen Wege“ befindet: „Die Entwicklung Indiens ist geprägt vom Übergang aus kolonialer Vergangenheit in eine neue moderne Ordnung, die unter Führung des na-

tionalen Bürgertums erfolgt“ (ND, 22.6.76).

Geht man davon aus, daß für Indien das Ziel der Klassenkampfentwicklung die revolutionär-demokratische Diktatur der Arbeiter und Bauern (Volksrevolution) ist, so hat Lenin darauf hingewiesen, daß dem Klassencharakter nach zunächst „die Umwälzung die Herrschaft der Bourgeoisie stärken wird. Das ist bei der gegebenen, d.h. kapitalistischen, ökonomischen Struktur der Gesellschaft unvermeidlich. Wird aber die Herrschaft der Bourgeoisie über ein politisch einigermaßen freies Proletariat gestärkt, so führt das unweigerlich zu einem erbitterten Kampf um die Macht zwischen ihnen, zu verzweifelten Versuchen der Bourgeoisie, dem Proletariat die Errungenschaften der revolutionären Periode zu entreißen“. Das Proletariat darf deshalb, während es allen voran und an der Spitze aller für die Demokratie kämpft, keinen Augenblick lang die im Schoße der bürgerlichen Demokratie verborgenen neuen Widersprüche und den neuen Kampf vergessen. (Lenin, Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution). Wiederholt hat Lenin darauf hingewiesen, daß diese „Umwälzung“, soll sie in Richtung auf eine sozialistische Gesellschaft laufen, unter der Führung des Proletariats und andere mit ihr verbündete Klassen, wie der Bauern, stehen muß.

Die Revisionisten aber sagen das genaue Gegenteil: Die „neue Ordnung“ in Indien wird, unter Führung des Bürgertums erreicht und dadurch sollte der „ökonomischen Basis der Reaktion ein Schlag versetzt werden.“

Die tatsächliche Entwicklung in Indien - terroristische Unterdrückung der Arbeiter und Bauern, Stärkung der nationalen Bourgeoisie durch verschärfte Ausbeutung - spricht natürlich für Lenin und gegen seine „modernen“ Verfälscher.

RGW-Kommission

Revisionisten kontra Lenin

(aus AK 58, April 1975)

Zu den Gegnern des eritreischen Volkes gehören auch die Revisionisten, denen es auf der außenpolitischen Ebene um ein gutes Verhältnis zur äthiopischen Militärdiktatur zu tun ist.

So lobt die DDR-Zeitschrift „Horizont“ (Nr. 8/75): „Bereits kurz nach seiner Machtübernahme hatte der Militärat erkennen lassen (?), daß er bereit sei, möglichst schnell nach Wegen zu suchen, um die seit mehr als zehn Jahren herrschende latente Unruhe in diesem Gebiet zu beseitigen und eine tragbare Grundlage (???) für das künftige Verhältnis zwischen Eritrea und dem übrigen Äthiopien zu finden... Auffällig ist, daß sich die terroristischen (!!) Aktionen zu der Zeit verstärkten, als die Regierung in Addis Abeba sichtlich bemüht war, mit Vertretern (??) Eritreas ins Gespräch zu kommen und bereits Vorschläge unterbreitet hatte.“

Um was für „Vorschläge“ handelt es sich, und um was für eine „tragbare Grundlage“? Darüber schweigt „Horizont“.

Tatsächlich wäre für Kommunisten ist es (die gibt's offenbar nicht beim „Horizont“) die Sache sehr klar: Eritrea ist nie Teil Äthiopiens gewesen, sondern eine von der äthiopischen Reaktion unterjochte Kolonie. Das eritreanische Volk muß das Recht auf volle nationale Selbstbestimmung und Unabhängigkeit erhalten. „Das Recht auf Lostrennung zu leugnen, heißt praktisch die Privilegien der herrschenden Nation zu unterstützen.“ (Lenin, Über die nationale und koloniale Frage). Bei „Horizont“ wird dagegen unter einer „tragbaren“ Lösung der Versuch der Militärdiktatur verstanden, die nationale Unterdrückung Eritreas unter geänderten Formen fortzusetzen.

Tatsache ist außerdem, daß die eritreische Befreiungsbewegung ihre Offensive erst nach dem Scheitern der eingeleiteten „Verhandlungen“ begann, und daß zweitens an den „Verhandlungen“ keine Vertreter der ELF/PLF teilnahmen, sondern die Junta sich die angeblichen „Vertreter Eritreas“ selbst ausgesucht hatte. Selbst diese Kräfte erhoben aber die Forderungen: Direkte Verhandlungen mit den Befreiungsbewegungen und Freilassung aller politischen Gefangenen! - Diese Forderungen lehnte die Junta ab, und ließ damit die „Verhandlungen“ platzen!

Außer der Diffamierung der eritreischen Befreiungsbewegung als „Terroristen“ (!!), die der gezielten Stimmungsmache dient, darf bei „Horizont“ auch der demagogische Hinweis nicht fehlen, daß zur „Ermutigung der Separatisten äußere Kräfte“ beitragen würden, „denen die bisherige progressive Wandlung in Äthiopien mißfällt“. Und was soll man davon halten, daß die Junta ausgerechnet die US-Imperialisten um Waffenhilfe gegen Eritrea bittet ?!

Anmerken darf man vielleicht noch, daß in „Horizont“ 3/71 z.B. (lang ist's her) ganz sachlich über den Kampf der ELF informiert wurde. Von „bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen Einheiten (!!) der ELF und der äthiopischen Armee“ ist da die Rede - von „Terroristen“ kein Wort. Und ferner: „Die ELF kämpft für die Unabhängigkeit der Provinz Eritrea von Äthiopien. Nach ihren Angaben wurden seit der Verhängung des Ausnahmezustandes über die Provinz am 16. Dezember 1970 mehr als 1.000 Eritreer getötet...“

„Schwierigkeiten“ beim Schreiben der Wahrheit hat offenbar auch die den Revisionisten nahestehende „Deutsche Volkszeitung“ (6.3.75). Richtig ist dort von einer „Doppelbödigkeit (!!) des politischen Konzepts der Militärs“ die Rede; das Programm des „äthiopischen Sozialismus“ bleibe „mehr eine Liste von Forderungen als ein wirklich durchdachtes (?) Programm, solange jene ausgeschaltet (!) bleiben, die diese Umwälzungen durchführen und tragen müssen: die Volksmassen. Nach wie vor bleibt nämlich die Isolierung der Herrschenden von der Bevölkerung bestehen“. Oho, aber für Eritrea streben die Militärs eine „tragbare“ Lösung an - oder sind sie auch da „doppelbödig“?

Jedenfalls wohl kaum „doppelbödiger“ als die Revisionisten von der „DVZ“. Die schreiben nämlich: „Bezweifelt wird nicht die gerechte Sache der eritreischen Befreiungsbewegung“ (eijeije!), aber der „bewaffnete Aufstand der Befreiungsbewegung“ stelle leider für die Militärdiktatur „eine zusätzliche Belastung dar, die in hohem Maße Material (man denke nur an die vielen teuren Bomben auf eritreische Dörfer und Städte!) und vor allem Menschen fordert“, und könne damit „den Erfolg der revolutionären Umgestaltung stark gefährden“.

Logischerweise sollte man ja meinen (wenn dem Artikel der „DVZ“ überhaupt eine Logik zugrunde liegt), daß der „Erfolg der revolutionären Umgestaltung“ vor allem durch die „Ausschaltung“ der „Volksmassen“ in Frage gestellt ist, und daß der Vernichtungskampf der Junta gegen Eritrea genug ein Ausdruck dieser „Doppelbödigkeit“ ist...

Aber zu solchen Eiertänzen wie in der „DVZ“ kommt's, wenn man vom leninischen Prinzip des Selbstbestimmungsrechts und des Rechts auf Lostrennung nichts wissen will!



Der Mythos vom »realen Sozialismus«

(aus AK 108, Juli 1977)

Die heiligste der Heiligen Kühe der DKP ist der sogenannte „reale Sozialismus“, früher meist „real existierender Sozialismus“ genannt. Vor allem im Clinch mit den „Euros“ taucht immer häufiger das Schlagwort vom „realen Sozialismus“ auf. Mit diesem Schlagwort wird bezweckt, jede Kritik an Sowjetunion oder DDR pauschal als antisozialistisch, antikomunistisch abzustempeln, um die durch „Dissidenten“- und „Euro“-Diskussion verunsicherten Partei-Reihen wieder auszurichten.

Die Marxisten-Leninisten gehen davon aus, daß der wissenschaftliche Sozialismus die Bewegungsgesetze der menschlichen Gesellschaft analysiert und den Weg zu einer Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung gewiesen hat. Zugleich sieht sie sich aber bewußt, daß auf dem Weg zu diesem Ziel auch Entwicklungen möglich sind, die kritikwürdig sind oder die sogar den Rahmen einer solidarischen Kritik sprengen. Diese Tatsache wird zwar im Prinzip auch von den DKP-Ideologen anerkannt – so sparen sie z. B. nicht mit zum Teil sehr scharfen Äußerungen gegen die mit dem Namen Stalins verbundene Etappe des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion oder gegen China und Albanien. Auch Chruschtschow oder Ulbricht darf man – in Maßen – heute in der DKP kritisieren. Ausgenommen bleiben jedoch immer die aktuell herrschenden Verhältnisse in der Sowjetunion oder DDR. DKP-Chef Mies hat das kurz und bündig auf den Begriff gebracht: „Der Aufbau des Sozialismus in den Ländern des Sozialismus ist die Verwirklichung der Lehre von Marx, Engels und Lenin“ („UZ“, 25.2.77).

Der „reale Sozialismus“ – d. h. die aktuellen Verhältnisse in der Sowjetunion und DDR – wird also auf dieselbe Stufe gestellt wie der wissenschaftliche Sozialismus, d. h. auf die Stufe eines unfehlbaren Dogmas, das sich jeder Kritik oder gar grundsätzlichen Infragestellung entzieht. (Wir gehen an dieser Stelle nicht darauf ein, daß der wissenschaftliche Sozialismus keineswegs ein Dogma ist, und daß in Wahrheit auch die Revisionisten jeder Couleur ihn natürlich nicht als Dogma behandeln, sondern eifrig „schöpferisch weiterentwickeln“.)

Für einen Marxisten-Leninisten ist selbstverständlich, daß kein „realer

Sozialismus“ unter heutigen Bedingungen als vollständige „Verwirklichung“ des wissenschaftlichen Sozialismus anzusehen ist. Mehr noch: Der „reale Sozialismus“ – also die gesellschaftliche Praxis in Ländern, die sich als sozialistisch bezeichnen – kann vom wissenschaftlichen Sozialismus abweichen oder geradezu in Widerspruch zu diesem geraten. Deshalb ist für uns niemals dieser oder jener „reale Sozialismus“ oberster Maßstab, sondern der wissenschaftliche Sozialismus. Immerhin hat in den rund 130 Jahren, die seit dem Erscheinen des kommunistischen Manifestes vergangen sind, der Sozialismus 70 Jahre ausschließlich als Wissenschaft und Theorie existiert, während es „erst“ 60 Jahre her ist, daß die ersten Schritte zum Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft getan wurden.

Im Gegensatz dazu stellen die DKP-Ideologen den sogenannten „realen Sozialismus“ über den wissenschaftlichen Sozialismus, indem sie diesen „weiterentwickeln“ und revidieren, während sie ausschließlich dem „realen Sozialismus“ den Rang absoluter Wahrheit zuerkennen. Das heißt, daß die Widersprüche zwischen wissenschaftlichem und „realem Sozialismus“ unbedingt zugunsten des letzteren entschieden werden.

Zwar kommt auch die DKP um die schlichte Erkenntnis nicht herum, daß der Sozialismus „keine glatte Einbahnstraße“ sei, daß es auch im Sozialismus „Probleme“ gebe (Hermann Gautier, stellvertretender Vorsitzender der DKP, „UZ“ vom 3.3.1977). Abstrakt bekennt die DKP sich sogar zu „Kritik und Selbstkritik“ (H. Mies, „UZ“ vom 3.12.76). Kriterium ist jedoch immer die Praxis: Es gibt tatsächlich kein einziges, noch so nebensächliches Beispiel in der ganzen acht- bis neunjährigen Geschichte der DKP, wo diese auch nur die schüchternste Kritik an irgendeiner aktuellen Maßnahme, an irgendeinem aktuellen Vorgang in der Sowjetunion oder DDR geübt hätte, sei es auf dem Gebiet der Innenpolitik oder Außenpolitik.

Dies sieht z. B. so aus, daß die DKP die Tatsache rechtfertigt, daß die DDR Kupfer von den chilenischen Faschisten kauft – während die DKP andererseits zum Boykott chilenischer Waren aufruft. Dies sieht auch so aus, daß die DKP sich hierzu-

lande in die Anti-AKW-Bewegung einzuschleichen versucht, während sie zugleich die Atomkraftwerke im „realen Sozialismus“, die kein Stück sicherer sind als die hiesigen AKWs, rechtfertigt und den Ankauf von angereichertem Uran aus der Sowjetunion für den Betrieb der westdeutschen Atomkraftwerke empfiehlt.

Kein Streikrecht im „realen Sozialismus“

Der schändlichste Ausdruck des Mythos vom „realen Sozialismus“ ist die Verteidigung des Fehlens demokratischer Rechte in den „Ländern des realen Sozialismus“ durch die DKP. Diese Rechtfertigungsversuche stehen in bemerkenswertem Kontrast zu der zynischen Behauptung der DKP: „Wir Kommunisten sind die entschiedensten Verfechter der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten für das arbeitende Volk unseres Landes“ (Karl-Heinz Schröder, Sekretär des DKP-Parteivorstands, „UZ“ vom 4.5.77).

Auf die imperialistische „Menschenrechts“-Kampagne von Carter, Schmidt & Co. hat die DKP mit einer Kampagne reagiert, die beweisen soll, daß in der Sowjetunion und DDR „die elementaren Menschenrechte verwirklicht werden“ (Hubert Reichel, „UZ“ vom 8.6.77). Da sich die DKP-Ideologen aber ganz offensichtlich nicht auf einen Vergleich der demokratischen Rechte (Meinungsfreiheit etc.) einlassen wollen, wird das „Recht auf Arbeit“ als „das erste Menschenrecht“ proklamiert (u. a. als Hauptparole des Mai-Aufrufs der DKP), das im „realen Sozialismus“ verwirklicht sei. Das „Recht auf Arbeit“ sagt aber nichts über die soziale Situation der Arbeiterklasse aus. Beispielsweise hat der deutsche Faschismus das „Recht auf Arbeit“ durch Einführung des Arbeitsdienstes und Ankurbelung der Rüstungsproduktion verwirklicht. Heute wird bereits wieder immer stärker dazu übergegangen, Arbeitslosen zwangsweise Arbeitsplätze zu weisen, die natürlich extrem schlechte Arbeitsbedingungen, Super-Ausbeutung usw. aufweisen. Die Arbeiterklasse ist nicht abstrakt an „Arbeit“ interessiert, sondern am optimalen Verkauf ihrer Arbeitskraft.

Die Parole „Recht auf Arbeit – das erste Menschenrecht“ soll von der Frage ablenken, wie es tatsächlich im „realen Sozialismus“ um die Rechte der Werktätigen bestellt ist. Dennoch kommt auch die DKP nicht ganz umhin, z. B. auf die naheliegende Frage zu antworten: „Warum gibt es in der DDR kein Streikrecht?“ („UZ“ vom 1.7.77). Auf diese Frage läßt die „UZ“ zunächst als Stimme des Volkes ein paar „reale“ DDR-Arbeiter zu Wort kommen, die verkünden: „Sollen wir etwa gegen unsere gesicherten Arbeitsplätze, unsere stabilen Preise, unsere niedrigen Mieten streiken? Wir sind doch nicht von gestern“.

In der DDR, so behaupten die DKP-Ideologen, gibt es für die Werktätigen keinerlei Grund für einen Streik oder andere Kampfmaßnahmen. Der Streik, „eine wichtige Form des Klassenkampfes im Kapitalismus“, sei „an die profitorientierte Unternehmerpolitik, an den Kapitalismus gebunden“; es sei „unbestreitbar (!), daß nach Überwindung des Kapitalismus diese Kampfform überflüssig wird“. Denn: „Der Sozialismus ist die erste Gesellschaftsordnung, in der die Gewerkschaften

nicht mehr um ihre Rechte kämpfen müssen“ (alle Zitate aus „UZ“ vom 1.7.77).

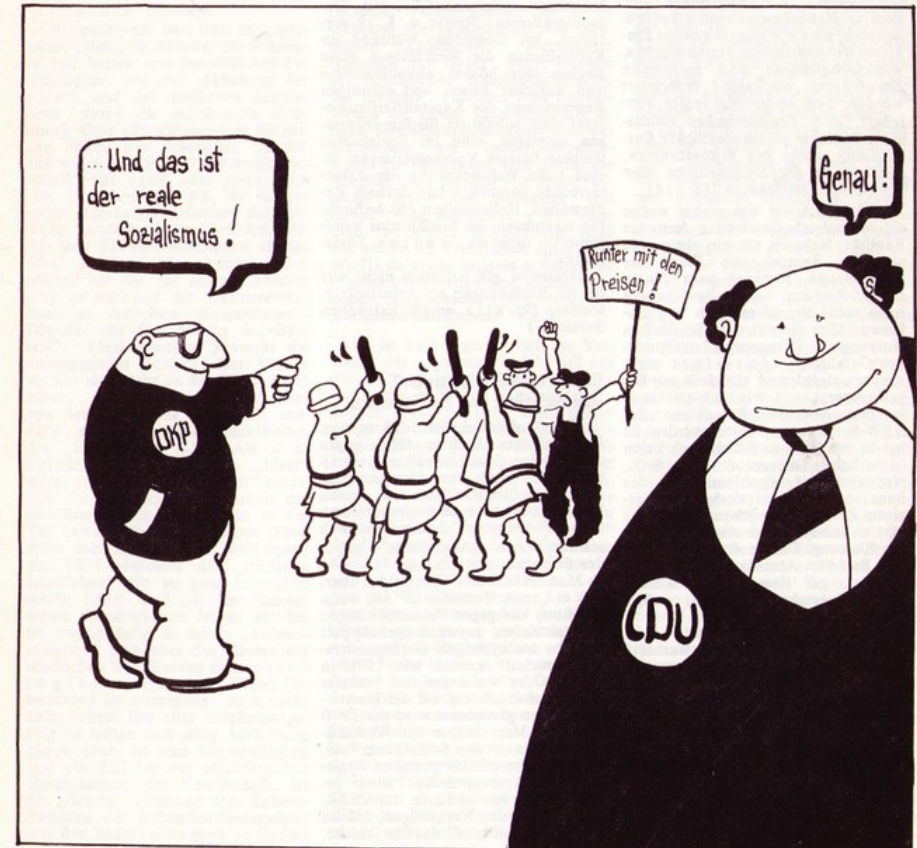
Diese Behauptungen gehen von der Voraussetzung aus, daß im „realen Sozialismus“ keine Interessenskonflikte mehr möglich sind, die nicht „gütlich“ entschieden werden könnten. Die Arbeiterkämpfe in Polen 1970 und 1976, die Auseinandersetzungen in der CSSR 1968/69 zeigen, daß diese Annahme offensichtlich falsch ist.

Richtig ist, daß die DDR es bisher nicht mit denselben offenen Konflikten zu tun hatte wie Polen oder die CSSR. Dies aber u. a. auch um den Preis, daß bis 1961 mit der Emigration in die BRD ein höchst fragwürdiges „Ventil“ offen stand und daß auch nach 1961 noch Zehntausende DDR-Werkstätige den Weg „in den Westen“ genommen haben. Zu behaupten, wie DKP-Ideologen es bisweilen tun, daß es in der DDR wegen einer „klügeren“ Politik von Regierung und Partei im Gegensatz zu Polen und der CSSR keinen Konfliktstoff gebe, ist zweifellos falsch.

Der Beschneidung und Liquidierung elementarer Arbeiter-Rechte als angeblich „überflüssig“ wird in der

DDR ein umfangreiches ideologisches Gerüst zugrunde gelegt. Die folgenden Zitate dazu beziehen sich auf das Lehrbuch „Politische Ökonomie und ihre Anwendung in der DDR“ (Berlin/DDR, 1969), eines der „wissenschaftlichen“ Standardwerke.

Demzufolge besteht in der DDR „durch das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln“ eine „Identität zwischen Produzent und Eigentümer“ (Seite 220). Wenn also der Produzent (Arbeiter) gleichzeitig Eigentümer der Produktionsmittel ist, er also sozusagen sein eigener „Arbeitgeber“ ist, taucht ein Interessenskonflikt natürlich gar nicht erst auf. Es besteht vielmehr eine fragwürdige „Übereinstimmung zwischen den gesellschaftlichen Erfordernissen und den Interessen der Gruppen und Individuen“ (S. 114). Entsprechend gestalten sich die Arbeitsverhältnisse als reinste Idylle: „Durch das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln sind Produktionsverhältnisse entstanden, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen für immer ausschließen. Auf seiner Grundlage vereinigen sich die Produzenten in ge-



gegenseitiger Hilfe und kameradschaftlicher Zusammenarbeit. Sozialistische Gemeinschaftsarbeit und Kooperation treten an die Stelle von Ausbeutung und Konkurrenz" (S. 220).

Man weiß mittlerweile, daß es so harmonisch und idyllisch im „realen Sozialismus“ denn doch nicht zu geht. Und man kann auch klar sagen, daß derartige Ideologien und Mythen nicht Ausdruck philosophischer Verträumtheit sind, sondern daß sie die knallharte Funktion haben, die Unterdrückung des Kampfes der Werktätigen für ihre Interessen zu verhindern.

Selbst auf der abstrakt-theoretischen Ebene ist nicht „der Produzent“ (also der einzelne Werktätige) der Eigentümer irgendwelcher Produktionsmittel, sondern die Gemeinschaft aller Produzenten, das „Volk“. Stellvertretend für sie nimmt der Staat die Eigentumsrechte wahr. Der Staat, wiederum abstrakt-theoretisch, erscheint als identisches Abbild des Volkswillens. Dieser Zusammenhang wird angeblich durch die „sozialistische Demokratie“ gewährleistet, was u. a. bedeuten soll, daß die Staatsbürger „an der Gestaltung und Entscheidung aller grundlegenden Gesetze, Wirtschaftspläne und anderer Maßnahmen unmittelbar teilnehmen; über alle grundlegenden Probleme der politischen, ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Entwicklung umfassend informiert werden; zum ersten Mal in der Wirtschaft, dem ökonomischen Fundament jeglicher gesellschaftlicher Entwicklung, nicht nur mitbestimmen, sondern an der Entscheidung aller Grundfragen teilnehmen“ (S. 114).

Tatsächlich ist das nichts weiter als verlogenes Geschwätz fern der Realität. Nehmen wir nur ein gerade aktuelles Beispiel, die Frage der Atomenergie. Konkret sieht das in der DDR so aus, daß die Bevölkerung noch nicht einmal sachlich und umfassend über die mit der „friedlichen Nutzung der Kernenergie“ verbundenen Gefahren informiert wird, sondern stattdessen allenfalls mit Lügen versorgt wird, wie sie hierzulande in den Hochglanz-Broschüren der AKW-Betreiber verbreitet werden. Es hat in der DDR natürlich auch keine öffentliche Diskussion über Sinn, Notwendigkeit, Probleme etc. des Baus von Atomkraftwerken zum jetzigen Zeitpunkt gegeben. Erst recht gibt es keinerlei Mitentscheidung der Bevölkerung. Daß in der DDR gegen den Bau von Atomkraftwerken prozessiert, gar demonstriert werden könnte, erscheint absolut ausgeschlossen.

Ebenso gilt für die Erstellung der Wirtschaftspläne, daß die Werktätigen keinerlei direktes Mitspracherecht haben, sondern sich nur nachträglich Gedanken machen dürfen, wie die vorgegebenen Pläne denn wohl zu „erfüllen und übererfüllen“ sind.

Die Ideologen des „realen Sozialismus“ behaupten, daß die Arbeitskraft im „realen Sozialismus“ keine Ware mehr sei. Zugleich wird aber davon ausgegangen, daß weiterhin

Waren produziert werden und Geld-Waren-Beziehungen bestehen: „Im Sozialismus werden die materiellen Güter und Leistungen als Waren produziert und ausgetauscht“ (S. 260). Aber: „Das sozialistische Eigentum an den Produktionsmitteln ... beseitigt den Warencharakter der Arbeitskraft“ (S. 261).

Man sollte hier lieber auf den gesunden Menschenverstand vertrauen und annehmen, daß etwas, das gegen Waren ausgetauscht wird, natürlicherweise auch selbst eine Ware ist. Insofern hat der Arbeitende auch ein Interesse daran, einen möglichst hohen Preis für seine Arbeitskraft zu erzielen, um dafür andere Waren einzutauschen. Andererseits ist es z. B. das Interesse der Betriebe, die Lohnkosten möglichst gering zu halten. Anders als im Kapitalismus braucht das nicht zum antagonistischen Konflikt zu werden, aber es kann zu solchen Konflikten führen. Ähnliches gilt etwa für die Gestaltung der Bedarfsgüterpreise durch den Staat, die ja auch dazu führen kann, den realen Preis der Ware Arbeitskraft zu senken (siehe Polen).

Hieraus ergibt sich, daß die Werktätigen auch im Sozialismus grundsätzlich das Recht haben müssen, ihre Interessen gegebenenfalls mit Demonstrationen, Streiks u. ä. zu vertreten. Im Gegenteil: Während im Kapitalismus die Werktätigen diese Rechte nur höchst unvollkommen und unsicher haben und ständigen Repressionen der Kapitalisten ausgesetzt sind, sobald sie für ihre Interessen eintreten, sind im Sozialismus weitaus bessere Voraussetzungen für eine volle Wahrnehmung der Arbeiterrechte gegeben, ohne deshalb Repressalien, Entlassungen etc. befürchten zu müssen. Im Sozialismus wohl gemerkt, nicht im „realen Sozialismus“!

(Dasselbe gilt natürlich nicht nur für die Beziehungen am Arbeitsplatz, sondern für alle gesellschaftlichen Bereiche.)

Der „reale Sozialismus“ diskreditiert den Sozialismus

Es ist offensichtlich, daß es dem Imperialismus leichter fällt, gegen den „realen Sozialismus“ zu polemisieren als gegen den wissenschaftlichen Sozialismus. Ohne den „realen Sozialismus“ hätte es die imperialistische Propaganda heute ziemlich schwer, noch „Argumente“ gegen den Sozialismus zu finden.

Man erzähle den Werktätigen aber, daß es „realer Sozialismus“ sei, wenn Arbeiter, die gegen Preiserhöhungen demonstrieren, zusammengeknüpelt und zu mehrjährigen Gefängnisstrafen verurteilt werden wie 1976 in Polen. Oder wenn gar mit brutaler Menschenverachtung auf die Demonstrierenden geschossen wird wie 1970 in Polen. Man erzähle den Werktätigen, daß es „realer Sozialismus“ sei, wenn eine zweifellos populäre Regierung durch sowjetische Panzer gestürzt wird wie 1968 in der CSSR. Man erzähle den Werktätigen, daß im „realen Sozialismus“ das Streikrecht,

Demonstrationsrecht usw. „überflüssig“ sei und daß stattdessen dann das „Recht auf Arbeit“ zum „ersten Menschenrecht“ wird! ...

Besser kann man den Sozialismus überhaupt nicht diskreditieren und den Kapitalismus in den Augen der Werktätigen als „kleineres Übel“ erscheinen lassen. Die Arbeiter wollen im Sozialismus mehr Rechte als im Kapitalismus, nicht weniger. Keines der Rechte, die sich die Arbeiterklasse im Kapitalismus schwer erkämpft hat, wird in der sozialistischen Übergangsgesellschaft „überflüssig“. Zu behaupten, es könne im Sozialismus gar keine Ungerechtigkeiten und Schikanen von Bürokraten, keine falschen Entscheidungen und Maßnahmen der Regierenden geben, gegen die sich die Werktätigen zur Wehr setzen müssen, ist entweder dumm oder zynisch. Derartige Behauptungen entspringen dem Interesse einer zur „neuen Bourgeoisie“ entwickelten Bürokratie, die bestehenden Widersprüche und Konflikte wegzuleugnen und die Unterdrückung der Werktätigen zu rechtfertigen.

»Sozialismus in (k)einem Land« ?

(aus AK 96, Januar 1977)

Mit der Position des KB zu den Klassenkämpfen in der VR China setzte sich die trotzkistische Gruppe „Spartacusbund“ in ihrer Zeitung „Spartacus“ am 20.12.76 auseinander. In diesem Artikel sowie in einem weiteren in derselben Ausgabe („VR China: Ende des Maoismus?“) sollen ein paar typische trotzkistische Ladenhüter an den Mann gebracht werden. Bei näherem Hinsehen fällt die Ähnlichkeit mit der revisionistischen „China-Kritik“ ins Auge.

Beispielsweise liest man im „Spartacus“, daß „die Arbeiter die Schnauze voll hatten vom maoistischen Puritanismus, von der Anbetung der Bauern und des „einfachen Landlebens“ durch die maoistische Strömung. Dies gilt insbesondere für solche Städte wie Schanghai. Glücklicherweise ist die BRD ein hochindustrialisiertes Land, aber stellt euch vor, Genossen vom KB, ihr wolltet euren Hamburger Arbeitern das „einfache Landleben“ der Hunsrück-, Eifel- und Schwarzwaldbauern als das Ideal predigen. Sie würden euch schnell vor die Tür setzen. Ähnlich ging es während der Kulturrevolution so manchem Rotgardisten“. Die Sprache („Anbetung der Bauern“, „Ideal predigen“) verrät die demagogische Absicht: Der Verfasser hat sich nicht an der Wirklichkeit eines „unterentwickelten“ Landes wie der VR China orientiert, sondern an den Abgeschmacktheiten der „FAZ“ oder „UZ“. Als ob es irgendein romantisches „Ideal“ wäre, und nicht die Realität Chinas, daß die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung als Bauern ein in der Tat hartes, arbeitsames Leben führt. Aber doch nicht deshalb, weil irgend ein Idiot vielleicht das „einfache Landleben“ für so ganz besonders schön hält! Und mit der chinesischen Arbeiterklasse ist es so: Sie ist zwangsläufig in ihrem „Lebensstandard“ gegenüber den Massen der ländlichen Bevölkerung eine privilegierte Minderheit. Dieser Unterschied ist kurzfristig auch nicht aufzuheben. Ihn aber möglichst gering zu halten und seine Aufhebung anzustreben, ist eine Notwendigkeit und ein Ziel bei der sozialistischen Umgestaltung der Gesellschaft. Ist die „Schere“ zwischen dem Lebensstandard der Industriearbeiterschaft und den Bauern allzu groß, so fördert

dies im übrigen bei den Bauern die ohnehin vorhandene Tendenz zur individuellen Bereicherung auf Kosten der Volkswirtschaft (siehe dazu insbesondere den Artikel „Kampf zweier Linien?“ in AK 76), was letztlich übrigens auch wieder Rückwirkungen auf den Lebensstandard der Arbeiterklasse hätte – beispielsweise Engpässe oder Preissteigerungen bei wichtigen Lebensmitteln. Es geht also in der VR China nicht darum, aus idealistischer Versponnenheit der Arbeiterklasse die Schönheiten des „einfachen Landlebens“ vorzuziehen („Zurück zur Natur“ etc.), sondern ein allzugroßes Auseinanderklaffen der „Schere“ zwischen dem Lebensniveau der in der Landwirtschaft tätigen Bevölkerungsmehrheit und der Minderheit der Industriearbeiterschaft zu verhindern. Daß davon die Arbeiter oder manche von ihnen vielleicht mal „die Schnauze voll haben“, mag schon sein – nur sollte man von einem Revolutionär (und das wollen die Trotzkisten doch wohl sein!) da etwas anderes erwarten als schadenfrohen Jubel und kleinbürgerlichen Schwachsinn („Anbetung des „einfachen Landlebens“ etc.).

Es ist kein Wunder, daß der Verfasser des „Spartacus“ sich voll auf die Seite all jener in der VR China stellt, die sich vom Wirtschaftsprogramm Tschu En Lai's, Deng Hsiaopings und Hua Guofengs („Vier Modernisierungen“) „eine Hebung ihres Lebensstandards versprochen“. Der „Spartacus“ behauptet denn auch, daß „der Ansatz der Rechten“ zwar richtig, aber verzerrt ist“. Getan wird dabei so, als wäre den „Linken“ der Lebensstandard der Volksmassen gleichgültig gewesen. Die Frage ist aber die, wie man es in einem Land wie der VR China erreichen kann, den Lebensstandard der Volksmassen zu heben – und nicht etwa, ob man das überhaupt tun oder vielleicht lieber lassen sollte (siehe „einfaches Landleben“). Klar dürfte auf den ersten Blick sein, daß ein beabsichtigter qualitativer Sprung bei der Industrialisierung Chinas (als Grundlage jeder Hebung des Lebensstandards) nur durch eine erhebliche zusätzliche Belastung der Werktätigen (Arbeiter wie Bauern) möglich ist. Und die Frage ist, wieweit dabei nicht auch erkämpfte Rechte der

Werktätigen, insbesondere der Arbeiterklasse, „im Eifer des Gefechts“ mit über Bord gehen. Oder anders gesagt: Wieweit dabei nicht solche Dinge wie überholte „Arbeitsvorschriften“, „Fabrik-Regeln“, Disziplinierung der Arbeiter, Zurückdrängung der Arbeiter aus der Betriebsführung etc. wieder ihren Einzug halten sollen, zugleich mit einem verschärften „Prämien“-System u.ä.

Auch hier mag es durchaus sein, daß einigen oder vielen Werktätigen der von den Rechten ausgeworfene Köder der „Hebung des Lebensstandards“ erst einmal ganz verlockend erscheint. Nur sollte sich ein Revolutionär deswegen nicht gerade frohlockend voll in die Scheife setzen.

Das beste Stück des „Spartacus“ aber ist natürlich die Geschichte vom „Sozialismus in einem Land“, mit der schon Altmeister Trotzki sein Publikum begeisterte. „Spartacus“ behauptet: „Man muß festhalten, daß das stalinistische Dogma vom Sozialismus in einem Lande von keiner der beiden Hauptströmungen der chinesischen KP in Frage gestellt wurde, daß ihre Konzeptionen lediglich unterschiedliche Konkretisierungen dieses Dogmas sind“.

Zunächst einmal ist dazu zu sagen, daß es sich schon zu Zeiten Trotzki's dabei nicht um ein „Dogma“ handelte, sondern wieder einmal um eine Frage des wirklichen Lebens: Nachdem die erhofften Revolutionen in Westeuropa (vor allem Deutschland) ausgeblieben waren, war es kein „Dogma“, sondern reine Notwendigkeit, den Aufbau des Sozialismus in einem Land anzugehen (eben der Sowjetunion), und die sowjetischen Arbeiter und Bauern gerade auf dieses Ziel zu orientieren und resignativ, weil er keine konkrete Alternative anzugeben wußte zu dem notwendigen Schritt, den Aufbau des Sozialismus relativ isoliert in der Sowjetunion in Angriff zu nehmen.

Ähnlich steht es mit der VR China. Der Genosse Mao Tse-Tung hat grundlegend klargemacht, daß die endgültige Realisierung des Sozialismus allein in einem Land nicht möglich ist: „Vom leninisti-

schen Standpunkt aus betrachtet, erfordert der Endsieg in einem sozialistischen Land nicht nur die Anstrengungen des Proletariats und der breiten Volksmassen des betreffenden Landes, sondern er hängt überdies davon ab, daß die Weltrevolution den Sieg erringt und das System der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen auf dem ganzen Erdball beseitigt wird, was zur Befreiung der gesamten Menschheit führt. Darum ist es falsch, läuft dem Leninismus zuwider und entspricht auch nicht den Tatsachen, wenn man leichtfertig vom Endsieg der Revolution in unserem Land redet" (Oktober 1968, zitiert von Lin Biao auf dem IX. Parteitag der KPCh, 1.4.1969).

Der „Sozialismus in einem Land“ ist für die VR China ebensowenig ein „Dogma“ wie das „einfache Landleben“ ein „Ideal“ ist. Als scheinbaren Beweis, daß es in China ein „Dogma vom Sozialismus in einem Land“ gebe, zitiert „spartacus“ Mao's Prinzip, sich in erster Linie auf die eigenen Kräfte zu stützen. Aber auch dieses Prinzip ist kein „spleeniges“ Dogma, sondern das Resultat historischer Erfahrung und Notwendigkeit: Die VR China darf sich nicht von den imperialistischen Ländern abhängig machen, weil deren Lieferungen etc. zweifelhaft sind und im Kriegsfall völlig wegfallen würden. Die VR China dürfte sich auch nicht von anderen sozialistischen Ländern abhängig machen, weil deren Entwicklung nicht sicher ist (siehe die Schäden, die durch den „Rückzug“ der Sowjetunion Anfang der 60er Jahre für China entstanden). Auch innerhalb der VR China selbst verwickeln die Landestteile, Regionen, Kommunen etc. soweit wie möglich das Prinzip „Sich auf die eigenen Kräfte stützen“, weil nur dies die Grundlage für die Führung eines langwierigen Volkskrieges sein kann, zu dem die VR China durch eine Aggression des Imperialismus oder Sowjetrevisionismus gezwungen werden könnte.

Schauen wir, was demgegenüber Altmeister Trotzki zu bieten hat: „Der Übergang der Macht aus den Händen des Zarismus und der Bourgeoisie in die Hände des Proletariats schafft weder die Prozesse noch die Gesetze der Weltwirtschaft ab. Es ist wahr, während einer gewissen Zeit nach der Oktoberrevolution waren die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Sowjetunion und dem Weltmarkt schwächer geworden. Es wäre jedoch ein ungeheurer Fehler, eine Erscheinung zu verallgemeinern, die nur eine kurze Etappe des dialektischen Prozesses darstellt. Die internationale Arbeitsteilung und der übernationale Charakter der gegenwärtigen Produktivkräfte behalten nicht nur ihre Bedeutung, sondern sie werden diese Bedeutung für die Sowjetunion mit deren ökonomischen Aufstieg verdoppeln und verzehnfachen.“

„Die Stärke der Sowjetwirtschaft liegt in der Nationalisierung der Produktionsmittel und in deren planmäßiger Ausnutzung. Die Schwäche der Sowjetwirtschaft dagegen besteht

außer in der von der Vergangenheit vererbten Rückständigkeit, in ihrer heutigen, nachrevolutionären Isolierung, d.h. in der Unmöglichkeit, die Hilfsquellen der Weltwirtschaft, und zwar nicht nur auf sozialistische, sondern auch auf kapitalistische Art, sich nutzbar zu machen, d.h. in Form von internationalen Krediten und „Finanzierungen“ überhaupt, die für zurückgebliebene Länder von entscheidender Bedeutung sind“. „Mit anderen Worten, die Krisen der Sowjetwirtschaft sind nicht Krankheitserscheinungen des Wachstums, sozusagen Kinderkrankheiten, sondern etwas unermesslich Bedeutsames: ernste Zurechtweisungen seitens des Weltmarktes...“. „Die akutesten wirtschaftlichen Zuckungen in der USSR werden jedoch dadurch erzeugt, daß die heutige Leitung sich bemüht, aus der Not eine Tugend zu machen und auf der politischen Isoliertheit des Arbeiterstaates das Programm einer ökonomisch isolierten sozialistischen Gesellschaft aufzubauen... Das reale Programm eines isolierten Arbeiterstaates kann sich nicht die „Unabhängigkeit“ von der Weltwirtschaft als Ziel stellen und noch weniger, in kürzester Frist eine national-sozialistische Gesellschaft aufzubauen“ (Trotzki, Vorwort zur deutschen Ausgabe von „Die permanente Revolution“, März 1930). Den Begriff „national-sozialistisch“ verwendet Trotzki hier im Sinn des „Sozialismus in einem Land“.

Trotzki's „Alternative“ lautet also: Stärkere Bindung des sozialistischen Staates an den „Weltmarkt“, d.h. vor allem die großen imperialistischen Industrienationen, Kredite von diesen, statt Orientierung auf maximale Unabhängigkeit vom Imperialismus („Sich auf die eigenen Kräfte stützen“). Damit sind wir auch beim realen Hintergrund der Polemik des „spartacus“ gegen die VR China.

Erstens muß man den Genossen jedoch die einfache Tatsache in Erinnerung rufen, daß es gut zwei Jahrzehnte lang gar nicht im Belieben des chinesischen Staates stand, wie weit er z.B. mit den Imperialisten Handel treiben wollte, da insbesondere der US-Imperialismus einen Boykott verhängt hatte und auch die meisten anderen imperialistischen Staaten sich sehr „zurückhielten“. Dies wurde bekanntlich erst anders, als die chinesische Führung dem Imperialismus mit außenpolitischen Zugeständnissen entgegenkam. Auch auf den Abbruch der engen Beziehungen zur Sowjetunion hat Anfang der 60er Jahre nicht die chinesische Führung verursacht, sondern die Sowjetrevisionisten selbst („spartacus“ geht freilich soweit, das sowjetische Vorgehen als „Folge“ einer angeblich falschen Wirtschaftspolitik der VR China darzustellen!).

Abgesehen davon, daß eine „Bindung an den Weltmarkt“ für einen sozialistischen Staat also ohnehin nur begrenzt möglich sein kann, darf sich der sozialistische Staat auch nur in sehr beschränktem Umfang in derartige Abhängigkeiten begeben, insbesondere mit Blick auf den Kriegsfall.

Das bedeutet selbstverständlich nicht totale Isolation eines Landes vom Weltmarkt – was niemand empfohlen hat, auch die chinesischen „Linken“ nicht. Es ist allerdings kein Zufall, daß jetzt in der Polemik der Hua-Gruppe gegen die „Linken“ gerade die Frage des Außenhandels, Import kapitalistischer Technologien, Kredite etc. eine wichtige Rolle spielt. Den „Linken“ wird vorgeworfen, sie hätten Chinas Außenhandel „sabotiert“, indem sie sich z.B. gegen den Austausch chinesischer Rohstoffe gegen westliche Technologien gewandt hätten. Kein Zweifel, daß die Trotzlisten vom „Spartacusbund“ da auf Seiten der Rechten stehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt der trotzkistischen Polemik gegen die VR China ist der Vorwurf des „Voluntarismus“ – ein Vorwurf, der auch von den Revisionisten ständig erhoben wird. „Der Sozialismus“ Mao Tse-Tungs und seiner Anhänger erweist sich als utopischer, nicht aber als wissenschaftlicher Sozialismus. Seine Quintessenz ist die Allmacht des reinen Willens, der Voluntarismus“. „Mao träumte von der Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land, ohne die objektiven Voraussetzungen für solche Aufhebung zu berücksichtigen.“ „... Ein solches Herangehen ist jedoch eine reaktionäre Utopie, eine Vergeßung des chinesischen Volkes durch seine vorgeblichen Freunde, die Maoisten“ („Spartacus“!). Man vergleiche dieses Geschimpf beispielsweise mit folgender Passage aus dem 1969 von der DKP als „antimaosistische Wunderwaffe“ auf den Markt gebrachten Buch von Fahrle/Schöttler, „Chinas Weg, Marxismus oder Maoismus“: „Auf der These von Engels aufbauend, nach der die Menschen ... zum ersten Male bewußte, wirkliche Herren der Natur sind, weil und indem sie die Herren ihrer eigenen Vergesellschaftung werden“ ..., entwickelt Mao einen „voluntaristischen Illusionismus“ ohnegleichen: „Unter der Führung der Kommunistischen Partei genügt es, daß es Menschen gibt, und schon läßt sich jedes Wunder vollbringen“. Das Vertrauen in die Massen, bzw. der Glaube, daß es genüge, sie zu mobilisieren, läßt ihn alle objektiven Schranken vergessen ... Gering-schätzung gegenüber dem durch Jahrtausende hindurch geprägten chinesischen Volk und elitär-idealistische Ansicht, daß man Menschen ändern könne, wie man wolle, fließen hier mit paternalistischen Zügen zum Zynismus zusammen“ (S.111-113).

Spartacus-Trotzkisten und Revisionisten singen hier dieselbe Litanei: In der VR China bestimmte gesellschaftliche Veränderungen erreichen zu wollen, sei „voluntaristisch“, da es nicht dem „objektiven“ Stand der Produktivkräfte entspreche. Würde es nach dem Stand der Produktivkräfte gehen, so hätte die Sowjetunion zweifellos bessere Aussichten als die VR China, und die USA oder auch die BRD stünden noch viel besser da. Gerade eine solche Auffassung, die die subjektiven Fähigkeiten der Volksmassen geringschätzt und vor dem Stand der Produktivkräfte auf

dem Bauch liegt, würden wir für Verachtung der Volksmassen, für Zynismus halten. So richtig es ist, z.B. die Aufhebung der Arbeitsteilung zwischen Stadt und Land endgültig erst von einem entwickelteren Stand der Produktivkräfte zu erwarten, so notwendig und richtig war es doch in der VR China (angesichts der Tatsache, daß die Mehrheit der Bevölkerung auf dem Lande lebt und ein entsprechender Stand der Produktivkräfte noch viel Zeit erfordert), mit bestimmten Schritten gewisser-

maßen „vorauszuweilen“. – In China ist die Revolution gemacht worden, als die Arbeiterklasse noch längst nicht entwickelt genug war, um real – als Klasse, nicht nur durch ihre Vorhut-Organisation – die Führung der Volksmassen zu übernehmen. Nicht Jahrzehnte abzuwarten (bis zur kapitalistischen Industrialisierung Chinas und bis zum Entstehen eines starken Proletariats), sondern sich auf die Bauernmassen in erster Linie zu stützen, „vom Lande die Städte einzukreisen“ und so die Revolution

zu machen – das war freilich nur unter größtem Gezeter Trotzki's und seines Anhangs und teilweise auch gegen die Obstruktion der KPdSU und der Komintern möglich. Heute zetern Trotzlisten und Revisionisten vereint gegen diejenigen, die wieder einmal nicht abwarten wollen, bis die objektiven Bedingungen „so weit sind“, sondern die „reaktionären Utopien“ nachjagen. Zumindest in diesem Punkt dürfte Hua Guofeng ihr Mann sein. Von „Utopien“ hält er offenbar auch nicht viel.

VR Polen: Krise des Revisionismus

(aus KAB-AZ 3, Anfang 1971)

Gegen die Wirtschaftspolitik der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) kam es zwischen dem 14. und 20. Dezember 1970 zu machtvollen Aktionen der Arbeiterklasse in den nordpolnischen Städten Gdansk, Gdynia, Szczecin und Elblag. Die polnische Staats- und Parteiführung sahen sich zum Rücktritt veranlaßt. Die Ereignisse haben – wie der neue Erste Sekretär der PVAP, Edward Gierek, erklärte – „scharfe gesellschaftliche Konflikte“ in der VR Polen sichtbar gemacht. Worin bestehen diese Konflikte und wo liegt ihre Ursache?

Unmittelbarer Anlaß für die Aktionen der Arbeiter waren krasse Preiserhöhungen, insbesondere eine Erhöhung der Lebensmittelpreise um durchschnittlich 19 %.

Während die Industrie der VR Polen mit Riesenschritten voranging und die VR Polen heute an zehnter Stelle unter den Industrienationen der Welt steht, vertiefte sich immer mehr die Krise der polnischen Landwirtschaft. Die Ursache dafür ist vor allem in der verfehlten Politik der PVAP zu sehen.

Durch das Dekret über die bürgerlich-demokratische Bodenreform (Verteilung adliger Güter und Großgrundbesitz) vom 6. September 1944 wurden über 200.000 neue Bauernwirtschaften mit einer Fläche von weniger als 2 ha neu geschaffen. Derartig kleine Bauernwirtschaften sind heute nicht mehr rentabel zu bearbeiten. Der Kapitalismus „löst“ dieses Problem auf seine Art, indem er die kleinen Bauern gnadenlos ruiniert.

Dagegen bedeutet sozialistische Landwirtschaftspolitik, daß die kommunistische Partei die Bauern von der Notwendigkeit genossenschaftlicher Zusammenschlüsse überzeugt.

In der VR Polen jedoch unterblieb nach 1945 jeder Versuch in dieser Richtung. Während schon im Dezember 1945 die Verstaatlichung der Groß- und Mittelbetriebe des Bergbaus und der Energiewirtschaft, der Eisen- und Metallhütten in Angriff genommen wurde, war die politisch-ideologische Überzeugungsarbeit der Partei in der Bauernschaft äußerst schwach. Das war einer der Gründe für die Absetzung des damaligen Ersten Sekretärs Gomułka und die Ausschaltung seiner Fraktion im Dezember 1948.

Nach Ausschaltung der Gomułka-Gruppe begann die PVAP, das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen zu entwickeln. Der Anteil des gesamten sozialistischen Sektors (Genossenschaften + Staatsgüter) an der landwirtschaftlichen Nutzfläche wuchs rasch von 12 % im Jahr 1950 auf über 20 % im Jahr 1956. Damit war eine fortschrittliche und effektive Entwicklung der polnischen Landwirtschaft eingeleitet.

Dennoch litt – begründet in den Fehlern während der 1. Gomułka-Ära – die polnische Wirtschaft immer noch stark unter dem krasen unterschiedlichen Entwicklungstempo von Industrie und Landwirtschaft und der Vernachlässigung der politisch-ideologischen Arbeit unter der Bauernschaft.

Begünstigt durch das nach dem Tode Stalins (März 1953) und dem 20. Parteitag der KPdSU (Februar 1956) entstandene Klima der politisch-ideologischen Aufweichung und des schrittweisen Zurückweichens vom Klassenfeind bahnte sich die Rückkehr der Gomułka-Gruppe an die Macht an.

Ende April 1956 wurden nacheinander der Minister für die Staatsgüter, der Justizminister, der Kulturminister, der Minister für Öffentliche Dienste und der Bergbau-Minister abgesetzt und vor allem der Justiz-Apparat einer umfassenden „Säuberung“ unterzogen. Anhänger der Gomułka-Gruppe und konterrevolutionäre Elemente, die sich an dieser Gruppe anhängten, drangen im gesamten öffentlichen Leben der VR Polen vor. Im Mai 1956 mußte der Stellvertretende Vorsitzende des Ministerrats, Jakub Bermann zurück, der von der Gomułka-Gruppe als „Stalinist“ und Hauptgegner ihrer revisionistischen Vorstellungen angesehen wurde.

Ende Juni kam es dann zu den Ereignissen von Poznań. Zur Unterstreichung von Lohnforderungen demonstrierten die Arbeiter der Lokomotivfabrik Cegielski. Bei Zusammenstößen der Arbeiter mit Polizei und Militär wurden 53 Menschen getötet und mehr als 300 verletzt.

Die Ereignisse von Poznań unterscheiden sich jedoch grundsätzlich von den Aktionen der Arbeiter im Dezember 70. Die Cegielski-Werke waren vor dem Krieg in Polen führend im Bereich der Sozialpolitik und des vergleichsweise hohen Lebensstandards ihrer Arbeiter. Reak-

tionäre und nationalistische Vorstellungen waren unter den Arbeitern von Poznan stark verbreitet. Die Revolte der Arbeiter von Poznan war so in erster Linie auf die Verteidigung von Privilegien gerichtet.

Der „neue Kurs“

Die Ereignisse von Poznan stärkten die revisionistische Fraktion innerhalb der PVAP bei den scharfen innerparteilichen Auseinandersetzungen. Das 8. Plenum des ZK der PVAP im Oktober 56 brachte Gromulka, sowie seine Parteigänger Spychalski Klizko und Loga-Sowinski zurück ins ZK. Gromulka wurde erneut Erster Sekretär der PVAP.

In seiner Rede vom 8. Plenum verkündete Gromulka: „Es ist nötig, binnen kurzem alle schlechten Teile unseres Modells des Sozialismus durch bessere Ersatzteile zu ersetzen.“

Der „neue Kurs“ wirkte sich zunächst vor allem auf die Landwirtschaft aus. Innerhalb eines halben Jahres wurden über 75 % der landwirtschaftlichen Genossenschaften aufgelöst. Der sozialistische Sektor der Landwirtschaft, 1956 noch über 20 %, betrug 1957 nur noch 15 %.

Die Folgen für die polnische Landwirtschaft im besonderen wie auch für die Wirtschaft im allgemeinen waren verheerend. Schon im November 1960 stellte die Zeitschrift „Woprosy Ekonomiki“ fest: „Das übermäßige Zurückbleiben des sozialistischen Umbaus auf dem Lande hinter der Umwandlung in der Stadt wirkt sich nachteilig auf den Vorgang des sozialistischen Aufbaus aus ... Jeder Versuch, die Gründung bäuerlicher Produktionsgenossenschaften hinauszuschieben, ... schadet der Sache des sozialistischen Aufbaus.“ Konkrete Taten in dieser Richtung unterblieben jedoch.

Gromulka mußte im November 62 feststellen, daß die landwirtschaftliche Produktion um 7,8 % gegenüber 1961 gesunken war. Vor allem fehlte es an Futtermitteln, da die pflanzliche Produktion sogar um 13 % gesunken war.

Die Wirtschaftskrise wurde noch verschärft durch die ungünstige Struktur des polnischen Außenhandels mit den kapitalistischen Ländern, der zu 50 % aus landwirtschaftlichen Produkten bestand. Während die VR Polen Fleisch und Geflügel in die kapitalistischen Länder exportiert, ist sie zum Import von Futtermitteln gezwungen, und zwar zu einem sehr ungünstigen Preisniveau. Gromulka erklärte damals, die VR Polen hätte durch Preissenkungen auf dem Weltmarkt in den Jahren 1958 - 61 rund 450 Mio. Dollar verloren. Auf dem 12. Plenum des ZK der PVAP Ende Februar 1963 erklärte Gromulka, die polnische Landwirtschaft sei „das schwächste Glied in der Volkswirtschaft“. Es sei an der Zeit, „die immer gefährlicher werdende Parzellierung der landwirtschaftlichen Ländereien zum Stillstand zu bringen“. Gleichzeitig erklärte Gromulka aber, die „Zeit für einen grundsätzlichen Umbau der Landwirtschaft“ sei „noch nicht reif“.

Zunächst schaffte sich die Regierung durch Gesetz vom 29. Juni 1963 die Grundlage zur zangsweisen Auflösung von Bauernwirtschaften unter 4 ha, die damals über 50 % der Bauernwirtschaften ausmachten. Dieses Gesetz stärkte aber langfristig nur die Konzentration des privaten Bodenbesitzes und damit die Großbauernwirtschaft. Schon 1956 waren das Erbrecht und das Recht zum Verkauf von Grund und Boden wieder eingeführt worden. 1966 gab die polnische Nachrichtenagentur PAP bekannt, durch Verkauf staats-eigenen Landes an Privatbauern seien 20.000 landwirtschaftliche Großbetriebe errichtet worden, darunter Hühnerfarmen, Viehzuchtbetriebe und Gemüseanbaubetriebe. Auch die Errichtung landwirtschaftlicher „Zirkel“ stärkte die Großbauern. In diesen Zirkeln, die 1966 fast 40 % der Bauern umfaßten, und die den Bauern-Arbeitsgemeinschaften in den kapitalistischen Ländern ähnlich sind (also nichts mit Produktionsgenossenschaften zu tun haben), setzen sich langfristig die Großbauern durch, die über mehr finanzielle Mittel verfügen und allein in der Lage sind, auf ihren großen Ländereien Maschinen effektiv einzusetzen.

Gegenwärtig ist die Lage so, daß rund 3,6 Mio. privater Bauernwirtschaften – meist Familienbetriebe – über 85 % der Anbaufläche bewirtschaften (= 81,6 % der agrarischen Marktproduktion), 13,5 % sind Staatsgüter und nur 1,3 % des Bodens gehören Genossenschaften. Etwa die Hälfte der Anbaufläche zerfällt in Kleinwirtschaften unter 7 ha.

Umfassende Krise

Die permanente Krise der polnischen Landwirtschaft schlägt auf die gesamte polnische Wirtschaft um. Der Zwang zum Import landwirtschaftlicher Produkte verschlechtert die Außenhandelsbilanz der VR Polen. Der Mangel an Futtermitteln führt zum Rückgang der Viehhaltung und schwächt damit die Ernährungsgrundlage der Bevölkerung. Während der private Handel im Zunehmen ist, gibt es auch einen „Schwarzen Markt“, auf dem die Großbauern knappe Agrarprodukte zu hohen Preisen anbieten. Die Abwanderung der Landjugend in die Städte hat zu einer Arbeitslosigkeit von 300.000 Menschen und einer Überalterung der Landbevölkerung geführt.

Die krassen Preiserhöhungen vom Dezember waren der Versuch, die Krise kurzerhand auf die Arbeiterklasse abzuwenden, statt gemeinsam mit den Arbeitern Wege zu ihrer Behebung zu suchen. Derartige „Lösungsversuche“ auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung machen deutlich, wie weit sich die Bürokratie der PVAP von den Massen isoliert hat. Daher ist allein die Führung der PVAP für die Ereignisse verantwortlich, nicht aber angebliche „Emotionen“ der Arbeiter, wie Gieriek behauptete.

Die Krise der polnischen Landwirtschaft kann nur durch die Bodenkonzentration, durch den Übergang zur Großproduktion gelöst werden. Dafür gibt es zwei Wege, nämlich den sozialistischen (Stärkung des bäuerlichen Genossenschaftswesens) und den kapitalistischen (wachsende Konzentration des Bodens bei den Großbauern).

Gieriek sprach viel von „Ruhe und Ordnung, Arbeit und Besonnenheit“ (die jetzt den Arbeitern nötig täten), aber überhaupt nicht von den drängenden Fragen der polnischen Wirtschaft, vor allem der Landwirtschaft.

Der Kapitalismus muß mit der Wurzel ausgerottet werden

Vor dem Plenum des ZK der KPdSU erklärte Stalin im November 1928: „Die Sowjetmacht und der sozialistische Aufbau können nicht endlos, das heißt für eine allzulange Zeitspanne, auf zwei verschiedenen Grundlagen basieren, auf der Grundlage der größten und konzentriertesten sozialistischen Industrie und auf der Grundlage der in höchstem Grade zersplitterten und rückständigen bäuerlichen kleinen Warenwirtschaft. Man muß die Landwirtschaft allmählich, aber systematisch und beharrlich auf eine neue technische Grundlage, auf die Grundlage der Großproduktion, überleiten und sie der sozialistischen Industrie nähern. Entweder lösen wir diese Aufgabe, und dann ist der endgültige Sieg des Sozialismus in unserem Land gesichert, oder wir kehren uns von ihr ab, lösen diese Aufgabe nicht, und dann kann eine Rückkehr zum Kapitalismus unvermeidlich werden“ (Werke Stalins, Bd. 11, S. 225, deutsch).

Stalin zitierte dann Lenin: „Solange wir in einem kleinbäuerlichen Lande leben, besteht für den Kapitalismus in Rußland eine festere ökonomische Basis als für den Kommunismus. Das darf man nicht vergessen. Jeder, der das Leben auf dem Lande aufmerksam beobachtet und es mit dem Leben in der Stadt vergleicht, weiß, daß wir den Kapitalismus nicht mit den Wurzeln ausgerottet und dem inneren Feind das Fundament, den Boden nicht entzogen haben. Dieser Feind behauptet sich dank dem Kleinbetrieb, und um ihm den Boden zu entziehen, gibt es nur ein Mittel: die Wirtschaft des Landes, auch die Landwirtschaft, auf die technische Grundlage der modernen Großproduktion zu stellen“ (Werke Lenins, Bd. 31, S. 483/84, russ.).

Die Landwirtschaftspolitik der PVAP – mit gewisser Einschränkung der Jahre 1949 – 55 – hat diese von Lenin und Stalin aufgestellten Grundsätze sträflich vernachlässigt. Ihre Politik war die einer „friedlichen Koexistenz“ nicht einmal mit den Kleinbauern (die durch die Entwicklung schrittweise ruiniert werden), sondern mit den Großbauern. Die Lösung der Bauernfrage wurde überhaupt nicht in Angriff genommen.

In ähnlicher Weise betrieb revisionistische PVAP-Führung gegenüber der katholischen Kirche in der VR Polen eine Politik der „friedlichen Koexistenz“.

Wenn wir Kommunisten grundsätzlich für die Religionsfreiheit eintreten und Zwang in Fragen der Religion für schädlich halten, so ist das keineswegs gleichbedeutend mit einem Verzicht auf atheistische Überzeugungsarbeit.

Noch im Jahr 1961 ergab eine Umfrage des Polnischen Rundfunks unter Studenten des Instituts für Technologie: 65,5 % der befragten Studenten erklärten sich für „religiös“, 18,6 % waren sogar „regelmäßige Kirchgänger“. Als „Marxisten“ bezeichneten sich dagegen nur 18,4 %. Ganze 3,2 % waren „überzeugte Atheisten“.

Diese Studenten gehören zu denjenigen, die einmal wesentliche Stellen in der Staats- und Parteibürokratie einnehmen werden.

Die Katholische Kirche ist in Polen seit 1945 die Speerspitze der Konterrevolution gewesen. 1945/46 unterstützte sie die reaktionären Banden, die in verschiedenen Landesteilen im Auftrag der Londoner „Exilregierung“ die Bevölkerung terrorisierten. Die Katholische Kirche, die in der faschistischen Ära (1926 – 39) die Rolle einer „Staatskirche“ gespielt hatte, wollte diese Macht über die Menschen nicht aufgeben. Daher verlangte sie von den polnischen Kommunisten nicht nur die Einstellung der atheistischen Propaganda, sondern forderte sogar, die Regierung müßte „die nicht-katholischen Sekten bekämpfen“.

Bei ihrer antisozialistischen Tätigkeit wurde die Katholische Kirche vom Vatikan unterstützt, der sich immer wieder in innere Angelegenheiten der VR Polen einzumischen versuchte. Das stärkste Stück war dabei das sogenannte „Dekret des Heiligen Offizium“ vom 1. Juli 1949. Dieses Dekret des Vatikans verbot allen Katholiken, in eine kommunistische Partei einzutreten.

Es wurde grundsätzlich verboten, „Flugblätter herauszugeben, zu verbreiten oder zu lesen (!!), die die Lehre oder das praktische Vorgehen der Kommunisten verteidigen.“ Katholiken, die sich nicht an diese Vorschrift hielten, sollten aus der Kirche ausgeschlossen werden.

Die Führung der PVAP hat auch in den Jahren 48 – 56 (als also die revisionistische Gromulka-Gruppe ausgeschaltet war) darauf verzichtet, den unverschrämten politischen Anmaßungen der katholischen Kirche keine Kampfsätze anzusetzen. So sieht etwa ein Gesetz vom August 49 eine Strafe für die „Verletzung religiöser Gefühle“ vor.

Der vorübergehende aus dem politischen Leben ausgeschaltete Kardinal Wyszyński, einer der Hauptsprecher der antisozialistischen Kräfte, durfte im Oktober 1956 seinen Posten als Chef der Katholischen Kirche wieder einnehmen.

Im Jahr 1961 schien sich das ZK der PVAP endlich aufraffen zu wollen, mit dem offiziellen „Reli-

gionsunterricht“ an den polnischen Schulen Schluß zu machen. Die Abschaffung des „Religionsunterrichts“ wurde versprochen und dazu richtig festgestellt: „Der Religionsunterricht in der Schule führt eine erzieherisch und sozial schädliche Trennung unter den Kindern herbei und schafft den Boden für Fanatismus und Intoleranz.“ Indessen beschränkte sich das Gesetz vom August 61 darauf, den offiziellen „Religionsunterricht“ auf zwei Stunden in der Woche zu beschränken.

In der VR Polen ist es durchaus an der Tagesordnung, daß die Katholische Kirche ihren Einfluß auf die Menschen mißbraucht, um gegen die Geburtenregelung zu hetzen, Ehepaare öffentlich anzuschwärzen, die eine kirchliche Trauung ablehnen und Kinder einzuschüchtern, die nicht am Religionsunterricht teilnehmen wollen. Diese Haltung der Katholischen Kirche ist schon in den kapitalistischen Ländern eine Pest, aber mit der sozialistischen Staatsmacht und Gesellschaftsordnung ist sie überhaupt auf die Dauer unvereinbar.

Die Krise des Revisionismus verschärft sich

Die polnischen Revisionisten verfahren jetzt nach der Devise, den Brunnen zuzudecken, n a c h d e m das Kind hineingefallen ist. Ein paar Figuren, die sich vor der polnischen Arbeiterklasse endgültig unmöglich gemacht hatten, sind aus der Staats- und Parteiführung verschwunden. Nachgerückt sind Leute, die von der bürgerlichen Presse als „Fraktionäre“, „Manager“ und „Flügel der flexiblen, dynamischen Technokraten“ bezeichnet werden. Das bedeutet, daß die Kapitalisten in der neuen Staats- und Parteiführung der VR Polen im Grund ihresgleichen sehen.

Bürgerliche Zeitungen schrieben, in der VR Polen handle es sich um eine „systemimmanente Mißwirtschaft“. Die Bürgerlichen wollen uns einreden, Verhältnisse wie in der VR Polen seien „typisch für den Sozialismus“.

Das ist eine genaue Umkehrung des tatsächlichen Sachverhalts. 85 % des bewirtschafteten Bodens in Privatbesitz sind keine „sozialistische Mißwirtschaft“, sondern ein Erbe des Kapitalismus, auf dessen Beseitigung die Führung der PVAP verzichtet hat.

Die gegenwärtigen Schwierigkeiten beruhen in erster Linie darauf, daß die Führung der PVAP in wesentlichen Fragen vom sozialistischen Weg abgegangen ist und den antisozialistischen Kräften gegenüber eine „Politik der friedlichen Koexistenz“ betreibt. Dazu kommt, daß die Kapitalisten nichts unterlassen haben, um durch ein ungünstiges Preisniveau im Handel mit der VR Polen der Wirtschaft zusätzlich zu schaden.

Es ist allerdings schmerzlich, daß in der VR Polen die Entfremdung zwischen Partei und Arbeiterklasse einen solchen Punkt erreicht hat, daß es zu den provozierenden Preiserhöhungen und den anschließenden Aktionen der Arbeiter kam. Diese

Vorgänge gehen aber eindeutig zu Lasten der revisionistischen Führung der PVAP, und nicht der Arbeiterklasse.

Diese Vorgänge machen die umfassende und tiefgehende Krise des Revisionismus deutlich, die durch das Hervortreten der „Manager“-Fraktion um Gieriek nicht gelöst, sondern verschärft worden ist.

Die neue Partei- und Staatsführung der VR Polen haben auf die Fragen der polnischen Arbeiterklasse bisher keine Antwort geben können. Die Arbeiter von Gdansk und Szczecin haben Delegationen nach Warschau geschickt. Sie fordern, daß die Führung der PVAP den jetzt einzuschlagenden Weg ehrlich mit der Arbeiterklasse diskutiert. Es kam im Januar zu neuen Streiks. Was die Arbeiter wollen, ist nicht mehr Macht für ihre Direktoren, sondern eine Verbesserung ihrer Lebenslage. Was das angeht, sind die Arbeiter mit Recht skeptisch.

Kapitalisten wittern Morgenluft

Die westdeutschen Imperialisten sehen den Moment gekommen, unter Ausnutzung der wirtschaftlichen und innenpolitischen Krise in der VR Polen lang gehegte Wünsche zu verwirklichen. Sie möchten in der VR Polen Betriebe mit westdeutscher Beteiligung errichten, um die polnischen Arbeiter u n m i t t e l b a r ausbeuten zu können. Bisher läuft dieses Geschäft auf der Basis von „Lizenz“-Verträgen: In der VR Polen werden „in Lizenz“ auf westdeutschen Maschinen Waren hergestellt, die dann nach Westdeutschland „exportiert“ werden. So bezieht z.B. AEG-Telefunken Plattenspieler aus Lodz, Grundig Tonbandgeräte aus Warschau – während sie in ihren westdeutschen Betrieben Arbeiter auf Kurzarbeit setzen lassen. Kauf- und Versandhäuser „exportieren“ Stoffe in die VR Polen, die dort zu Anzügen und Kleidern verarbeitet und dann zurück „importiert“ werden.

Das langt den Kapitalisten aber noch nicht. Sie wollen e i g e n e Betriebe in der VR Polen, aus denen sie nach Belieben Profit abziehen können, oder zumindest Beteiligungen. Krupps Manager Berthold Beitz verkündet großsprecherisch: „Wir müssen jetzt die Nägel für die nächsten Jahre einschlagen.“ Das sind „Nägel“, die ins Fleisch des polnischen Volkes „eingeschlagen“ werden.

Die westdeutschen Kapitalisten wollen die VR Polen verstärkt wie ein „Entwicklungsland“ behandeln. Schon jetzt besteht 71 % ihres Exports in die VR Polen aus industriellen Fertigprodukten und technischen Konsumgütern, während der Import aus der VR Polen zu 70,6 % aus Nahrungsmitteln besteht.

In diesem Zusammenhang muß es gesehen werden, wenn Barzel als erster westdeutscher Politiker zu Gesprächen mit der neuen Führung in die VR Polen gefahren ist.

CSSR: »Brüderlich an der Seite« der Sowjetrevisionisten...?

(aus AK 79, April 1976)

Der am 16.4.76 zu Ende gegangene Parteitag der KP der CSSR stellte für die Führer der KPC den Höhepunkt einer „bisher nicht dagewesenen allseitigen Entwicklung“ dar.

Tatsächlich können die tschechoslowakischen Revisionisten auf einen bedeutenden ökonomischen Aufbau und eine Übererfüllung des zurückliegenden Fünf-Jahr-Planes 71-76 verweisen. „Statt wie geplant um 28 wuchs das Nationaleinkommen seit 1971 um 32%. Um 29% stiegen die Geldeinnahmen der Bevölkerung. 614.000 Wohnungen wurden gebaut 114.000 mehr als geplant. Weitere bedeutende Sozialmaßnahmen wurden verwirklicht ...“ „Neues Deutschland“ (ND, 13.4.76).

Die Hervorhebung dieser ökonomischen Errungenschaften, sowie die Erfüllung des neuen Fünf-Jahr-Planes nahmen dann auch breiten Raum im Rechenschaftsbericht von Generalsekretär Husak ein und wurde entsprechend von der revisionistischen Presse hervorgehoben. Als Ziel des neuen Fünf-Jahr-Planes ist ein Wachstum des Nationaleinkommens um 27 bis 29%, des individuellen Konsums um 23 bis 25% und ein Wachstum der gesellschaftlichen Konsumtion von 38% angegeben. Daß dies mit einigen Schwierigkeiten verbunden sein wird, wird schon jetzt von den Führern der KPC eingeschätzt. Die Gründe liegen zum einen in der weltweiten Erhöhung der Rohstoffpreise und der erhöhten Anforderung an die Qualität technischer Produkte beim Handel mit den Imperialisten. Auf der anderen Seite sind „die extensiven Wachstumsquellen ... praktisch erschöpft, und die erhöhten Aufgaben werden im Prinzip mit der bisherigen und manchmal mit einer geringeren Zahl von Arbeitskräften bei langsamem Zuwachs von Energie und Rohstoffen gelöst werden müssen“ (Husak, Rechenschaftsbericht, „ND“, 13.4.76).

Gerade in diesem Zusammenhang wird immer wieder die Rolle der SU betont, ohne deren Hilfe die jetzigen wirtschaftlichen Erfolge angeblich nicht zustande gekommen wären. („Im Namen des Parteitages schätzen wir die Bedeutung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit der Sowjetunion hoch ein. Ohne sie wären wir nicht in der Lage, langfristig den Bedarf an entscheidenden Rohstoffen und Energie, sowie den sta-

bilen Absatz der Produkte unserer Industrie sicherzustellen ...“ (Husak, ebenda).

Fest mit der Sowjetunion verbunden

Das Herauskehren der („brüderlichen Verbundenheit mit der SU“) auf dem Parteitag in vielen Fragen fällt ins Auge. Es wurde immer wieder herausgestellt, daß es mit Hilfe der SU gelungen sei, seit der Intervention am 21. August '68 wieder den „Weg des Marxismus-Leninismus“ einzuschlagen. „Die Partei hat sich jener entledigt, die die wissenschaftliche Weltanschauung – den Marxismus-Leninismus – aufgegeben haben und ihre rechtsopportunistischen, antisozialistischen und volksfeindlichen Absichten in den Jahren 1968/1969 offen durchzusetzen. Gleichzeitig mußten labile, schwankende Menschen die Partei verlassen, die in der Krisensituation in Panik verfielen und dem revisionistischen Druck sowie falschen, nationalistischen, antisowjetischen und parteifeindlichen Parolen und Stimmungen unterlagen“ (Husak, ebenda).

Zugleich wurde jedoch einigen „Bekehrten“ Führern des sog. „Prager Frühlings“ eine Hintertür offengehalten: „Das Zentralkomitee ist der Ansicht, daß jene, die keine aktiven Repräsentanten des Rechtsopportunisten waren, die gut arbeiten und mit ihren Taten beweisen, daß sie fest und aufrichtig auf den Positionen des Sozialismus und unserer Freundschaft mit der Sowjetunion stehen, die die Politik unserer Partei aktiv unterstützen, nach individueller Beurteilung jedes einzelnen Falles erneut als Mitglieder unserer Partei aufgenommen werden können“ (Husak, ebenda).

Eine politische Auseinandersetzung mit den „Rechtsopportunisten“ des „Prager Frühlings“ hat bezeichnender Weise nicht stattgefunden. Die „tschechoslowakische Frage“ steht heute nebst anderen anscheinend wieder im Vordergrund der Auseinandersetzung der revisionistischen Parteien. Auf der „Konferenz der Kommunistischen und Arbeiterparteien“, die schon seit Jahren von der Sowjetunion angestrebt wird, wird von einigen revisionistischen Parteien gerade eine Auseinandersetzung darüber gefordert. Die sog.

„tschechoslowakische Frage“ wird jedoch verschoben, um eine weitgehende Autonomie der revisionistischen Parteien von der KPdSU durchzusetzen. Zum anderen sind die Interventionsgründe, die seinerzeit für den Überfall auf die CSSR angegeben wurden (verstärkte Zusammenarbeit mit dem Imperialismus etc. – s. unten), heute fester Bestandteil der Politik der RGW-Länder. Aus diesem Grunde mag es auch nicht verwundern, daß Husak und andere Redner auf dem XV. Parteitag peinlichst eine Auseinandersetzung hierüber vermieden.

Um eine genaue Einschätzung über die Ereignisse von '68 zu bekommen, ist es notwendig, an dieser Stelle kurz darauf einzugehen.

Die Ereignisse vor '68

Die demagogisch vorgeschützte „Kritik“ der RGW-Revisionisten an der CSSR-Führung unter Dubcek gipfelte in dem Vorwurf, daß es dieser nicht gelungen war „... die Arbeiterklasse zu bewußten Leitern und Organisatoren ihres Staates zu befähigen – die werktätige Bauernschaft zur Klasse der Genossenschaftsbauern zu entwickeln; die enge Zusammenarbeit der Führung von Partei und Staat mit der Arbeiterklasse ...“ herzustellen. „Die schwierige Aufgabe, das ökonomische System des Sozialismus zu schaffen und den staatlichen und ideologischen Überbau dementsprechend zu entwickeln, wurde kaum in Angriff genommen.“ („Sächsische Zeitung“, 4.11.68, Redaktioneller Beitrag des „ND“). Dies führte dazu, daß bürgerliche Elemente in zunehmendem Maße in der Partei, den Massenmedien usw. an Boden gewannen und einem „prowestlichen Einfluß“ auf die Massen den Weg ebneten. Die KPC faßte aufgrund dieser Entwicklung Anfang 1968 entsprechende Beschlüsse, die als „Januar-Beschlüsse“ bekannt wurden. Hierbei ging es angeblich darum, die weitere Entwicklung in der CSSR einheitlich zu bestimmen und die „führende Rolle der KPC gegenüber den Massen“ durchzusetzen.

„Statt nun diese Aufgaben energisch anzupacken, wurden die Massenmedien den kleinbürgerlichen Kräften übergeben. Die heroische Vergangenheit der KPC und die zwanzig Jahre sozialistischen Aufbaus wurden von revisionistischen

und antisozialistischen Kräften in den Schmutz gezogen, begangene Fehler und aufgetretene Schwächen multipliziert und selbst die durch den Imperialismus hervorgerufenen Schwierigkeiten der KPC und dem Sozialismus angelastet. Der KPC wurde das moralische Recht zur Führung der Gesellschaft abgesprochen.“ (ebenda).

In der Tat hatten sich unter dem Deckmantel der „Korrektur der Fehler des Sozialismus“ bürgerliche Strömungen breitgemacht, die die CSSR im verstärkten Maße zur Zusammenarbeit mit den Imperialisten zu bringen versuchten. So wurden z.B. Empfehlungen ausgesprochen, die zentrale staatliche Planung zu beseitigen, zugunsten einer größeren Zusammenarbeit mit den kapitalistischen Ländern. Innenpolitisch wurde die „Trennung der Partei von der Macht“ und politischer „Pluralismus“ gefordert und die Zulassung von Oppositionsparteien, was faktisch einer Rückkehr in eine bürgerliche Republik gleichkam. Laut Dubcek ging es dabei darum, „... die Partei zu einer wahrhaft revolutionären schöpferischen Kraft mit wachsender Attraktivität für die kommende Generation zu machen ... wir wollen dabei die allgemein gültigen Prinzipien des sozialistischen Aufbaus beachten, zugleich aber die Besonderheiten unseres Landes berücksichtigen, seinen hohen Entwicklungsstand, die Geistesart (!!!!) und die historische Entwicklung unserer beiden Nationen.“ (aus einem Brief an die Frau Josef Smrkovskys, „FR“, 16.8.74).

Die Vorwürfe der Revisionisten, die die spätere Intervention legitimieren sollten, lassen sich folgendermaßen zusammenfassen:

- Die KPC ist in einer Reihe von Fragen von den marxistisch-leninistischen Prinzipien abgewichen. „Gerade die wiederholten Aufrufe einiger führender Persönlichkeiten der KPC, mit dem Monopol der Kommunisten auf die Macht Schluß zu machen, die Partei von der Macht zu trennen...“ hatten zu einer ziellosen Kampagne gegen die KPC gedient.
- Massenhafte Beseitigung führender Funktionäre. „Unter den Abgesetzten befand sich auch eine ganze Reihe von Funktionären, die von der KPC-Führung nach dem Januar-Plenum noch als zuverlässige und standhafte Kommunisten bezeichnet worden.“

- Antisozialisten in Presse und Rundfunk. „Viele Zeitungen, der Rundfunk und das Fernsehen der Tschechoslowakei standen im wesentlichen nur bestimmten Gruppierungen zur Verfügung, die offen antisozialistische Ziele verfolgen.“
- „Anti-sowjetische“ Argumentation.

- Wirtschaftliche Angleichung an den Westen. „Leider wurde die Diskussion über die Wirtschaftsform in der Tschechoslowakei auf einer anderen Grundlage geführt. (Andere Grundlage als in den anderen RGW-Staaten, d. Red.). In den Mittelpunkt wurde einerseits eine hemungslose Kritik an der gesamten vorangegangenen Entwicklung der so-

zialistischen Wirtschaft gerückt. Andererseits wurde vorgeschlagen, das Prinzip der Planung durch spontane Marktbeziehungen zu ersetzen und dem Privatkapital ein breites Betätigungsfeld einzuräumen.“ („Prawda“, 22.8.68).

- Offene Westgrenze. „Imperialistische Agenten hatten die Möglichkeit, in geheimen Waffen auf das Territorium der Tschechoslowakei zu bringen.“ (Alle nicht näher bezeichneten Zitate aus „Blinkflur“, August '68 zu einem „Prawda“-Artikel vom 22.8.68).

- Der Bonner „neuen Ostpolitik“ auf den Leim gegangen. „Sie (die Imperialisten – d. Red.) betrachten die CSSR als das schwächste Glied in der Front der sozialistischen Staaten ... Der langfristig angelegte Plan der westdeutschen Imperialisten hatte die „friedliche Umwandlung“ der CSSR in einen sozialdemokratisch verbrämten bürgerlichen Staat zum Ziel.“ (Sächsische Zeitung, 4.11.68).

Die von der damaligen KPC-Führung im Alleingang durchgeführte Politik diente den anderen revisionistischen Ländern unter maßgeblicher Führung der Sowjetunion als Begründung für die Intervention. So waren die Führer der KPC z.B. schon damals bereit, dem westdeutschen Imperialismus Zugeständnisse in der „Berlin-Frage“ zu machen. Der Überfall auf die CSSR wurde als Sicherung der „Westgrenze der sozialistischen Staatengemeinschaft“ bezeichnet. „Die Maßnahmen der fünf sozialistischen Staaten am 21. August waren – auch wenn das heute von Mitgliedern der KPC und Bürgern der CSSR noch nicht erkannt und verstanden wird – eine Tat für den Frieden, zum Schutze der sozialistischen Gesellschaftsordnung der CSSR und damit ihrer Souveränität (!!) als sozialistischer Staat.“ (Sächsische Zeitung, 4.11.68).

Kein sozialistisches Land kann einem anderen Land die „richtigen Methoden“ des sozialistischen Aufbaus vorschreiben, schon gar nicht mit Militär-Gewalt. „Das Selbstbestimmungsrecht der Nationen bedeutet ausschließlich das Recht auf Unabhängigkeit im politischen Sinne ...“ (Lenin, Bd. 22).

Unter sozialistischen Staaten ist die offene Kritik und Selbstkritik und die breite offene Auseinandersetzung über politisch-ideologische Fragen die richtige Form der gegenseitigen Unterstützung und des proletarischen Internationalismus. Selbst eine bürgerliche Entartung eines Landes, was im Rahmen einer „sozialistischen Staatengemeinschaft“ gewisse Verpflichtungen o.ä. eingegangen ist, gibt niemanden das Recht zu intervenieren.

Kurz gesagt, handelte es sich trotz aller Kritik-Würdigkeit von Dubcek + Co; um einen Ausdruck „sozialimperialistischer“ Großmachtpolitik im wesentlichen der Sowjetunion. Husak bringt die heutige Stellung der SU innerhalb des RGW in seiner Rede auf dem jüngsten Parteitag auf den Punkt: „Es ist eine allgemeine aner-

kannte Tatsache, daß ohne die Sowjetunion und ohne die sozialistische Gemeinschaft heute kein wichtiges internationales Problem mehr gelöst werden kann.“ (Husak, Rede auf dem XV. Parteitag).

Kampf zweier bürgerlichen Linien

Die heutige Politik der RGW-Länder allen voran die Sowjetunion, gegenüber den Imperialisten ermunterte dann auch die damaligen Führer der CSSR, Smrkovsky und Dubcek, offene Briefe an die Führung der KPdSU zu schreiben, in denen sie auf die prinzipielle Gleichartigkeit der eingeschlagenen Linie des „Prager Frühlings“ und der heutigen Versumpfung der revisionistischen Parteien dieser Länder eingehen und ihrer Hoffnung auf eine baldige Regelung in ihrem Sinne Ausdruck geben. Die bürgerliche Presse der BRD stürzte sich dann auch mit Wohlbehagen auf diese Erklärungen, um dem Sozialismus insgesamt eins auszuwaschen. Von besonderem Interesse sind hierbei 2 Briefe, die erst in letzter Zeit zur Veröffentlichung gelangten.

In einem Brief von J. Smrkovsky an L. Breschnev vom 25.7.73 gibt Smrkovsky seiner Genugtuung über die Politik der Sowjetunion gegenüber den Imperialisten Ausdruck: „Ich habe insbesondere die von Ihrem Land und Ihrer Partei ergriffene Initiative verfolgt, die meine frühere, viel leicht verständliche Skepsis und Bitterkeit bis zu einem gewissen Grade gemildert hat. Ich halte die gegenwärtige Tendenz ... für ermutigend und hoffnungsvoll.“

Für die „tschechoslowakische Frage“ schlußfolgert er daraus nicht ohne Berechtigung: „Die neue Zeit hat neue Ansichten, Standpunkte und Erklärungen hervorgebracht, die neue Wege erfordern. Die gegenwärtige Lage in der Tschechoslowakei verliert ihre Berechtigung, ihr Logik und Unterstützung angesichts der neuen internationalen Verhältnisse.“

Insgesamt wird versucht, an die Versumpfung der RGW-Länder anzuknüpfen und als „Alternative“ noch überlebendere sozialdemokratische „Freiheiten“ anzubieten. In einem Brief Dubceks, der im „Spiegel“ vom 14.4.75 veröffentlicht wurde, schildert er geschickt die Ergebnisse der revisionistischen Versumpfung und weist berechtigt darauf hin, daß in der CSSR „Formalismus und bombastische Phrasen so selbstverständlich geworden sind, daß jedes kritische Wort eine Beschuldigung wegen Anti-Sowjetismus nach sich zieht.“ Den Anti-Sowjetismus rufe man damit hervor, daß man „aus vielen kommunistischen Revolutionären Widerstandskämpfern, Gewerkschaftern“ absichtlich und zielbewußt „anti-sowjetische Elemente“ macht. Den Einmarsch in die CSSR '68 bezeichnet er richtig als Eingriff in die nationale Souveränität der CSSR und weist wiederum geschickt und nicht ohne Berechtigung auf Parallel-Entartungen in anderen RGW-Ländern hin: „Wäre es vielleicht angebracht,

wenn wir die polnischen Genossen befehlen wollten, wie sie Landwirtschaft kollektivieren sollen, was für uns ein bereits gelöstes Problem ist, mit dem sie sich noch beschäftigen müssen? Und wenn wir außerdem eine These konstruieren würden, der zufolge sie Kapitalismus und Privatunternehmen konservieren? ... Was würden wohl Genossen aus der Deutschen Demokratischen Republik dazu sagen, wenn wir sie an uns messen und ihnen ihre immer noch breite Basis für das Kleinergewerbe und andere privatunternehmerische Tätigkeit vorwerfen würden? ... Als wir damals nur erwogen, ein kleineres Darlehen von einem der entwickelten Staaten aufzunehmen, bestand angeblich die Gefahr, vom Kapitalismus abhängig zu werden. ... Heute ist es selbstverständlich, daß man nicht nur Kredite aufnimmt, sondern auch ausländische Banken in sozialistischen Ländern zuläßt."

Dieser „Argumentation“ der „Rechtsopportunisten“ vom Schlage Dubček und Co. kann Husar natürlich nichts entgegensetzen, so daß diese Typen sogar eingeräumt wird,

„erneut als Mitglieder unserer Partei aufgenommen“ zu werden (Siehe oben).

Weiter auf dem Weg in den bürgerlichen Sumpf

In voller Übereinstimmung und mit Unterstützung der Sowjet-Revisionisten baute die CSSR z.B. die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der BRD aus. Im Januar vergangenen Jahres wurde z.B. zwischen der BRD und der CSSR ein Abkommen über wirtschaftliche, industrielle und technische Zusammenarbeit unterzeichnet. Das Abkommen erstreckt sich vor allem auf folgende Bereiche:

1. Die gemeinsame Errichtung und den Ausbau und die Modernisierung von Industrieanlagen und Betriebe zur besseren Auslastung bestehender und zur Schaffung neuer Kapazitäten sowie zur Ergänzung von Produktionsprogrammen.
2. Die gemeinsame Produktion und der gemeinsame Vertrieb von Halb- und Fertigwaren, sowie die Arbeitsteilung in Produktion und Vertrieb.

3. Die Erzeugung und Lieferung von Rohstoffen und Energie.

4. Den Austausch von Patenten, Lizenzen, Know-How und technischer Information, die Anwendung und Verbesserung neuer technischer Verfahren, sowie die gegenseitige Ausbildung und den Austausch von Fachleuten und Praktikanten. (Nach „FAZ“, 23.1.75).

Im Vergleich zu diesem Abkommen ist das Darlehen, das der „Grund“ für die Intervention '68 war, ein Zwerg.

Vor diesem Hintergrund, daß die gesamte Politik der CSSR in voller Übereinstimmung mit dem revisionistischen Lager steht und die Versumpfung und die Interventionsgründe von '68 bei weitem in den Schatten stellt, muten die markigen Sprüche Husaks auf dem Parteitag gegen die sog. „Rechtsopportunisten“ nur als Phrasen an. Der Unterschied zu '68 besteht lediglich darin, daß die heutigen Führer der CSSR „brüderlich an der Seite der Sowjetunion stehen.“

RGW-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

»Charta 77«: Zur Entwicklung der Opposition in der CSSR (Teil I)

(aus AK 104, Mai 1977)

Seit Anfang Januar eine Gruppe von „Oppositionellen“ in der CSSR die sogenannte „Charta 77“ veröffentlicht hat, konnte die sich die „Dissidentenbewegung“ in den osteuropäischen Ländern tagtäglich in der bürgerlichen Presse der allergrößten Publizität erfreuen.

Für eine Einschätzung der „Charta“ und der sie tragenden politischen Kräfte und Einzelpersonen ist es unseres Erachtens notwendig, die politischen Auseinandersetzungen aus der Zeit des „Prager Frühlings“ und die Entwicklung der tschechoslowakischen Opposition seit dieser Zeit mit einzubeziehen.

„Charta 77 ist eine freie informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener Überzeugungen, verschiedener Religionen und

verschiedener Berufe, verbunden durch den Willen, sich einzeln und gemeinsam für die Respektierung der Bürger- und Menschenrechte in unserem Land und in der Welt einzusetzen – jener Rechte, die dem Menschen von beiden kodifizierten internationalen Pakten, von der Abschlusssakte der Konferenz in Helsinki, von zahlreichen weiteren internationalen Dokumenten gegen Krieg, Gewaltanwendung und soziale und geistige Unterdrückung zugestanden werden und die zusammenfassend von der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der UN zum Ausdruck gebracht werden.“ (1) (Mit den „beiden kodifizierten internationalen Pakten“ sind der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ sowie der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle

Rechte“ gemeint, die nach Helsinki in der CSSR in Kraft gesetzt wurden).

Eine nähere Bestimmung ihrer politischen Absichten nehmen die Anhänger der Charta nicht vor. Im wesentlichen besteht ihr Manifest aus Verweisen auf eine Reihe von Artikeln aus diesen beiden Pakten und entsprechenden Erklärungen darüber, daß diese Artikel im politischen und rechtlichen Leben der CSSR nicht eingehalten werden. Insbesondere werden das „Recht auf freie Meinungsäußerung“, das Recht auf Bildung, die Informationsfreiheit, die Freizügigkeit, die Bekenntnisfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Koalitionsfreiheit u.a. aufgeführt.

Die Verfasser heben ausdrücklich hervor, daß ihr Manifest „keine Basis für oppositionelle politische

Tätigkeit“ ist. Dieser Unterschied zu früher, von der „Sozialistischen Opposition“ herausgegebenen Aktionsprogrammen macht den Bündnischarakter des Manifestes deutlich. Ganz offensichtlich ist die Charta auf ausgesprochen bürgerliche Kräfte in der tschechoslowakischen Opposition zugeschnitten. Während es z.B. noch im „Kleinen Aktionsprogramm der sozialistischen Opposition“ von Anfang 1971 geheißen hatte: „Es geht um ein neues, demokratisches Sozialismus-Modell, das den tschechoslowakischen Bedingungen entspricht“, so fehlt in der Charta selbst dieses verbale Bekenntnis zum Sozialismus. Ein Sammelbecken bürgerlich-reaktionärer Elemente also?

Für die herrschenden Revisionisten ist die Sache klar. In einer breit angelegten Kampagne werden die Widersprüche im eigenen Lager in bewährter Weise behandelt: einzelne Wortführer der Opposition werden in übelster Weise angegriffen und diffamiert und sodann als bereits Jahrzehnte im Sold der Imperialisten stehend „entlarvt“.

In welcher Weise die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Positionen der Charta seitens der Revisionisten geführt wird, soll an einigen Beispielen deutlich gemacht werden:

Über einige Unterzeichner der Charta heißt es in „Rude Pravo“, dem Zentralorgan der KPC: „Zu ihnen gehört der aus einer Millionärsfamilie stammende Václav Havel, der verbissene Feind des Sozialismus, ... Jiri Hajek, ein bankrotter Politiker, der unter der Parole der Neutralität unseren Staat aus der sozialistischen Ländergemeinschaft herausreißen wollte, ... der internationale Abenteuerer Frantisek Kriegel, ... der Denunziant und Karrierist Zdenek Mlynar...“

Es versteht sich von selbst, daß das Zentralorgan der tschechoslowakischen Revisionisten mit keinem Wort darauf eingeht, daß es der „bankrotte Politiker“ Hajek in der CSSR vor 1968 bis zum Außenminister gebracht hatte, daß der „Denunziant und Karrierist“ Mlynar Sekretär des ZK der KPC war, daß der ähnlich angegriffene Milan Hübler Rektor der Prager Parteihochschule gewesen war usw. usw.

Eine inhaltliche politische Auseinandersetzung mit den ehemaligen Parteifunktionären findet nicht statt; die „Massenkampagnen“ beschränken sich auf sinnloses Abspulen inhaltlich unbewiesener Vorwürfe. Uns ist bislang nur ein Punkt aufgefallen, in dem beide Seiten ihren Streit inhaltlich austragen. Unter dem Stichwort „Religionsbekenntnisfreiheit“ wird darüber palavert, ob die Kirche in der CSSR ausreichend Bewegungsfreiheit und Unterstützung genießt.

Man weiß dabei wirklich nicht, wer sich mehr um die Pfaffen sorgt: „Die Bekenntnisfreiheit“, so heißt es in der Charta, „wird von machthaberischer Willkür systematisch eingeschränkt: durch Beschneidung der Tätigkeit von Geistlichen, ... etc.“. In einem Kommentar vom 7.2.77

weist Radio Prag diese „Verleumdung“ empört zurück: „Nun ist es so, daß der sozialistische Staat die Freiheiten nicht nur proklamiert, sondern auch materiell für deren Realisierung sorgt. Im Fall der Religionsfreiheit dotiert der Staat die Tätigkeit der Theologischen Fakultäten. Es gibt ihrer sieben und jährlich werden von ihnen rund 1.000 (!) künftige Priester ausgebildet. Der tschechoslowakische Staat trägt aber auch für die Kultstätten Sorge. Über 100 Millionen Kronen jährlich sind für die Instandhaltung ... vorgesehen, und zwar solcher Kirchen, die auch regelmäßig für gottesdienstliche Zwecke dienen.“ (2) Gott vergelt's!

Ansonsten wird die Geschichte der KPC im Zusammenhang der „Auseinandersetzung“ mit der Charta auch gleich neu geschrieben: „Gegen Ende der sechziger Jahre gelang es den Zionisten (!), ihre Exponenten in hohe Partei- und Staatsfunktionen zu bringen, zum mindesten die beiden bedeutendsten – Frantisek Kriegel (damals Mitglied des ZK-Präsidiums, AK) und Jiri Hajek (damals Außenminister, AK). Zusammen mit weiteren bezahlten Agenten des Zionismus bildeten sie den Stoßtrupp im konterrevolutionären Prozeß gegen die sozialistische Tschechoslowakei.“ (3) Nicht die Spur eines Beweises wird, natürlich, für diese Behauptungen angeführt!

Auf die Entstehung dieser Auseinandersetzung zwischen zwei Fraktionen der Revisionisten werden wir weiter unten im Zusammenhang mit der Darstellung des „Prager Frühlings“ ausführlich eingehen.

Was den herrschenden Revisionisten an inhaltlicher Argumentation abgeht, ersetzen sie, wie immer, durch administrative Maßnahmen: so werden die Unterzeichner der Charta vorgeladen, verschiedene Male verhaftet, aus ihren Arbeitsverhältnissen entlassen und mit anderen Repressalien belangt.

Daß dies alles nicht die richtige Art ist, sich mit den Wortführern der Charta auseinanderzusetzen, mußten sich die tschechoslowakischen Parteiführer und Machthaber selbst von einigen ihrer „Bruderparteien“ im Westen sagen lassen. Diejenigen revisionistischen Parteien Westeuropas – die schon seit längerer Zeit im Gewand des „Eurokommunismus“ auf Anpassung an die Bourgeoisie und Anbiederung an bürgerlich-bestimmte Wähler aus sind – erkannten frühzeitig, daß eine Solidarisierung mit der offiziellen Politik der KPC – wie auch mit der Politik anderer revisionistischer Regimes gegenüber „Dissidenten“ – sie entscheidende Stimmen kosten würde.

„Die Tatsachen und Probleme, die in der Charta 77“ angeführt wurden, werden nicht nur nicht dementiert, sondern auch überhaupt nicht erwähnt“, schreibt die Unita der KPI. (4) KPF-Vorsitzender Marchais erklärte: „Wir verurteilen diese Methoden, die eine von uns für überwunden gehaltene Vergangenheit in Erinnerung ruft“ (5). Auch die „Eurorevisionisten“ aus Spanien, Großbritannien,

Schweden, Belgien und Griechenland haben sich öffentlich vom Vorgehen ihrer tschechoslowakischen Gesinnungsfreunde distanziert. (6)

Fakt ist, daß die Oppositionsbewegung in der CSSR (und anderen RGW-Ländern) heute das 1971 im „Kleinen Aktionsprogramm“ der „Sozialistischen Opposition“ genannte „grundlegende taktische Ziel“ erreicht hat; dieses Ziel bestand und besteht darin, „daß die innerparteiliche (kommunistische) Opposition in unserem Lande von den westeuropäischen kommunistischen Parteien anerkannt wird.“ (7)

Die „Sozialistische Opposition“

Die politischen Ziele und Vorstellungen der heutigen „sozialistischen Opposition“ stimmen nicht nur in weiten Bereichen mit denen des „Prager Frühlings“ überein, es handelt sich auch zu einem beträchtlichen Teil um dieselben Personen, die die damalige wie die heutige Bewegung trage. So finden sich unter den jetzt bekämpften Oppositionellen einstige ZK-Mitglieder und andere wichtige Persönlichkeiten des „Prager Frühlings“ wie Zdenek Mlynar, Jiri Hajek, Milan Hübler, Frantisek Kriegel, Jifi Müller u.a.

Wir werden im folgenden die Entwicklung und die Positionen der „Sozialistischen Opposition“ anhand einer Reihe von programmatischen Aussagen seit dem Jahre 1968 darlegen. Der erste Teil des Artikels befaßt sich schwerpunktmäßig mit Zielen und Entwicklungen des „Prager Frühlings“, der zweite mit Herausbildung der tschechoslowakischen Opposition in den Jahren nach der Besetzung der CSSR und ihrem heutigen Stand.

I. Der „Prager Frühling“
Auf dem Plenum des ZK der KPC vom 3. bis 5.1.68 wurde Parteisekretär und Staatspräsident A. Novotny von seiner Funktion als Erster Sekretär der KPC entbunden. An seine Stelle trat A. Dubček, seit 1963 Erster Sekretär der slowakischen KP. Am 21.8.68 besetzte eine Armee aus Einheiten von fünf RGW-Staaten unter Führung der Sowjetunion die CSSR, angeblich auf einen Hilferuf von „Persönlichkeiten der Partei und des Staates“ der CSSR, „weil die in der Verfassung festgelegte sozialistische Staatsordnung durch konterrevolutionäre Kräfte gefährdet wurde, die mit dem Sozialismus feindlichen äußeren Kräften in eine Verschwörung getreten sind“. (8) Die politische Entwicklung in diesem Zeitraum, als „Prager Frühling“ bezeichnet, soll zunächst kurz skizziert werden.

a) Vorgeschichte
Die Vorgeschichte des „Prager Frühlings“ beginnt etwa mit dem 12. Parteitag der KPC im Dezember 1962. Eine wichtige Rolle spielte dort die Rehabilitation der Opfer der Schauprozesse der Jahre 1949 - 1954. Damals waren unter anderem der Generalsekretär der KPC und stellvertretende Ministerpräsident Rudolf

Slansky, ZK-Mitglied und Außenminister Vladimir Clementis, ZK-Mitglied und KPČ-Kreissekretär Ota Šingl und andere alte Parteikader hingerichtet worden. (9) Während in der Sowjetunion schon auf dem XX. KPDSU-Parteitag (1956) die Schuld an bestimmten Entartungen der Stalin-Ära dem „Personenkult“ in die Schuhe geschoben wurde, tauchte das Schlagwort von der „Beseitigung der Folgen des Personenkults“ erst Anfang der sechziger Jahre in der CSSR auf. (10) Zur Frage der Rehabilitations, die als Bestandteil einer umfassenderen Abrechnung mit der Politik seit 1948 gesehen wurden, kamen zwei weitere Probleme: die wirtschaftliche Situation verschärfte sich derart, daß eine neue Organisation der Volkswirtschaft unausweichlich schien (z.B. sank 1963 die industrielle Bruttoproduktion gegenüber 1962, ein Vorgang, der sich im RGW-Bereich nur 1956 in Ungarn ereignet hatte); (11) außerdem spitzte sich das Nationalitätenproblem zu, insbesondere zwischen Tschechen und Slowaken, die CSSR ist ein Vielvölkerstaat – 1961 waren 66 % der Bevölkerung Tschechen, 27,9 % Slowaken, der Rest verteilt sich auf Ungarn, Deutsche, Polen, Ukrainer und sonstige, hauptsächlich Zigeuner. (12)

Trotz vieler Bemühungen um die Industrialisierung der Slowakei blieb das Wachstum des Nationaleinkommens pro Kopf Mitte der sechziger Jahre im slowakischen Landesteil immer noch hinter dem des tschechischen Landesteils zurück. (13) Die Forderung nationalisistischer Kreise der Slowaken nach mehr Selbstbestimmung wurde umso eindringlicher, als Novotny noch 1960 in der neuen Verfassung die Rechte der slowakischen Nationalorgane eingeschränkt hatte, inspiriert von Chrushchtschows These über die „Verschmelzung der sozialistischen Nationen“. (14)

Während die Rehabilitations langsam anließen und das Nationalitätenproblem umfassend erst 1968 angegangen wurde, bedurften vor allem die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen einer baldigen Korrektur. Wie vieles andere übernahm Novotny von Chrushchtschow die These von der alles bestimmenden „wissenschaftlich-technischen Revolution“. Drei „Experten-Teams“ wurden von der KPC beauftragt, „Modelle“ der weiteren ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung zu entwerfen: (15)

1) Unter Leitung von Ota Šik entwarf eine Gruppe das Konzept einer ökonomischen Reform. Das Konzept wurde im Januar 1965 vom ZK gebilligt und ab Januar 1966 in etwa 400 ausgewählten Betrieben erprobt. Im Januar 1967 führte man das „Neue System der Wirtschaftsleitung“ für die gesamte Volkswirtschaft gesetzlich ein. Ziel war die Entfaltung einer Marktwirtschaft, angeblich im Rahmen des Sozialismus, Dezentralisierung der Betriebe, das System materieller Anreize, sprich: größere Einkommensunterschiede, und die Beteiligung der Betriebe am Betriebsergebnis.

2) Eine zweite Kommission unter Radovan Richta untersuchte Ursachen und Folgen der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ und legte 1966 den Bericht „Zivilisation am Scheideweg“ vor.

3) Eine dritte Kommission unter Zdenek Mlynar beschäftigte sich mit dem Thema „Entfaltung der Demokratie und des politischen Systems in der sozialistischen Gesellschaft“.

Der Parteiführung gelang es bis Ende 1967 allerdings mit Ausnahme des Bereichs Wirtschaft reale Veränderungen weitgehend zu verhindern. Falsch ist jedoch die Ansicht, im späteren „Prager Frühling“ habe sich ein vollkommener Bruch mit der Vergangenheit vollzogen. Viele Elemente des „Prager Frühlings“ waren schon zur Amtszeit Novotnys entstanden, ohne daß ein anderes RGW-Land darin auch nur die geringste „Gefährdung der sozialistischen Staatsordnung durch konterrevolutionäre Kräfte“ gesehen hätte. Im Gegenteil: der Dietz-Verlag z.B. veröffentlichte in der DDR 1966 Ota Šiks erstes Hauptwerk. Otto Reinhold (Leiter des Instituts für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED) erklärt im Vorwort, das Buch leiste einen „wertvollen Beitrag“, um die Lücken bei der gründlichen „Bearbeitung der ökonomischen und philosophischen Grundprobleme der politischen Ökonomie des Sozialismus zu schließen“ (16).

Die Plenartagung des Zentralkomitees der KPC nahm am 5. April 1968 ein „Aktionsprogramm der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei“ an, mit dem „die Kommunisten an die Wandlung im gesamten Leben der Partei, den Weg zum Aufbau einer neuen Gesellschaft gehen“ sollten. (17) Alle klassischen Argumente und Vorstellungen revisionistischer Politik finden sich in diesem Dokument wieder: an die Stelle von „direkten Weisungen des Zentrums“ sollen „ökonomische Instrumente, Formen von Waren- und Geldbeziehungen und Marktbindungen“ treten (18); „die Nivellierung wurde zu einem Haupthindernis der intensiven wirtschaftlichen Entwicklung und der Hebung des Lebensstandards“ – die Forderung nach „Beseitigung der Gleichmacherei“ schließt sich konsequent an. (19) „Die Entlohnung der Menschen“ soll nicht zuletzt abhängen von „dem Grad der Verantwortung und dem Risiko“ (20). Entsprechend muß man „den Unternehmen, die einem anspruchsvollen Markt gegenüberstehen, ... Freizügigkeit der Entscheidungen in allen Fragen gewähren, die unmittelbar die Führung des Unternehmens und des Wirtschaftens betreffen. Man muß ihnen eine schöpferische Reaktion auf die Bedürfnisse des Marktes ermöglichen“. (21) „Wir setzen große Hoffnung in die Erneuerung der positiven Funktion des Marktes als notwendigen Mechanismus für das Funktionieren der sozialistischen Ökonomie und als Überprüfung dessen, ob in den Unternehmen gesellschaftlich zweckmäßig gearbeitet wurde“. (22)

Ihren konsequenten Abschluß finden diese ökonomischen Ziele mit der „wirksameren Eingliederung in die internationale Arbeitsteilung“: „die langjährige Isolierung der Wirtschaftseinheiten vom Druck der Konkurrenz des Weltmarkts“ müsse beseitigt werden; dazu müsse „das Monopol des Außenhandels grundsätzlich und konsequent von administrativen Auffassungen und Methoden“ befreit und „das direkte Dirigieren der ausländischen Wirtschaftstransaktionen“ beseitigt werden. „...Das Zentralkomitee hält es für unerlässlich, die Rechtsbefugnis und Verantwortlichkeit der Unternehmen für die konkrete Durchführung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen zu erhöhen“. (23)

Nicht fehlen darf in diesem Programm denn auch die These von der „wissenschaftlich-technischen Revolution“ als „Grundbedingung (!) ... der Fürsorge um den Menschen und seine Umwelt, ... für die Entfaltung der Persönlichkeit, ... für die Entwicklung der menschlichen Beziehungen, für die Lösung der verschiedensten Fragen, die die heutige Zeit mit sich bringt“. (24)

Was also tut not? „Die Autonomie und die Autorität der wissenschaftlichen Räte und der Hochschulen zu festigen“. (25)

Auf politisch-ideologischem Gebiet beruft sich das „Aktionsprogramm“ ausdrücklich auf die revisionistische Linie des XX. Parteitags der KPDSU, „der den Impuls für die Erneuerung und Entwicklung der sozialistischen Demokratie gab“. (28)

Ohne sich die Mühe einer materialistischen Analyse zu machen, wird davon ausgegangen und behauptet, daß sich „bis zur heutigen Zeit in unserem ganzen politischen System die schädlichen Einflüsse der zentralistischen Entscheidung und Leitung erhalten“ hätten; (27) Hervorhebungen von uns). „Die führende Rolle der Partei wurde in der Vergangenheit oft als Monopol, als Konzentration der Macht in der Hand der Parteiorgane aufgefaßt. Das entsprach der falschen These, daß die Partei das Instrument der Diktatur des Proletariats sei. Diese schädliche Auffassung schwächte die Initiative und Verantwortung der staatlichen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Institutionen, schädigte die Autorität der Partei und machte es ihr unmöglich, ihre ureigenste Funktion zu erfüllen. ... Ihre Sendung liegt vor allem darin, sozialistische Initiative hervorzuheben, Wege und reale Möglichkeiten der kommunistischen Perspektive zu zeigen und durch systematische Überzeugungsarbeit und persönliches Beispiel der Kommunisten alle Arbeitenden für sich zu gewinnen“. (28)

Im Zuge der Vorbereitungen auf den für den 9. September 1968 einberufenen XIV. Parteitag der KPC erarbeiteten mehrere Arbeitsgruppen eine Diskussionsvorlage mit dem Titel „Analyse der Parteitätigkeit und der gesellschaftlichen Entwicklung seit dem XIII. Parteitag und die Hauptaufgaben der Partei in der nächsten Zeit“. Diese Arbeitsgruppen

waren auf Beschluß des Präsidiums des ZK der KPC gebildet worden; u.a. arbeiteten die ZK-Mitglieder Zdenek Mlynar, Milan Hübl und Jiri Hajek in ihnen mit. (29)

Die Analyse stützt sich im wesentlichen Teilen auf das Aktionsprogramm vom Januar, geht jedoch in einer Reihe von Aussagen noch über dieses hinaus. So wird gleich zu Beginn dieses Papiers die „Überzeugung“ formuliert, „daß der Ausweg aus der Krise nur in einer Änderung des bisherigen Sozialismus-Modells liegen könne, das heißt in der Auffindung eines Modells, das den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution entspricht, den demokratischen und humanistischen Inhalt des Sozialismus akzeptiert und an die positiven Werte aus der Vergangenheit unserer beiden Nationen anknüpft“. (30).

Das Aktionsprogramm, so die „Analyse“ weiter, skizziere „den Übergang von der revolutionären Diktatur zu einem demokratischen Regime mit Rechtsgarantien“ (30). Eine der Grund-„erkenntnisse“ revisionistischer Ideologie wird natürlich auch in dieser ZK-Analyse hervorgehoben, daß nämlich „der Klassenkampf ... kein wesentlicher Aspekt der sozialen Entwicklung unseres Landes mehr (ist)“ (31). Von dieser „Einsicht“ ausgehend, werden „politischer Pluralismus“, „verschiedene Wege zum gleichen Ziel – Sozialismus“ (32) und ähnliche (bürgerliche) Erkenntnisse propagiert.

In dem Bemühen um die Erhaltung der führenden Rolle der KPC werden Überlegungen zu einem für die KP besonders vorteilhaften Wahlrecht (!) vorgetragen, und in den abschließenden „Hauptrichtlinien der Wirtschaftspolitik“ (33) wird noch einmal nachdrücklich hervorgehoben, daß sich die KP „auf eine richtige (!) Festsetzung der Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft, das Nichteingreifen politischer Organe in ökonomische Entscheidungen“ (34) stützt!

Wir sind auf das Aktionsprogramm sowie auf den Entwurf der „Analyse...“ aus zwei Gründen sehr ausführlich eingegangen:

Zum einen zeigen diese programmatischen Äußerungen mit aller notwendigen Deutlichkeit, daß es sich beim „Prager Frühling“ eben nicht um eine sozialistische, anti-revisionistische Linie handelt, sondern um eine bürgerlich-demokratische Strömung, deren Konzept von „Liberalisierung“ und ökonomischer Öffnung nach dem Westen den Imperialisten binnen kurzer Zeit entscheidende Möglichkeiten der Einflußnahme und konterrevolutionärer Aktivitäten geboten hätte. Zweitens sind viele Angehörige der heutigen „Sozialistischen Opposition“ Vertreter der damaligen Parteiführung, und viele der politischen Erklärungen und Dokumente der jetzigen Opposition beziehen sich ausdrücklich oder auch stillschweigend auf die oben zitierten Dokumente.

Die Entwicklung in den Gewerkschaften

Nicht die vorgesehenen ökonomischen „Neuerungen“ an sich als vielmehr das rasante Tempo, in dem sie durchgeführt werden sollten, konnten Kritik und Vorwürfe der Führer der übrigen revisionistischen KP's (vor allem der sowjetischen Führer) auf sich ziehen. Zugleich mußte es ihre Beunruhigung erregen, daß sich im Zuge des im Prinzip revisionistischen Konzeptes auch durchaus fortschrittliche, antirevisionistische Tendenzen entwickelten – wenngleich diese zu keinem Zeitpunkt des „Prager Frühlings“ bestimmenden Einfluß auf das Geschehen hatten.

Es wäre dennoch falsch, die von den „Reformern“ ausgelöste politische Bewegung als widerspruchsfreien Weg zur Restaurierung des Kapitalismus zu begreifen. Im Zuge der Auseinandersetzung um die „neue sozialistische Politik“ entwickelten sich neue Organisations- und Aktionsformen bei den Arbeitern, Studenten und Intellektuellen, sowie in unteren gewerkschaftlichen Organisationen.

Am 21./22. März '68 fand die V. Plenarversammlung des Zentralkomitees der Gewerkschaften (organisatorisch etwa dem DGB-Gewerkschaftstag vergleichbar) statt – mit Verspätung, da der Zentralrat den Vorgängen und Entwicklungen in der KPC gegenüber eine abwartende Haltung einnahm. Die Forderung vieler Mitglieder und Funktionäre führte dazu, daß die Plenarversammlung endlich doch einberufen wurde. Der Stimmung unter den Mitgliedern trug der Vorsitzende der URO (Zentralrat der Gewerkschaften), Polacek, in einem Referat vor dem Prager Funktionärsrat der URO Rechnung:

„Am meisten wird danach gefordert, die Gewerkschaften sollten doch zu ihren traditionellen Aufgaben zurückkehren, nämlich die Interessen der Arbeitenden zu verteidigen. Das ist die normale Reaktion auf einen Zustand, in dem in der Gewerkschaftsorganisation als wichtigste und vordringlichste Sorge lediglich die Steigerung der Produktion angesehen wurde, die man für den Schlüssel zu allem übrigen hielt, u.a. auch zur Hebung des Lebens- und Kulturlevels des arbeitenden Menschen“ (35).

Es kam in den Gewerkschaften zu Diskussionen um die Zahl der hauptamtlichen Gewerkschaftsfunktionäre und um die Höhe ihrer Entlohnung. 250 Betriebsausschüssen, vier Vorsitzenden von Bezirks-Gewerkschaftsräten und zwei Vorsitzenden von Kreisgewerkschaftsräten wurde das Mißtrauen ausgesprochen, (36) und es kam zu einer großen Zahl von Funktionsniederlegungen, „manchmal aus dem Grunde, weil die Funktionäre an eine scharfe und unangenehme Kritik nicht mehr gewöhnt waren...“ (37).

Auf dem Anfang März 1969 durchgeführten VII. Allgewerkschaftskongreß wurde neben dem Programm

der Tschechoslowakischen Revolutionären Gewerkschaftsbewegung (ROH) auch die Charta der ROH beschlossen, in der auch ein Hinweis auf Streiks enthalten ist: Jedes Mitglied habe „das Recht, ... bei Streiks, die von den zuständigen Gewerkschaftsorganen gebilligt wurden, um materielle Hilfe anzusetzen“ (38).

Nur wenige Wochen nach den Beschlüssen dieses Kongresses billigte die Gewerkschaftsführung dann die Politik der „Normalisierung“. Im Laufe des Jahres 1970 wurden etwa 63.000 Funktionäre aus der Gewerkschaft ausgeschlossen (39); Teile der „Dokumente der ROH“ aus dem Jahre 1968 finden sich inzwischen auf der Liste der „verbotenen Schriften“.

Die Arbeiterräte, die vom April 1968 an in etwa der Hälfte der Industriebetriebe des Landes gebildet wurden, entsprachen dem Bedürfnis und der Forderung der Arbeiter nach Einfluß auf den Produktionsprozeß. Der überwiegend spontane Charakter der Entstehung dieser Arbeiterräte zeigt, daß sie nicht einfach ein Instrument der Wirtschafts-„reformer“ waren, die sich ihrerseits natürlich von ihnen die Befreiung vom „Dirigismus“ der zentral gelenkten Wirtschaft versprochen und die Kompetenzen der Arbeiterräte in diesem Sinne beschränken wollten.

Der „Vertrag über die Zusammenarbeit des tschechischen Gewerkschaftsbundes der Metallarbeiter und des Verbandes der Hochschulstudenten von Böhmen und Mähren“ (vom 19.2.1969) stellte den Versuch dar, die „Kumulation der Funktionen der Macht und der Information in der Hand einer kleinen Gruppe führender Funktionäre“ aufzuheben; gefordert wurde eine sofortige Einberufung des Parteitages der KPC (40). Die Initiative zu diesem Vertrag ging maßgeblich vom damaligen Vorsitzenden des böhmischen Studentenverbandes, Jiri Müller, aus. Wenngleich sich auch dieser Vertrag am revisionistischen „Aktionsprogramm“ der „Reformer“ orientierte, so ist doch allein das Entstehen neuer, zumeist spontaner Organisationsformen (wie dies z.B. auch in der Durchführung eines nationalen Kongresses der Arbeiterräte am 9./10.1.69 in Pilsen zum Ausdruck kam) bemerkenswert (41).

Daß die nach dem Überfall der Warschauer Pakt-Truppen auf die CSSR eingesetzten neuen Gewerkschaftsführer selbst diese schwachen Ansätze zu liquidieren versuchen würden, war klar. So erklärte beispielsweise der neue Vorsitzende der ROH, Karel Hoffmann, im Jahre 1969:

„Die rechtsoportunistischen Kräfte predigten die Selbstverwaltung und das Absterben des Staates, was im besten Fall (!) nur ein sehr fernes Ziel sein kann. Im Augenblick würde die Selbstverwaltung und die große Verantwortung, die das mit sich bringt, den Arbeitern zu viel Zeit und zu viel intellektuelle Energie nehmen (!). Sie würde sie damit der Freizeit berauben, die sie brauchen. Wir werden uns opfern (!), um

diese undankbaren Aufgaben (!?) an ihrer Stelle zu übernehmen ...“ (42).

Lenin würde sich im Grabe umdrehen, wenn er hätte hören können, was da an arbeiterfeindlichen Theorien in seinem Namen verbraten wurde ...

Charakteristisch für alle angeführten Bewegungen und Aktivitäten ist ihre politische Zwiespältigkeit. Einerseits durchaus von Teilen der Basis getragen und mit dem Anspruch, den Sozialismus in der CSSR zu erhalten bzw. wiederherzustellen, sind sie andererseits fast ausschließlich auf das „Aktionsprogramm“ des ZK fixiert und von den verschiedensten bürgerlichen Forderungen bestimmt. Diese entscheidende Schwäche zeigt sich unter anderem auch in der Orientierung auf eine Gruppe von „führenden Reformpolitikern“ wie Dubcek, Smrkovsky u.a., so daß nach deren „Umfall“ in Moskau am 27.8.68 bereits eine weitgehende Desorientierung und Handlungsunfähigkeit eintrat.

„Proletarischer Internationalismus“ – nach Art der Revisionisten

Bereits auf dem 1968er Januarplenum der KPC hatte J. Lenart die „Furcht führender Genossen der DDR“ vor personellen und politischen Veränderungen in der CSSR zum Ausdruck gebracht (43).

Im März desselben Jahres griff Kurt Hager (Chefidologie und Sekretär des ZK der SED) erstmals im „Neuen Deutschland“ die „Reformer“-Bewegung in der CSSR öffentlich an – was von seiten der tschechischen Regierung mit einem diplomatischen Protest beantwortet wurde und in der tschechischen Öffentlichkeit Empörung auslöste (44).

Das schließlich im April '68 veröffentlichte „Aktionsprogramm“ ruft „ernste Besorgnis“ bei der sowjetischen Führung hervor. Breschnew selbst wendet sich auf einer Versammlung Moskauer Parteifunktionäre – am 23.4.68 – gegen die Grundsätze des „Aktionsprogramms“ und der Chef der politischen Verwaltung der Sowjetarmee, General Jepschew, spricht von der „Bereitschaft, zum Schutz des Sozialismus in der Tschechoslowakei einzugreifen, wann immer treue tschechoslowakische Kommunisten es verlangen“ (45). Die Kritik – namentlich seitens der KPdSU-Führung – am „Aktionsprogramm“ wird zunächst nicht in die Öffentlichkeit getragen. Allerdings wenden sich die Massenmedien der verschiedensten RGW-Länder (mit Ausnahme Rumäniens) gegen die „Schwäche“ der KPC-Führung, den „Verlust der führenden Rolle der Partei“ und die „Redefreiheit für antisozialistische und antisowjetische Elemente“ (46). In der folgenden Zeit ist die KPC-Führung dann teilweise mehr mit den „Einwänden“ der „Bruderparteien“ als mit der Entwicklung in der CSSR selbst beschäftigt.

Dazu kommt nunmehr auch ein zunehmender militärischer Druck. Vom 10. bis 20. Juni '68 soll ein Stabsmanöver in der CSSR abgehalten werden. Dazu rücken Warschauer Pakt-Truppen in einer Gesamtstärke von etwa 30.000 Mann ein – die ersten Truppenteile schon am 30. Mai, die letzten verlassen die CSSR am 3. August (47).

Der ausländische Druck führt zu einer sich ständig steigenden Nervosität in den tschechischen Völkern. Auf Beschluß der KPdSU fand am 14./15. Juli '68 in Warschau eine Konferenz der fünf am Konflikt mit der CSSR beteiligten RGW-Länder über die Entwicklung in der CSSR statt: „Was wir (die Führer der KPC, Anm. d. Red.) erst über das Pressebüro CTK am 13. Juli nachmittags erfuhren, als die Vertreter der fünf Parteien bereits nach Warschau unterwegs waren“ (48).

Die Teilnehmer der Konferenz sandten einen offenen Brief an das ZK der KPC, in dem sie ihre Kritik zusammenfaßten; nicht ohne vorher heuchlerisch festzustellen: „Es war und ist nicht unsere Absicht, uns in solche Angelegenheiten einzumischen, die ausgesprochene innere Angelegenheiten ihrer Partei und ihres Staates sind... Wir mischen uns nicht in die Methoden der Planung und Leitung der sozialistischen Volkswirtschaft der Tschechoslowakei, nicht in ihre Handlungen ein, die darauf abzielen, die Struktur der tschechoslowakischen Volkswirtschaft zu vervollkommen (!) und die sozialistische Demokratie zu entwickeln(!)“. Trotzdem sei „eine für ein sozialistisches Land absolut unannehmable Situation entstanden“. Begründet wird das u.a. mit folgenden Punkten:

– „Feindliche Kräfte (wollen) ihr Land vom Weg des Sozialismus stoßen und die Gefahr einer Los-trennung der Tschechoslowakei von der sozialistischen Gemeinschaft heraufbeschwören.“

– Die KPC halte die Hebel der Macht nicht mehr fest in ihren Händen. Die führende Rolle der Partei sei unterminiert. „Die in der letzten Zeit außerhalb der Nationalen Front entstandenen Organisationen und Klubs sind im Grunde genommen zu Stäben der Kräfte der Reaktion geworden.“

– Wegen des (um fast zwei Monate verlängerten!) Manövers der Warschauer Pakt-Staaten in der CSSR werde in den Publikationsorganen „verleumderisch“ über eine Verletzung der Souveränität der CSSR geklagt.

– „Die Versuche eines Flirts seitens der herrschenden Kreise der Bundesrepublik und selbst notorischer Revanchisten finden in den führenden Kreisen ihres Landes Widerhall“ (49).

In seiner Antwort hebt das ZK der KPC einige „Hauptziele und Etappen der politischen Arbeit“ hervor, die die Führer der fünf RGW-Staaten in ihren Interventionsabsichten nur bestärken konnten:

– „konsequent die Partei als Ganzes von den Deformationen der Vergangenheit zu scheiden“;

– „den außerordentlichen Parteitag vorzubereiten“, der „die neuen Statuten der Partei billigen und das neue ZK derart wählen wird, daß diese volle Autorität und Vertrauen in der Partei und in der ganzen Gesellschaft genießt“;

– nach dem Parteitag sollte ein „Gesetz über das Vereins- und Versammlungsrecht, das die Entstehung und Tätigkeit verschiedener freiwilliger Organisationen, Vereine, Klubs u.ä. rechtlich regeln wird“, beraten werden (50).

Abschließend enthält der Brief der KPC das Angebot, die Meinungsverschiedenheiten mit der KPdSU in zweiseitigen Gesprächen beizulegen. Vom 29.7. bis 1.8. fanden diese Gespräche in der Grenzstadt Cierna statt. Die tschechoslowakische Seite machte Zugeständnisse vor allem in personeller Hinsicht (51), das Verhandlungsergebnis wurde aber nicht schriftlich fixiert. Breschnew schloß die Verhandlungen mit den Worten: „Genossen, wir unterschreiben keinen Vertrag, wir bauen auf euer kommunistisches Wort und erwarten, daß ihr handeln und vorgehen werdet, wie es Kommunisten geziemt. Solltet ihr uns noch einmal enttäuschen, dann werden wir dies als Verbrechen und Verrat ansehen und dementsprechend handeln“ (52). (wird fortgesetzt).

RGW-Kommission

Anmerkungen: Teil I

- 1) „FR“ 14.01.77
- 2) Radio Prag 07.02.77 (Monitor-Dienst v.09.02.77)
- 3) Radio Hvezda 20.01.77 (Monitor-Dienst v.26.1.77)
- 4) - diese Fußnote gehört auf Seite 4, drittletzte Zeile, hinter „...erwähnt.“ (6)
- 5) „FR“, 27.1.77
- 6) „FR“, 31.01.77 und „Spiegel“ 4/77
- 7) J. Pelikan: Sozialistische Opposition in der CSSR, a.a.O.
- 8) TASS-Meldung v.21.8.68. Nach: Der Fall CSSR. Straftat gegen einen Bruderstaat. Frankfurt/Main 1968, S.13.
- 9) Über die Prozesse wurde im Auftrag der KPC ein Bericht erarbeitet, der sich u.a. auf die Auswertung des Parteiarchivs stützt. Der Bericht wurde im Westen von Jiri Pelikan unter dem Titel „Das unterdrückte Dossier“ herausgegeben. (Wien 1970).
- 10) F. Röll, G. Rosenberger, CSSR 1962-1968. München 1968, S.1 ff.
- 11) R. Crusius, H. Kuehl, J. Skala, M. Wilke CSSR - 5 Jahre „Normalisierung“. Hamburg 1973, S.177.
- 12) Z. Hejzlar, Reformkommunismus. Zur Geschichte der Kommunistischen Partei der Tschechoslowakei. Köln 1976, S.84. Hejzlar war nach 1945 Mitglied des ZK der KPC, wurde 1952 aus der Partei ausgeschlossen, im Mai 1968 rehabilitiert, Parlamentsmitglied, Intendant des tschechoslowakischen Rundfunks und Mitglied des ZK der KPC. Nach der Okkupation Emigration nach Schweden. Trotz Hejzlers heutiger politischer Position („Eurokommunismus“) äußerst wichtig wegen des verarbeiteten Materials, das sich ausschließlich auf tschechoslowakische Quellen stützt.

13) ebd., S.88

14) ebd.

15) ebd., S. 116f. J. Pelikan (Hrsg.), Sozialistische Opposition in der CSSR, Frankfurt 1974, S. 17.

16) Ota Sik, Ökonomie - Interessen - Politik. Berlin (DDR), 1966, S.5.

17) Aktionsprogramm der KPC, Beilage zur „Volkszeitung“ (VZ), 19.4.68. Die „VZ“ ist die Zeitung für die deutschsprachige Minderheit in der CSSR, sie wird wöchentlich vom Zentralrat der Gewerkschaften herausgegeben.

18) Aktionsprogramm, a.a.O., S.2

19) ebd., S.2

20) ebd., S.3

21) ebd., S.6

22) ebd., S.6

23) ebd., S.7

24) ebd., S.7

25) ebd., S.8

26) ebd., S.8

27) ebd., S.1

28) ebd., S.3

29) ebd., S.3

30) Jiri Pelikan, Panzer überrollen den Parteitag. Protokolle und Dokumente des 14. Parteitages der KPC am 22. August 1968. Wien/Frankfurt/Zürich 1969, S.187.

31) ebd., S.193

32) ebd., S.195

33) ebd., S.206

34) ebd., S.210

35) ebd., S.246

36) Crusius ..., 5 Jahre ..., S.44

37) Röll/Rosenberger, CSSR 1962-1968, S.275

38) ebd., S. 276

39) 5 Jahre ..., S.62 f.

40) ebd., S.37; Pelikan, Panzer ..., S.11

41) 5 Jahre ..., S. 262-265

42) 5 Jahre ..., S.41

43) Hejzlar, S. 224

44) „VZ“, 29.3.68; Ausdruck des Protestes war z.B. der Brief der tschechoslowakischen Buchenwaldhäftlinge an ihre Lagerkameraden in der DDR.

„VZ“, S.4.68.

45) „Le Monde“, zit. bei Hejzlar, S. 229

46) ebd.

47) Hejzlar, S.233

48) Stellungnahme des Präsidiums des ZK der KPC zum gemeinsamen Brief von fünf kommunistischen und Arbeiterparteien. „VZ“, 26.7.68, S.5

49) Alle Zitate nach: Gemeinsamer Brief von fünf kommunistischen und Arbeiterparteien an das ZK der KPC. „VZ“, 26.7.68, S.4. Beide Briefe auch in: „Der Fall CSSR“, a.a.O.

50) Alle Zitate nach: Stellungnahme des Präsidiums des ZK der KPC zum ..., a.a.O.

51) Hejzlar, S. 241

52) ebd. (Hejzlar übernimmt dieses Zitat aus einer Schrift des „Normalisierungs-politikers“ Vasil Bilak).

»Charta 77«: Zur Entwicklung der Opposition in der CSSR (Teil 2)

(aus AK 105, Mai 1977)

Im ersten Teil dieses Artikels haben wir uns mit den Aussagen der tschechoslowakischen Oppositionsgruppe „Charta 77“ sowie mit den entwickelteren politisch-ideologischen und programmatischen Positionen von deren Vorläufern auseinandergesetzt. Dabei arbeiteten wir die Besonderheit heraus, daß die Opposition in der CSSR in ihren Anfängen (von Anfang der 60er Jahre bis zum vorläufigen gewaltsamen Ende im Jahre 1968) ein „sozialistisches“ Selbstverständnis hatte, daß ihre führenden Kader fast ausnahmslos aus der Kommunistischen Partei stammten und für einen gewissen Zeitraum sogar mit der Partei- und Staatsführung identisch waren.

Wir haben gezeigt, daß Programmatik und Praxis der Politiker des „Prager Frühlings“ keineswegs eine radikale Kritik am Revisionismus des „real existierenden Sozialismus“ zur Grundlage hatten, sondern im wesentlichen „alter Wein in neuen Schläuchen“ waren (mit Ausnahme des Versuchs, sich aus der Bevormundung durch die Sowjetunion zu lösen).

Mit der Okkupation und den anschließenden Austritten bzw. Säuberungen von mehreren 100.000 Parteimitgliedern aus ihren bisherigen Funktionen, wurden die Anhänger des „Prager Frühlings“ entmachtet und in die Illegalität gedrängt. Gegen eine starke Repression entsteht die sog. „Sozialistische Opposition“. Anfang der 70er Jahre folgt der Versuch, auf der Basis eines „kleinen Aktionsprogrammes“ — enthält im wesentlichen die Positionen des alten „Aktionsprogramms“ (siehe AK 104) — die Anhänger des „Prager Frühlings“ als „Partei der Ausgeschlossenen“ zu sammeln. 1971 sucht die „sozialistische Opposition“ bei den von der „normalisierten“ Parteiführung eingeleiteten Wahlen durch Aufruf zur Stimmenthaltung auf über 100.000 Flugblättern die Konfrontation. Sie endet mit einer harten Niederlage, zunächst über 100 Verhaftungen, dann im Sommer 1972 zehn politische Prozesse, 47 verurteilte Aktivisten (Strafen bis zu 6 1/2 Jahren). Eine „Partei der Ausgeschlossenen“ gibt es nicht. Die „sozialistische Opposition“ beschränkt sich mehr und mehr auf einen kleinen Kreis vorwiegend Intellektueller um die ehemaligen ZK-Mitglieder und sonstigen prominenten Parteiführer des „Prager Frühlings“. Der Bezug zur Arbeiterklasse geht verloren, die Aktivitäten dieser Kräfte sind mehr und mehr nach außen gerichtet, auf die „Weltöffentlichkeit“ etc. Noch 1971 verbreitet die Gruppe ehem. ZK-Mitglieder ein Kritik-Papier an der in der CSSR ablaufenden „Normalisierung“ an alle KPs und die „Weltöffentlichkeit“.

Die 1975 wieder auflebenden Aktivitäten sind vollends auf die KSZE, die Berliner „Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien“ 1976 und die anstehende „KSZE-Nachfolgekonferenz“ orientiert. Ende 1975 wird eine von Zdenek Mlynar verfaßte Einschätzung der Situation in der CSSR an alle „Euro“-KPs geschickt, die sich seinerzeit gegen die Intervention ausgesprochen hatten. Im Juni 1976 dann ein Appell an die Berliner Konferenz von Jiri Hajek mit Bezug auf KSZE, „bürgerliche Freiheiten“, „menschliche Grundrechte“ etc. und ihre Verletzung in der CSSR. Anfang 1977 dann die „Charta“. Die „Charta“, die nur die Verletzung der KSZE-Schlußakte in der CSSR anprangert, sich bei Enthaltung jeglicher Kritik am undemokratischen Regime des Imperialismus faktisch für die Kontrolle der Imperialisten über die „Einhaltung der Menschenrechte“ in den RGW-Ländern ausspricht, sich vorwiegend um Unterstützung bürgerlicher Regierungen, Parteien etc. bemüht, zeigt die unausweichliche Konsequenz dieser reformistischen Strategie.

Okkupation

In der Nacht vom 20. auf den 21. August 1968 marschierten die Truppen der Okkupationsarmee in die CSSR ein. Das Präsidium des ZK der KPC berät gerade die Vorbereitungen für den am 9.9.68 geplanten 14. Parteitag. Nach Bekanntwerden der Okkupation wird von der tschechischen KP-Führung gegen vier Stimmen eine Resolution verabschiedet, die versichert, daß die Okkupation ohne Wissen der offiziellen Organe von Partei und Staat der CSSR stattfindet. „Das Präsidium des ZK der KPC fordert alle Bürger der Republik auf, Ruhe zu bewahren und den einmarschierenden Truppen keinen Widerstand zu leisten, da jetzt die Verteidigung unserer Staatsgrenzen unmöglich ist. Deshalb erhielten weder unsere Armee noch die Sicherheitsorgane noch die Volksmiliz den Befehl zur Verteidigung des Landes. Das Präsidium des ZK der KPC betrachtet diesen Akt nicht nur als im Widerspruch zu den grundsätzlichen Prinzipien der Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten stehend, sondern auch als Verletzung der Grundnormen des Völkerrechts“ (1).

Während die Warschauer-Pakt-Truppen das Land besetzen, strahlt der illegale Besatzungssender Vltava die berüchtigte „Rechtfertigung“ für diese Aggression aus: „Tass ist bevollmächtigt, bekanntzugeben, daß sich Amtsträger der Partei und des Staates der CSSR an die Sowjetunion und die anderen verbündeten Staaten mit der Bitte gewandt haben, dem tschechischen Brudervolk dringend Hilfe, einschließlich Hilfe durch bewaffnete Verbände, zu gewähren“ (2).

Das politische Ziel der Okkupation besteht in der ersten Zeit darin, sofort eine neue Regierung aus verlässlichen Kollaborateuren zu bilden, deren „Hilferuf“ ja erst die ausländischen Truppen ins Land gerufen habe. Zu diesem Zweck wird versucht, die Arbeit der legalen Organe soweit wie möglich zu verhindern (das erste Angriffsziel der Truppen ist bezeichnenderweise das Gebäude des ZK der KPC). Parteivorsitzender Dubcek, Regierungsvorsitzender Cernik, Parlamentspräsident Smrkovsky, der Vorsitzende der Nationalen Front, Kriegel, und die führenden Parteimitglieder Spacek und Simon werden verhaftet und an einen unbekannten Ort verschleppt. Im Gegenzug versucht die überwiegende Mehrheit der KPC, mit Hilfe des Volkes die Arbeitsfähigkeit der legalen Organe wiederherzustellen und alles zu vermeiden, was als nach-

träglicher Beweis einer „Konterrevolution“ dienen könnte. Außerdem wird wie geplant der 14. Parteitag der KPC einberufen. Der sich entwickelnde Widerstand von Volk, Partei und Regierung wird zum Teil erst möglich durch die Arbeit des tschechoslowakischen Rundfunks, der sich noch längere Zeit in der Hand von Anhängern des „Prager Frühlings“ befindet. Der Widerstand macht auf mögliche Kollaborateure innerhalb der KPC einen solchen Eindruck, daß sich zunächst niemand bereitfindet, eine Marionettenregierung zu bilden (bis heute gibt es keinen Beweis dafür, daß das in der Tass-Meldung erwähnte „Hilf“-Ersuchen jemals existiert hätte).

Die Haltung und das Empfinden der zweifellos meisten KPC-Mitglieder drückt ein Artikel der Parteizeitung „Rude Pravo“ vom 22.8.68 aus: „Wir, die tschechoslowakischen Kommunisten, bauen unsere Gesellschaft auf den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus auf, den wir schöpferisch entfalten wollen. Insbesondere dort, wo es aufgrund unterschiedlicher oder spezifischer Bedingungen notwendig ist. Unser Entschluß, eine höchst humane und demokratische sozialistische Gesellschaft zu schaffen und dem Sozialismus das menschliche Antlitz zurückzugeben, stieß jedoch nicht auf Verständnis. Er konnte auch nicht auf Verständnis stoßen. Mißverständnisse wurde er keineswegs aus Befürchtungen um die kommunistische Weltbewegung, sondern in erster Linie, um die Völker der sozialistischen Staaten daran zu hindern, das tschechische Beispiel als einen Weg anzusehen, dem es zu folgen lohnt.“

Erschüttert über die jüngsten Ereignisse gedenken wir der Worte des Genossen Lenin, die er am 26. Oktober 1917 auf dem II. gesamt-russischen Kongreß der Sowjets der Arbeiter- und Soldatenvertreter sprach und die als Dekret über den Frieden bekannt sind:

Wenn irgendeine Nation gewalttätig in der Macht eines bestimmten Staates gehalten wird, und dieser Nation wird, obwohl sie einen solchen Wunsch bezeugte — ganz gleich, ob er in der Presse, auf den Volksversammlungen, in den Beschlüssen der Parteien ausgesprochen wurde oder in Auflehnung und Aufruhr gegen die nationale Unterdrückung zum Ausdruck kam — das Recht verwehrt, in freier Abstimmung — auf solche Weise, daß die Armee der annectierenden oder überhaupt stärkeren Nation restlos aus dem Lande abgezogen wird — ohne jeden Zwang über die Formen des Staatswesens dieser Nation zu entscheiden, dann ist die Aneignung dieser Nation eine Annexion, d.h. Aggression und Gewalttat“ (3).

„Normalisierung“

Nachdem das politische Hauptziel der ersten Stunden, eine moskau-

freundliche Marionettenregierung, nicht erreicht wird, verlegt sich die Sowjetunion auf das Verhandeln. Vom 23. bis 26. August '68 finden in Moskau Gespräche zwischen einer sowjetischen und einer tschechoslowakischen Delegation statt, zu der u.a. nun plötzlich als Staatsgäste die eben noch verhafteten Renegaten Dubcek, Cernik, Kriegel und Smrkovsky gehören. Nach dramatischen Verhandlungen einigen sich beide Seiten auf ein Protokoll, dessen Wortlaut nie offiziell veröffentlicht wird, und dem als einziger Krieger nicht zustimmt:

1. Der 14. Parteitag der KPC wird für ungültig erklärt, da seine Durchführung gegen die Parteisatzung verstoßen habe (4).
2. Die Situation in der CSSR ist nach den Vorstellungen der SU zu „normalisieren“.
3. „Das erfordert personelle Umbesetzungen. „Besonders notwendig sind vorrangige Maßnahmen zur Kontrolle der Kommunikationsmittel, damit sie der Sache des Sozialismus (Marke Moskau, versteht sich — Anm. d. Red.) dienen“ (5).
4. Die Okkupationstruppen bleiben in der CSSR. „Sobald der Sozialismus in der CSSR und die Sicherheit der sozialistischen Länder nicht mehr gefährdet sind, wird der Abzug der verbündeten Streitkräfte vom Territorium der CSSR etappenweise vollzogen“ (6).

In der tschechoslowakischen Bevölkerung wird das Ergebnis zwispaltig aufgenommen: Einerseits bleiben die Besatzungstruppen im Land, andererseits ist scheinbar das politische Ziel der ersten Stunden erreicht, die Arbeitsfähigkeit der legalen Organe wiederherzustellen.

Vereinfacht kann man in der Zeit nach dem Moskauer Abkommen zwei Richtungen unter den Politikern des „Prager Frühlings“ unterscheiden: a) Eine Gruppe stimmt zeitweiligen (wie sie hofft) Abstrichen von der Realisierung des Aktionsprogramms zu, um Grundzüge der Politik des Aktionsprogramms zu retten (Dubcek, Smrkovsky).

b) Die andere Gruppe sieht in der „Normalisierungspolitik“ einen Bruch mit den Zielvorstellungen des Aktionsprogramms und zunehmend nur noch die Anpassung an sowjetische Forderungen (als erster Kriegel in Moskau).

Zu der ersten Richtung schreibt der Auslandssprecher der „Sozialistischen Opposition“, Jiri Pelikan, heute: „In diesem Punkt haben die tschechoslowakischen Kommunisten einen nicht wiedergutzumachenden Fehler begangen, der ... noch lange Prestige und Zukunft des Sozialismus belasten wird ... 1968 waren es die Kommunisten selbst, zunächst die Führung der KPC, dann das ZK, die das Diktat eines fremden Landes akzeptierten, dessen Text nie dem Parlament vorgelegt wurde und der zudem bis heute unveröffentlicht blieb. Sie taten das nicht nur im Namen der Partei, sondern auch im

Namen des ganzen Volkes, das ihnen sein Vertrauen geschenkt hatte. Darin liegt eine schwere Verantwortung, die nicht vergessen werden darf“ (7).

Die zweite Richtung bleibt anfangs, wegen des Einflusses von Dubcek und Co. auf wenige Intellektuelle (ZK-Mitglieder) beschränkt. So lehnen Karel Kosik, Lubos Suchor, Robert Kalidova und Jaroslav Sabata das Moskauer Abkommen von vornherein ab (8). Am 31. August versammeln sich in Prag die höchsten Parteifunktionäre und diskutieren das Moskauer Abkommen. Die Ablehnung vertritt am entschiedensten der Brünner Parteisekretär Sabata, aber er kann sich gegen Dubcek, Svoboda, Husak und auch Mlynar nicht durchsetzen (9). Die Werktätigen stehen dem „Normalisierungs“-kurs immer verständnisloser gegenüber, zumal am 16. Oktober '68 ein förmlicher Vertrag über die faktisch unbegrenzte Stationierung sowjetischer Truppen in der CSSR unterzeichnet wird! Am 17. November kommt es durch Zusammenarbeit von Gewerkschaften, Betriebsräten und dem Studentenverband zum Generalstreik, aber jeder Widerstand wird von der Dubcek-Führung gebremst und später verboten.

Allmählich werden führende Politiker des „Prager Frühlings“ ihrer Funktionen entbunden und am 17.4.69 muß auch Dubcek selbst seinen Platz für Husak räumen. Dieses Datum gilt als Wendepunkt der „Normalisierungs“-politik, die bis dahin noch immer und nicht ohne Erfolg Prinzipien des Aktionsprogramms zu verwirklichen sucht.

Von nun an läuft die Unterordnung unter alle sowjetischen Forderungen auf vollen Touren. Ende Mai '69 wird Kriegel aus der KPC ausgeschlossen. In seiner letzten Rede vor dem ZK protestiert er noch einmal gegen die Unterwerfung unter die Sowjetunion und weist auf die Schäden hin, die die Besetzung der CSSR der „kommunistischen Weltbewegung“ zugefügt habe (10).

Nach der Okkupation treten 1968 etwa 110.000 Mitglieder freiwillig aus der KPC aus, 1969 noch einmal etwa 240.000 von insgesamt 1,7 Mill. Mitgliedern vor dem Einmarsch. Darauf beschließt die Parteiführung eine Parteisauberung, in deren Verlauf weitere etwa 300.000 Mitglieder aus der KPC ausgeschlossen worden sein sollen [11]. Von den verbliebenen Mitgliedern sind nur noch 22,8 % Arbeiter, in Prag sogar nur noch 16,5 % (12). Die Ausgetretenen oder Ausgeschlossenen verlieren gleichzeitig ihre politischen und gewerkschaftlichen Funktionen und oft auch ihren Arbeitsplatz. Die Kriterien für die Entscheidung über den Ausschuß sind einfach: Alle Parteimitglieder werden individuell zu drei Bereichen vernommen:

1. Die Linie des Aktionsprogramms muß als falsch bezeichnet werden.
2. Die Okkupation durch die ausländischen Truppen muß für berechtigt erklärt werden.

3. Der gegenwärtigen Politik der Husak-Führung ist die volle Unterstützung zuzuschreiben [13].

Da es sich bei den Ausgetretenen und Ausgeschlossenen um Menschen handelt, die teilweise schon Jahrzehnte gegen Imperialismus und Reaktion gekämpft haben (wie z.B. Krieger bei den Interbrigaden im Spanischen Bürgerkrieg und später im Auftrag der Komintern in China) ist vorzuziehen, daß sich nicht alle werden einschüchtern lassen und ins Privatleben zurückziehen. Die Säuberungen von 69/70 sind so auch zugleich Anstoß für das Entstehen der „Sozialistischen Opposition“.

Die vollständige Kapitulation der KPC stellt dann die Annahme des Dokuments „Lehren aus der krisenhaften Entwicklung“ durch die Parteigremien im Dezember 1970 dar (14).

Neue Positionen und neue Organisationen

Bevor jedoch auf die „Sozialistische Opposition“ eingegangen wird, soll auf eine politische Strömung in der CSSR hingewiesen werden, die sich während des „Prager Frühlings“ nicht am Aktionsprogramm orientiert, heute aber — sozusagen als „linker Flügel“ — zur „Sozialistischen Opposition“ gerechnet wird. Ab 1963 bilden sich in Prag radikale Studentengruppen, deren Ziel die Gründung eines eigenen Studentenverbandes ist, in dem die „wahren Interessen“ der Mitglieder vertreten werden sollen (15). Dabei treten besonders die Studenten Jiri Müller und Lubomir Holeczek hervor. Diese Aktivitäten gehen den Herrschenden derart auf die Nerven, daß sie am 22.12.66 Müller aus dem CSM ausschließen und ihn vier Tage später zur Armee einberufen. Die Arbeit Müllers erreicht dadurch jedoch unter den Studenten große Publizität und wird zunächst von Holeczek weitergeführt, der dann ebenfalls zur Armee einberufen wird (Holeczek ist im Juni '76 in der CSSR an einer Straßenbahnhaltestelle von einem Beamten der Staatsanwaltschaft überfahren worden! (16). Er starb.

Einen neuen Aufschwung nimmt die Bewegung unter den Studenten, als es am 31.10.67 aus nichtigem Anlaß — das Licht in den Studentenheimen wird um 20.30 Uhr ausgestellt, um Energie zu sparen — zu schweren Zusammenstößen zwischen Studenten und der Polizei kommt (17). In dieser Zeit entwickeln sich Verbindungen zur radikalen Studentenbewegung in den kapitalistischen Ländern als auch zu Vertretern nationaler Befreiungsorganisationen, die in der CSSR studieren. Während des „Prager Frühlings“ orientieren sich Vertreter dieser politischen Richtung eher an der „Linken“ Opposition“ der 20er Jahre in der SU und der „Neuen Linken“ in den kapitalistischen Ländern als am Aktionsprogramm der KPC.

Nach mehreren Zwischenstationen wird im Sommer 1969 die „Revolu-

tionäre Sozialistische Partei“ (RSP) gegründet (allerdings bereits im Januar 1970 über den eingeschleusten Agenten Josef Cechal wieder liquidiert). Von dieser trotzkistisch orientierten Gruppe wurden in der BRD mehrere Dokumente veröffentlicht, auf die hier nicht näher eingegangen werden soll (18). In der Staatsschutz-Anklageschrift heißt es über die Tätigkeit der Gruppe: „Im Rahmen der ideologischen Diversion und zum Zwecke der Sprengung der moralisch-politischen Einheit der Bevölkerung der sozialistischen Länder unterstützen die ausländischen Feinde des Sozialismus scheinbar antiimperialistische Ideen und verbreiten sie. Deshalb unterstützen sie auch verschiedene ultralinke Bewegungen und trotzkistische Gruppen, die zwar scheinbar extreme antiimperialistische Positionen einnehmen, in Wirklichkeit aber die revolutionären Bewegungen in den kapitalistischen Ländern schädigen und diskreditieren“. Zusammenfassend beklagt die Anklageschrift, daß es bei den Angeklagten nicht bei ihrer bloßen Absicht geblieben sei, sondern daß sie „außer ihrer Tätigkeit verbalen Charakters eine große Menge Schriften und Flugblätter produziert und verbreitet und sich damit voll in die konterrevolutionäre Tätigkeit der Feinde des Sozialismus eingeschaltet haben.“

Als besonders schwerwiegend wertet die Anklage, daß die Gruppe den Staats- und Parteiapparat durch ein System der „Selbstverwaltung des ganzen Volkes“ ersetzen wolle, dabei den „bewaffneten Aufstand“ nicht ausschließen und sich zur Propagierung ihrer Ideen sogar des Lokals des Agitationszentrums der KPC in Prag 3 bedient habe (19).

Insbesondere das Organisationskonzept der RSP, organisierte illegale Kader, bietet der sich herausbildenden „Sozialistischen Opposition“ noch einigen Anlaß zu Diskussionen. Nach Pelikans Einschätzung war die Wirksamkeit der RSP durch den nach der Okkupation vorherrschenden Nationalismus und Antisowjetismus begrenzt:

„Indes bewiesen die Mitglieder dieser Gruppe weit mehr politischen Scharfblick als gewisse führende Politiker mit langjähriger Erfahrung, und ihr Versuch wird in die Geschichte der sozialistischen tschechoslowakischen Opposition als erstes, zweifellos schmerzliches, aber nützliches Experiment eingehen. Sie waren tapfere Kämpfer, und ihre aufrechte Haltung vor den Gerichten ... könnte mehr als einem populären Politiker zum Vorbild gereichen.“ (20).

Im März 1971 — die Angeklagten hatten über ein Jahr in Untersuchungsgefängnis verbracht — wurden die Urteile verkündet: Vier Jahre für den Hauptangeklagten Petr Uhl, je zwei einhalb Jahre für die Westberlinerin Sibylle Plogstedt (die bald darauf ausgewiesen wird) und für J. Basta. Gefängnisstrafen zwischen einem und zwei Jahren für die übrigen Angeklagten (21).

Die Namen vieler der Angeklagten tauchen heute wieder unter oppositionellen Dokumenten auf. Müller und Uhl gehören zu den Unterzeichnern der „Charta '77“. Welchen Einfluß diese linke, nicht am Aktionsprogramm orientierte und nicht einheitliche Linie während des „Prager Frühlings“ hatte, läßt sich nur schwer abschätzen. Immerhin wird sie in den offiziellen Parteidokumenten des Jahres '68 erwähnt, jeweils gleich mit der „Beruhigung“, daß zumindest zur Zeit diese Strömung unbedeutend sei (22).

Die Entstehung der „Sozialistischen Opposition“ 1970–1972

Was der ehemalige KPC-Sicherheitsbeauftragte Mamula im Sommer 1970 befürchtete, nämlich eine Gruppierung der „Gesäuberten“ (23), die sich der Kapitulationslinie der KPC widersetzt, tritt bald auf den Plan. Zunächst müssen sich die „Gesäuberten“ entscheiden, ob sie weiterhin für einen wie auch immer verstandenen „Kommunismus“ eintreten wollen. Bei manchen ehemaligen KPC-Mitgliedern, wie dem heute als CSU-Propagandist satism bekannten L. Pachmann, führt der Weg zur äußersten Reaktion. Allerdings ist zu fragen, was Pachmann eigentlich in der KPC zu suchen hatte, antwortete er doch bereits Ende '72 (gleich nach seiner Emigration in die BRD) auf die Frage, ob er noch Kommunist sei: „An den dialektischen Materialismus habe ich schon seit etwa 1962 nicht mehr geglaubt. Aber ich hielt die kommunistische Bewegung für eine taugliche Methode, um den Sozialismus aufzubauen. Diese Hoffnung habe ich im August 1968 verloren“ (24).

Den politischen Weg Pachmanns ins Lager der äußersten Reaktion gehen wahrscheinlich nur wenige der ehemaligen Parteimitglieder. Während die Mehrheit sich erst einmal auf die neue Situation einstellt, legen die Aktiven der „Partei der Ausgeschlossenen“ am 28.10.70 eine programmatische Erklärung vor, die auf einer Delegiertenkonferenz verschiedener Basisgruppen aus Böhmen und Mähren verabschiedet wird (25).

Darin lehnen die Verfasser sowohl den „Sozialismus der bürokratischen Apparate“ als auch den „Gulaschsozialismus“ ab, vielmehr orientieren sie auf die politischen Ziele des „Prager Frühlings“. „Wir arbeiten an einem neuen, umfassenden Programm, auf der Grundlage des Aktionsprogramms der KPC vom APRIL 1968, der Dokumente des 14. Parteitag, der Diskussionen in Zeitungen und Zeitschriften über das politische System, die Wirtschaftsreform, die Arbeiterfrage — lauter Fragen, in denen wir uns einig waren“ (26). Anfang 1971 wird das „Kleine Aktionsprogramm der Sozialistischen Opposition“ verfaßt und diskutiert (27).

Der desolote politische Zustand der Opposition wird an diesem Programm besonders deutlich. Als

Schwerpunkt begreifen die Verfasser die Frage der organisatorischen „Formierung“ einer politischen „Avantgarde“, zu der sie sich zweifelsohne selbst zählen. An die Stelle einer notwendigen Analyse der politischen Situation in der Arbeiterschaft tritt die Diskussion über die möglichen Formen der mehr oder weniger „zentristisch“ organisierten Zusammenarbeit „kommunistischer und nichtkommunistischer“ Gruppierungen innerhalb der Opposition. Kein Wort wird über eine möglicherweise in der Arbeiterschaft vorhandene Bewegung ausgesagt; stattdessen werden die „Arbeitermassen“ angesehen als Objekt der „Aufmerksamkeit aller Avantgardekkräfte“. Entsprechend wird die Frage der Bündnispolitik behandelt: Das „Führungskollektiv der politischen Avantgarde“ begreift sie als die Aufgabe, ihre Ziele in die verschiedenen bündnisfähigen Gruppen hineinzutragen. Das „Kleine Aktionsprogramm“ ist ein Zeugnis der Losgelöstheit der intellektuellen politischen Opposition von der Arbeiterbewegung des Landes — eine Tatsache, die sicherlich nicht nur für die CSSK grundlegende Bedeutung hat und mangelnde Auseinandersetzung mit revisionistischen Positionen in der Oppositionsbewegung selbst anschaulich zum Ausdruck bringt.

Um die „Normalisierung“ weiterzutreiben, werden für Mai 1971 der „offizielle“ 14. Parteitag der KPC einberufen und für November allgemeine Wahlen angesetzt. Beide Ereignisse führen zu einer Konfrontation mit der inzwischen erstarkten „sozialistischen Opposition“. Sabata unterzieht in einem offenen Brief an die Delegierten des „offiziellen“ 14. Parteitages die Politik der KPC sowohl vor als auch nach der Intervention einer scharfen Kritik, da sie sich zu wenig auf das Volk gestützt habe (28). Eine Gruppe ehemaliger ZK- und sonstiger Parteimitglieder leitet eine Kritik an der „Normalisierungspolitik“ an alle „kommunistischen und Arbeiterparteien“ und die Weltöffentlichkeit (29). Die Politiker der „Normalisierung“ hatten die Wahlen zu einer Volksabstimmung hochstilisiert, bei der sich die Bürger für den Sozialismus zu entscheiden hätten, was gleichbedeutend sei mit der Zustimmung zur „Normalisierung“spolitik der jetzigen Parteiführung. Die „sozialistische Opposition“ benutzt die Wahlen als Gelegenheit zur öffentlichen Konfrontation. Nach Aussagen Husaks werden etwa 100.000 illegale Flugblätter im ganzen Land verteilt (1), in denen zur (legalen) Stimmhaltung aufgerufen wird (30). Die Konfrontation endet mit der Verhaftung von etwa 100 Oppositionellen (31). Danach kommt es zu weiteren Verhaftungen und im Sommer 1972 zu zehn politischen Prozessen, in deren Verlauf 47 Genossen zu Gefängnisstrafen bis zu 6 1/2 Jahren verurteilt werden (32). Die höchsten Strafen erhalten der Historiker Jan Tesar (sechs Jahre), Jiri Müller (fünf einhalb Jahre), Milan Šilhan (fünf

Jahre), Milan Hübl (sechs einhalb Jahre) und Jaroslav Sabata (sechs einhalb Jahre). Drei Kinder Sabatas werden ebenfalls zu mehrjährigen Freiheitsstrafen verurteilt (33). Insgesamt sollen in der Zeit von 1969 bis 1972 etwa 4.000 Personen wegen politischer Delikte verurteilt worden sein (34).

Von offizieller Seite wird bis heute bestritten, daß es politische Prozesse gibt und erst im Februar 1977 äußerte der stellvertretende tschechoslowakische Außenminister Spacil in Stockholm wörtlich: „Kein einziger Dissident ist seit 1968 in Haft genommen worden.“ Leute seien nicht wegen ihrer politischen Einstellung sondern wegen Verstößen gegen das Strafgesetz verurteilt worden (35). Alle Angeklagten der Prozesse vom Sommer 1972 wie auch schon die angeblichen Mitglieder der RSP 1971 werden denn auch nach § 98 des Strafgesetzbuches verurteilt:

„§ 98 Zerstörung der Republik“ „Jeder, der aus Feindseligkeit gegenüber dem sozialistischen Gesellschafts- und Staatssystem der Republik zerstörerische Aktivitäten gegen dessen Gesellschafts- und Staatssystem, territoriale Integrität, Verteidigungsbereitschaft, Unabhängigkeit oder internationale Interessen ausübt, wird mit Freiheitsentzug zwischen einem und fünf Jahren bestraft“ (36). Im zweiten Absatz werden dann strafferhöhende Tatbestände beschrieben. Die Gerichte sahen durch die Verteilung der Wahlflugblätter (die ja keineswegs zu illegalen Handlungen aufriefen) diesen Tatbestand erfüllt.

Die Urteile von 1972 können die Arbeit der „Sozialistischen Opposition“ nicht beenden. Als besonders wichtig erweist sich die seit 1971 von Jiri Pelikan in Rom veröffentlichte Zeitschrift der „Sozialistischen Opposition“, „Listy“, die zum größten Teil in der CSSR entstehen soll und deren Auflage fast vollständig illegal in der CSSR gebracht wird (37).

Trotz Illegalität und Repressionen, von denen das Berufsverbot - auch für die Familienangehörigen - noch nicht einmal die schlimmste ist, versuchen die Anhänger der „Sozialistischen Opposition“, ihre Linie zu verbreiten. Besonders betroffen sind die Verurteilten. Im Gefängnis werden sie in Isolationshaft gehalten, nach der Freilassung müssen sie ihre Schulden abarbeiten, denn die Haft muß bezahlt werden und die Arbeit im Gefängnis bringt wenig ein (38). Solidaritätssammlungen für politische Gefangene stellen in der CSSR selbst wieder ein strafbares Delikt dar und sind deshalb riskant (39).

Politische Opposition heute

Nach einer Zeit relativer Ruhe, die nur unterbrochen wird durch Ausserungen bekannter Politiker des »Prager Frühlings« (z. B. Dubcek-Brief vom 28.10.74), orientiert sich die

»Sozialistische Opposition« etwa ab 1975 zunächst auf die bevorstehende »Konferenz der kommunistischen und Arbeiterparteien« (Berlin 1976) und dann auf die KSZE-Nachfolge-Konferenz, die im Sommer 1977 in Belgrad stattfinden soll. Zdenek Mlynar verfaßt eine grundlegende Einschätzung der tschechoslowakischen Entwicklung, die heute als politische Plattform des größeren Teils der »Sozialistischen Opposition« gilt und noch einmal alle Grundsätze des Aktionsprogramms von 1968 wiederholt (40). Diese Schrift wird Ende 1975 an alle »kommunistischen Parteien« weitergeleitet, die sich gegen die Intervention ausgesprochen haben.

Im Juni 1976 veröffentlichen mehrere ehemals führenden Mitglieder der KPC, u. a. der frühere Außenminister Hajek, einen Appell an die Teilnehmer der Berliner Konferenz, in dessen Schlußteil schon ausdrücklich auf die Schlußakte der KSZE-Konferenz bezuggenommen wird: »Es steht im Gegensatz zu den Grundsätzen, die in der Schlußakte der Konferenz [von Helsinki] angeführt werden, daß die Zugehörigkeit zur KPC als unvereinbar mit der Verteidigung der Grundsätze gelten soll, die in Helsinki feierlich durch den Generalsekretär dieser Partei [Husak] unterzeichnet wurden, und die durch eine besondere Erklärung des Präsidiums seines Zentralkomitees als verpflichtend erklärt worden sind. Ebenso unzulässig ist es, daß Menschen der Zugehörigkeit zur Partei beraubt werden sollen, weil sie diese Grundsätze verteidigt haben, oder daß sie in ihrem zivilen Leben diskriminiert, ihnen die Grundrechte des Menschen und die bürgerlichen Freiheiten verweigert werden« (41).

Auch in der »Sozialistischen Opposition« hat wohl niemand damit gerechnet, daß sich durch diese Aktivitäten in der CSSR bald etwas ändert, zumal die Oppositionszirkel meist weitgehend auf Intellektuelle und ehemalige Parteikader beschränkt sind. Oppositionelle Strömungen in der Arbeiterklasse scheinen bisher über einen gewissen anarchischen Protest nicht hinauszugehen: Niedrige Arbeitsmoral, Diebstahl von Volkseigentum, übermäßiger Alkoholgenuß (42) und bei manchen jugendlichen Arbeitern die Unterstützung und Propagierung des »Undergrounds«.

So gibt es offiziell geächtete gesellschaftskritische Beatgruppen wie die Plastic People, die einen starken Rückhalt auch bei jungen Arbeitern haben, und deren illegale Konzerte von Tausenden von Hörern aus der ganzen CSSR besucht werden, was zu größeren Polizeieinsätzen und vielen Verhaftungen führt (43). Alarmierend wirkt deshalb im Juli '76 das Urteil gegen drei jugendliche Pilsener Arbeiter. Sie werden zu Haftstrafen ohne Bewährung von 8 Monaten bis zu 2 1/2 Jahren verurteilt (in der Berufung halbiert und zur Bewährung ausgesetzt), weil sie einen Auftritt von Mitgliedern der Plastic People orga-

nisiert hatten, bei dem »grob unanständige und vulgäre Ausdrücke« gefallen seien (44). Damit sei der Straftatbestand der »Unruhestiftung« erfüllt. Schon im März '76 waren etwa 20 Mitglieder der Undergroundgruppen festgenommen worden. Vier von ihnen werden wegen »organisierter Rowdytum« und »Verbreitung antisozialistischer Gedankenguts« zu Haftstrafen zwischen 8 und 18 Monaten verurteilt (im November in der Berufung bestätigt) (45). Gegen 10 weitere Musiker sollte Ende '76 der Prozeß noch eröffnet werden. Von Seiten der »Sozialistischen Opposition« wird betont, daß sie die Ansichten der Angeklagten nicht teile, die die falsche Konsequenz aus der »Normalisierung« gezogen haben - daß sie die Prozesse aber als »Mißbrauch der Strafgesetze« mit politischem Hintergrund betrachte (46).

Die ganze Angelegenheit bringt der tschechoslowakischen Regierung unerwartetes internationales Aufsehen und vielleicht ist das der Grund dafür, daß im Dezember '76 vier prominente Opfer der politischen Prozesse des Jahres '72 vorzeitig auf Bewährung entlassen werden, nämlich Milan Hübl, Jaroslav Sabata, Jiri Müller und Antonin Rusek (47). Noch am 26.10.1976 hat »Rude Pravo« Jiri Müller beschuldigt, er habe sich an Vorhaben beteiligt, »die man nicht anders bezeichnen kann, als versuchten Mord an Menschen. Er war beteiligt an der Ausarbeitung eines Plans, der auf den Sturz der sozialistischen Ordnung abzielte, in dem man sowohl mit der Möglichkeit eines bewaffneten Putsches als auch mit den Möglichkeiten einer physischen Liquidation öffentlicher Träger rechnete« (48).

„Charta 77“ — ein bürgerliches Bündnis

Anfang 1977 beginnt die bisher spektakulärste Aktion der politischen Opposition in der CSSR seit 1968: Die »Charta 77« wird veröffentlicht.

Träger der »Charta« sind verschiedene Strömungen der Opposition: 1. Die »Sozialistische Opposition« vertritt keinen einheitlichen politischen Standpunkt. Die Gründung einer illegalen Partei mit einheitlicher Linie wurde ausdrücklich abgelehnt als den gegenwärtigen Bedingungen in der CSSR nicht entsprechend (49). Zur »Sozialistischen Opposition« rechnen sich auch die »Radikalen« des »Prager Frühlings« und der Zeit danach, wie Müller, Sabata, Bertosek, Uhl u. a. Ein Teil dieses »linkeren« Flügels der »Sozialistischen Opposition« orientiert sich an der seit 1971 in Westberlin erscheinenden Zeitschrift »Informacni Material«, die als Ergänzung zu »Listy« (Rom) begriffen wird.

2. Die »Charta 77« ist nicht das Produkt der »Sozialistischen Opposition«, sondern ein Bündnis von ausgesprochen bürgerlichen Kräften mit

der, »Sozialistischen Opposition«. Diesen bürgerlichen Kreisen wird als Sprachrohr die in Paris von Pavel Tigrid herausgegebene (und angeblich vom CIA unterstützte) Zeitschrift »Svedectvi« zugeschrieben. Insofern besitzt die »Charta 77« einen anderen, deutlich rechteren Charakter, als die zuvor im Namen der »Sozialistischen Opposition« veröffentlichten Dokumente.

Zusammengefaßt ergibt sich ein überaus breites Spektrum an politischer Opposition in der CSSR. Grob gegliedert sind da zum einen die ehemaligen Initiatoren des »Prager Frühlings« wie etwa Hajek, Mlynar usw. ... Sie haben ihre reformistischen Vorstellungen seit ihrem Sturz weiter herausgebildet, wovon die »Charta« ein bezeichnender Ausdruck ist. Diese Leute bilden den rechten Flügel der Opposition — sind allerdings zum Teil anerkannte und respektierte Größen. Von ihnen weg nach links breitet sich ein breiter Fächer von Oppositionellen bis hin zu tendenziell trotzkistisch beeinflussten Leuten. Organisatorische Strukturen lassen sich hier derzeit kaum ausmachen bzw. bestehen im Verborgenen. Hier reihen sich die ganzen alten Aktivisten sowohl aus der Studenten- wie auch aus der Gewerkschaftsbewegung, den Arbeiterräten etc. ein. Herausragende Köpfe sind etwa Jiri Müller oder Peter Uhl u. a. ...

Die dritte Gruppe — eigentlich ist sie schon nicht mehr zur bewußten Opposition zu zählen — ist der sogenannte »Underground«. Hier befinden sich die Resignierten, durch die Unterdrückung und Verfolgung ihres Engagements »ausgeworfen« Elemente, deren mehr passiver Protest von den herrschenden Parteiführern immerhin so ernst genommen wird, daß auch hier mit den üblichen Methoden gemäßregelt wird (mehrjährige Gefängnisstrafen etc. ...).

Wenngleich die herrschenden tschechoslowakischen Parteiführer auch immer von einer »Handvoll Renegaten«, »bezahlter Agenten« usw. sprechen, dürfte nach allen Gesagtem deutlich geworden sein, daß es sich selbst bei den federführenden »Charta 77«-Leuten nicht etwa um ausgemachte Reaktionäre und Faschisten vom Schlage eines Solschenyzin handelt — wenngleich nicht verschwiegen werden darf, daß diese Leute und ihre »Appelle an die Weltöffentlichkeit« für die imperialistische Propaganda und Aggressionsvorbereitungen funktionalisiert werden.

Konkrete Solidarität mit den verfolgten Revolutionären und engagierten Demokraten in der CSSR zu üben, heißt für uns vor allem auch, in einer sachlichen Auseinandersetzung deutlich zu machen, wo die Grenzen dieser Opposition, wo ihre Übergänge zum Antikommunismus liegen etc. — wen und was man besser nicht unterstützt.

Im nächsten ARBEITERKAMPF wollen wir uns mit dem »Offenen Brief« Peter Uhls an die revolutionäre Linke in Westeuropa und den USA auseinandersetzen und diesen

Brief des tschechoslowakischen Genossen selbst abdrucken.

RGW-Kommission

Anmerkungen

- 1) Das tschechische Schwarzbuch, W. Marx, G. Wagenlehner Hrsg., Stuttgart 1969, S. 15f; Diese Dokumentation wurde vom Historischen Institut der Tschechoslowakischen Akademie der Wissenschaften erstellt.
- 2) ebda., S. 26/27
- 3) ebda., S. 139f
- 4) Mit diesem Argument setzt sich ausführlich Pelikan in dem von ihm herausgegebenen Protokoll auseinander, Vgl.
- 5) Text, dem Authentizität bescheinigt wird: »Spiegel« 15/69, wieder in »5 Jahre ...«, S. 157
- 6) ebda., 158
- 7) Pelikan, Sozialistische Opposition, 28
- 8) Hejzlar 290
- 9) ebda., 293
- 10) Radiotext 5 Jahre 159
- 11) »Spiegel« 42/70, andere Zahlen teilweise bei Hejzlar 352ff. Im allgemeinen wird mit etwa 500.000 ausgeschlossenen Parteimitgliedern argumentiert, wobei unklar bleibt, ob die freiwillig ausgetretenen eingerechnet sind.
- 12) »Spiegel« 42/70
- 13) Beispiel für einen Fragebogen, der in Prager Betrieben verteilt wurde, 5 Jahre, 201
- 14) Hejzlar 362ff
- 15) Kurbusch 13, S. 67ff
- 16) »Spiegel« 47/7, S. 76
- 17) Kurbusch a.a.O.
- 18) vor allem: M. Borin, V. Plogien, Management und Selbstverwaltung in der CSSR, Berlin 1970 (Rotbuch 4) und 5 Jahre, 229ff, außerdem Aufsatz S. Plogstedt, Kurbusch 36
- 19) Inprecorr, 15.3.71
- 20) Pelikan, SO 34
- 21) 5 Jahre, 229
- 22) Hejzlar 186, Antwort der KPC auf Warschauer Brief, in: Der Fall CSSR 141
- 23) »Spiegel« 42/70
- 24) »Spiegel« 50/72, S. 34
- 25) Pelikan SO 46, Text 127
- 26) ebda., 132
- 27) ebda., 133ff.
- 28) Critique 1/73 (Glasgow), S. 64ff.
- 29) Pelikan SO 69
- 30) ebda., 62
- 31) ebda.
- 32) Zahlen nach: Heuchlerische Solidarität mit verfolgten Chilenen, Erklärung einer Gruppe verfolgter Kommunisten in der CSSR, »Frankfurter Rundschau«, 16.10.74
- 33) 5 Jahre, 278f.
- 34) Hejzlar 388
- 35) »FR«, 16.2.77
- 36) 5 Jahre, 277
- 37) Hejzlar, 387
- 38) 5 Jahre, 261, 283, 233
- 39) vgl. z.B. Eine Verhaftung in Prag, Osteuropainfo 7, S. 14
- 40) Z. Mlynar, Ceskoslovensky pokus o reformu 1968, Köln 1975, dazu auch Hejzlar, 392ff.
- 41) »FR«, 30.6.76, »Was tun?«, 115-117, 15.7.76
- 42) Vgl. etwa »Märchenhaftes aus einem sozialistischen Land«, »FR«, 26.7.76
- 43) Bericht über die Vorfälle in Ceske Budejovice: Osteuropainfo 7, S. 15
- 44) Z. Mlynar, Offener Brief an die für die Gesetzmäßigkeit verantwortlichen Funktionäre, Osteuropainfo 19, S. 5, »FR«, 12.11.76
- 45) ebda.
- 46) Mlynar, Offener Brief ...
- 47) »FR« 13.12.76, Listy-Blietter 10/11
- 48) Übersetzung nach Listy-Blietter 10/11, S. 6
- 49) Pelikan SO, 45
- 50) »FR«, 14.1.77
- 51) »FR«, 4.8.76
- 52) »FR«, 16.9.76
- 53) Blick durch die Wirtschaft (»FAZ«) 30.9.76
- 54) ebda.
- 55) »FR«, 2.10.76

Zusätzlicher Literaturhinweis zu Teil I (Slansky-Prozeß):
a) E. Loh/D. Pokorny, Die Revolution rehabilitiert ihre Kinder, Wien, Frankfurt, Zürich 1968
b) A. London, Das Geständnis, München 1969

Die tschechoslowakische Opposition... (Teil 3)

Wohin geht die »Charta 77«?

(aus AK 116, Oktober 1977)

Aus verschiedenen Gründen können wir den dritten Teil unserer Untersuchung über die tschechoslowakische Opposition erst jetzt vorlegen. Als Reaktion auf die Veröffentlichung der ersten beiden Teile ergab sich eine Diskussion mit tschechoslowakischen Genossen, die Widersprüche zu den in den ersten beiden Artikeln enthaltenen Aussagen anmeldeten:

Scharf angegriffen wurde besonders die Einschätzung des »Prager Frühlings«. Unsere Schlußfolgerung lautete: »(Zum einen) zeigen diese programmatischen Äußerungen mit aller notwendigen Deutlichkeit, daß es sich beim »Prager Frühling« eben nicht um eine sozialistische, antirevisionistische Linie handelt, sondern um eine bürgerlich demokratische Strömung, deren Konzept von »Liberalisierung« und ökonomische Öffnung nach dem Westen den Imperialisten binnen kurzer Zeit entscheidende Möglichkeiten der Einflußnahme und konterrevolutionären Aktivitäten geboten hätte« (AK 104). Demgegenüber betonten die tschechoslowakischen Genossen, daß das Aktionsprogramm nur ein Element eines komplizierten gesellschaftlichen Prozesses gewesen sei und eine Charakterisierung des Prozesses allein aufgrund des Aktionsprogramms methodisch unzulässig sei.

In der Tat finden sich bei Autoren wie Pelikan oder Hejzlar Hinweise auf die Unbestimmtheit des Aktionsprogramms, woraus sich dessen nicht allzu große Bedeutung für die reale gesellschaftliche Entwicklung im »Prager Frühling« ergebe. Andererseits berufen sich aber heute viele Oppositionelle gerade auf das Aktionsprogramm.

Die tschechoslowakischen Genossen gingen allerdings mit ihrer Kritik noch weiter und bestritten die von uns behauptete »bürgerlich demokratische« Tendenz des Aktionsprogramms, die wir u.a. an den wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen festgemacht hatten. Die Frage einer »sozialistischen Ökonomik« in hochindustrialisierten Staaten sei bisher zu wenig vom revolutionären Standpunkt untersucht worden, um »derart eindeutigen Urteilen zu kommen (siehe Teil I und II der Serie). — Einen weiteren Kritikpunkt bildete unsere Einschätzung der Charta

77, die wir als Rückschritt von sich selbst als sozialistisch verstehenden Positionen der »Sozialistischen Opposition« auf ein »bürgerliches Bündnis« bezeichnet hatten. Dies kann den falschen Eindruck aufkommen lassen, daß ein »bürgerliches Bündnis« in einer ganz bestimmten historischen Situation nicht auch eine positive Funktion haben könnte. Zur Klärung wollen wir im Folgenden eine ausführliche Darstellung und Einschätzung der bisherigen Entwicklung der Charta 77 geben. Dabei hoffen wir auf eine Fortsetzung des Diskussionsprozesses mit den tschechoslowakischen Genossen.

Charta 77 — ein Vorspiel

Als Katalysator für das Entstehen der Charta 77 wird von Beteiligten immer wieder der Prozeß gegen Musiker der tschechoslowakischen Beatgruppen Plastic People und DG 307 im September '76 in Prag angeführt. Zwei mittlerweile erschienene Veröffentlichungen erlauben uns, die Ereignisse genauer darzustellen (1). Die Gruppe Plastic People besteht seit Ende der 60er Jahre. 1969 — 1971 arbeiten die Plastic People als Berufsmusiker in der Prager Szene und erfreuen sich großer Beliebtheit. Zunächst ausgerichtet auf amerikanisch-amerikanischen Underground, entwickeln sie im Lauf der Zeit einen eigenen Stil mit tschechischen Texten. 1971 wird Beatmusik für professionelle Gruppen verboten (im Gegensatz etwa zur DDR und zur VR Polen): die Plastic People werden Amateure, um nicht den offiziell »genehmigten« seichten Schwachsinn spielen zu müssen. 1973 bewerben sie sich noch einmal um Anerkennung als professionelle Kapelle. Eine stürmische Auseinandersetzung in der Jury ist das Ergebnis. Die Kommission erkennt die Plastic People als kommerzielle Gruppe an trotz der Meinung des Vertreters der Hauptstadt Prag: »Das ist underground, sie gehören frisiert, eingesperrt und in die Minen« (2).

14 Tage später wird die Lizenz wieder zurückgezogen wegen der »gesellschaftlich destruktiven Wirkung auf das Publikum« (3). Die Musiker geben als Amateure bis zum 30.3.74 weitere öffentliche Konzerte. An diesem Tag geht die Polizei anläß-

lich eines Konzertes in Budweis brutal gegen das zahlreich aus dem ganzen Land erschienene Publikum vor (4). Von nun an spielen die Plastic People nur noch auf privaten Feiern, Hochzeiten u.ä., zuletzt am 21.2.76 auf der Hochzeit von Ivan Jirous, einer Art Cheftheoretiker des tschechischen Undergrounds, im Wirtshaus von Bojanovice bei Prag, wo sich 300 Personen versammelt haben. »Die musikalischen Auftritte und die Miete des Gasthauseaues wurden vom örtlichen Nationalausschuß genehmigt... es kam weder zu Tumulten noch zu Unzufriedenheit der Bevölkerung oder des Gasthauspersonals. Der Polizeischutz beschränkte sich auf eine Streife, die nur feststellte, daß im Gasthaus Ordnung herrscht. Trotzdem wurde gerade diese letzte Feier zum Vorwand für eine strafrechtliche Verfolgung genommen. Angeblich sollte hier eine Straftat dadurch begangen worden sein, daß in den gesungenen Texten grobe und vulgäre Ausdrücke verwendet worden seien, die mehrere Bürger empört hätten« (5).

Am 17.3.76 verhaftet die Polizei in Prag 16 Mitglieder der Musikgruppen Plastic People und DG 307, außerdem läuft in Pilsen ein Prozeß gegen drei Personen, die eine Veranstaltung mit Ivan Jirous organisiert hatten. Sämtliche Texte, Aufzeichnungen, Tonbänder, Filme, Instrumente und die selbstgebasteten Verstärker werden beschlagnahmt. Die Massenmedien entfalten eine Kampagne gegen die Verhafteten, die man als eine Bande vorbestrafter Rauschgiftsuchter, Drop-outs, Parasiten, abtrünniger Priester und psychiatrischer Fälle bezeichnet (6). Davon ist nur soviel wahr, daß einige der Verhafteten in psychiatrischer Behandlung waren, und Jirous 1973 eine 10monatige Haft wegen Verleumdung einer befreundeten Nation (welcher wohl?) verbüßt hat.

Am 21.9.76 beginnt der Hauptprozeß, der sich als eine einzige Farce herausstellt. Zum Studium der Art der Rechtspflege im »realen Sozialismus« sei die in der ai-Broschüre enthaltene Prozeßmitschrift empfohlen. Mit den Angeklagten haben sich mittlerweile die verschiedensten oppositionellen Persönlichkeiten solidarisiert. Auch Kriegel wohnt der Verhandlung bei. Havel beschreibt die

Verhandlung als Erscheinungsort einer neuen, offeneren Opposition (7), die ihren eigentlichen Ausdruck dann in der Charta 77 findet.

Die Dokumente der Charta

Bisher sind unseres Wissens 12 Dokumente der Charta veröffentlicht worden (8). Dokument 1 beginnt programmatisch: Die Charta ist eine freie, informelle und offene Gemeinschaft von Menschen verschiedener politischer Anschauungen, deren gemeinsames Ziel allein die Verwirklichung der gerade in der CSSR in Kraft gesetzten zwei Menschenrechtspakete der Vereinten Nationen sei. Die Charta „ist keine Basis für oppositionelle Tätigkeit“. Das erste Dokument zählt dann die Gebiete auf, wo nach Meinung der Unterzeichner ein Widerspruch zwischen tschechoslowakischer Wirklichkeit und den Menschenrechtsabkommen besteht.

Von Anfang an wird der 'legale' Charakter der Charta hervorgehoben. In einer kurz vor seinem Tode verfaßten Bilanz meint Jan Patocka, einer der drei ursprünglichen Sprecher der Charta: „Der legale Charakter der Charta, die Tatsache, daß ihr Ziel ist, die uneingeschränkte und öffentlich verantwortliche Legitimität herbeizuführen ... – all das hat uns einen beachtlichen politischen Vorteil gebracht und unsere Gegner gezwungen, nach neuen Methoden im Kampf gegen uns zu suchen“ (9). Entsprechend heftig reagieren die Unterzeichner auf eine Erklärung des Generalstaatsanwalts, der Hajek und Patocka in seinem Büro mittelt, die Charta sei ein Verstoß gegen geltendes tschechoslowakisches Recht. Nach Ansicht der Unterzeichner ist der „Generalstaatsanwalt für die Auslegung der Verfassung nicht zuständig“ (10).

Bevor auf die weiteren Dokumente eingegangen wird, ein kurzer Blick auf die hinter der Charta stehenden politischen Kräfte. Nach Aussage Z. Mlynars handelt es sich um vier Gruppen:

- 1.) Die Gruppe der ehemaligen KPC-Mitglieder und -Funktionäre, die schon längere Zeit als „sozialistische Opposition“ politisch arbeitet, weitgehend orientiert am Aktionsprogramm und Eurokommunismus (z.B. Mlynar, Hajek, Kriegel und Hübl).
- 2.) Die Gruppe christlich-humanistisch orientierter Unterzeichner (z.B. Patocka, Hejdanek).
- 3.) Die Gruppe demokratisch orientierter, besonders jüngerer Menschen, die sich bis jetzt keine weitergehenden politischen Vorstellungen gebildet hätte.
- 4.) Ganz links orientierte Unterzeichner, die teilweise trotzkistische Gedanken äußerten (z.B. Uhl, Müller) (11).

Im Dokument Nr. 11 wird die Anzahl der Unterzeichner Mitte Juni mit 750 Personen angegeben, darunter sehr viele Arbeiter.

Die auf die Anfangserklärung folgenden Dokumente bringen eine genauere Darstellung der Menschenrechtsverletzungen in der CSSR und

eine präzise Darstellung der auf die Unterzeichner ausgeübte Repression. Das in den Dokumenten der ersten Art unterbreitete Material kann für uns eine große Hilfe bei der Analyse des 'realen Sozialismus' in diesem Bereich darstellen (Dokumente 4, 7, 9 und 12). Besonderes Interesse verdient Dokument 7, dessen Urheber wohl in der vierten der Mlynar genannten Unterzeichnergruppen zu vermuten sind. Hier geht es um die Lage der Arbeiterklasse und die Situation der Frau (12). Dokument 4 bringt Einzelheiten zur Auswahl der Jugendlichen für den Besuch weiterführender Bildungseinrichtungen. Zwischen der Veröffentlichung von Dokument 10 und 11 wurde von Hajek und zehn weiteren Unterzeichnern eine Dokumentation über Entlassungen von Charta-Unterzeichnern – bis zu diesem Zeitpunkt waren es 81 – unter anderem an den Weltgewerkschaftsbund gerichtet, gesandt. Darin kann man sich informieren, wie es in den Ländern des 'realen Sozialismus' mit dem so oft proklamierten Recht auf Arbeit steht. Dokument 12 schließlich beschreibt die Lage der Schriftsteller, von denen danach etwa 400 auf der 'schwarzen Liste' stehen. Dazu e i n bezeichnendes Beispiel: In der CSSR ist seit der „Normalisierung“ kein wesentliches Werk von Brecht erschienen, weil die Übersetzer als Anhänger des Prager Frühlings gelten. Die in den Dokumenten 2, 3, 6 und 10 beschriebene Repression gegen die Unterzeichner spricht für sich selbst.

Alle Dokumente halten sich streng an den legalen Weg, d.h. es werden Fälle aus der tschechoslowakischen Wirklichkeit den Bestimmungen der beiden von der CSSR ratifizierten Menschenrechtspakete gegenübergestellt.

Neben den offiziellen Charta-Dokumenten wurden verschiedene Interviews und Aufsätze von Charta-Unterzeichnern veröffentlicht, die das ganze politische Spektrum der Charta spiegeln. Aus einem am 13. 1.77 veröffentlichten Interview geht hervor, daß sich zumindest einige Unterzeichner von Anfang an Gedanken über die Ausschlichtung der Charta durch westliche Massenmedien gemacht haben. Der Unterzeichner hofft dort auf die Unterstützung der Charta durch „seriöse“ Informationsmittel. Darunter versteht er: „Besonders fällt ins Gewicht, was in *Unita*, *L'Humanité* oder *Morning Star* erscheint, aber ich meine auch Blätter wie *Le Monde*, *Journal de Geneve*, *Weltwoche*, *NZZ*. Natürlich täte es der Sache keinen guten Dienst, wenn sich der Springer-Konzern der Sache annähme, anders wäre es schon mit *Spiegel*, *Stern* oder *Zeit*“ (13). Man sollte dem Unterzeichner seine Illusionen nicht vorwerfen. Im 'realen Sozialismus' der CSSR hat er kaum eine Chance, sich ein Urteil über den Charakter von „Spiegel“ oder „Zeit“ zu bilden. Der schlechte Ruf der Springer-Presse hat sich allerdings wieder einmal bestätigt. So wird berichtet, daß sich bei Kriegel eine junge Dame mit der Bitte um ein Privatgespräch meldete. Später er-

schiene aus dem Zusammenhang gerissene Teile dieses Gesprächs, das die Frau heimlich aufgenommen hatte, als „Interview“ in der „Welt“. Ein anderes „Welt“-Interview wurde gar nicht erst geführt, sondern entsprechende Textstellen aus irgendeiner Samisdat-Publikation als Antworten abgedruckt.

Die Kampagne gegen die Unterzeichner

In der Reaktion der Herrschenden in der CSSR auf die Charta lassen sich drei Phasen unterscheiden: – Nach einer Schrecksekunde setzte am 12.1.77 mit der persönlichen Diffamierung bekannter Unterzeichner eine wüste und groteske Propagandakampagne ein, die erst nach dem knapp einwöchigen Besuch des sowjetischen Innenministers Schtschelokow Anfang März beendet wurde.

– Zwischen März und September die Taktik des Verschweigens bei gleichzeitigen Repressionen gegen die Unterzeichner.

– Ende September bis Mitte Oktober eine Serie von bisher drei Prozessen, die ohne Rücksicht auf das internationale Ansehen der CSSR der Opposition die Stärke der gegenwärtig in der CSSR Herrschenden demonstrieren sollen.

Über die Folgen der anfänglichen Propagandakampagne urteilt Mlynar in einer ersten Bilanz: „Die offizielle Kampagne gegen sie (die Charta) hat aus den Fragen der Diskriminierung gewisser Gruppen von Bürgern den Brennpunkt gemacht, dem sich die politische Aufmerksamkeit im Lande zuwendete. Das Interesse für den Text der Charta wurde derart gesteigert, wie dies ihre Autoren nie hätten bewirken können“ (14).

Am selben Tag, an dem der erste große Hetzartikel gegen die Unterzeichner im Parteiorgan „Rude Pravo“ erscheint, verbreitet RadioHvezda Meldungen von der angeblichen Verurteilung der Charta durch die Bevölkerung: „In vielen Organisationen versammelten sich die Werktätigen in kurzen Meetings, auf denen sie das Auftreten einer Handvoll Abtrünniger verurteilten“ (15). Im Folgenden ging eine ganze Welle von Betriebs- und sonstigen Versammlungen durch das Land, auf denen die Werktätigen ihre „Abscheu“ zu äußern hatten, ohne den Inhalt der Charta überhaupt zu kennen.

Nachdem schon die ganze Zeit die Charta als Produkt ausländischer und 'zionistischer' Auftraggeber dargestellt worden war, verbreitet Radio Prag am 27.1. die Aufforderung an die Unterzeichner, das Land zu verlassen: „Autoren und Organisatoren der Charta 77: Schließt Euch denen in den kapitalistischen Ländern an, die Euch unterstützen. Nehmt die Einladung Österreichs, das Euch Asyl gewähren will, an. Geht, wohin Ihr gehört“ (16). Der tschechoslowakische Botschafter in Wien erteilte zu dieser Zeit mit dem österreichischen Außenminister die Frage, wie weit Österreich Unterzeichnern der Charta Asyl gewähren will und übergibt dabei gleich eine Liste von acht

Personen, die die Herrschenden in der CSSR besonders gerne loswerden wollen (18).

Daneben laufen die Massenversammlungen weiter auf Hochtouren. So verabschieden über 800 tschechoslowakische Künstler im Prager Nationaltheater eine Resolution, die viel mit Komik, aber nichts mit Marxismus zu tun hat: „In unserem Lande mit seinen tausend Antlitzen, so liebreizend und jedem von uns so teuer, stand unsere Wiege und ist unsere heißgeliebte Heimat“. Diese heißgeliebte Heimat werde nun von jenen besudelt, „die in ihrer eiteln Überheblichkeit und in ihrer unbewußbaren Eitelkeit und aus egoistischen Beweggründen oder sogar für ein Judasgeld sich ... von ihrem eigenen Volk lösen“ (19). Kurz darauf haben über 2.000 Künstler diesen nationalistischen Schmarrn unterzeichnet.

Einen wütenden Kommentar von Radio Prag erteilt am 9.2. die linke französische Zeitung „Liberation“, die soweit gegangen sei, „die künstlerischen Qualitäten der Mitarbeiter der tschechoslowakischen Kultur, die gegen die Charta sind, in Frage zu stellen“ (20).

Wichtig für das Verständnis dieser absurden Massenkampagne ist eine Episode, die sich gegen Ende der öffentlichen Beschimpfungen zugetragen: Radio Prag beschuldigt Kriegel, „mit dem überführten und verurteilten Feind des Sozialismus, dem Zionisten (!) und Agent des Kapitalismus Ota Sling“ verkehrt zu haben (21). Zwei Tage später findet sich derselbe Vorwurf in der Gewerkschaftszeitung *Prace*. Sling war neben Rudolf Slansky einer der Hauptangeklagten des „Schauprozesses“ von 1952; sie wurden zusammen mit neun weiteren zum Tode verurteilt. Dieses Urteil wurde schon unter Novotny revidiert. Nach der erneuten Umwertung im März dieses Jahres wendet sich Slanskys Sohn an den Generalstaatsanwalt mit der Frage, ob die Rehabilitierung von 1963 noch gelte (22). Statt des Anwalts bestätigt „Rude Pravo“ indirekt die Rehabilitierung: „In der CSSR herrscht Pressefreiheit (!) ohne jede Vor- oder Nachzensur. Die volle Verantwortung für den Inhalt von Zeitungsartikeln oder Rundfunkstationen liegt bei den Redaktionen. Deshalb ist es falsch, jede Erklärung ... als den Standpunkt der Partei- und Staatsorgane zu betrachten“ (23).

Zwar werden später sogar die Verantwortlichen für die Angriffe auf Sling und Slansky entlassen (!), doch gilt seitdem die Existenz einer „extremistischen“, „stalinistischen“, vor allem aber 'blind-sowjetischen' Fraktion in der KPC unter Führung von Vasil Bilak als sicher.

Diese Funktionäre wären schon längst nicht mehr in politischen Funktionen, hätten nicht die sowjetischen Besatzer 1968 Vorzeigekommunisten gebraucht, für die die Treue zur Sowjetunion über dem eigenen Denken steht. „Diese Richtung ist nicht instand, neue und unaufschließbare gesellschaftliche Probleme zu lösen. Sie ist von ihrer inneren Beschaffenheit her unfähig, sachliche

wirtschaftliche und soziale Probleme zu durchschauen. Denn ihre Domäne ist die rein politisch-ideologische Sphäre, und sie sichern diese durch rohe Gewalt gegen alles, was Widerspruch gegen die starren ideologischen politischen Schemen und die absurden Ideen ihrer Repräsentanten anmeldet“ (24). Obwohl sich diese 'harte' Fraktion im Interesse der sowjetischen Herrschaftssicherung in der CSSR gut instrumentalisieren läßt, erscheint ihr Vorgehen manchmal selbst den sowjetischen Freunden zu unpassend (25). Insofern kann die Einstellung der Massenkampagne gegen die Charta auch als Resultat des Besuches des sowjetischen Innenministers Anfang März gesehen werden (26).

Zwischen März und September beginnen die verschärften, zum großen Teil in den Chartadokumenten beschriebenen Repressionen zu greifen. Patocka ist dem verstärkten Druck und der Anspannung nicht gewachsen und erliegt am 13.3.77 einem Gehirnschlag. Havel wird in einer viermonatigen Untersuchungshaft solange bearbeitet, bis er von seiner Funktion als Sprecher der Charta zurücktritt und sich gegenüber dem Staatsanwalt zu einer Art „politischem Stillhalteabkommen“ bereit erklärt (27). Als Sprecher der Charta bleibt Hajek übrig, allerdings wird seine Tätigkeit durch die ständigen Polizeiposten vor der Wohnungstür und die genaue Kontrolle aller Besucher praktisch verhindert. Ebensohnen Kontrollen unterliegt Kriegel. Mlynar stellt einen Ausreisearbeit, nachdem ein Arbeitsgericht seine Entlassung für Rechts erklärt hat, weil die Unterzeichnung der Charta „die Sicherheit des Staates und der Gesellschaft“ gefährde (28).

Erstaunlicherweise veröffentlicht die Charta trotzdem bis in den Juli hinein weitere Dokumente. Auch wächst die Zahl der Unterzeichner.

Über die Situation nach dem Sommer gibt es kaum noch Informationen. Nachdem Hajek durch die Maßnahmen der Polizei ausgeschaltet ist, wählen die Unterzeichner im September Hejdanek und die ehemalige Schlagersängerin Marta Kubisova als neue Sprecher. Folgt man Mlynars Einteilung, so gehört Hejdanek politisch zur Gruppe der christlich-humanistischen Unterzeichner, Marta Kubisova zur Gruppe der demokratisch orientierten Menschen ohne weitergehende politische Zielvorstellungen. Marta Kubisova hatte bis 1968 etwa 250 Schallplatten besungen und war eine der bekanntesten Schlagersängerinnen der CSSR. Weil sie sich auch nach der Okkupation zum 'Prager Frühling' bekannte, erhielt sie im Februar 1970 Auftrittsverbot und wurde Opfer einer Hetzkampagne. Pornofotos von ihr mit Dubcek wurden an die Delegierten des „offiziellen“ 14. Parteitag verteilt, eine Anklage gegen die Urheber nie verhandelt. Als Folge der Kampagne verlor sie ihr Kind im 7. Monat, war bereits klinisch tot und mußte für ihre Rettung dann noch 28.000 Kronen bezahlen (29). Abgesehen von dieser Wahl der Sprecher und dem Besuch der Prozesse sind

uns seit Juli keine weiteren Aktivitäten der Charta bekannt.

Die Prozesse

JAN PRINC

Am 21.9.77 wird in Decin Jan Princ zu drei Monaten Gefängnis verurteilt. „Er hatte im August zusammen mit polnischen Staatsbürgern vor der CSSR-Botschaft in Warschau an einer Demonstration gegen die Inhaftierung mehrerer Unterzeichner des Bürgerrechtsmanifests teilgenommen“ (30). Genauere Einzelheiten zu Prozeß und Urteil sind bisher nicht bekannt. Allerdings war Jan Princ aus einem ganz anderen Grund verhaftet worden. Im Juli veranstaltete die 'berühmte' Rockgruppe Plastic People ein Konzert in einem Privathaus in Rychnov („nur Jirous befindet sich zu dieser Zeit in Haft). Die Polizei greift ein, nachdem zu nächtlicher Stunde im Dorf Artillerieböller und Rauchgasbomben gezündet werden (31), nach Angaben von Teilnehmern des Konzerts eine Polizeiprovokation. Der Besitzer des Hauses, in dem die Veranstaltung stattfand, wird wegen ruhestörenden Lärms, Rowdytum etc. verhaftet. Es ist Jan Princ.

V. LASTUVKA und A. MACHENEK

In seinem offenen Brief an die westliche Linke wies Petr Uhl auf die Verhaftung des Nukleartechnikers Vladimir Lastuvka und des Agrarexperten Ales Machenek hin. Am 26.9.77 wird der Prozeß gegen die beiden Charta-Unterzeichner in Usti eröffnet. Nach offiziellen Angaben fand die Polizei in ihren Wohnungen u.a. ein Exemplar des „Archipel Gulag“ und ein Vervielfältigungsgerät. Sie waren im Januar beim Verteilen der Charta festgenommen worden. Nach dreitägiger Verhandlung verkündet das Gericht am 29.9. das Urteil: je dreieinhalb Jahre wegen Subversion! (32).

V. Havel, J. Lederer, F. Pavlicek, O. Ornest

Diesem Prozeß war von Anfang an das Interesse einer weiteren Öffentlichkeit sicher, handelt es sich doch um prominente Angeklagte, die mehrere Monate in Untersuchungshaft verbracht. Dabei scheint man recht beliebig vier Oppositionelle herausgegriffen zu haben, die sonst nicht allzuviel miteinander gemein haben. Ornest zählt nicht einmal zu den Unterzeichnern der Charta. Alle vier sind wegen Subversion und Schädigung des Staatsinteresses angeklagt, begangen durch Beiträge in Emigrantenzeitschriften oder Versendung von Manuskripten ins Ausland (33). Lederer ist den Herrschenden wegen seiner guten Verbindung zu polnischen oppositionellen Kreisen schon lange ein Dorn im Auge und war deshalb ab Januar '70 für längere Zeit in Haft (34). Der Prager Prozeß gegen die vier Angeklagten dauert zwei Tage und läuft nach bewährtem Muster ab: so wenig Öffentlichkeit wie möglich, keine ausländischen Beobachter. Der Journalist des Zentralorgans der französischen KP, „Humanite“, erhält gar nicht erst das Einreisevisum. Am 18.10.77 das Urteil: Havel 14

Monate mit Bewährung, wohl als Folge seiner Resignation bei der Charta, Pavlicek 17 Monate mit Bewährung, Lederer 3 Jahre ohne Bewährung und Ornest dreieinhalb Jahre ohne Bewährung. Das Urteil führt zu Protesten u.a. der PCI, PCF, 'KP' Belgiens und zu Wortgefechten auf den Belgrader KSZE-Verhandlungen. (35).

Perspektiven

Die Charta 77 hat durch ihre Existenz und Aktivitäten viel zur Entlarvung des Charakters des gegenwärtigen tschechoslowakischen Herrschaftssystems beigetragen. Von ihren Zielen, der Verwirklichung der Menschenrechte als Voraussetzung einer weitergehenden politischen Betätigung, hat sie verständlicherweise bisher nichts erreichen können. Die harte Repression hat zu einer gewissen Einschüchterung geführt. Die Bevölkerung konnte sich zwischen März und September nur durch die Exilzeitschriften und ausländischen Medien über die Tätigkeit der Charta informieren. Diese Informationsmöglichkeiten stehen nur einem Bruchteil der Bevölkerung zur Verfügung.

Ist die Charta also gescheitert? Hat sich die tschechische Linke an einem Unterfangen beteiligt, daß außer der imperialistischen Propaganda niemanden genützt hat? Eine vollständige Antwort auf diese Fragen ist derzeit kaum möglich.

Da ist zunächst die Gruppe der ehemaligen KPC-Mitglieder und -Funktionäre. Anfang Februar erklärte Mlynar, der lange Zeit als Kopf dieser Gruppe galt und sich heute im Ausland wohl noch nicht vollkommen von deren Diskussionsstand entfernt hat: „Wenn die Menschen- und Bürgerrechte in dem Umfang, wie sie die internationalen Abkommen garantieren, verwirklicht werden sollten, werden die Unterzeichner der Charta 77 über all die Fragen zu streiten beginnen, in denen sie sehr unterschiedlicher Meinung sind“ (36).

Nachdem die Charta bis jetzt die Lösung kaum eines der angesprochenen Probleme erzwingen konnte, stellt sich um so schärfer die Frage nach den Bedingungen, unter denen überhaupt eine Änderung möglich ist. Mlynar im August: „Die gegenwärtige innere Konstellation in der Tschechoslowakei und insbesondere die Zusammensetzung der derzeitigen Prager Führung (eröffnen) kaum eine Perspektive für Änderungen... Die Anstöße dazu müssen wohl aus der Sowjetunion kommen.“ Von dort sei aber auf absehbare Zeit nichts zu erwarten (37). Somit kann nichts getan werden, außer vielleicht der Anlehnung an den zur Zeit nach Lage der Dinge einzig möglichen Bündnispartner neben den Euros: Die Sozialdemokraten! Sollten sich diese Auffassungen Mlynars auch bei den in der CSSR verbliebenen Mitgliedern der ehemaligen „sozialistischen Opposition“ durchsetzen, vollzöge dieser Teil der Opposition den in Polen vorgezeichneten Weg von einem wie auch immer gearteten linken Selbstverständnis hin zur Sozialdemokra-

tie. (Artikel dazu folgt demnächst). Bleibt die Frage nach der Linken: hier liegt eine große Verantwortung auch bei der westlichen Linken: Herstellung einer Öffentlichkeit über die tschechoslowakische Linke einerseits, Informationen und Auseinandersetzung mit der tschechoslowakischen Linken andererseits, damit sie den Weg nach rechts nicht beschreitet. Unsere Erfahrung mit der Sozialdemokratie bzw. allen anderen Erscheinungsformen des 'realen' Kapitalismus können Hilfe bei der Bekämpfung von Illusionen bieten. Insgesamt sind wir trotz aller Vorbehalte gewiß, daß die sich verschärfenden Widersprüche im RGW selber zu einer breiteren und politisch bewußteren linken Opposition führen werden. Schon die Aufnahme Bahros durch die tschechoslowakische und osteuropäische Linke dürfte uns alsbald Hinweise über ihren weiteren Weg liefern.

Anmerkungen

- 1) amnesty international, CSSR 1976, Junge Kultur unter Anklage, Hamburg 1976; V. Havel, Der Prozeß, in L 76, Heft 4
- 2) ai, S. 33
- 3) ai, S. 34
- 4) Osteuropainfo 7, S. 15
- 5) ai, S. 42/43
- 6) ai, S. 9
- 7) V. Havel, a.a.O.
- 8) dt. Übersetzung u.a. in: H.P. Riese, Bürgerinitiative für die Menschenrechte, Köln 1977; Osteuropainfo 22, 23/24; Listy, Blätter 14.
- 9) FR, 14.7.77
- 10) FR, 9.2.77
- 11) Mlynar in der Report-Sendung der ARD vom 26.9.77
- 12) abgedruckt in: Riese, Osteuropainfo 22, Listy 14
- 13) Weltwoche, 13.1.77
- 14) Mlynar, L 76, H. 4, S. 69
- 15) Radio Hvezda, 12.1.77 (Monitor-Dienst)
- 16) entfällt
- 17) Radio Prag, 27.1.77 (MD)
- 18) FR 28/29.1.77
- 19) Radio Prag, 30.1.77 (MD)
- 20) Radio Prag, 9.2.77 (MD)
- 21) FR, 14.3.77
- 22) Zeit, 18.3.77
- 23) Rude Pravo, 12.3.77 (MD)
- 24) Mlynar, L 76, H. 4, S. 74
- 25) So wird von Auseinandersetzungen zwischen Ponomarew und Blak im Zusammenhang mit der Charta berichtet.
- 26) Zeit, 18.3.77
- 27) FR, 23.5.77
- 28) FR, 26.4.77
- 29) in: Listy-Blätter 13, S. 4.
- 30) FR, 28.9.77
- 31) FR, 9.8.77
- 32) FR, 28. und 30.9.77
- 33) FR, 18.10.77
- 34) Spiegel 10/70, S. 108 ff.
- 35) Zur Polizeiaktion gegen rund 50 polnische und tschechische Oppositionelle
- 36) FR, 20. und 22.10.77
- 37) L 76, H. 4, S. 72
- 38) FAZ 1.9.77

RGW-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

Stellungnahme von Petr Uhl/CSSR

(aus AK 110, August 1977)

Der im Folgenden abgedruckte Brief des tschechoslowakischen Linken Petr Uhl stammt bereits vom 3. März '77 und wurde in der Bundesrepublik erstmals (allerdings unkommentiert) in der GIM-Zeitung „Was tun“ (vom 7.4.77) abgedruckt.

Wir halten es für wichtig, die Positionen und den in diesem Brief „an die revolutionäre Linke im Westen“ enthaltenen Appell Petr Uhls auch den Lesern des ARBEITERKAMPF bekanntzumachen – gerade weil wir in grundsätzlichen Fragen dem Genossen widersprechen müssen.

Wir wollen hiermit die Auseinandersetzung mit den Vertretern der „Sozialistischen Opposition“ in der CSSR weiterführen, die wir in der Artikelfolge „Charta 77 – Zur Entwicklung der Opposition in der CSSR“ aufgenommen haben (siehe hierzu AK 104 und AK 105).

Genossen!

Die revolutionäre Linke, vor allem in den bürgerlich-demokratischen Ländern, zeigt häufig eine Abneigung, wenn es darum geht, die Bürgerrechte und demokratischen Freiheiten zu verteidigen. Eine Abneigung, die sich aus ihrer – häufig berechtigten – Opposition gegenüber den reformistischen Bewegungen ergibt, deren erstes und manchmal einziges Ziel darin besteht, gewisse Verbesserungen auf diesem Gebiet gesellschaftlicher Beziehungen zu erreichen, am häufigsten durch einen sogenannten Dialog mit der Staatsmacht.

Wir wissen nur zu gut, daß die freie Entwicklung der Gesellschaft auf der Grundlage der freien Entfaltung jedes Individuums nur in einer klassenlosen Gesellschaft möglich ist, und daß diese das Ergebnis eines langwierigen Entwicklungsprozesses der Demokratie ist, der mit der proletarischen sozialistischen Revolution seinen Anfang nimmt.

Aber nach unserer und der Überzeugung aller Marxisten und revolutionären Sozialisten muß bereits die erste Phase der kommunistischen Entwicklung jedem Mitglied der Gesellschaft mehr Rechte und Freiheiten bringen als die „beste“ der bürgerlichen Demokratien sie gewährleisten kann – insbesondere im Licht einer kritischen Analyse der proletarischen Revolutionen, die bisher stattgefunden haben, und aller Seiten ihrer Degeneration.

Diese Auffassung – selbst wenn sie verschieden artikuliert wird – teilen auch sämtliche Reformisten mit uns und seit jüngster Zeit auch ihre letzte Komponente, die Eurokommunisten. Im Unterschied zu ihnen leiden die Revolutionäre allerdings nicht an der Illusion, daß der Sozialismus und die Befreiung des Menschen und der Gesellschaft durch eine allmähliche Demokratisierung der bürgerlichen Gesellschaft erreicht werden kann, bei Aufrechterhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse oder durch ihre allmähliche Abschaffung. Sie leiden auch nicht an der Illusion, daß eine faschistische oder sonst eine totalitäre Macht zu einer Erweiterung der Bürgerrechte oder demokratischer Freiheiten geneigt oder bereit ist, über dieses Thema einen Dialog zu beginnen.

Aber wir können auch verstehen, daß viele von denen, die gegen Regimes autokratischer oder militärischer Art um Menschenrechte kämpfen, sich ebenso darüber im Klaren sind, daß ihre Bemühungen nicht zu dem Ergebnis führen können, das sie öffentlich fordern.

Gleichzeitig wissen sie jedoch, daß die Forderungen nach demokratischen Freiheiten und Bürgerrechten selbst, auch wenn sie unter der Diktatur nicht verwirklicht werden können, die Arbeiterklasse und andere bedeutende Schichten der arbeitenden Bevölkerung aufwecken, ihre Kampfkraft stärken und die bloßen Grundlagen der Diktatur erschüttern können. Spanien liefert dafür den Beweis. Die prokapitalistischen Illusionen und reaktionären Mythen, die diesen Kampf am Anfang begleiten mögen, werden sich in dem Maße abschwächen, wie das Selbstbewußtsein und Selbstvertrauen der Arbeiterklasse steigt.

Ich glaube, daß es die Aufgabe der Revolutionäre ist, an der Spitze dieses Kampfes zu stehen, die Illusionen und Mythen zu bekämpfen aber gleichzeitig immer daran zu denken, daß kein Kampf um Menschenrechte, selbst wenn er von der kommunistischen Partei Spaniens geführt wird, die revolutionäre Aktivität der Massen ersetzen kann, um die gesellschaftlichen Beziehungen von oben bis unten umzuwälzen, wie es die Geschichte verlangt. Der Kampf um die Menschenrechte ist jedoch einer der Wege, die zur Revolution führen; er ist einer der Wege, auf dem die subjektiven Vorbedingungen für die soziale und politische Revolution geschaffen werden können. Während man sicherlich daran zweifeln kann, daß eine solche Strategie für die Länder der bürgerlichen Demokratie geeignet ist, ist es offensichtlich, daß sie nützlich und manchmal die einzige Strategie ist unter Militär- und bürokratischen Diktaturen und faschistischen Regimes.

Jeder innerhalb der revolutionären Linken erkennt dies an, wenn es sich darum handelt, die Bedeutung des Kampfs um Bürgerrechte in den Ländern einzuschätzen, die zur sogenannten westlichen Einflußsphäre zählen. Man hat allerdings

Vorbehalte, wenn es sich um die Einschätzung solch einer Bewegung in den Ländern Osteuropas handelt. Mir scheint, daß der Unterschied und manchmal auch die Verwirrung in der Herangehensweise, der westeuropäischen und amerikanischen radikalen Linken an dieses Problem unterschiedlichen, häufig oberflächlichen oder sogar falschen Vorstellungen über das gesellschaftliche und politische System in diesem Teil der Welt entspricht.

Als Gegner des Parlamentarismus und ähnlichen Plunders der bürgerlichen Demokratie kann ich gut verstehen, daß der Aufruf der Charta 77 – und die Charta 77 ist eine ernste Sache und ich identifiziere mich mit ihr – eine abstoßende Wirkung auf Marxisten haben kann, wenn sie zum einzigen Ziel hat die effektive Anwendung der in internationalen Abkommen enthaltenen Prinzipien über bürgerliche politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Rechte, und daß diese Verträge, die von der tschechoslowakischen Staatsmacht ratifiziert, gesetzlich verankert und veröffentlicht worden sind – die Grundlage und den Ausgangspunkt ihrer Aktivität bilden.

Nebenbei bemerkt: Die tschechoslowakischen Arbeiter nehmen keine so unterschieden ablehnende Haltung gegenüber der bürgerlichen Demokratie ein, wie ich es gerne hätte; darin gehen sie von ihren eigenen Erfahrungen mit dem Stalinismus und dem selbstherrlichen Regime aus.

Es mag ebenfalls Leute abstoßen, daß die in beiden Verträgen niedergelegten Rechte ungenügend sind und mehr auf die Interessen von Intellektuellen als auf die von Arbeitern abzielen; daß beide Verträge bloß deklamatorischen Wert haben, wie das auch der Fall war mit der alten Erklärung über die Menschenrechte; daß sie Ausdruck des Versuchs der Klassenversöhnung und von Vorstellungen von friedlicher Koexistenz sind, die das Überleben von gesellschaftlichen und politischen Formationen garantieren sollen, die historisch zum Untergang verurteilt sind und die nicht die friedliche Koexistenz von Völkern, sondern von Staatsformationen und Zusammenschlüssen zum Inhalt haben.

Darüber hätte ich gerne mehr geschrieben, ebenso über meine Auffassungen über das gesellschaftliche und politische System in der Tschechoslowakei. Aber das Problem besteht darin, daß ich bis zu drei Jahren Gefängnis riskiere, wenn ich etwas Falsches schreibe oder besser: etwas, was die Behörden für unwahr halten. Und, Genossen, wenn Ihr mir nicht glaubt, so schaut Euch Artikel 112 des tschechoslowakischen Strafgesetzbuches an. Und genau deshalb glaube ich, daß beide Verträge ihre Bedeutung für die Arbeiter der Tschechoslowakei und anderer Länder haben und daß es sinnvoll ist, sich auf sie zu beziehen, da sie von der Staatsmacht ratifiziert und veröffentlicht worden sind.

Ich sehe ihre Bedeutung nicht in der Tatsache, daß ich in ein oder zwei Jahren in der Lage sein werde, zu schreiben, was ich von dem tschechoslowakischen Gesellschafts- und Wirtschaftssystem halte ohne

Gefängnis zu riskieren — dann werde ich noch nicht in der Lage sein, — aber angesichts dessen, daß der kollektive und „legale“ Kampf (in Anführungszeichen, weil ihr Euch nicht vorstellen könnt, was eine solche „Legalität“ bedeutet) um die Verwirklichung der Prinzipien, wie sie in beiden Verträgen enthalten sind, die Arbeiter aufweckt, weil sie ihre Interessen in dieser Aktivität wiedererkennen und ihr Selbstbewußtsein und ihr Selbstvertrauen sich hebt. Aber ich habe bereits darauf hingewiesen, als ich vom Kampf um Bürgerrechte und demokratische Freiheiten unter Militär- und bürokratischen Diktaturen gesprochen habe. Aus den erwähnten Gründen bin ich natürlich weit davon entfernt, die Tschechoslowakei als bürokratische Diktatur zu bezeichnen.

Die Charta '77 ist keine politische Opposition und sie will auch keine werden. Ihre Unterzeichner sind politisch zu uneinheitlich dazu und ihre Ziele — der Kampf um Bürgerrechte und demokratische Freiheiten auf der Grundlage internationaler Verträge, die Bestandteil der tschechoslowakischen Gesetzlichkeit sind, sind zu begrenzt. Dennoch handelt es sich um die bedeutendste Bewegung der letzten Jahre in diesem Land mit einer bedeutsamen Resonanz unter den Arbeitern.

Die Charta '77 bringt ihre Interessen zum Ausdruck, wenn auch nur unvollständig und indirekt. Die Klausel in dem Vertrag über die sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte, die besagt, daß die Arbeiter das Recht auf eigene Gewerkschaften und anderer Organisationen zur ungehinderten Verteidigung ihrer Interessen und daß sie das Streikrecht haben sollen, könnte vielleicht zum Ausgangspunkt für den Weg zur Emanzipation der Arbeiter werden, zu der sie nur selbst durch ihre eigenen Organisationen gelangen können.

Wenn ich sage Ausgangspunkt, so denke ich an die subjektiven Vorbedingungen dieses Wegs und ich hege keinerlei Illusionen über einen reformistischen „Dialog“ oder sogar über einen spontanen Weg, der zur Erlangung dieser Rechte führte. Und wie dieser Weg aussieht, wenn es kein reformistischer ist, das braucht ein revolutionärer Marxist, dem die Aussicht auf drei Jahre Gefängnis droht — in diesem Fall sogar 10 Jahre — nicht weiter auszuführen.

Die aktive und passive Unterstützung, die der Charta '77 auf die eine oder andere Weise von Arbeitern entgegengebracht wird — vor allem von jungen Arbeitern — ist bereits die Verheißung für diesen Weg.

Gleichmaßen unakzeptabel ist die Vorstellung, daß die Propagierung der Ideen der Charta '77 und die Veröffentlichung von Informationen über den Entzug von Menschenrechten in den Ländern Osteuropas die Aufmerksamkeit von der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und anderen Problemen der weltweiten Krise des Kapitalismus ablenken.

Gewiß, die Lobeslieder der bürgerlichen Gesellschaft versuchen in der Tat, die Aufmerksamkeit von diesen Problemen abzulenken — und sie werden zu diesem Zweck alles mögliche benutzen — aber die Verteidiger des Sozialismus und des Fortschritts haben für ihre Solidarität mit dem Kampf um die Menschenrechte in Osteuropa völlig verschiedene Motive. Es gibt nur eine Welt und die Klassenschränken und der Klassenkampf überschreiten jede Gesellschaft, nehmen keine Rücksicht auf Staatsgrenzen, und es gibt gute Gründe dafür, weshalb es unmöglich ist, die tschechoslowakische Gesellschaftsordnung als Modell für die vom Kapital unterdrückten Arbeiter anzupreisen.

Über die Probleme der tschechoslowakischen Gesellschaft schweigen, würde bedeuten, über die reichen Erfahrungen zu schweigen, welche die tschechoslowakischen Arbeiter während der letzten 30 Jahre gesammelt haben. Nur die Wahrheit ist revolutionär: Lügen und die Verheimlichung von Tatsachen sind konterrevolutionär. Und im Übrigen: niemand in der Tschechoslowakei beklagt sich darüber, wenn die offizielle Presse lange Artikel über die Arbeitslosigkeit, die Krise und die Verletzung von Menschenrechten im Westen veröffentlicht. Selbst wenn die Mehrheit der Auslandsberichte aus solchen Artikeln besteht — was vor dem 1. Januar 1977 (dem Veröffentlichungsdatum der Charta '77 — Redaktion) nicht der Fall war — selbst wenn sie verzerrt und tendenziös sind — man schreibt z.B. über einen besonderen gesellschaftlichen und politischen Konflikt eine Menge, aber sobald sein Ausgang sich für die Arbeiter als Erfolg erweist, dann wird darüber nur noch wenig oder gar nicht mehr geschrieben. Selbst wenn er verglichen mit der tschechoslowakischen Realität dazu grotesk ist — wie z.B. die Möglichkeit der Kontrolle über die Geheimdienste in Westdeutschland — nehmen die tschechoslowakischen Arbeiter diese Information mit Interesse und Sympathie auf: als Information über ernste Probleme der kapitalistischen Welt.

Niemand hat sich jemals darüber beschwert, daß dies die Aufmerksamkeit von den heimischen Problemen ablenke, deren Inhalt häufig im Dunkeln bleibt. Es wird sicher die Zeit kommen, wo die tschechoslowakischen Arbeiter nicht nur besser informiert werden, sondern sie vor den selben oder anderen Problemen stehen werden, die sie zusammen mit den Arbeitern der europäischen und anderen Länder zusammen lösen müssen.

Aus all diesen Gründen wende ich mich an alle Genossen, der Charta '77 zu helfen und sich mit ihr auf jede nur mögliche Weise zu solidarisieren. Es ist klar, daß das internationale Problem der Menschenrechte und ihrer Verletzung oder die Existenz von Ländern, in denen der Kampf um demokratische Freiheiten im Rahmen des Systems ernste und unmittelbare Konsequenzen nach sich zieht, und alle angeht, gleich ob revolutionäre Marxisten, Christen, Humanisten und Reformisten. Ich weiß, daß es

auch Sache der Charta '77 ist, die in diesem Augenblick um ihre bloße Existenz kämpft, die tschechoslowakischen Arbeiter über die Verletzung von Bürgerrechten in den kapitalistischen Ländern zu informieren.

Hilfe kann sehr konkret sein. Drei Unterzeichner der Charta '77 befinden sich seit Mitte Januar dieses Jahres in Haft: einer der Sprecher der Charta '77, der Schriftsteller Vaclav Havel, ein weiterer Schriftsteller, Frantisek Pavlicek (ist inzwischen wieder freigelassen, Redaktion) sowie der Journalist Jiri Lederer. Mit ihnen im Gefängnis befindet sich auch der Regisseur Ota Ornest. Selbst wenn man sie wegen politischer Stellungnahmen des Verbrechens bezichtigt — ich habe Euch bereits auf das tschechoslowakische Strafgesetzbuch hingewiesen, ist es klar, daß ihre Inhaftierung den bisher hinterhältigsten Unterdrückungsversuch gegen die Charta '77 darstellt. Die Fälle von zwei jungen Technikern sind ähnlicher Art. Vladimir Lastuvka aus Decin und Ales Machacek aus Usti nad Labem sind ebenfalls mit der Charta '77 in Verbindung gebracht und verhaftet worden. Nur die internationale Solidarität kann hier helfen. Wie auch in anderen Fällen werden verschiedene Maßnahmen und Formen des Protests entsprechend den jeweiligen Möglichkeiten und Traditionen gewählt werden. In der Tschechoslowakei sind die Möglichkeiten sicher begrenzt. Sie beschränken sich im Grunde auf verbale Proteste und selbst diese sind mit großen Risiken verbunden.

In Ländern, wo die Arbeiter in Gewerkschaften und politischen Organisationen organisiert sind, die unabhängig von der Staatsmacht sind, können die Solidarität und Proteste wirksamere Formen annehmen.

Freiheit für Vaclav Havel, Frantisek Pavlicek, Jiri Lederer, Ota Ornest, Vladimir Lastuvka und Alex Machacek! Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Tschechoslowakei!

Prag, den 3. März 1977
Petr Uhl

Kommentar zu Petr Uhl

In seinem Brief „an die revolutionäre Linke im Westen“ versucht Petr Uhl zu begründen, warum diejenigen Oppositionellen in der CSSR, die sich selbst als Marxisten und Revolutionäre verstehen, sich an dem Unternehmen „Charta '77“ beteiligen.

„Als Gegner des Parlamentarismus und ähnlichen Plunders der bürgerlichen Demokratie, kann ich gut verstehen, daß der Aufruf der ‚Charta '77‘ ... eine abstoßende Wirkung auf Marxisten haben kann, wenn sie zum einzigen Ziel hat die effektive Anwendung der im internationalen Abkommen enthaltenen Prinzipien über bürgerliche, politische, gesellschaftliche, wirtschaftliche und kulturelle Rechte ...“. Obwohl das so ist, erhoffen sich Uhl und Freunde von der „Charta“, daß die Forderungen „... nach demokratischen Freiheiten und Bürgerrechten selbst, auch wenn sie unter der Diktatur nicht verwirklicht werden können, die Arbeiterklasse und andere bedeutende Schichten der arbeitenden Bevölkerung

aufwecken, ihre Kampfkraft stärken und die bloßen Grundlagen der Diktatur erschüttern können“.

In diesem Sinne bezeichnet Uhl den „Kampf um die Menschenrechte“ als einen der Wege, die zur Revolution führen, wobei er sich vom „reformistischen Dialog“ abgrenzt (?) und anerkennt, daß die beiden Verträge, worauf sich die „Charta“ bezieht, im Grunde „bloß deklamatorischen Wert haben“.

In seinem Schreiben geht Petr Uhl jedoch lediglich auf die Fragen und Probleme ein, die die Wirkung der „Charta“ nach innen betreffen. Die objektiv reaktionäre Rolle, die das Unternehmen „Charta '77“ in der Strategie des Imperialismus spielt, wird mit keinem Wort erwähnt. Ebenso spricht Uhl stets von der „Charta“ als Ganzes, wobei man nicht den Eindruck hat, daß es sich auf den bloßen Text allein bezieht. Scheinbar gibt es nichts in der bisherigen Politik, die von den reformistischen Führern der

sog. „sozialistischen Opposition“ (und nicht von den Linken) geprägt wurde, wovon es ihm notwendig erscheint, sich zu distanzieren.

In der Frage, ob man sich als Linker in der CSSR bzw. im RGW auch auf „Helsinki“, „Menschenrechtserklärung“ oder ähnliche im Rahmen des Spannungsschwinds von den Revisionisten und Imperialisten scheinheilig anerkannte Verträge beziehen und sie mit der Realität in diesen Länder konfrontieren sollte, stimmen wir Petr Uhl und Freunden durchaus zu. Nur, wenn man die Nichteinhaltung der Schlußakte von Helsinki etc. im RGW kritisiert, dann sollte man nicht gerade die imperialistischen Länder vergessen, in denen diese Verträge ebenfalls nicht einmal das Papier wert sind, auf dem sie geschrieben wurden!

Das ist unser wesentlicher Kritikpunkt an dem Unternehmen „Charta '77“. Bisher ist von dieser Seite nicht eine einzige Abgrenzung gegen die imperialistische Hetzpropaganda gekommen. Zwar läßt es sich als oppositionelle Bewegung im RGW wohl schwer vermeiden, von den imperialistischen Kriegstreibern propagandistisch mißbraucht zu werden, doch hätte man in solchen Fällen wohl die Möglichkeit, die eigene Position unmißverständlich klar zu machen, ja, man hat u.E. die Pflicht dazu. Den reformistischen Führern der

„Charta '77“ ist der Vorwurf nicht zu ersparen, daß ihnen offenbar jedes Gelärme, egal von welcher Seite und von welchem Charakter, über die „Verletzung der Menschenrechte“ in der CSSR gelegen ist.

Uns scheint, daß die Illusionen über den wirklichen Charakter der imperialistischen Staaten, die auf dem rechten Flügel der „Charta“ sicher noch stärker ausgeprägt sind, einen der wesentlichen Gründe dafür darstellen, weshalb die „Verletzung der Menschenrechte“ in den imperialistischen Ländern nicht angeprangert wird. Bei den Führern der „Charta“ herrscht offenbar eine Einstellung vor, die in etwa den Positionen der „Euro“-Revisionisten vergleichbar ist. Es wäre die Aufgabe der Linken in der CSSR, sich unmißverständlich von dieser Haltung und Praxis der „Charta“ abzugrenzen.

Darüber hinaus ist festzustellen, daß sich zwar in letzter Zeit die Bemühungen der Opposition in den revisionistischen Ländern verstärkt haben, sich auch an die Arbeiterbewegung und die Linke des Westens zu wenden. Dieser Appell ist jedoch bisher vollständig einseitig, d.h. er wird nicht in den Zusammenhang gegenseitiger Solidarität gestellt. Das Verhältnis dieser Opposition zur westlichen Linken ist also bisher rein instrumental: Man wendet sich an die Linke ebenso wie

man sich z.B. an Carter oder Schmidt wendet, d.h. man läßt keinen möglichen „Verbündeten“ aus. Mehr aber auch nicht! Solange sich die linke Opposition in den revisionistischen Ländern von dieser Herangehensweise nicht zu lösen vermag, wird es auch schwerlich zu einer wirklichen Zusammenarbeit kommen.

In unserem Land und darüber hinaus in ganz Westeuropa und den USA hat es eine widerwärtige, heuchlerische und antikommunistische Kampagne um die „Charta '77“ gegeben und gibt es sie noch. Diese Kampagne zielt auf die Verhetzung der Werktätigen in den imperialistischen Ländern und ist wesentlicher Bestandteil der politisch-ideologischen Kriegsvorbereitung. Wenn wir uns mit der „Charta '77“ solidarisieren, dann tun wir dies mit den vorstehenden Einschränkungen. Wir sind vorbehaltlos solidarisch mit allen sozialistischen und bürgerlich-demokratischen „Charta '77“-Unterzeichnern, soweit es gegen die Repressionen der revisionistischen Parteinachhaber geht. Wir fordern Freilassung und Rehabilitierung aller politischen Gefangenen, die aufgrund fortschrittlicher und demokratischer Aktivitäten verfolgt werden; wir sind nicht für die Freilassung derjenigen, die aufgrund reaktionärer und faschistischer Umtriebe einsitzen.

RGW-Kommission

25 Jahre SED

(aus KAB-AZ 6, Mitte 1971)

Am 21. April 1946 vollzogen die beiden deutschen Arbeiterparteien, KPD und SPD, auf dem Vereinigungsparteitag in der damaligen Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands die Gründung der SED. In den westlichen Besatzungszonen konnte die Vereinigung der deutschen Arbeiterparteien von den Kapitalisten und der anti-kommunistischen SPD-Führung unter Kurt Schuhmacher verhindert werden.

Durch die Vereinigung von KPD und SPD entstand die stärkste Arbeiterpartei, die es bis dahin in der Geschichte Deutschlands gegeben hatte: die SED vereinte zum Zeitpunkt ihrer Gründung 1.330.000 Arbeiter und andere Werktätige in ihren Reihen. Die höchste Mitgliederzahl vor 1933 war bei der SPD 953 000 und bei der KPD 350 000.

Die Gründung der SED stand noch unter dem Eindruck und den Erfahrungen, die die deutsche Arbeiterklasse und darüber hinaus die Völker ganz Europas mit dem deutschen Faschismus gemacht hatten. Vor 1933 hatte die Spaltung der deutschen Arbeiterklasse durch die Politik der SPD-Führung das Zustandekommen einer starken Einheitsfront der Arbeiterklasse hintertrieben, die in der Lage gewesen wäre, die Kapitalistenklasse an der Errichtung ihrer faschistischen Diktatur zu hindern. Aus der mangelnden Einheit der Arbeiterklasse bei der Bekämpfung der faschistischen Bedrohung leiteten die Führungen von KPD und SPD in der damaligen SBZ den Schluß her, daß die Vereinigung nicht länger aufgeschoben werden dürfe.

Mit der Vereinigung von KPD und SPD zur SED war zwar die organisatorische und politische, aber noch nicht die ideologische Einheit herge-

stellt worden. Wichtige theoretische und ideologische Fragen waren zum Zeitpunkt des Vereinigungsparteitages noch unentschieden geblieben. (Weg zum Sozialismus, Erfahrungen der deutschen Arbeiterbewegung, Rolle der Sowjetunion u.a.). Daraus ergaben sich naturgemäß eine Reihe von Problemen und Widersprüchen.

In den darauffolgenden Jahren stand die antifaschistisch-demokratische Umwälzung auf der Tagesordnung. Um die Gefahr des Faschismus ein für alle mal zu bannen, war es notwendig, der Kapitalistenklasse die Staatsmacht zu entreißen und die wichtigsten Produktionsmittel in Staatseigentum zu überführen. Dagegen wurde in den westlichen Besatzungszonen die Herrschaft der Kapitalisten nicht angetastet. Vielmehr betrieben die westdeutschen Kapitalisten im Verein mit den westlichen Besatzungsmächten die Spaltung Deutschlands, die mit der Grün-

dung der BRD im Jahre 1949 und mit der Eingliederung der BRD in die NATO ihren Abschluß fand.

Aufbau unter schwierigsten Bedingungen

Durch diese von den Imperialisten geschaffene Situation war die Gründung der DDR und die Entwicklung einer selbständigen Wirtschaft erforderlich geworden, was die DDR vor besonders schwierige Aufgaben stellte, da eine eigene Grundstoffbasis sowie eine Schwerindustrie fast völlig fehlten. Von der Vorkriegsproduktion Deutschlands entfielen bei Roheisen nur 1,3 %, bei Steinkohle nur 2 % und bei Stahl etwa 7 % auf das Gebiet der DDR.

So waren in der DDR nach 1949 zugleich mehrere wichtige Aufgaben in Angriff zu nehmen. Der Wiederaufbau der vom Krieg zerstörten Städte und der Wirtschaft, die Schaffung einer selbständigen Schwerindustrie, die Zahlung von Reparationen für die vom deutschen Imperialismus verursachten Verwüstungen vor allem in der Sowjetunion und Polen sowie die Errichtung der Grundlagen für den Aufbau des Sozialismus in der DDR.

1950 waren mit Abschluß des ersten Zweijahresplanes in der DDR die schwerwiegendsten Kriegsschäden in der Wirtschaft notdürftig beseitigt, sodaß daran gedacht werden konnte, den Aufbau des Sozialismus auf die Tagesordnung zu setzen.

Im Jahre 1950 betrug der Anteil der sozialistischen Wirtschaft am gesellschaftlichen Gesamtprodukt 61,8 %, der Anteil der verstaatlichten Betriebe an der industriellen Bruttoproduktion 76,5 % sowie der Anteil des verstaatlichten Handels 47,3 % (Statist. Jahrbuch der DDR).

Bis Ende 1961 besserte sich die wirtschaftliche Lage der DDR nicht in dem erforderlichen Maße. Die Steigerung der Arbeitsproduktivität blieb weit hinter den Erwartungen zurück und die Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften durch die Kapitalisten der BRD fügte der DDR erheblichen Schaden zu. „Wir haben ... bis zum 13. August (1961) bedeutende ökonomische Verluste erlitten. Durch Abwerbung und organisierte Republikflucht haben wir Verluste im Umfang von mindestens 30 Milliarden Mark erlitten. Das entspricht etwa der Summe, die wir in den vergangenen zehn Jahren hätten investieren müssen, um eine hochmoderne, neu ausgerüstete, leistungsfähige Industrie zu besitzen...“

(W. Ulbricht, Zum neuen ökonomischen System der Planung und Leitung, Berlin/DDR 1966, S. 17)

Die Folgen der Abwerbung und des imperialistischen Wirtschaftskrieges trafen die gesamte DDR-Wirtschaft schwer: „Es verlangsamte sich das Entwicklungstempo der Arbeitsproduktivität und der Akkumulation, während andererseits die Durchschnittslöhne schneller stiegen als geplant...“ (um der Abwerbung entgegenzuwirken!). „Dadurch verringerte sich das Wachstumstempo wichtiger Zweige der Grundstoffindustrie

und verzögerte sich die Lösung anderer Schwerpunktaufgaben der Wirtschaft, was sich unweigerlich auf die weitere Erhöhung des Lebensstandards auswirken mußte“ (Stefan Doernberg, Kurze Geschichte der DDR, Berlin/DDR, 1969)

Hinzu kam, daß das Jahr 1961 eine Mißernte brachte, was eine „äusserst angespannte Futterlage“ zur Folge hatte. „Hieraus ergaben sich Schwierigkeiten in der Fleischversorgung der Bevölkerung“.

Primat der Politik I

Lenin betonte stets, daß die Politik gegenüber der Wirtschaft das Primat (Vorrangstellung) hat. Das bezeichnete Lenin überhaupt als das „ABC des Marxismus“.

In der DDR wurde diese Auffassung Lenins auf den Kopf gestellt und ein angebliches Primat der Wirtschaft propagiert. Tendenzen dazu hatte es schon immer gegeben. In Stefan Doernbergs Kurze Geschichte der DDR heißt es über die Zeit 1946-48 bereits: „Immer stärker entfaltete sich in Ostdeutschland der neue Inhalt der Arbeiterbewegung: die Mobilisierung der Massen zur planmäßigen Mehrung der Produktivkräfte im Interesse des Volkes, die Vervollkommnung der neuen Produktionsverhältnisse...“ (S. 133).

In der Krise 1969/61 wurde die revisionistische These vom Primat der Wirtschaft noch weiter getrieben. Mit Bezug auf November 1960/61 schreibt Doernberg: „Das Zentralkomitee der SED forderte alle Parteiorganisationen auf, sich vor allem auf die Lösung der ökonomischen Aufgaben zu konzentrieren und dabei die Durchsetzung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zur Erhöhung der Arbeitsproduktivität als das wichtigste Anliegen zu betrachten“ (S. 471). Und einige Seiten weiter noch schlimmer: „Die Wirtschaft ist die wichtigste Sphäre des Aufbaus des Sozialismus. Im Kampf zwischen Sozialismus und Imperialismus ist demnach – auf deutschem Boden wie im Weltmaßstab – die Wirtschaft das Hauptfeld der Auseinandersetzung der zwei Gesellschaftssysteme“ (S. 495).

Die revisionistische, anti-leninistische These vom Primat der Wirtschaft hat in der ökonomischen Ausgangssituation und Entwicklung der DDR ihre materielle Basis. Die DDR mußte den Aufbau des Sozialismus unter schwierigsten wirtschaftlichen Bedingungen in Angriff nehmen, sodaß im Bewußtsein auch vieler ehrlicher Staats- und Parteifunktionäre die Politik hinter die Lösung der brennenden wirtschaftlichen Probleme zurücktrat.

Die These vom Primat der Wirtschaft umgeht aber die Kernfrage, für wen produziert wird, für welche gesellschaftliche Entwicklung. In Wahrheit hat die Politik immer das Primat, unabhängig von den Erklärungen und Absichten einzelner Leute. Wenn also nicht die proletarische Politik das Primat hat, so hat die bürgerliche Politik den Vorrang. Das angebliche „Primat der Wirtschaft“ bedeutet eben in Wahr-

heit Primat der bürgerlichen Politik.

Aus Mißtrauen gegenüber den politischen Meinungen und Gefühlen der Volksmassen erklärten die Revisionisten die „materielle Interessiertheit“ der Menschen für die entscheidende Triebkraft der Produktion. Die These vom „Primat der Wirtschaft“ leugnet den dialektischen Zusammenhang von Produktivkräften und Produktionsverhältnissen. Wenn behauptet wird „Die Wirtschaft ist die wichtigste Sphäre des Aufbaus des Sozialismus“ so wird konsequenterweise die Steigerung der Produktion um jeden Preis (Förderung des bürgerlichen Egoismus, „Prestigedenken, Akkord-System u.a.“) zum Hauptziel. Aber der Sozialismus u.s., die sozialistischen Produktionsverhältnisse – das sind nicht nur und nicht einmal in erster Linie die verstaatlichten Produktivkräfte. Er erfordert vielmehr einen besonderen politischen, juristischen, kulturellen u.s. Überbau. Es ist gerade dieser Überbau, was den entscheidenden Unterschied zwischen Sozialismus und Kapitalismus ausmacht.

Auch auf dem XXIV. Parteitag der KPdSU vor einigen Wochen war wieder davon die Rede, daß in der Sowjetunion die materiell-technische Basis für die kommunistische Gesellschaft geschaffen wird. Das ist erstaunlich genug, wenn man bedenkt, daß sich in der Sowjetunion die Lohnunterschiede immer mehr vergrößern, daß die Privilegien und der Lebensstil der Führungsschicht immer unerträglicher werden, daß über eine „Verschlechterung der Arbeitsmoral“ und „Zunahme der Trunksucht“ offiziell geklagt wird usw. In dem, was die Revisionisten die „materiell-technische Basis für die kommunistische Gesellschaft“ nennen, sind ihnen die Kapitalisten weit voraus, wie auch im sogenannten „wissenschaftlich-technischen Fortschritt“. Ein Wettlauf auf diesem Gebiet kann im Grunde nur so aussehen, wie unter Chruschtschow, der einmal in der Woche versprach, „demnächst die USA zu überholen“.

Die Revisionisten sehen nicht, daß sie im „Wettbewerb“ mit den Kapitalisten entweder der revolutionären Initiative der Massen Raum geben müssen (was sie nicht wollen) und als revisionistische Bürokraten auch nicht können) oder aber letzten Endes völlig zu den Ausbeutungsmethoden, Akkord-System, Entlohnungs-System usw. der kapitalistischen Gesellschaft, zur Autonomie der Betriebsführungen usw. übergehen müssen.

Auch wirtschaftliche Schwierigkeiten – die in einer sozialistischen Gesellschaft natürlich möglich sind – erfordern, daß alle Anstrengungen auf die politische Seite konzentriert werden. Z.B. die der DDR durch den westdeutschen Imperialismus zugefügten Schäden und die damit verbundenen Probleme (Abwerbung, niedrige Arbeitsproduktivität u.s.) waren im Grunde politische bürgerliche (falsche Vorstellungen der DDR-Bürgern über die kapitalistische Gesellschaft der BRD, Entfremdung zwischen SED und Volksmassen,

falsche Einstellung zum sozialistischen Staat usw.). Entsprechend hätten diese Probleme vor allem politisch angegangen werden müssen, statt durch Anwendung des „Prinzips der materiellen Interessiertheit“ (das allenfalls vorübergehend eine Hilfsrolle hätte spielen dürfen!)

Die chinesischen Genossen haben dieses Verhältnis so zum Ausdruck gebracht: „Wenn wir den Klassenkampf vergessen, die Revolution nicht machen und nur einseitig von der Produktion von Material, der Herstellung von Material und der eifrigen Beschäftigung mit der Mechanisierung in Anspruch genommen werden, werden unsere sozialistischen Unternehmen zu kapitalistischen entarten, wird die politische Macht ihre Farbe ändern, und alle Errungenschaften des wirtschaftlichen Aufbaus werden der Bourgeoisie in die Hände fallen und zur Unterdrückung und Ausbeutung der breiten Massen der Werktätigen benützt werden. Daher ist es notwendig, zuerst die Revolutionierung durchzuführen und die Revolutionierung die Mechanisierung leiten zu lassen“ (Der Weg der sozialistischen Industrialisierung Chinas, Peking Rundschau, Nr. 43/1969).

In der Volksrepublik China wird ständig daran gearbeitet, die sozialistische Wirtschaft nicht nur „schneller besser und ökonomischer“ als die kapitalistische aufzubauen, sondern auch sozialistische Verhaltensweisen und Überbau-Strukturen zu entwickeln.

Vom marxistischen Standpunkt aus entspricht diese Zielsetzung der Erkenntnis der historischen Notwendigkeit, daß die Produktivkräfte sich ohne radikale Veränderung sowohl der Eigentumsverhältnisse als auch der gesamten Produktionsweise und Überbaustrukturen der Gesellschaft entweder überhaupt nicht oder nur in widersprüchlicher Form weiterentwickeln können (d.h. indem sie zunehmend sowohl auf materieller Ebene als auch im Bereich des Menschlichen selbst destruktive Kräfte hervorbringen)

Die sozialistische Produktionsweise kann sich nur dann behaupten, kann nur dann Fortschritte machen, wenn sich die „Überbaustrukturen“ in Form von sozialistischen Einstellungen, Verhaltensweisen und gesellschaftlichen Vorstellungen herausbilden. Ohne adäquate Überbaustrukturen wird die ökonomische Basis, auf der man den Sozialismus aufzubauen versucht, durch rückläufige Veränderungen bedroht (Rückkehr zu „materiellen Anreizen“, Prämiensystemen etc.), und zwar sowohl im der Produktivkräfte selbst, als auch im Bereich der Produktionsverhältnisse (Wiederzulassung erst kleiner, dann größerer Privatbetriebe etc.). Denn die Produktivkräfte laufen Gefahr, ihre Entwicklung zu verlangsamen, wenn sich die Einstellungen und Verhaltensweisen, die für den Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft erforderlich sind, nicht schnell genug entwickeln, oder wenn sich Einstellungen und Verhaltensweisen sowie Wertsysteme rückläufig zu solchen entwickeln, die die kapitalistische Produktionsweise kennzeich-

neten (materielle Interessiertheit, Egoismus etc.).

Unter den extrem schwierigen Bedingungen der Jahre 1960-62 begann in der DDR der schrittweise Übergang zum sogenannten „Neuen Ökonomischen System der Planung und der Leitung“ (NÖSPL). In einer ähnlichen Situation war auch in der von Lenin geführten Sowjetunion ein Rückzug angetreten worden, nämlich 1921 der vorübergehende Übergang zur Neuen Ökonomischen Politik (NÖP) vollzogen worden. Aber im Unterschied zu den Revisionisten pflegte Lenin die Dinge beim rechten Namen zu nennen. Er sagte: die NÖP bedeute, „einen Schritt zurück für unsere sozialistische Staatsmacht... Es ist klar, daß eine solche Maßnahme ein Kompromiß, eine Abweichung von den Prinzipien der Pariser Kommune und jeder proletarischen Macht ist“ (Die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, Ausgewählte Werke, Bd. II, S. 744 ff.).

Wir sehen daran, wie Lenin über Notwendigkeiten den Arbeitern die Wahrheit sagte. Er sah die NÖP als „Schritt zurück“ an und er sagte das auch ohne Beschönigung. Das war Lenin!

Die Revisionisten aber behaupten, daß ihr NÖSPL geradezu ein Schritt vorwärts sei. Sie sagen, daß die Vergrößerung der Lohnunterschiede, der Übergang zum System der „materiellen Anreize“, die Stärkung der Autonomie der Betriebsführungen usw. ein Schritt vorwärts sei.

Lenin stellte das Problem der NÖP ehrlich dar, sodaß es möglich war, den Rückzug an einem bestimmten Punkt zu beenden und wieder zum Vormarsch überzugehen; es war damit eine Garantie gegeben, daß der Schritt zurück nicht weiter als notwendig gegangen werden würde. Die Revisionisten dagegen bezeichnen das NÖSPL als Schritt nach vorn, und das bedeutet, daß sie diesen Weg ohne Umkehr immer weiter gehen wollen.

Der Übergang der DDR zum NÖSPL erfolgte seit Anfang 1962. Es besteht u.a. in der „Anwendung eines geschlossenen Systems ökonomischer Hebel zur Durchsetzung des Prinzips der materiellen Interessiertheit“ in der „konsequenten Konzentration der Mittel und Kräfte auf die führenden Wirtschaftszweige“ und im Übergang „von einer vorwiegend mengenmäßigen Planung... zu einer in erster Linie auf den wissenschaftlich-technischen Fortschritt gerichteten Perspektivplanung...“

Unter „ökonomischen Hebeln“ werden Kosten, Preise, Gewinn, Kredit, Zins, Lohn und Prämie verstanden, wobei der Gewinn „eine zentrale Stellung im System der ökonomischen Hebel“ hat.

Die Revisionisten erklären dazu, die Wirtschaftsleitung sollte „auf Grundlage der wissenschaftlichen fundierten Planung nunmehr vorwiegend mit ökonomischen Mitteln erfolgen“, d.h. nach im Grunde marktwirtschaftlichen Prinzipien wie „Angebot und Nachfrage“, Kredit-Politik, Nachfrage-Steuerung durch Werbung, Verhandlungen zwischen relativ selbständigen Betriebsführungen, differenziertes Lohnsystem u.s.

Zwar sind in der DDR die wesentlichen Produktionsmittel in Staatseigentum überführt. Auch war die Kollektivierung der Landwirtschaft 1960 abgeschlossen. Es handelt sich dabei aber nur um die Änderung der „juristischen Formen“, d.h. der Eigentumsverhältnisse. Es sind dies die notwendigen Voraussetzungen, um die Produktionsverhältnisse zu sozialistischen umzuwälzen, d.h. die unmittelbaren Produzenten zu den tatsächlichen Herren über die Produktion und die von ihnen erarbeiteten Produkte werden zu lassen.

Die chinesische Kulturrevolution hat in der Praxis belegt, daß auch unter den Verhältnissen des Staatseigentums und des genossenschaftlichen Eigentums an den Produktionsmitteln nicht von selbst gewährleistet ist, daß sich die Massen zu den unmittelbaren Herren der Produktion – gewissermaßen im Selbstlauf – entwickeln. Nach der Errichtung der Diktatur des Proletariats geht der Klassenkampf unter anderen Bedingungen weiter. Wenn die Kapitalistenklasse ihre ökonomische Basis verloren hat, so hat sie noch starke Positionen auf dem Gebiet der Kultur, der Wissenschaft etc. Auch nach der Entmachtung der Bourgeoisie bleibt die bürgerliche Arbeitsteilung in körperliche und geistige Arbeit noch für längere Zeit bestehen und kann in den proletarischen Kadern bürgerliche Bewußtseinsformen hervorbringen. Letztlich ist der Sozialismus eine Übergangsgesellschaft, die nach Lenins Worten „mit den Muttermalen der kapitalistischen Gesellschaft behaftet“ ist.

Der Aufbau einer kommunistischen Gesellschaft kann nur erfolgreich vonstatten gehen, wenn die Überreste der kapitalistischen Produktionsverhältnisse völlig überwunden werden.

Die DDR-Theoretiker versuchen, den Schluß nahezulegen, daß sich mit dem Übergang der Produktionsmittel in gesellschaftliches und genossenschaftliches Eigentum schon sozialistische Produktionsverhältnisse durchgesetzt hätten:

„In der DDR ist das sozialistische Eigentum an Produktionsmitteln in der Form des Volkseigentums und des genossenschaftlichen Eigentums zur festen ökonomischen Grundlage der Gesellschaft geworden... Mit dem Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse in allen Bereichen der Volkswirtschaft sind in der DDR die sozialen und ökonomischen Möglichkeiten für die Wiederherstellung des Kapitalismus ein für alle mal beseitigt“ (Programm der SED, Berlin, 1963, S. 45).

Daß sich aber mit der Enteignung der meisten Kapitalisten noch lange nicht sozialistische Produktionsverhältnisse durchgesetzt haben, ist schon von Marx und Lenin hervorgehoben worden. Die Veränderung der Eigentumsformen ist nicht gleichbedeutend mit der Errichtung der gesellschaftlichen Fähigkeit und Macht, die Produktionsmittel in Bewegung zu setzen und über die Produkte zu verfügen. Sie ist weit davon entfernt, eine Vergesellschaftung

im eigentlichen Sinn des Wortes zu sein. Aber nur diese kann bedeuten, daß sich sozialistische Produktionsverhältnisse durchsetzen, und daß die arbeitenden Massen zu den tatsächlichen Herren in allen Bereichen der Gesellschaft werden.

Die Gleichsetzung von sozialistischen Eigentumsformen, d.h. der juristischen Hülle, und sozialistischen Produktionsverhältnissen verschleiert die Tatsache, daß die Massen noch nicht die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben, daß die Erringung der Verfügungsgewalt über die Produktion noch aussteht.

In dem Maße aber, in dem sich in der DDR die Verhältnisse verfestigen und geradezu als „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ verherrlicht werden, der eine „Wiederherstellung des Kapitalismus ein für alle Mal unmöglich gemacht“ hat – im selben Maße also konsolidiert sich auch die Herausbildung neuer Klassenverhältnisse, die Herrschaft der Spitzen der Partei, Staats- und Wirtschaftsbürokratie, die eine neue Revolution notwendig macht.

Die Ware im Neuen Ökonomischen System

Die DDR-Theoretiker wenden sich direkt gegen Marx, indem sie behaupten, es handle sich um eine „undialektische Interpretation etwa der Bemerkungen Marx' zum Gothaer Programm“, für „den Sozialismus die Bedeutung z.B. der Ware-Geld-Beziehung zu unterschätzen...“ Vielmehr gelte es, „Warenproduktion, Wertgesetz, Preis, Gewinn etc.“ durch richtige Ausnutzung „erst voll „zur Wirkung“ zu bringen (nach W.Kallwein, in EINHEIT, Hrs. vom ZK der SED, Januar 1968, S. 68).

Auch Walter Ulbricht ist der Ansicht, daß „fälschlicherweise“ ... häufig die Kategorien, die formal den Kategorien der kapitalistischen Ökonomie ähnlich sind (Geld, Preis, Gewinn und andere) als „unvermeidliche Übel“ betrachtet werden, „deren Wirksamkeit überwunden werden muß ... Deshalb besteht die Aufgabe beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaftsformation nicht darin, diese Kategorien zu überwinden, sondern darin, sie im Interesse der Werktätigen voll auszunutzen“ (W. Ulbricht Zum ökonomischen System des Sozialismus in der DDR, Bd.2, Berlin 1968, S.520).

Marx hat die Analyse der Ware an den Anfang des „Kapitals“ gestellt. Er war der Ansicht, daß die Widersprüche der bürgerlichen Gesellschaft im Keim in der Existenz der Warenproduktion enthalten sind, d.h. in den Widersprüchen, die in der Ware selbst angelegt sind. Marx hat die „verdinglichten“ Bewußtseinsformen, den „Fetisch-Charakter der Ware“, die im Kapitalismus den gesellschaftlichen Charakter der Produktion verschleiern, hervorgehoben. Er hat das falsche Bewußtsein der Menschen aus dem Warencharakter der Produkte hergeleitet und eindeutig darauf hingewiesen, daß die Waren-

produktion im Sozialismus schrittweise abgebaut werden muß. Mit Marx waren alle revolutionären Marxisten der Ansicht, daß im Sozialismus der Warencharakter der Produkte absterben wird. Engels z.B. stellte fest: „Mit der Besitzergreifung der Produktionsmittel durch die Gesellschaft ist die Warenproduktion beseitigt und damit die Herrschaft des Produkts über die Produzenten“.

(Anti-Dühring)

Die Revisionisten indessen sind anderer Meinung. Sie reden vom „Sieg der sozialistischen Produktionsverhältnisse“ und von der „Schaffung der materiell-technischen Basis des Kommunismus“, ohne dabei den Warencharakter der Produkte zu beseitigen. Im Gegenteil wird die Arbeitskraft selbst immer mehr wieder zu einer Ware (Festsetzung der Löhne und Prämien durch die Betriebsführung, gegenseitige Abwerbung von Arbeitskräften zwischen den Betrieben und Branchen, Akkord-System u.a.).

Der Betrieb im neuen ökonomischen System

Das NÖSPL räumt dem Betrieb eine größere Selbständigkeit ein, als das in den 50er Jahren in der DDR der Fall war. Das hängt mit der neuen Gestalt des Plans zusammen, die sich herausbildete.

Die Lenkung der Betriebe erfolgt im NÖSPL nicht mehr durch direkte Material-Kennziffern, die vornehmlich auf den Gebrauchswert ausgerichtet waren, sondern mittels sogenannter „ökonomischer Hebel“ wie Gewinn, Preis, Kredit, Zins etc., also durch Größen, die am Tauschwert orientiert sind.

Dabei hat der Gewinn „eine zentrale Stellung im System der ökonomischen Hebel“. Von der Höhe des Gewinns des Betriebs hängt die Höhe der an die Arbeiter geleisteten Prämien und sozialen Leistungen ab. Vom Gewinn hängt aber auch ab, welche Mittel der Betrieb für neue Investitionen bereitstellen kann. Wurden früher die Investitionen im wesentlichen zentral geplant und aus dem Staatshaushalt abgedeckt, so müssen die Betriebe im NÖSPL aus ihrem Gewinn die notwendigen Ausgaben für die Neuanschaffung moderner Maschinen und Einrichtungen, für Rationalisierungsmaßnahmen und andere Maßnahmen zur Erhöhung und Verbesserung der Produktion bestreiten.

Die Ausrichtung der Betriebe auf den Gewinn ging einher mit der Umstellung in der Planerstellung. Auch hier wurde der Gewinn zum entscheidenden Kriterium. Eine auf einen Zeitraum von 20-25 Jahren ausgerichtete Prognose soll die ökonomischen und strukturellen Veränderungen der Volkswirtschaft analysieren, die erforderlich sind, um bei einem Minimum an Kosten ein Maximum von Gewinn zu erzielen. Auf der Grundlage dieser Prognostik werden dann die Perspektivpläne erstellt, die einen Zeitraum von 5 Jahren umfassen. Die dritte Stufe ist dann der jährliche Plan.

Die Tatsache, daß der Gewinn das Haupt-Kriterium für die Prognose und die Pläne ist, „verstärkt die Gefahr, daß der Plan nur „Begleiter“ einer Entwicklung ist, die nicht durch ihn, sondern durch die Warenverhältnisse bedingt ist. Wenn nämlich „geplant“ wird, was ohnehin kraft Reproduktion der Warenverhältnisse eintreten würde, wird die reale Bedeutung des Plans unterminiert. Der Plan bekämpft nicht mehr die Wirkung des Wertgesetzes, sondern er verdoppelt nur dessen Wirken“ (W. Lindner, Aufbau des Sozialismus oder kapitalistische Restauration?, Erlangen 1971, S.37).

So zeigt sich auch auf dem Gebiet der Planung, daß die Warenverhältnisse – die nach Meinung der DDR-Theoretiker „voll zur Geltung gebracht werden müssen“ – mit der Existenz eines Planes, der als politisches Instrument Ausdruck der ökonomischen und gesellschaftlichen Umgestaltung in Richtung auf den Sozialismus, d.h. vornehmlich auf den Gebrauchswert gerichtete Produktion unvereinbar ist. „Die Warenverhältnisse dehnen sich aus, greifen um sich. Die notwendige Transformation der Produktionsverhältnisse und der Produktivkräfte (als bewußt gestaltete, d.h. geplante) werden unmöglich“ (Lindner, S.37).

Die größere Selbständigkeit der Betriebe äußert sich im Prinzip der „Eigenverantwortlichkeit“ und in der „eigenverantwortlichen wirtschaftlichen Rechnungsführung“ der Betriebe. Die Lenkung der Betriebe mittels „ökonomischer Hebel“ und die staatlichen Plan-Normative stecken den Rahmen ab für die Verwendung der in eigener Verantwortung erwirtschafteten Gewinne. Die Akkumulation der Betriebe wird auf diese Weise nur noch indirekt gesteuert, wobei es mehr oder minder große Spielräume gibt. Die Grenzen dieses Spielraums ergeben sich: „... durch den Spielraum zwischen staatlich gesetzten Normativen und der eigenen wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Der sozialistische Warenproduzent (der Betrieb) kann durch Qualifizierung seiner eigenen wirtschaftlichen Tätigkeit diesen Spielraum ausdehnen“ (Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin/DDR 1969, S.357).

Die Orientierung auf den Gewinn in Verbindung mit der „Eigenverantwortlichkeit“ der Betriebe hat die Herausbildung von eigenständigen Interessen der Betriebe gegenüber dem Staat und den Arbeitern zur Folge. Sie führen zu einer zunehmenden Perversionierung der bereits erreichten sozialistischen Formen und zu einer verstärkten Macht der Betriebsleiter, die die eigentliche Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben.

Die relative Eigenständigkeit der materiellen Interessen der Betriebe ist die Ursache der Warenproduktion im Sozialismus“ (Harry Nick, Gesellschaft und Betrieb im Sozialismus, Berlin 1970, S.64).

Der auf einen hohen Gewinn orientierte Betrieb hat ein natürliches Interesse an hohen Verkaufspreisen und niedrigen Fertigungspreisen.

Auch eine Verschlechterung der Qualität der Produkte kann den Gewinn erhöhen. Auch der Drang, das staatliche Außenhandelsmonopol zu unterlaufen und zu durchbrechen, ist in der Ausrichtung der Betriebe auf den Gewinn angelegt.

Nicht zuletzt hat der Betrieb das Bestreben, die Löhne und andere Zuwendungen möglichst niedrig zu halten.

Das „System der materiellen Interessiertheit“

Das „System der materiellen Interessiertheit“ wirkt also auf Betriebs-Ebene hauptsächlich durch die Orientierung am Gewinn. Die Eigeninteressen der Betriebsführungen sind im NÖSPL bewußt verstärkt worden. Die Eigeninteressen sind die Basis, auf der die „Stimulierung“ mittels „materieller Interessiertheit“ und „ökonomischer Hebel“ im Rahmen der staatlichen Normative zur Wirkung gebracht wird.

Für den einzelnen Arbeiter realisiert sich das System der „materiellen Interessiertheit“ durch die Prämien, die zum Lohn gezahlt werden und durch wachsende Differenzierung der Löhne.

Es ist besonders hervorzuheben, daß die Prämien aus einem betrieblichen Prämienfond gezahlt werden, dessen Höhe von der Betriebsführung nach dem Gewinn festgelegt wird. Die Prämie ist also eine Art betrieblicher Gewinnbeteiligung, allerdings differenziert nach Qualifikation, Arbeitsleistung, Stellung in der betrieblichen Hierarchie u.a. Ebenso richtet sich die Höhe des betrieblichen Fond für soziale u.a. Zuwendungen und

für soziale Leistungen (z.B. Betriebs-Kindergarten) nach der Höhe des Gewinns.

Das ist im Grunde ein Schritt zurück hinter das Prinzip „Jedem nach seiner Leistung“, denn die Einflußmöglichkeiten der Arbeiter auf die Höhe des Gewinns und damit der betrieblichen Fonds sind sehr begrenzt. Wie wir sehen, müssen auch die Mittel für Rationalisierung, Anschaffung neuer Maschinen usw. aus den vom Betrieb selbst erwirtschafteten Mitteln bestritten werden, sodaß sich ein unrentabel oder wenig rentabel arbeitender Betrieb gewissermaßen in einem Teufelskreis bewegt, dem er aus eigener Kraft nicht entgehen kann. Das wiederum bedeutet Abwerbung der betroffenen Arbeiter in Betriebe mit besseren Bedingungen, also die Ausdehnung eines Arbeitsmarktes, auf dem die Arbeiter ihre Arbeitskraft den Betriebsführungen anbieten müssen.

Auch hier kommt wieder zum Ausdruck, daß nicht die Arbeiter, sondern die Wirtschafts-Bürokraten die wahren Herren der Produktion sind.

Arbeitsteilung im neuen Ökonomischen System

Die Arbeitsteilung im NÖSPL hat eindeutig bürgerlichen Charakter. Das zeigt sich besonders in der krass unterschiedlichen Bewertung der „geistigen“ und der „körperlichen“ Arbeit. Es wird in zunehmendem Maße gefordert, die Löhne stärker zu differenzieren und die geistige Arbeit gegenüber der körperlichen höher zu bewerten.

„Man beklagt sich, daß bestimmte einfache, körperlich schwere Arbeiten zu hoch bewertet werden und fordert, daß die qualifizierte Arbeit aufgestuft wird. Je höher die Technik in einem Betrieb, umso höhere Löhne sollen gezahlt werden“ (Philip Neumann: Der „Sozialismus als eigenständige Gesellschaftsformation“, Kursbuch 23, S. 114).

„Der höchste Basislohn der jeweiligen Lohngruppe wird bei vollautomatisierten Prozessen mit zeitlichem Zwangsablauf, der niedrigste Basislohn bei manuellen Arbeiten und niedrigen Formen der Produktionsorganisation angewandt“ (Politische Ökonomie des Sozialismus und ihre Anwendung in der DDR, Berlin/DDR 1969, S.814).

Die Interessen, die hinter einer besonders hohen Bewertung der geistigen und der besonders qualifizierten Arbeit stehen, sind die der Kader in der Staats-, Partei- und Wirtschaftsbürokratie sowie die der technisch-wissenschaftlichen Intelligenz, also jene Gesellschaftsschichten, die mehr und mehr zu einer führenden Klasse verschmelzen (obwohl zwischen diesen Gruppen natürlich auch Widersprüche bestehen).

Zusammenfassend muß festgestellt werden, daß die in der DDR getroffenen Maßnahmen zur Stärkung der „Eigenverantwortlichkeit“ der Betriebe und Aufhebung der staatlichen Investitionsplanung und -lenkung sowie die verschärfte Anwendung des „Prinzips der materiellen Interessiertheit“ auf Löhne und Prämien letzten Endes eine Rückkehr zur kapitalistischen Anarchie der Produktion und zur Spaltung der Arbeiterklasse bedeuten.

KB auf »ML«-Trip? Schwere Kritik am Artikel »Schüsse an der DDR-Grenze«

(aus AK 87, August 1976)

Heftige Kritik bei zahlreichen Genossen und in großen Teilen unserer Organisation hat der Artikel „Todeschüsse an der DDR-Grenze“ (AK 86) hervorgerufen. Einige Genossen unterzogen sozusagen im selben Abwasch auch den Artikel „Terrorurteile gegen polnische Arbeiter“ (AK 85) einer scharfen Kritik.

Hierzu liegen der Redaktion bisher vier schriftliche Stellungnahmen vor – von einem Genossen aus Westberlin, von einem Genossen aus Flensburg, von der Kieler Metall-Zelle und von einem Genossen des Druckbereichs Hamburg. Die Kritik an den Artikeln, insbesondere am Kommentar „Todeschüsse an der DDR-Grenze“, ist in der Organisation natürlich wesentlich breiter,

aber die bisher aufgetauchten Standpunkte scheinen in den vorliegenden Stellungnahmen im wesentlichen erfaßt zu sein.

Das geht bis zu der Vermutung, der AK sei jetzt auf den „ML-Trip“ gegangen und bis zur Gleichsetzung der DDR mit „anderen sozialistischen Ländern“ wie China und Albanien, die schließlich auch ihre Grenzen schützen müßten.

Es gab sogar einzelne Genossen – zum Glück wohl nicht allzu viele – die sinngemäß meinten, der erschossene italienische Lastwagenfahrer sei selbst schuld, denn schließlich sei er auf einer für Lastwagen bestimmten Fahrspur gegangen, habe sich also nicht „vorschriftsmäßig“ verhalten. Und dann muß man eben

damit rechnen, daß man erschossen wird... Das ist sicher sehr „deutsch“ gedacht!

Allgemein läßt sich sagen, daß an dieser Frage, und an den Vorgängen in Polen, ein Widerspruch aufgebrochen ist, dessen tiefere Ursache in der „Behutsamkeit“ zu suchen ist, mit der bisher insbesondere Vorgänge in der DDR (und an ihren Grenzen) von uns behandelt wurde. Unsere Organisation ist entstanden u.a. auch in der kompromißlosen Abgrenzung gegen den ganzen „links“ aufgemachten antikomunistischen Plunder der „ML“-scene, den diese als „Antirevisionismus“ ausgiebt. Beispielsweise schreiben wir schon im April 1971 (!) in der noch vom SALZ und KAB Hamburg (Vor-

läufer des KB) herausgegebenen Broschüre „Wer sind die Super-Linken und wie schaden sie der Sache des Proletariats?“, „Die Super-Linken übersehen geflüstert das besondere Verhältnis des westdeutschen Imperialismus zur DDR, d.h. seine revanchistischen Ansprüche auf die DDR. Sie wollen nicht begreifen, daß in der Beurteilung der DDR wissenschaftliche Sorgfalt und hohes kommunistisches Verantwortungs-bewußtsein unbedingt nötig sind, während dümmliche Pauschal-Urteile direkt dem Antikommunismus Vorschub leisten“ (S.16). Diesem Prinzip sind wir in unserer Haltung zur DDR gefolgt – was dann aber oft auch so aussah, daß zu bestimmten Fragen kein Urteil abgegeben wurde. Unter der Hand haben sich dabei in Teilen der Organisation jedoch Standpunkte einnistet können, die mehr oder weniger auf Illusionen über die DDR hinauslaufen, und die zweifellos auch von den meisten Kritikern am Artikel „Todes-schüsse an der DDR-Grenze“ nicht geteilt werden. So scheiden sich denn in den Kritiken auch schon die Geister an der Frage, ob es richtig war, die Erschießung Corghis durch DDR-Grenzer als „Mord“ zu bezeichnen oder nicht. Die Mehrzahl der Kritiker scheint nämlich diese Bezeichnung für berechtigt zu halten, kritisiert aber andere Schlussfolgerungen des Artikels.

In erster Linie richtet sich die Kritik gegen den Hinweis auf „ähnliche frühere Fälle“ sowie auf die Behauptung, daß in der DDR „die Polizei die Schusswaffen genauso locker sitzen wie in der BRD...“ und daß „bei den DDR-Polizisten und -Grenzern ... systematisch die Schießwutigkeit ebenso geschürt und begünstigt (wird) wie in der BRD“. Hingewiesen wird in den Kritiken darauf, daß die DDR-Grenzer „oft genug... mit bewaffneten Provokationen gegen ihre Staatsgrenze konfrontiert sind“, daß die DDR-Grenzorgane „in erster Linie zur Abwehr von Provokationen von Seiten der BRD eingesetzt sind“ und daß es „das unbestreitbare Recht der DDR (sei), die Unverletzlichkeit ihrer Staatsgrenze auch mit Gewalt durchzusetzen“.

Zu dieser Kritik ist zu sagen, daß wir sie teilweise für berechtigt halten. Nämlich in dem Sinn, daß in dem Artikel tatsächlich kein Hinweis darauf enthalten war, wie die BRD-Imperialisten und organisierte Rechtsradikale (bis hin zur Jungen Union) an der DDR-Grenze systematische Spannungen und „Zwischenfälle“ provozieren, welche Hetze vor allem die Springer-Presse in diesem Zusammenhang entfaltet usw. Das heißt, wir haben zwar die Scheinheiligkeit entlarvt, mit der sich ausrechnet die bundesdeutschen Verantwortlichen für Polizei-Mord und Todes-schuss über den Tod Corghis ereifern, aber wir haben nicht die wesentliche Verantwortung des BRD-Imperialismus für die Situation an den Grenzen BRD-DDR bzw. Westberlin-DDR erwähnt. Das ist ein Mangel des Artikels, aber unserer Meinung nach nicht der Hauptpunkt der Kritik.

Viele Genossen haben sich an dem Hinweis auf „ähnliche frühere Fälle“ gestoßen. Mit Recht sagen sie, daß sie im AK noch nie von „ähnlichen früheren Fällen“ gelesen haben. Wir schreiben das der schon erwähnten „Behutsamkeit“ zu.

Hätte es keine „ähnlichen früheren Fälle“ gegeben, wäre also die Erschießung Corghis nur ein Einzelfall, so hätten die DDR-Behörden völlig recht von einem „tragischen Mißverständnis“ zu sprechen, denn dann würde es sich nur um die unglückliche, vereinzelt dastehende Tat eines DDR-Grenzlers handeln, der vielleicht im „Über-eifer“ einen – leider tödlichen – Fehler begangen hat. Oder man müßte sogar in der Art der DKP – und einiger Genossen – zur Schlussfolgerung kommen: Wer sich an der DDR-Grenze „unvorschriftsmäßig“ verhält und womöglich noch auf einen Anruf nicht gleich richtig reagiert, der kriegt halt eins auf den Pelz gebrannt. Denn der Vogel ist bestimmt ein Provokateur und Recht geschieht ihm. Daß Corgi wahrscheinlich kein Provokateur war (immerhin war er langjähriges Mitglied der PCI bis zu seinem Tod), ist sein persönliches Pech...

Losgelöst von „ähnlichen früheren Fällen“ wäre der Tod Corgis nur eine politisch bedeutungslose „tragische Episode“, die für uns ausschließlich deshalb interessant wäre, weil die Bourgeoisie ein tagelanges antikommunistisches Feuerwerk rund um diese Episode abgebrannt hat.

Wir haben bisher keine Sammlung von „ähnlichen früheren Fällen“ angelegt. Erinnern können wir im Moment konkret nur an den Fall des Hamburgers Willi Bubbers, der am 24. Juli dieses Jahres – offenbar versehentlich – über die auf westdeutschem Gebiet unzureichend markierte DDR-Grenze geriet und mit zwei Schüssen von DDR-Grenzern krankenhaushausreif gemacht wurde. Daß Bubbers kein Provokateur ist, sondern offensichtlich nur etwas „neugierig“ und unvorsichtig war, ergibt sich aus der Tatsache, daß er nach seiner Rückkehr aus der DDR überaus freundlich von seiner Behandlung dort berichtet hat.

Daß die DDR es ständig mit tatsächlichen Provokationen von westdeutscher Seite zu tun hat, läßt sich sicher gar nicht bestreiten. Richtig ist auch, daß die DDR trotz „Östvertägen“ vom BRD-Imperialismus immer noch nicht als selbständiger Staat betrachtet wird, sondern als „Teil Deutschlands“, dessen Alleinvertreterin wiederum die BRD ist. Wir haben übrigens schon 1971, entgegen den damaligen übergeschnappten Jubeleien der DKP, gesagt, daß diese Verträge nicht viel wert sind und an der grundlegenden Haltung des BRD-Imperialismus zur DDR nichts ändern werden.

Richtig ist, daß die DDR-Grenzer durch ständige Provokationen einem verschärften „Stress“ (und teilweise auch ernststen Gefahren für Leib und Leben) ausgesetzt sind. Wir werfen den verantwortlichen Behörden der

DDR jedoch vor, daß sie gerade in dieser Situation die DDR-Grenzer nicht auf Besonnenheit und zurückhaltenden (!) Schusswaffengebrauch ausrichten, sondern genau im Gegenteil Schießwutigkeit schüren und begünstigen. Konkret geschieht dies, indem weitgehend und differenziert echten faschistischen Anschlägen, dann auch mehr symbolische Provokationen (beispielsweise Fackelaufmärsche der JU an der Grenze), Grenzverletzungen durch antikommunistisch verhetzte Einzelpersonen, und schließlich einfach durch „Neugierige“ und „Erlebnishungrige“ das gemeinsame Etikett der „Grenzprovokation“ u.ä. aufgeklebt wird. Das heißt, es ist eine Situation geschaffen worden, wo kaum noch unterschieden wird zwischen bewaffneten faschistischen Grenzprovokateuren vom Typ der Gartenschläger-Bande und auf der anderen Seite Personen, die einfach aus Unachtsamkeit und Leichtfertigkeit eine Vorschrift oder ein Zeichen nicht beachtet haben, ohne daß sie deshalb irgendeine erkennbare Gefahr für die DDR-Staatsgrenze darstellen würden. Daß auf eine offensichtlich unbewaffnete und ungefährliche Person geschossen wird, das setzt eine gewisse Mentalität beim Schützen voraus, die erst produziert werden muß. Zu diesem Thema gehört eigentlich auch das Problem der DDR-„Republikflüchtigen“, das noch gesondert zu diskutieren wäre.

Insgesamt stellt sich das Problem, unseren Kampf gegen Imperialismus, Reaktion und Faschismus (und von daher notwendigerweise immer auch eine gewisse „In-Schutznahme“ der DDR) in Einklang zu bringen mit einer Kritik am System der DDR, von dem wir wissen, daß es insgesamt keineswegs mehr sozialistisch ist. Bei manchen Genossen ist es aber so, daß das „In-Schutz-Nehmen“ der DDR umschlägt in Illusionen über die DDR, bis hin zur Übernahme und Verteidigung offizieller DDR-Positionen („Wer die Grenze verletzt, ist eben ein Provokateur...“, „Der Corgi hat eben die Vorschriften nicht beachtet, und die DDR-Grenzer konnten ja nicht wissen, daß er kein Provokateur ist“ usw.). Mit derartigen Sprüchen werden wir zweifellos keinen Arbeiter für den Sozialismus gewinnen können.

Ausdrücklich sei gesagt, daß sich unser Vergleich zwischen der westdeutschen Polizei und den DDR-Grenzern nur auf die Leichtfertigkeit des Schusswaffen-Gebrauchs bezog. Darüber hinaus eine Gleichsetzung von BRD- und DDR-Polizei zu machen, war nicht unsere Absicht. Insbesondere sind wir gar nicht in der Lage, konkrete und belegte Aussagen über den Schusswaffengebrauch und überhaupt das Auftreten der DDR-Polizei im Lande selbst zu machen. Wir hatten nicht vor, mit dem Artikel derartige verallgemeinernde Aussagen zu machen. Soweit in diesem Zusammenhang eine bestimmte Formulierung des Artikels kritisiert wird, halten wir die Kritik für berechtigt.

Im Grunde scheint es uns jedoch bei vielen Kritiken eher darum zu ge-

hen, daß man sich in der „plötzlichen“ Gesellschaft von erklärten Antikommunisten bei der Verurteilung bestimmter Praktiken an der DDR-Grenze oder der Repression in Polen nicht sehr wohl fühlt, und von daher eigentlich meint, wir dürfen diese Vorgänge gar nicht verurteilen, ohne damit „Zugeständnisse an den Antikommunismus“ zu machen. Wir werden aber die Antikommunisten bestimmt nicht daran hindern können, bei ihrer Hetze gerade an reale Vorgänge in den revisionistischen Ländern anzuknüpfen, und zwar natürlich mit Vorliebe an solche, die bei vielen Menschen in den kapitalistischen Ländern Empörung hervorrufen. Wir können es uns dann sehr bequem machen, und diese Menschen einfach als bedauernswerte „antikommunistisch verhetzte“ Wesen abtun. Oder wir können es uns ebenso bequem machen, und diese Menschen nach üblicher „ML“-Manier einfach zu „Antirevisionisten“ erklären.

Natürlich muß man mit solchen Menschen darüber diskutieren, warum beispielsweise der Tod Corgis oder auch die Geiselnführung von Entebbe bei ihnen Empörung und starke Anteilnahme hervorruft, nicht aber beispielsweise die grauenhaften faschistischen Massaker im Libanon usw. Einem halbwegs politisch bewußten Kollegen kann man bei einem Vergleich von Umfang und Art der Berichterstattung über bestimmte Ereignisse zeigen, wie „Empörung“ sehr gezielt produziert und manipuliert wird (beispielsweise berichtete das Fernsehen mindestens vier Tage lang in den Nachrichten an erster Stelle über Corgis Tod, obwohl es absolut nichts Neues zu berichten gab!!).

Falsch wäre es allerdings unserer Meinung nach, einen „antikommunistisch verhetzten“ Kollegen durch eine Beschönigung der revisionistischen Länder überzeugen zu wollen. Damit werden wir uns den Kopf einrennen und dafür gibt es für uns kein Grund.

Außerdem scheint es uns ein sehr defensives Herangehen, wenn man den Vergleich zwischen DDR-Grenzern und BRD-Polizisten hinsichtlich der Schießwutigkeit als „Zugeständnis“ und „Zurückweichen“ vor dem Antikommunismus interpretiert. Welcher Antikommunist kann denn diesem Vergleich zustimmen?! Die Stoßrichtung muß doch gerade sein, diesen Vergleich offensiv zu benutzen, das heißt weg von Corgi und hin zu den Polizei-Morden etc. im eigenen Land.

Noch abschließend ein Wort zur Kritik an dem Artikel „Terrorurteile gegen polnische Arbeiter“ (AK 85). Kritisiert wird der Satz: „...Dies sind Urteile, wie sie sonst nur in faschistischen Staaten gegen demonstrierende Arbeiter üblich sind!“ und: „In den meisten kapitalistischen Ländern würde es allerdings kein Gericht wagen, demonstrierende Arbeiter mit derart hohen Strafen zu belegen, wie dies in Polen geschehen ist.“ Dazu heißt es in einer Kritik: „Soll das heißen, in Polen werden klassenbewußte Arbeiter stärker unterdrückt als in der BRD?“ Und in einer anderen Kritik: „...Also Sozialfaschismus in Polen? Auf welcher klassenmäßigen Grundlage denn?“

Diese Kritiken scheinen wohl von dem Grundsatz auszugehen, „daß nicht sein kann, was nicht sein darf“. Wir fordern auf, die Richtigkeit der oben zitierten Sätze zu widerlegen.

Es ist einfach ein Fakt, daß derartige Urteile (zwischen drei und zehn Jahren) gegen demonstrierende Arbeiter in bürgerlich-demokratischen kapitalistischen Ländern nicht üblich sind. Wir verfallen deswegen weder auf die Idee, daß die BRD eben „demokratischer“ sei als die VR Polen, noch gehen wir zur These vom „Sozialfaschismus“ über. Zunächst einmal geht es unserer Meinung nach darum, sich über bestimmte Tatsachen klarzuwerden (beispielsweise auch über das Blutbad, das die polnische Polizei 1970 unter den demonstrierenden Arbeitern anrichtete), sie überhaupt einmal bewußt zur Kenntnis zu nehmen.

Vielfach ist die Tendenz da, daß man – völlig zu recht! – davon ausgeht, daß die revisionistischen Länder doch in vielerlei Beziehung „besser“ sind als kapitalistische und imperialistische Länder wie die BRD – nämlich deshalb, weil die Arbeiterklasse sich dort gesellschaftliche Umgestaltungen erkämpft hat, die ihr bis heute nicht vollständig wieder genommen werden konnten. Andererseits passen dann solche Dinge wie die Terrorurteile in Polen nicht in dieses Bild von den „besseren“ revisionistischen Staaten, und an diesem Punkt geraten manche Genossen ins Schleudern.

Wir meinen, daß durch die verschiedensten Faktoren und historischen Entwicklungen in den revisionistischen Ländern außerordentlich komplexe und widersprüchliche Situationen entstanden sind, die weder den allgemeinen Schluß zulassen, es sei dort „schlimmer“ als hierzulande, noch den umgekehrten einfachen Schluß, es sei dort „besser“. Vielmehr gilt es, sehr genau und immer am konkreten Fakt, die Dinge einzuschätzen.

Wolf Biermann

»Warte nicht auf bess're Zeiten...«

(aus AK 94, November 1976)

Die DDR-Behörden haben dem Liedermacher und Sänger Wolf Biermann die Staatsbürgerschaft der DDR aberkannt. „Die Tore zur DDR werden für ihn in Zukunft verschlossen sein“, heißt es dazu in einem Kommentar der SED-Zeitung „Neues Deutschland“.

Zu rechtfertigen versucht die Ausbürgerung Biermanns hierzulande nur die DKP, die sich selbst für die einzige antikapitalistische Kraft der Bundesrepublik hält. Die DKP kann sich dieses Verhalten zweifellos leisten, denn an Sympathie in der arbeitenden Bevölkerung hat sie ohnehin kaum noch etwas zu verlieren.

Es liegt zweifellos nicht nur am Antikommunismus, daß in diesem Land kaum jemand den Wunsch verspürt, die herrschenden kapitalistischen Verhältnisse gegen diese spezielle Version von „realem Sozialismus“ einzutauschen. DDR-Behörden und DKP-Führung tun somit genau das, was sie Wolf Biermann vorwerfen: Sie stärken die herrschenden reaktionären Kräfte und den in diesem Land ohnehin weitverbreiteten Antikommunismus. Indem sie mit ihrem Vorgehen den arbeitenden Menschen den Blick auf eine sozialistische Zukunft trüben, tragen sie zur Stabilisierung der herrschenden Verhältnisse bei.

Wohl zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik geschah es, daß ein volles vierstündiges Programm eines linken Liedermachers und Sängers ungekürzt im Fernsehen gezeigt wurde. Wahrscheinlich war es für Biermann auch das letzte Mal, falls er nicht die Absicht haben sollte – Angebote dafür liegen schon vor – sich den Herrschenden als Hampelmann zu verkaufen.

Denn die „Konjunktur“ in der Bundesrepublik für linke Liedermacher und „kritische Sozialisten“ ist nicht gut. Sie ist sogar ausgesprochen schlecht. Hunderte von Berufsverböten (und dahinter zigtausende „Überprüfungen“, Bespitzelungen, Verhöre und andere Einschüchterungsversuche) geben ein kleines Bild, wie hierzulande mit „kritischen Sozialisten“ umgesprungen wird. Und keine Statistik weist die tausende von Arbeitern und Angestellten aus, die kurzzerhand gefeuert wurden, weil sie als „Linksextremisten“ verdächtig waren, weil sie sich zu sehr für die Interessen

der Arbeitenden eingesetzt hatten, weil sie gegen Mißstände im Betrieb angekämpft hatten. Ergänzt wird diese Praxis durch Gewerkschaftsausschlüsse gegen unbequeme Kritiker und aktive Gewerkschafter, durch massive Einschüchterung von „kritischen Sozialisten“ in der SPD.

Es ist überhaupt nicht zu übersehen, daß gerade diejenigen, die diese Rechtsentwicklung vorantreiben, die Ausbürgerung Biermanns für eine massiv angelegte und gesteuerte antikommunistische Kampagne auszunutzen versuchen. Die Empörung über Unrechtsmaßnahmen in der DDR soll den Blick ablenken von dem Abbau demokratischer Rechte, mit dem wir in diesem Land konfrontiert sind; Stimmung soll gemacht werden gegen Kommunisten und Sozialisten und gegen den Sozialismus. Diese Kampagne der Bourgeoisie wurde freilich derart hysterisch überdreht, daß sich Springer-Presse, CDU/CSU und andere Reaktionäre schon nach wenigen Tagen darauf besannen, daß Biermann eben doch nur ein „Kommunist“ ist, der „auf die Demokratie in der Bundesrepublik spuckt“ („Bild“, 20.11.76). Schon hat Wolf Biermann eine Prozeßdrohung von Alt-Nazi Filbinger (CDU-Ministerpräsident von Baden-Württemberg) am Hals, weil er bei seinem Konzert in Stuttgart bemerkte, „er habe schon in der DDR gewußt, daß Filbinger als Marinierichter ein Todesurteil gefällt habe“ und „ein alter Nazi war“ („SZ“, 24.11.).

Es haben viele demokratische Organisationen und Persönlichkeiten dieses Landes ihren Protest gegen die Ausbürgerung Biermanns aus der DDR erklärt. Solidarisch erklärt haben sich zahlreiche Künstler und Werktätige der DDR und sogar einzelne Mitglieder der DKP und des MSB. In vielen Gremien und Versammlungen der Studenten und der Arbeiterjugend wurden Solidaritätsresolutionen verabschiedet. Das ist eine ausgezeichnete Sache. Um sie in der richtigen Weise fortzuführen, ist es jetzt notwendig, unsere Empörung über das Vorgehen gegen Biermann umzuwandeln in Energie im Kampf gegen die Feinde, mit dem wir es hier in allererster Linie zu tun haben – die Kapitalisten und ihren Staat!

Wolf Biermann selbst hat sich, so scheint es, noch nicht so recht an den Gedanken gewöhnt, daß dies, die kapitalistische Wirklichkeit der BRD, von jetzt an sein Kampffeld sein muß. Er spricht davon, schon „zu alt“ zu sein (mit 40!) auch sei er „schon ziemlich fest“ in seiner politischen und künstlerischen Entwicklung. Er könne sich über die Zustände in den kapitalistischen Ländern noch gar nicht mit der nötigen „Erschütterung des Gemüts“ erregen usw. – Dem Liedermacher Wolf Biermann rufen wir mit einem seiner eigenen Texte zu: „Warte nicht auf bess're Zeiten!“

Mit vielen grundsätzlichen Positionen Biermanns können wir nicht einverstanden sein. Aber darüber hinaus hat er bei seinen Konzerten auch so manche Seltsamkeit und sogar manche Dummheit gesagt, was konkret den Kampf hier angeht. Das kann Unsicherheit und Zögern aufgrund fehlender Informationen sein, das kann aber auch der Beginn eines opportunistischen Weges in den Schoß der SPD- und Gewerkschaftsführung sein. Unsere Solidarität mit Wolf Biermann hängt nicht davon ab, ob er – wie er sagt – Kommunist ist oder nicht. Auch wenn er kein Kommunist ist, steht seine Ausbürgerung in völligem Widerspruch zu unseren Vorstellungen über die Identität von Freiheit und Sozialismus. Und wenn Biermann der Revolutionär und Kommunist ist und bleibt, der er sein will, und sich also in den antikapitalistischen Kampf einreißt – und das schließt den Kampf gegen die „Agenten der Bourgeoisie“ in den Reihen der Arbeiterbewegung ein – nun, umso besser. Dann werden wir Wolf Biermann als Genossen willkommen heißen.

DDR kontra Opposition

Statt Auseinandersetzung — Unterdrückung und Ausweisung

(aus AK 116, Oktober 1977)

Nach der spektakulären Ausweisung Biermanns ist eine Welle von Ausweisungen aus der DDR gelaufen. Genauso wenig wie eine einheitliche Linie in der Kritik an der SED bzw. der DDR bei den Betroffenen festzustellen ist, geht die SED auf die Kritiker ein.

Insgesamt sollen 48 Oppositionelle in die BRD abgeschoben worden sein oder demnächst werden.

In diesem Artikel versuchen wir einen ersten Überblick über die bekanntgewordenen Kritiker zu geben, sowie die Reaktion der SED-Führung auf diese Kritik zu beleuchten. Auf Rudolf Bahro, der mit seiner Kritik an der SED-Führung eine gewisse Ausnahme bildet (s. auch AK 112) wollen wir in einem der nächsten AK's näher eingehen.

Die Biermann-Kampagne

Obwohl die SED-Führung es offenbar für überflüssig hielt, sich mit dem – auch in der DDR nicht unpopulären – Wolf Biermann und dessen Standpunkten auseinanderzusetzen, entzog sie ihm nach einem öffentlichen Konzert in Köln im November '76 die Staatsbürgerschaft der DDR. Die Begründung: „Unser sozialistischer Staat hat mit diesem Treiben viel Geduld gehabt, eher zuviel als zuwenig ... Somit ist die Ausbürgerung eine angemessene Antwort auf feindliches Auftreten gegen die DDR“ („Neues Deutschland“, 17. 11.76).

Trotz dieser Entscheidung beteuerte Biermann immer wieder, daß er eine solidarische Haltung gegenüber der DDR einnehme und er die DDR für den besseren deutschen Staat halte, wo er zu leben und zu kämpfen vorziehe.

Diese Ausbürgerung zog eine Protestwelle nach sich. Am 17.11.76 protestierten zwölf namhafte Schriftsteller der DDR und der Bildhauer Fritz Cremer gegen Biermanns Ausbürgerung. „Es sind (gemeint sind die oben genannten – Anm. AK) ... keine Dissidenten, sondern eher privilegierte Autoren, keine „Leute aus dem zweiten Glied“, sondern Prominente. Vor allem aber, sie sind nicht nur laut Paß Bürger der DDR, sondern überzeugte Sozialisten – wenn auch im einen oder anderen Fall ihre Vorstellungen vom Sozialismus und

dessen Zukunft sich von der Biermann'schen Utopie und Lebenspraxis unterscheiden“ („FR“, 19.11.76).

Der „Regimekritiker“ Robert Havemann kündigte ebenfalls seine Unterschrift an und schrieb einen Brief an Honecker, in dem er sich für Biermann einsetzte.

Einer der Unterzeichner des Protestes, der Schriftsteller Stefan Heym sagt wenige Tage nach der Ausbürgerung Biermanns eine Dichterlesung in Westberlin ab. „Solange die Erteilung eines Visums für die Wiedereinreise in die DDR nicht gewährleistet sei, wolle er nicht in den Westen reisen. Biermann habe natürlich Fehler gemacht. Er glaube aber, daß kein Mensch eine Zurücknahme der Ausbürgerung als Zeichen der Schwäche, sondern vielmehr als eines großer Kraft und Güte ansehen werde“ („FR“, 20.11.76).

Repressalien statt Auseinandersetzung

Nach der Ausbürgerung Biermanns begann eine Diffamierungskampagne in den Medien der DDR gegen Biermann selbst und alle fortschrittlichen Kräfte, die aus unterschiedlichsten Motiven sich mit Biermann solidarisierten.

– Im Zentralorgan „Neues Deutschland“ wurden zahlreiche Stellungnahmen von DDR-Künstlern und anderen Persönlichkeiten abgedruckt.

– Der Bildhauer Fritz Cremer fühlte sich von Biermann Freunden „mißbraucht“ und distanzierte sich nachträglich von dem Protest, da dieser in der BRD hochgespielt worden sei. Er forderte jedoch die SED-Führung auf, daß sie „die getroffene Entscheidung noch einmal überdenken“ könne. Biermanns Auftreten in der BRD stimmte er nicht zu; „damit sei nichts gegen die Notwendigkeit ständiger Kritik und Selbstkritik gesagt“ („FR“, 23.11.76).

– Ernst Busch und der Komponist Paul Dessau warfen Biermann vor, er habe „sich mit Text und Stimme an den Klassenfeind verkauft“ („ND“, 20.11.76).

– Volker Braun, einer der Mitunterzeichner, wies in einer weiteren Stellungnahme „die Einmischung westlicher Kommentatoren“ zurück: „Ich sehe jetzt, wie unsere Stellungnahme dazu benutzt wird, eine Kluft zwischen uns und unserer Partei zu konstruieren“ („ND“, 25.11.76).

Zur gleichen Zeit begann in der DDR eine Kampagne gegen die Kritiker. Robert Havemann wurde unter Hausarrest gestellt. Der Schriftsteller Jürgen Fuchs und der Liedermacher Gerulf Pannach, der auch öffentlich Biermann-Lieder sang, und Christian Kuhnert von der schon im Februar '76 aufgelösten „Renft-Combo“ wurden verhaftet.

„In Jena sammelten sich Studenten um den Schriftsteller Jurek Becker, Mitverfasser des Appells der Dreizehn, und legten spontan eine neue Protestliste auf. Sie zogen vor die Tore der Zeiss-Werke und sammelten mehrere hundert Arbeiter-Unterschriften“ („Spiegel“ 48/76). Daraufhin folgte die Verhaftung der Studenten Lutz Rathenow, Thomas Grund, Thomas Auerbach, Bernd Markowski und Reinhard Klingenberg.

Die Sängerin Nina Hagen, die in einem Brief an Honecker gegen die Ausbürgerung Biermanns protestierte und forderte, „mit Biermann in einem Land zu leben“, schob die SED ab, mit der zynischen Begründung, es würde ihr entsprechend ihrem Wunsch erlaubt, zu Biermann zu ziehen (lt. „FR“, 13.12.76).

Weniger prominente Kritiker werden bekämpft, indem man sie exekutiert, entläßt oder Ausbildungsverträge auflöst.

Als Folge einer Mitgliederversammlung der SED-Mitglieder im Berliner Schriftstellerverband, auf der die Unterzeichner des Protestes aufgefordert wurden, „ihre unpartei-gemäßes Verhalten zu revidieren“ („FR“, 29.11.76), wurden Ende Dezember '76 Jurek Becker, Volker Braun, Günther de Bruyn, Sarah Kirsch, Ulrich Plendorff und Christa Wolf aus dem Vorstand der Berliner Sektion des Schriftstellerverbandes der DDR ausgeschlossen. Zuvor fanden Gespräche statt, in denen sie bewegt werden sollten, ihre früheren Unterschriften zurückzuziehen. Nur Volker Braun, der sich schon früher gegen die Weitergabe der Petition an westliche Nachrichtendienste ausgesprochen, stimmte sowohl einer Gegenresolution als auch seinem eigenen Ausschluss zu. Dieser Opportunist soll erklärt haben, er benötige die „Partei, deren Mitglied er ist, um seine anarchistischen Tendenzen zu disziplinieren“ („FR“, 21.12.76).

Gegenüber dem Kreis der rund Hundert Kulturschaffenden, die der SED-Führung ein „Überdenken“ der Biermann-Ausbürgerung empfohlen hatten, verfolgte diese einen zunehmend härteren Kurs: Die Parteiorganisation des Berliner Schriftstellerverbandes schloß Jurek Becker und Gerhard Wolf aus der SED aus, Sarah Kirsch wurde aus der Mitgliederliste gestrichen, Stefan Hermlin erhielt eine „strenge“, Volker Braun eine „einfache Rüge“. Gleichzeitig wurden Ulrich Plenzdorf und Martin Stade von ihren Grundorganisationen aus der Partei ausgeschlossen. Im Januar wurde Karl-Heinz Jakobs ausgeschlossen, Günther Kunert gestrichen und Christa Wolf streng gerügt.

Obwohl alle Betroffenen zunächst das Gleiche taten, wußte die SED-Führung differenziert zu reagieren. Aus unterschiedlichen Gründen: Volker Braun und Stefan Hermlin verdanken die vergleichsweise „milde“ Parteistrafe der Tatsache, daß sie sich nachträglich von der Weitergabe des Protestbriefs an westliche Nachrichtenagenturen distanzieren. Christa Wolf, Sarah Kirsch und Günther Kunert haben dagegen nichts zurückgenommen. Sie müssen es wahrscheinlich ihrem über die DDR hinausreichenden Ruf zuschreiben, daß sie nicht gleich mit der härtesten Parteistrafe, dem Ausschluß, belegt wurden. Die Streichung sollte Sarah Kirsch und Günther Kunert nach entsprechender „Selbstkritik“ eine Rückkehr in die SED erleichtern.

SED-Generalsekretär Honecker gab Mitte März vor dem ZK den Kulturschaffenden in der DDR eine „Hilfestellung“, um auf den „richtigen Weg“ zurückzukommen: „Unsere Parteiorganisationen sollten den Künstlern dabei helfen, die richtigen ideologischen und politischen Erkenntnisse zu gewinnen, das Besondere der revolutionären Umwälzungen unserer Zeit in ihrer ganzen Tiefe und Komplexität zu erfassen. Dazu gehört auch, mehr Kontakt zwischen Künstlern und jenen Bürgern unseres Landes herzustellen, die sich in besonderem Maße für das Wohl des Volkes einsetzen, mit Neuerern und Aktivisten der Arbeit, mit hervorragenden Wissenschaftlern, Ingenieuren und Technikern, mit den besten Pädagogen, kurzum, mit den Helden der Arbeit in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens und natürlich mit den verantwortlichen Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionären. Das wird dem Entstehen von Kunstwerken zugute kommen, die der Größe und Schönheit dessen Ausdruck geben, was die Arbeiterklasse und das ganze Volk beim Aufbau des Sozialismus und Kommunismus vollbringen und was sie anstreben. Sich in Randerscheinungen des Lebens zu verzetteln, birgt für einen Künstler immer die Gefahr in sich, daß er seine Potenz vergeudet“ (nach „Frankfurter Allgemeine“, 19.3.77).

Ausgewählte

Nach dem Vorbild der KPdSU-Führer verfährt die DDR-Führung

zweigleisig. Nachdem sie zum einen die linken Kritiker durch Repressionen und Rausschmiß aus der DDR mundtot zu machen versucht, bewilligt sie allzugern und kritiklos „gemäßigten“ bzw. mehr oder weniger unpolitischen Kräften, denen der Boden in der DDR zu heiß wird, die Ausreise. So z.B. dem Schriftsteller Rainer Kunze, der es vorzog, mit den „Wunderbaren Jahren“ lieber hier sein Geld zu kassieren; Thomas Braasch, der von sich selbst behauptet, „daß er nicht richtig wisse, was ein sozialistisches Buch sei“ („FR“, 24.8.77), und seiner Schauspiel-Freundin Katherine Thalbach.

Die mehr rechten Oppositionellen, wie der Mediziner Nitschke und Germanistik-Professor Nitsche schiebt die DDR-Führung aus ihren Gefängnissen ab. Nitschke sammelte vor einem Jahr rund hundert Unterschriften unter eine Petition, „zur vollen Erlangung der Menschenrechte“ und schickte sie an die UNO. Nitsche beklagte sich ausgerechnet bei Jimmy Carter, „daß in der DDR die in Helsinki versprochenen Menschenrechte verletzt würden“. Vor allem aber will er „den Kommunismus in seine Grenzen verweisen“. Dabei „mißt er dem Christentum neben den vor allem von der Sozialdemokratie repräsentierten Kräften eine entscheidende Rolle bei der Auseinandersetzung mit dem Kommunismus und seiner Überwindung zu“ (alle Zitate „FR“, 31.8.77).

Aber auch andere Kräfte verlassen „freiwillig“ die DDR. Manfred Krug, einer der populärsten Schauspieler und Sänger der DDR: „Verunsichert habe ihn eine ungewöhnliche Gerüchte- und Verleumdungskampagne ... in Parteiversammlungen“ („FR“, 26.6.77).

Sarah Kirsch will nach dem Parteiausschluß „den Schlußstrich unter ihr Wirken in der DDR ziehen ... (da) es für sie jetzt keine Aussicht mehr gebe, ihre Arbeit als Schriftstellerin in der DDR fortzusetzen“ („Hamburger Abendblatt“, 30.8.77). Inzwischen lebt auch sie in der BRD.

Ende August wurden Jürgen Fuchs, Christian Kunert und Gerulf Pannach sowie acht weitere Studenten aus Jena direkt aus der Haft in die BRD abgeschoben. (u.a. Thomas

Auerbach und Bernd Markowski, die vor den Zeiss-Werken Protestunterschriften gesammelt hatten).

Pannach, Kunert und Fuchs erklärten, daß die „Staatsicherheit versuche, mit den widerlichsten Methoden sich unserer Absicht entgegenzusetzen, daß wir in der DDR leben wollen, um dort als Künstler mitzuhelfen, eine fortschrittliche menschenwürdige Gesellschaft zu verwirklichen.“

Beim jetzigen Stand der Kritik an der SED scheint die DDR-Führung keine großen Klassenausschreitungen befürchten zu müssen. Aufgrund des Widerspruchs zwischen der SED-Führung und den Massen scheint jedoch schon eine derartige Versumpfung eingetreten zu sein, daß die SED nicht mehr in der Lage ist, anders als repressiv zu handeln.

Selbst wenn die SED-Führung Recht hätte in ihrer Kritik an den Oppositionellen der verschiedensten Couleur, so gilt es auch im Sozialismus, Meinungsverschiedenheiten und Widersprüche offen vor den Massen auszutragen... „um diesen Gruppchen die Freiheit zu lassen, ihre Ansichten zu vertreten, um der gesamten Partei die Möglichkeit zu geben, die Tiefe oder Bedeutungslosigkeit der Meinungsverschiedenheiten abzuwägen...“ (Lenin, Werke Bd. 7, S.106).

„Damit aber die Arbeiter nicht aufhören können, uns zu verstehen damit ihre Kampferfahrung und ihr proletarischer Instinkt auch uns, die Führer, manches lehrt, dazu ist erforderlich, daß die organisierten Arbeiter lernen, die entstehenden Anlässe zur Spaltung zu verfolgen (solche Anlässe hat es in jeder Massenpartei stets gegeben und wird es stets geben)...“ „Erst nach einer Reihe solcher öffentlicher Erörterungen ... werden die Arbeiter dazu kommen, daß sie nicht aufhören können, uns zu verstehen, nur dann wird unser Stab sich wirklich auf den guten und bewußten Willen einer Armee stützen, die dem Stab folgt und ihren Stab zugleich lenkt!“ (ebenda, Hervorhebungen von Lenin). Diese Prinzipien hat die SED-Führung schon seit sehr langer Zeit zu Grabe getragen.

RGW - Kommission

»Konkret« wirbt um Verständnis für Unterdrückung — in der DDR

Die Zeitung „konkret“ — „pluralistisches“ Forum im Spektrum zwischen DKP und „Euro-Kommunismus“ — läßt gern Schreiber zu Wort kommen, die mit Vehemenz jede Unterdrückung der Meinungsfreiheit

verteidigen, sofern sie sich in der DDR abspielt. So ein DKP-Auftragschreiber J. Wolf in der Oktobernummer mit einer demagogischen Attacke gegen Bahro. Sein Bekenntnis: „Totschweigen oder widerlegen? Ich

hielte das erstere für legitim, falls es sich machen ließe. Aber Bahro hat recht, wenn er meint, dies werde nicht gelingen“. Widerlegt hat ihn J. Wolf aber auch nicht, sondern nur im Anti-Sympathisanten-Stil der Springerpresse kräftig ans Bein gekipelt.

In der Novembernummer von „konkret“ ist es nun der DKP-Hofpöet Peter Schütt, der im Gespräch mit Freimut Duve und Yaak Karsunke die Repression in der DDR gegen oppositionelle Schriftsteller u.a. rechtfertigt. Schütt: „Und ich gehe davon aus, daß die sozialistische Gesetzlichkeit in allen diesen Fällen gewahrt wurde. In der DDR hat die Arbeiterklasse die Macht, die SED ist die Partei, die diese Macht ausübt, die hat einen bestimmten Weg zum Sozialismus beschlossen, und der muß jetzt durchgesetzt werden. Auch mit gesetzlichen Maßnahmen“.

Für viele „konkret“-Leser ist eine solche Argumentation zweifellos allzu grobschlächtig. So hat es denn auch, wie dem November-Heft zu entnehmen ist, „heftige Proteste“ gegen den Artikel von J. Wolf im Oktober-Heft gegeben. Mehrere Leserbriefe werden dokumentiert, darunter übrigens auch einer von Erich Fried.

Angesichts dieser Lage mutet es — gewollt oder ungewollt — gerade zu wie ein geschicktes Entlassungsmanöver an, wenn „konkret“-Herausgeber Gremlitz in der Novembernummer zwar prinzipiell Kritik an

der DDR zu erkennen gibt, („Diesen Staat wollen wir so nicht“) aber dann doch „von hinten durch die Brust“ die Unterdrückung der Meinungsfreiheit in der DDR zu rechtfertigen versucht. Nämlich folgendermaßen: „Nehmen wir einmal an, die DDR hätte den Regimegegner Rainer Kunze veröffentlicht lassen, wie und was er wollte, seine Werke wären im Aufbau-Verlag erschienen und in Massen verkauft worden. Nehmen wir den dann nicht unwahrscheinlichen Fall an, es hätten sich Kunze-Kreise gebildet, für deren Kommunikationsmöglichkeit das ZDF gesorgt hätte. Die Regierung der DDR hätte mit Nervosität reagiert, mit ein bißchen Gewalt, die ein bißchen Gegenwalt ausgelöst hätte, es wäre ein Parteihaus in Flammen aufgegangen, Demonstranten hätten die Mauer gestürmt. Und dann hätten die Truppen des Warschauer Pakts zu den Waffen gegriffen und wir hätten mit aller Schärfe protestiert, Unterschriften gesammelt, Aufrufe verfaßt — von A wie Abendroth bis Z wie Zwerenz.“

Schlimm für die DDR, wenn es so ist? Können wir dafür, daß die Durchsetzung der Meinungsfreiheit eines sächsischen Lyrikers zu Krieg oder Bürgerkrieg führen kann? Nein, das haben wir in der Tat nicht zu verantworten. In unsere Verantwortung als politisch denkende und schreibend handelnde Intellektuelle fällt bloß, daß wir die Wirklichkeit erkennen. Wer dem Sozialismus ein

menschliches Antlitz geben will, darf es nicht der Macht anderer überlassen, ob die Köpfe draufbleiben.

Das Bewußtsein dieser Verantwortung scheinen Willy Brandt und Egon Bahr vielen von uns voraus zu haben. Deshalb ihre Warnung vor den „Menschenrechts-Kampagnen“.

Gremlitz ist offensichtlich arm dran, wenn er als Kommunist — seinem Selbstverständnis nach — sich jetzt schon auf Brandt und Bahr berufen muß. In der Tat rechtfertigt er auf schändlichste Weise das Fortbestehen der Unterdrückung, indem er praktisch die Verweigerung der Meinungsfreiheit in der DDR als Voraussetzung für die Vermeidung eines atomaren Weltkriegs apokalyptisch ausmalt. Solche Leute könnten mit denselben „Argumenten“ ebenso gut jede andere Unterdrückung in jedem anderen Land der Welt rechtfertigen. Zum Beispiel: Der revolutionäre Prozeß in Portugal nach dem 25. April mußte unterdrückt werden, denn sonst hätte die NATO militärisch eingegriffen usw. usf. Seiner Logik nach dürfte die Unterdrückung in der DDR überhaupt erst aufhören, wenn die große Mehrheit der Bevölkerung „freiwillig“ die Vorstellungen der SED-Führung vom „realen Sozialismus“ akzeptiert. Bis dahin dürfte freilich noch einige Zeit vergehen...

Solche Leute schaden auch dem demokratischen Kampf in der BRD selbst, weil sie unseren Unterdrückern willkommene Alibis liefern!

DDR verhaftet Kritiker des »realen Sozialismus«

(aus AK 112, November 1976)

„... EIN WEITERER SPION DES BUNDES-NACHRICHTEN-DIENSTES DER BRD FESTGENOMMEN ...“

Mit diesem Zusatz versehen die SED-Propagandisten am 24.8. eine ADN-Meldung über die Verhaftung eines BND-Agenten in der DDR. Rudolf Bahro heißt dieser „weitere Spion“ — wer er ist, wurde nicht gesagt. Jener „Spion“ nämlich hatte zwei Tage zuvor im „Spiegel“ Auszüge aus seinem frisch fertiggestellten Buch veröffentlicht lassen. Titel: „Die Alternative — zur Kritik des real existierenden Sozialismus“.

Wer ist Rudolf Bahro?

Mit Rudolf Bahro und seiner Kritik ist die SED-Führung erstmals nicht mit einem Professor, Künstler, Schriftsteller oder sonstigen Vertreter der Intelligenz konfrontiert, den sie als „Nichtstuer“ (Biermann), oder „bürgerlichen Ideologen“ (Havemann) relativ einfach abservieren kann, sondern mit einem ihrer eigenen Propagandisten, einem gestandenen Parteiarbeiter. Schon mit 16 Jahren Kandidat, wurde er mit 18 Mitglied der SED. Nach dem Studium der Philosophie kam Bahro im Auftrag der Partei als „Dorfredakteur in die Redaktion der Zeitung

„Die Linie“. Ein Jahr später redigierte er in Greifswald die Universitätszeitung. 1962 wurde Bahro als Referent des Vorsitzenden der Gewerkschaft Wissenschaft nach Berlin geholt. 1965 wurde er stellvertretender Chefredakteur des FdJ-Organs „Forum“. Soweit eine glatte Karriere — doch dann veranlaßte Bahro im „Forum“ eine Lyrik-Debatte, und handelte sich, da die Diskussion alsbald außer Kontrolle zu geraten drohte, die erste Rüge ein. Als Bahro kurze Zeit später die Erzählung „Kipper Paul Buch“ des Schriftstellers Volker Braun abdruckte, mußte er schließlich den Dienst quittieren; in Brauns Schrift war

nach Meinung der SED-Führung die Arbeiterklasse „falsch“ dargestellt. 1967 wechselte Bahro in die Industrie, wo er bis heute als Abteilungsleiter für „wissenschaftliche Arbeitsgestaltung“ beim Berliner Gummi-Kombinat beschäftigt war. In eben diesem Kombinat referierte Bahro am Montag vor seiner Verhaftung die zentralen Thesen seines Buches, wobei sich kein Widerspruch geregt haben soll. „Nach dem Vortrag wollten lediglich zwei Genossen wissen, warum er sein Werk ‚nicht hier bei uns‘ herausgebracht habe. Bahro erwiderte, das habe er vergeblich beim Ost-Berliner Dietz-Verlag versucht“ („Spiegel“, 36/77). Bahro selbst sah die Konsequenzen seines offensiven Vorgehens ziemlich klar. In einem vorsorglich auf Band gesprochenen 50minütigen Vortrag über die Entstehung seines Buches sagte er u.a.: „Nicht normal, aber systemtypisch ist, daß ich meine bisherige Arbeit verlieren werde ... Ob man mich verhaften wird oder nicht, das kommt auf den Schutz der internationalen, insbesondere der kommunistischen Öffentlichkeit an. Daß es Paragrafen gibt, gegen die ich verstoßen mußte, um überhaupt aufzutreten, gehört zum Wesen unseres politischen Systems. Es hat Gesetze nötig, die vorsorglich so beschaffen sind, daß ein Mensch, der abweichende Gedanken verbreiten will – wenn er sie nicht verbreiten will, ist er nicht politisch – gegen diese Gesetze verstoßen muß“ („FR“, 1.9.77).

„Die Alternative“ – ein lohnendes Buch über den „realen Sozialismus“

Das Buch von Rudolf Bahro liegt uns derzeit noch nicht vor. Es gibt lediglich zwei kurze Auszüge, i. „Spiegel“ (28.8.77) und im „Stern“, 37/77. Insgesamt ist das für uns zu wenig authentisches Material, um eine politische Auseinandersetzung mit den Positionen des Genossen Bahro zu beginnen, zumal man die Auswahlkriterien der beiden obengenannten Organe vorsichtshalber anzweifeln sollte. Dennoch wollen wir hier schon einmal die interessantesten Passagen des vorliegenden Materials zusammenfassen.

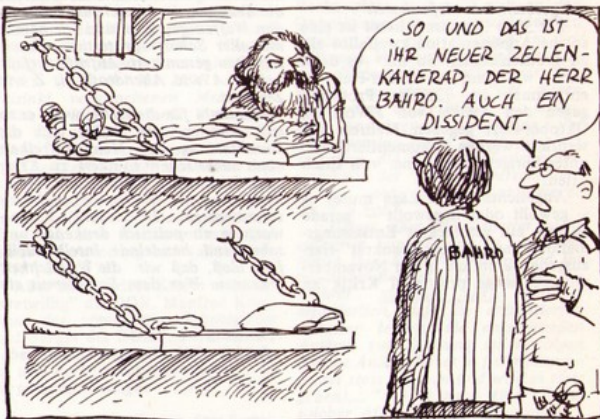
Die veröffentlichten Auszüge beziehen sich im wesentlichen auf den gegenwärtigen deformierten Partei- und Staatsapparat in der DDR und seine Existenzberechtigungen, Mechanismen, etc., sowie auf die daraus zu ziehenden Konsequenzen.

Für Bahro besteht ein krasses Mißverhältnis zwischen dem (bürokratisierten) Partei- und Staatsapparat, und dem (nicht mehr existenten) revolutionärem Elan, überhaupt der Eigeninitiative der Massen. – Trotzdem läuft sich der Apparat nicht vollständig in seinem „Teufelskreis“ fest, wofür es laut Bahro, im wesentlichen zwei Gründe gibt.

„Der eine besteht in dem Selbst-erhaltungsinteresse des Apparats, angesichts der unablässigen Herausforderung durch den materiell-technisch überlegenen Partner und Gegner.“ ... „Nach innen besteht das große Di-

lemma darin, daß die Massen ihre Versprechungen immer weniger an den kleinen Fortschritten messen, die ihnen Jahresplan für Jahresplan zugesichert werden, immer mehr dem Absolutbetrag des Abstandes zum Konsumparadies der Spätkapitalistischen Industrienationen. Die bürokratische Oberschicht samt Anhang selbst, lebt dem Volk diese Orientierung vor, in der Sowjetunion viel auffälliger als bei uns. Nichts mehr von der alten bolschewistischen Bescheidenheit, die es sich zur Ehre anrechnete, die materiellen Entbehrungen der Ärmsten zu teilen.“

Die zweite Existenzbedingung des Apparats sieht Bahro in den „Resten weltanschaulich-moralischer Loyalität, ... für die das formelle Festhalten der maßgebenden Repräsentanten an einem kleinen Katechismus der reinen Lehre entscheidend ist ...



In allen unseren Parteien an der Macht gibt es bis hinauf an die Spitze noch Menschen, die wenigstens durch ihr schlechtes Gewissen an die Idee gebunden sind. Wollten sie sich öffentlich von der Idee lossagen, es fegte sie sofort hinweg. Von einem unentzerrbaren Legitimitätskomplex verfolgt, brauchen sie die Geschichtslüge wie das tägliche Brot, und sie müssen wenigstens in gewissen unauffälligen Augenblicken sogar daran glauben, um psychologisch überleben zu können. Der verrätene und verdorbene Marxismus ist immer noch das Pfund, mit dem sie wuchern ...

Genosse Bahro kommt schließlich in den bislang bekannten Auszügen seiner Schrift zu den folgenden Kernaussagen: „Alles in allem besteht in der Unkontrollierbarkeit der Politbüros und ihrer Apparate, in dieser institutionellen Identität von Staatsautorität, ökonomischer Verfügungsgewalt und ideologischem Ausschließlichkeitsanspruch das politische Grundproblem im real existierenden Sozialismus, der erste Gegenstand der notwendigen Umgestaltungen. Die zentralistische Monopolisierung aller ökonomischen, politischen und geistigen Entscheidungsmacht führt zu einem unüberwindlichen Widerspruch zwischen dem sozialen Auf-

trag der Partei und ihrer politisch-organisatorischen Existenzform ...

Die heutige Parteiorganisation ist eine Struktur, die aktiv massenhaft falsches Bewußtsein produziert. An der Spitze gerinnt dieses falsche Bewußtsein zu Entscheidungen und Beschlüssen, die insgesamt keine korrekte Interpretation der gesellschaftlichen Bedürfnisse, Notwendigkeiten und Möglichkeiten darstellen können ...

So schiebt sich die Partei wie eine verführte, systematisch mit Dunkelfeldern durchsetzte Zerrlinse zwischen das gesellschaftliche Denken und die Wirklichkeit. Die werktätigen Massen, die nicht darüber unterrichtet sein können, wie diese Linse gewachsen und konstruiert ist, wie sie eingestellt und gedreht wird, was sie abbildet, welche systematischen Fehler sie verursacht, kön-

nen nur darauf verzichten, dieses Instrument zu benutzen, und sie tun es auch: Sie schalten ab, noch ehe die offiziellen Gebetsmühlen den ersten Satz geklappt haben ... Aber die Tragödie besteht darin, daß sie damit überhaupt auf differenzierte Erkenntnis verzichten müssen, weil die Gesellschaft keine alternative Struktur dafür besitzt. Schlimmer noch: Die einzige Theorie, die geeignet ist, den Dschungel des bürokratischen Zentralismus und sein politbürokratisches Allerheiligstes zu durchdringen, der revolutionäre Marxismus, ist infolge der totalen Verfügungsgewalt des Apparates über die Massenkommunikationsmittel und das Erziehungswesen noch immer so effektiv von der Parteibürokratie usurpiert, daß ihn das allgemeine Mißtrauen der Massen mitbetrifft. In welchen Varianten er auch immer auftritt, die Menschen haben den Verdacht, er sei eigens dazu geschaffen worden, die jetzigen Parteiherrschaft zu begründen.

In das hochprozentige Vakuum, das so entstanden ist, schießt die ideologische Massenproduktion des Westens ein, wo immer dessen Kommunikationstechnik hinreicht ...

Ihre innere Verfassung und ihre Herrschaftsform als Überstaatsapparat sind die entscheidenden Entwick-

lungshemmnisse auf dem Weg zur weiteren Emanzipation der Menschen in unseren Ländern. Die Partei, die einmal Lenins Partei war, die Partei, die von Liebknecht, von Rosa Luxemburg begründet wurde – sie wirken heute mit umgekehrter Fackel.

Die Kommunisten sind in solchen Parteien gegen sich selbst und gegen das Volk organisiert. Schon durch sein bloßes physisches Dasein, ohne jede spezielle Perfide, ist der heutige Parteiapparat der Totengräber der Parteiidee und der individuellen Parteigesinnung. Er macht gerade jene Menschen die aus der Notwendigkeit ihres Charakters und ihrer Überzeugung Kommunisten sind, als Parteimitglieder überflüssig“.

Für eine kommunistische Opposition!

Vergleicht man die Kampagne der westdeutschen Presse und der Vertreter der politischen Parteien anlässlich der Verhaftung Bahros mit der Kampagne anlässlich der Ausweisung Biermanns, so nimmt sie sich eher bescheiden aus. Man hat gelernt. Wie Biermann versteht sich Bahro als Kommunist und ist bemüht, vom marxistischen Standpunkt aus eine revolutionäre Alternative zu entwickeln. Und schon bei Biermann drohte für die Bourgeoisie der Schuß nach relativ kurzer Zeit nach hinten loszugehen. Seine Positionen taugten nicht so recht als Munition für die antikomunistischen Dreckschleudern derjenigen, die „Biermänner“ in ihrem Einflußbereich lieber mit Berufsverbot belegten. Immerhin bemüht sich der „Spiegel“ noch, in Bahros Auftreten das Eindringen des „Spaltpilz des Eurokommunismus“ in die DDR zu sehen („Spiegel“, 28.8.77).

Aber auch der „Spiegel“ muß zugeben: „Was er fordert, ist nicht Einhaltung der Menschenrechte, sondern Verwirklichung des Sozialismus wie die Klassiker ihn verstanden...“ „Andererseits als die innermarxistische Opposition vor ihm, anders auch als der schärfste eurokommunistische Kritiker des Sowjet-Systems, Spaniens KP-Chef Santiago Carrillo, stellt Bahro nicht bloß die Methoden gegenwärtiger kommunistischer Machtausübung in Frage, sondern (auch) deren ökonomisches Fundament: die forcierte Industrialisierung“. Bahro distanziert sich – ebenfalls anders als die Euro-Revisionisten – nicht von der Diktatur des Proletariats: „Die diktatorischen Mittel, zu denen die Bolschewiki in Rußland griffen, um ihr rückständiges Land zu industrialisieren, hält er historisch für legitim“ (ebenda).

Bahro glaubt nicht an eine Erneuerung der kommunistischen Bewegung im RGW aus den alten Parteien selbst heraus: „Man sollte endlich mit den letzten Resten der Illusion Schluß machen, wir hätten es bei der Masse der politischen und administrativen Bürokraten mit bloß oberflächlich bürokratisierten Kommunisten zu tun. Nein, der Bürokratismus hat längst aufgehört, eine bloß übergestreifte Form zu sein. Es ist zur gewissermaßen natürlichen politischen Existenzform einer großen Gruppe von Menschen mit ausgeprägten Sonderinteressen geworden“.

Die Konsequenz, die Bahro hieraus zieht, unterscheidet sich allerdings grundsätzlich von denjenigen sattsam bekannten „Dissidenten“, die in der Zulassung bürgerlicher Oppositionsparteien das Heil für die Länder des „realen Sozialismus“ sehen. Im Gegensatz dazu schlägt Bahro vor, sich in einem „Bund der Kommunisten“ (wie wär's mit einem Kommunistischen Bund?...) außer-

halb der SED zu organisieren: „Ohne eine kommunistische Partei kann man in einer Gesellschaft, die in Wirklichkeit doch noch antagonistisch funktioniert, den Durchbruch zum Sozialismus und Sozialismus-Kommunismus, das ist eigentlich eine Formation, nicht erreichen. Deshalb plädiere ich zunächst, weil die verhärtete gegenwärtige Parteienstruktur, die Apparatherrschaft aufgebrochen werden muß, für die Legalität einer kommunistischen Opposition...“ (zit. nach „Welt“ vom 25.8.).

Die Reaktion der DKP war wieder einmal erbärmlich. Anstelle von Sachargumenten war in der „UZ“ lediglich zu lesen, Bahro habe den Imperialisten „offensichtlich seine aufgehaltene Hand gereicht“. Ansonsten sei Bahro gar nicht wegen seiner kritischen Äußerungen verhaftet worden, denn „Kritik und Selbstkritik sind ein ständiger Bestandteil des gesellschaftlichen Lebens in der DDR und sogar eine Triebkraft ihrer gewaltigen Vorwärtswentwicklung“. Verhaftet worden sei Bahro nur, weil er „offensichtlich unter Verletzung der für alle gültigen Gesetze mit einschlägigen westlichen Dienststellen konspirierte und sich zum Handlanger imperialistischer Hetzpropaganda und Diversionsversuche gegen den Sozialismus machte“ („UZ“, 26.8.). Welche Vorstellungen Bahro vertritt, darüber war in der „UZ“ natürlich kein Sterbenswörtchen zu finden. Auf diese Art „realer Sozialismus“ verzichten wir gern!

Im Kielwasser der DKP segelte übrigens wieder, wie schon im Falle Biermann, die „KPD/ML“, der nur ein geistloser Hertzartikel unter der Überschrift „Rudolf Bahro – ein Antikommunist“ einfiel („Toter Morgen“, 2.9.77).

RGW-Kommission und AK-Redaktion

Freiheit für Rudolf Bahro!

(aus AK 133, Juli 1978)

Für 8 Jahre soll der marxistische Kritiker des DDR-Regimes, Rudolf Bahro, in den Knast. Das Stadtgericht von Berlin/DDR sprach diesen skandalösen Urteilsspruch am 30.6.78 in einem Verfahren, das unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfand. Vorgeworfen wird Bahro, daß er „seit längerer Zeit ... systematisch Nachrichten und Informationen“ gesammelt und „heimzuhaltende Tatsachen entgegen einer ihm staatlich auferlegten Verpflichtung“ „verraten“ habe. Tatsächlich besteht Bahros „Verrat“ in nichts anderem als der Enthüllung der DDR-Wirklichkeit und dem Versuch einer wissenschaftlichen Beweisführung in seinem Buch „Die Alternative“, daß der „Sozialismus“ Marke DDR kein Sozialismus ist. Die von Bahro kritisierten Herrschenden in der DDR glauben sich dieser Kritik (deren Berechtigung nun ja erneut durch das Urteil gegen Bahro bestätigt wird!) nurmehr durch nackten Terror und Gesinnungsjustiz erwehren zu können. Daß in der DDR (wie auch in anderen Ländern des sog. „real existierenden Sozialismus“) seit geraumer Zeit ein zunehmend unterdrückerischer Kurs gegen jedwede Opposition gefahren und selbst aus nichtigsten Anlässen unmenschlich hart bestraft wird, zeigt auch das in der letzten Woche ergangene Urteil gegen den Kriegsdienstverweigerer Nico Hübner, der zu fünf Jahren Gefängnis für seine Gewissensentscheidung verurteilt wurde!

Am Freitag, den 30.6.78, wurde der Marxist Rudolf Bahro vom 1. Strafsenat des Stadtgerichtes Berlin/DDR zu 8 Jahren Freiheitsentzug verurteilt.

Bahro, der seit der Veröffentlichung seines Buches „Die Alternative“ — „Zur Kritik des real existierenden Sozialismus“ im August 1977 in totaler Isolationshaft einsaß, hatte auch in seinem Prozeß keinerlei Möglichkeit der Verteidigung. Es waren weder die inländische, noch die ausländische Öffentlichkeit zugelassen, selbst daß der Prozeß überhaupt stattfand, wurde erst nach seinem Abschluß bekanntgegeben. „Seit längerer Zeit sammelte Bahro“ — so die offizielle Urteilsbegründung laut der DDR-Nachrichtenagentur ADN („ND“, 1.7.78) — „systematisch Nachrichten und Informationen für die Übermittlung an feindliche Kräfte in der BRD. Darüberhinaus verriet der Angeklagte entgegen einer ihm staatlich auferlegten Verpflichtung heimzuhaltende Tatsachen. Die besondere Verwerflichkeit der gegen die DDR gerichteten Handlungen Bahros wird dadurch charakterisiert, daß er seine feindlichen Aktivitäten mit nachrichtendienstlichen Mitteln zu tarnen versuchte ...“

Weiter ist die Rede von „vorsätzlich fabrizierten Falschmeldungen, groben Entstellungen und wahrheitswidrigen Behauptungen“, die von Bahro den „feindlichen Personengruppen“ zugänglich gemacht worden seien, wobei er, und das ist der einzige konkrete Hinweis, „besonders enge

Beziehungen“ zu dem inzwischen ausgewiesenen „Spiegel“-Korrespondenten Ulrich Schwarz hergestellt haben soll. Aber — so die ADN-Meldung: „Auch weitere BRD-Korrespondenten, die nachrichtendienstlich tätig sind, wirkten mit Bahro zusammen.“

Abgesehen von diesem unausgewiesenen pauschalisierten Vorwurf, enthält die Urteilsbegründung nichts, aber auch gar nichts an konkreten Beweisen, Fakten oder Taten, die die gegen Bahro erhobenen Anschuldigungen belegen könnten. Alle oben zitierten Aussagen sind nichts weiter als die offizielle Lesart der DDR-Führung für den schlichten Umstand, daß Rudolf Bahro sein Buch „Die Alternative“ bei der Europäischen Verlagsanstalt“ des westdeutschen DGB hat veröffentlicht lassen, nachdem er sich vergeblich beim Ostberliner Dietzverlag bemüht hatte.

Daß man für die Veröffentlichung eines Buches selbstverständlich Honorar bezieht, war auch Anklagepunkt und ging in der folgenden Sprachregelung in die Urteilsbegründung ein: „Im Prozeß wurde ferner nachgewiesen, daß Bahro sich für diese antisozialistische und subversive Tätigkeit von seinen Auftraggebern zur Befriedigung seiner Geldgier (!) mit einem Betrag in Höhe von 200.000 DM bezahlen ließ.“

Mit diesem Urteil gebührt der DDR einer der vordersten Ränge in Sachen Justizwillkür und brutaler Unterdrückung politischer Kritik. Selbst westdeutsche „Terroristen“-Prozesse, über die sich die interna-

tionale demokratische Öffentlichkeit — mit Ausnahme der DDR und ihrem westdeutschen Ableger DKP — mehr und mehr zu Recht empört, bemühen sich immerhin in meist mehrmonatiger Detailschlacht, eine scheindemokratische Fassade zu wahren. Die DDR jedoch spuckt mit ihrem Urteil gegen Bahro jeder Form von Recht und Rechtsprechung ohne Umschweife direkt ins Gesicht!

Es ist uns unerträglich, daß diese Leute immer noch das Wort vom Sozialismus im Munde führen!

Aber es wird trotz alledem doch deutlich, daß die DDR-Führung ihren unverhüllten Justiz-Terror gerade deswegen betreibt, weil die Kritik von Rudolf Bahro und anderen von seinem Kaliber eben nicht von kapitalistischen Positionen aus formuliert ist, weil sie nicht mit „reaktionären Umtrieben“ und dergleichen abqualifiziert werden kann.

Wolf Biermann, der hier heute leider nicht sprechen kann, hat in einem kürzlich gegebenen Interview mit dem saarländischen Rundfunk gesagt:

„Was sie aber ganz und gar in Rage bringt und wahnhaft macht, das ist die immanente Kritik, die Kritik, die von innen kommt. Das ist die kommunistische Kritik, die die Herrschenden in der DDR beim marxistischen Wort nimmt und sich im Grunde so verhält, wie damals Luther sich verhalten hat, der ja mit der Bibel in der Hand den Papst auf den Kopf geschlagen hat!“ („Welt“, 3.7.78).

Mit Rudolf Bahro und seiner Kritik ist die SED-Führung erstmals nicht mit einem Professor, Künstler, Schriftsteller oder sonstigen Vertreter der Intelligenz konfrontiert, den sie demagogisch als „Nichtstuer“ (Biermann) oder „bürgerlichen Ideologen“ (Havemann) relativ einfach abservieren kann, sondern mit einem ihrer eigenen Propagandisten, einem gestandenen Parteiarbeiter. Schon mit 16 Jahren Kandidat, wurde er mit 18 Mitglied der SED. Nach dem Studium der Philosophie kam Bahro im Auftrag der Partei als Dorfredakteur in die Redaktion der Zeitschrift „Die Linie“. Ein Jahr später redigierte er in Greifswald die Universitätszeitung. 1962 wurde Bahro als Referent des Vorsitzenden der Gewerkschaft Wissenschaft nach Berlin geholt. 1965 wurde er stellvertretender Chefredak-

teur des FDJ-Organ „Forum“. Soweit eine glatte Karriere — doch dann veranlaßte Bahro im „Forum“ eine Lyrik-Debatte, und handelte sich, da die Diskussion alsbald außer Kontrolle zu geraten drohte, die erste Rüge ein. Als Bahro kurze Zeit später die Erzählung „Kipper Paul Bauch“ des Schriftstellers Volker Braun abdruckte, mußte er schließlich den Dienst quittieren: In Brauns Schrift war nach Meinung der SED-Führung die Arbeiterklasse „falsch dargestellt ...“ worden.

1967 wechselte Bahro zwangsweise in die Industrie, wo er bis zu seiner Verhaftung als Abteilungsleiter für „wissenschaftliche Arbeitsgestaltung“ beim Berliner Gummikombinat beschäftigt war.

Nach dem Einmarsch der Warschauer-Pakt-Truppen in die CSSR — heute ziemlich genau vor zehn Jahren — der für Bahro „das größte politische Verbrechen der sowjetischen Führung nach dem zweiten Weltkrieg“ ist, begann er mit der Arbeit an seinem Buch.

Bahros „Alternative“ stellt einen wichtigen Ansatz für die Diskussion gerade auch der BRD-Linken dar. Seine Perspektive einer sozialistischen Gesellschaft ist für Ost und West gleichermaßen bedeutend. Für die Länder des „realen Sozialismus“ fordert Bahro an erster Stelle die Legalität einer kommunistischen Opposition, die für ihn erst den Durchbruch einer wirklich sozialistischen Entwicklung ermöglichen kann.

Auf ihrem Programm sollte seiner Meinung nach stehen: — statt Alleinherrschaft einer bürokratischen Funktionärspartei demokratische Entscheidungen auf allen gesellschaftlichen Ebenen, — statt einer immer weitergehenden Zerlegung der Arbeitsvorgänge und wachsender Entfremdung, Abbau der eingefahrenen alten Verhältnisse der Arbeitsteilung, Aufhebung der Trennung zwischen Hand- und Kopfarbeit, — statt Ausweitung von Großtechnologien und unbegrenztem industriellen Wachstum Entwicklung alternativer Produktions- und Lebensformen.

Bahro selbst sah die Konsequenzen seines politischen Angriffs auf den „realen Sozialismus“ sehr klar. Schon vor Jahren ließ er sich formal von seiner Frau scheiden und trennte sich wohllich von ihr und seinen zwei Kindern, um seine Familie nicht dem Druck der DDR-Staatssicherheit auszusetzen. In einem vorsorglich auf Band gesprochenen Vortrag über die Entstehung seines Buches sagte er u.a.: „Nicht normal, aber systemtypisch ist, daß ich meine bisherige Arbeit verlieren werde ... Ob man mich verhaften wird oder nicht, das kommt auf den Schutz der nationalen, insbesondere der kommunistischen Öffentlichkeit an. Daß es Paragraphen gibt, gegen die ich verstoßen mußte, um überhaupt aufzutreten, gehört zum Wesen unseres politischen Systems. Es hat Gesetze nötig, die vorsorglich so beschaffen sind, daß ein Mensch, der abweichende Gedanken verbreiten will — will er sie nicht

verbreiten, ist er nicht politisch — gegen diese Gesetze verstoßen muß“ („FR“, 1.9.77).

Entsprechend dieser Feststellung ist es in der DDR an der Tagesordnung, daß Oppositionelle wegen Verstoßes gegen diese Gesetze — speziell aufgrund des Deliktes „staatsfeindliche Hetze“ — zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden.

Neben Bahro wurden wegen „staatsfeindlicher Hetze“ allein seit der Konferenz von Helsinki im August 1975 verurteilt:

- Sigrid Günther, 23 Jahre alt, zu 5 Jahren und drei Monate Haft,
- Henry Hänftling, 22, zu 5 Jahren Haft,
- Reiner Kaufmann, 23, zu vier Jahren Haft,
- Ingo Urban, 30, zu viereinhalb Jahren Haft,
- Thomas Evler, 27, zu dreieinhalb Jahren Haft

und die westdeutsche Studentin Heike Waterkotte zu drei Jahren und 8 Monaten Haft. Die beiden Letzteren deswegen, weil sie in Ostberlin nach der Ausbürgerung von Wolf Biermann Flugblätter verteilt hatten, in denen sie sich mit ihm solidarisch erklärten („Welt“, 3.7.78; „SZ“, 5.7.78).

Inhaftiert ist darüber hinaus immer noch Rolf Mainz wegen Veröffentlichung eines Artikels über Berufsverbote in der DDR in der westdeutschen Zeitung „Die Zeit“ und wegen seines Einsatzes für das Ausreisearchiv seines Bruders Klaus, der inzwischen in die Bundesrepublik abgeschoben worden ist. Urteil für solche „Verbrechen“: fünf Jahre Haft!

Die traurige Bilanz dieses Regimes, das von sich behauptet, es verwirkliche den Sozialismus, hat — wie sollte es anders sein — seine bedingungslosen Verteidiger von der westdeutschen DKP bislang zu keinem, auch noch so seichten Wörtchen der Kritik veranlaßt.

Im Gegenteil, diese Leute übernehmen nicht nur bedingungslos, was ihnen an offenkundigen Dummheitsigkeiten von ihren Herren in der DDR in Sachen Bahro vorgesetzt wird, sie bemühen sich darüber hinaus noch mit den Mitteln der Diffamierung, Entstellung und der direkten Fälschung, so etwas wie eine „Gegenkampagne“ zur Bahro-Solidarität zustande zu kriegen. Generell ist dabei, die Bahro-Solidarität als eine Kampagne, „die von reaktionären Kräften ausgeht“, zu diffamieren und die Solidarität von linker und demokratischer Seite zu verschweigen. Entsprechend druckte die „UZ“ in ihrer Ausgabe vom 3.7.78 neben der eingangs zitierten ADN-Meldung den folgenden Kommentar: „Wer wie Strauß und Springer ... (Franz-Josef Strauß hat sich im übrigen unseres Wissens zu Bahro überhaupt nicht geäußert!!!) den nun verurteilten Rudolf Bahro zum Freiheitshelden macht oder diesen Leuten auf den Leim geht, der erklärt damit nachrichtendienstliche Tätigkeit gegen den sozialistischen Staat DDR für rech-

tens. Und der folgt — bewußt oder unbewußt — der These, daß jede Tätigkeit gegen den Sozialismus erlaubt sei. Das aber ist — besonders nach dem Abschluß völkerrechtlicher Verträge und nach Helsinki — nur noch die Position der rechten Kräfte in unserem Land, der aggressivsten Feinde des Sozialismus (!) ...“

Und zum Vorwurf der Ausschaltung eines unbequemen Kritikers heißt es dann:

„Kritik ist DDR-Alltag (!) ... Daran sind Millionen beteiligt. Bahro war nie unter ihnen (!!). In all der Zeit, in der die Bürger der DDR sich mühten, ihr Leben und ihren Staat zu verbessern, sich über Mißstände ärgerten und diesen Ärger öffentlich kundtaten, kritisierten und Vorschläge machten — in all der Zeit hat Herr Bahro schweigend an einem Buch geschrieben und seine Verbindungen zu den Gegnern des Sozialismus gepflegt ...“

In den folgenden Tagen lauten die Überschriften der „UZ“ zum Thema Bahro dann entsprechend dem Märchen von der reaktionären Kampagne: „Springer und CDU beklagen Urteil gegen Rudolf Bahro“ („UZ“, 4.7.78), und „RCDs ruft zur Unterstützung Bahros auf“ („UZ“, 5.7.78).

In einem Artikel vom 4.7.78 begeht die DKP in knapp 80 Zeilen gleich zwei ganze und eine „halbe“ Fälschung:

1. Fälschung:
Mit Bezug auf einen Kommentar des Reaktionsärs Mathias Walden in der „Welt“ vom 3.7.78 behauptet die „UZ“: „Walden gesteht in seinem Kommentar offen ein, daß für ihn Bahro die Sehnsucht nach einer Alternative zum Sozialismus verkörpere.“

Tatsächlich hatte Walden in klarer Abgrenzung von Bahros sozialistischer Kritik geschrieben: „Bahro ist hilflos, das Regime aber ist ratlos. Noch weiter verbreitet als die Suche nach einer ‚sozialistischen Alternative‘ ist die Sehnsucht nach einer Alternative zum Sozialismus“ („Welt“, 3.7.78).

Nun die „halbe“ Fälschung:
„Der deutschlandpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion, Manfred Abelein, erklärte in einer Stellungnahme ... Bahro verdiene ‚menschliches Mitgefühl‘ ...“, schreibt die „UZ“.

Tatsächlich hatte Abelein die folgende, aus der Sicht der CDU sehr differenzierte Erklärung abgegeben, die natürlich in vollem Sinnzusammenhang nicht in die DKP-Propaganda von der „reaktionären Bahro-Kampagne“ paßt:

„Der Kommunist Bahro“, sagte Abelein laut ddp, „der die sowjetische Fremdherrschaft akzeptierte, verdiene menschliches Mitgefühl, weil er jetzt selbst ihr Opfer geworden ist ...“ („SZ“, 3.7.78).

Die letzte Fälschung des „UZ“-Artikels vom 4.7.78 besteht in der aberwitzigen Behauptung: „Sowohl in Springers Welt, als auch in anderen bürgerlichen Zeitungen, die Bahro feiern, wird die von der DDR-Nach-

richtenagentur ADN verbreitete Urteilsbegründung des Stadtgerichtes Berlin sorgsam verschwiegen oder nur verstümmelt zitiert (!)''.

Tatsächlich hat hier niemand nötig, irgendetwas zu verschweigen — die „offizielle Urteilsbegründung“ war voll von Behauptungen und wüsten Beschimpfungen und bar jeder auch noch so kleinen Information. Dieses Armutzeugnis pseudosozialistischer „Rechtsprechung“ zu zitieren, hat sich in Wahrheit keine Zeitung entgehen lassen — schon gar nicht die Springer-Presse!

Während also die „UZ“ in gewohnter Dummgeistigkeit ihre an Plathheiten gewöhnten Leser hinter Licht führen will, stellte sich die stets etwas „niveauvollere“ „Deutsche Volkszeitung“ (DVZ) schon die Frage, warum denn die DDR eigentlich keinerlei konkreten Beweis für die „Verbrechen“ Bahros angeführt habe. Sie kommt zu dem Ergebnis:

„... daß die DDR, die an einer Normalisierung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit der Bundesrepublik interessiert ist, offenbar nicht publizieren kann, wo und wie hoch Bahro an die westdeutsche Apparatur angebunden, und welche Rolle ihm in der Strategie „Wandel durch Annäherung“ zugewiesen war ... Um den Preis also, die Verhandlungen mit Bonn nicht ohne Not zu stören, wird die SED die Anschuldigungen ihrer Gegner über sich ergehen lassen müssen ...“ („DVZ“, 6.7.78).

Wem von den Anhängern der DKP dieser Schuh noch paßt, der möge ihn sich über die strapazierten Füße zwingen! Aber aufhören sollen er und seine Parteiführung endlich, von sich zu behaupten, sie seien für „Demokratie, Freiheit und Sozialismus“!

Tatsächlich sind es die DDR und in ihrem Gefolge die DKP selbst, die mit ihren undemokratischen Praktiken und ihrem verlogenen Legitimationsjournalismus antisozialistischen Kräften große Möglichkeiten geben, demagogisch gegen den Sozialismus schlechthin zu hetzen. Wer gibt denn Regierungssprecher Bölling die Chance, durch Hinweis auf ein Terrorurteil im anderen deutschen Staat von „Menschenrechtsverletzungen“ zu sprechen, und gleichzeitig von Berufsverboten, Terrorurteilen, Verfassungsschnüffelei usw. in diesem Staat zu schweigen?

Wer gibt denn dem reaktionären RCDS die Möglichkeit, in Sachen Bahro von der „Solidarität aller Demokraten zu sprechen“ und davon abzulenken, daß er hierzulande in Aktionseinheit mit rechtsradikalen Kreisen am Ausbau der politischen Unterdrückung in allen gesellschaftlichen Bereichen arbeitet? Etwa wir?

Wir stehen heute gerade deswegen hier, weil wir verhindern wollen, daß durch die Praxis des „realen Sozialismus“ der Sozialismus insgesamt diskreditiert wird, weil wir verhindern wollen, daß aus dieser Praxis Leute Profit ziehen, die hierzulande genau die gleichen Praktiken gegen ihre Gegner anwenden, und die keinerlei Recht haben, von Unterdrückung in anderen Ländern zu reden.

Wir stehen hier, weil wir politische Unterdrückung, Geheimdienstsnüffelei, Polizei- und Justizterror überall, ob in Ost oder West, bekämpfen!

Und es gibt glücklicherweise eben nicht die von der DKP gewünschte „reaktionäre Kampagne“ in Sachen Bahro, sondern es gibt das Engagement nahezu aller demokratischen und linken Kräfte in der BRD unter der Parole „Freiheit für Rudolf Bahro!“

Allein im Juni 78, als sich die Anzeichen für eine eventuelle Abschiebung Bahros oder eben für seine Verurteilung mehrten, fanden in der BRD über 20 Solidaritätsveranstaltungen statt, zumeist getragen von breiten Aktionseinheiten von demokratischen und sozialistischen Organisationen und Personen.

Im Bund demokratischer Wissenschaftler kam es nach längeren Auseinandersetzungen zwischen dem DKP-Flügel und den restlichen Mitgliedern im Juni schließlich doch zu einer gemeinsamen Protestresolution. Sogar der Sprecher der DKP-Minderheit, Georg Fülberth, erklärte, daß „offizielle und inoffizielle Angaben keine Schuld Bahros erkennen lassen.“

Es gibt noch ein anderes Beispiel eines standhaften DKP-Genossen in Sachen Bahro: Das Mitglied der DKP-Betriebsgruppe Thyssen-Henschel in Kassel, der Genosse Karl Ludwig, Gewerkschafter, Vertrauensmann, Obmann, KPD-Mitglied seit 21 Jahren und Gründungsmitglied der DKP, hat am 12.2.78 sich mit einem Schreiben an die „UZ“ gewandt, in dem er den zuvor erschienenen Bahro-Artikel in der „UZ“ kritisch hinterfragt. Der Brief endet mit den Worten:

„Schäfers Untertitel (Schäfer ist der „UZ“-Autor) — „von marxistischer Analyse kann keine Rede sein“ — stimmt genau: Auf das Pamphlet von Schäfer ... Noch ist es Zeit zur Umkehr. Wollen wir nun den Sozialismus für alle Menschen, auch für die letzte Putzfrau, oder wollen wir einen privilegierten Sozialismus, wo die Putzfrau Putzfrau bleiben muß, weil immer Putzfrauen gebraucht werden? Oder, daß auch mal die Frau Ministerin oder Frau Direktorin im Jahr mal vier bis sechs Wochen die Putzfrau machen müssen und in der Zeit die Putzfrau mal eben Ministerin oder Direktorin macht? Das muß unsere Partei entscheiden, welchen Sozialismus wir als DKP wollen. Ist das nun das Ziel des Sozialismus und Kommunismus oder nicht?“ (Hannes Schwenger, HG., „Solidarität mit Rudolf Bahro“, Rowohlt).

Wir hoffen, insbesondere nach den Erfahrungen der Repression der DKP-Führung gegen die Mitglieder, die sich gegen die Biermann-Ausweisung aussprachen, daß solche Genossen dieses Mal an Zahl zunehmen und standhaft bleiben, und wir hoffen nicht nur, sondern werden nach Kräften daran mitwirken, daß die Verherrlicher antidemokratischer Praktiken in der DKP oder sonstwo in die totale Isolation geraten!

Das Mitglied des ZK der Kommunistischen Partei Italiens, Lombar-

do Radice, reagierte auf die Nachricht der Verurteilung Bahros während einer Fernsehsendung im NDR am 30.6.78 mit dem spontanen Ausruf: „Das ist eine Schande!“

Andere führende Persönlichkeiten der PCI bezeichneten in einer gemeinsamen Erklärung die Verurteilung Bahros als den „schwerwiegendsten Fall der Verletzung der Menschenrechte in der DDR seit der Ausweisung Wolf Biermanns“ („FR“, 7.7.78).

Auch Beirat und Sekretariat des Russell-Tribunals haben sich vom Urteil gegen Rudolf Bahro betroffen gezeigt. Sie sehen durch das Urteil der „... Sache des internationalen Sozialismus schwersten Schaden zugefügt.“

Die Sektion Berlin der Internationalen Liga für Menschenrechte wird ihre nächste Carl von Ossietzky-Medaille Ende des Jahres an Rudolf Bahro verleihen.

Auch die „Vereinigten deutschen Studentenschaften“ (VDS) haben sich für die unverzügliche Freilassung Rudolf Bahros ausgesprochen — gegen den Widerstand des MSB-Spartakus und des DKP-nahen Sozialistischen Hochschulbundes (SHB).

Nahezu jede Organisation der westdeutschen Linken hat sich inzwischen gegen die Verurteilung Rudolf Bahros ausgesprochen. Diese Solidarität muß in gemeinsamen Aktionen gefestigt und vor allen Dingen — am Leben erhalten werden!

Dazu aber wird es notwendig sein, die Kontakte zu den Oppositionsgruppen in der DDR zu verbessern und auch diejenigen in die konkrete Solidaritätsarbeit mit einzubeziehen, über die in den Medien nicht so viel geredet wird, die aber in der gleichen Weise wie etwa Bahro den Repressionen des Regimes ausgesetzt sind. So antwortete beispielsweise in dem eingangs schon erwähnten Interview Wolf Biermann auf die Frage: „Was sagen sie zum Urteil gegen Rudolf Bahro?“

„Ich denke bei diesem Urteil an die vielen tausend Menschen in der DDR, die nicht so berühmt sind wie Rudolf Bahro, und die für Nichtigkeiten oft jahrelang eingesperrt werden und über die wenig gesprochen wird.“

Solche aufgrund irgendeiner oppositionellen Aktivität bedrängten Menschen wird es in der DDR in dem Maße geben, wie die in der letzten Zeit sichtbar gewordenen Formen des Protestes wie Arbeitsverweigerungen, Ausfaltung von Jugendlichen gegen staatliche Willkür oder direktere politische Aktionen zunehmen.

Speziell Rudolf Bahro aber wird mit Sicherheit in der DDR den schärfsten Repressalien ausgesetzt sein. Von der breiten Palette repressiver Maßnahmen, die von Berufsverbot über Hausarrest bis zur Inhaftierung zwecks Abschiebung oder Verbüßung von langjährigen Gefängnisstrafen reicht, hat Bahro durch seine hartnäckige Weigerung, einen Antrag auf Auswanderung in die BRD zu unterschreiben, sicher das Härteste zu erwarten. Schon die 1977 ausgewiesenen Liedermacher Gerulf Pannach und Christian Kunert sowie der

Schriftsteller Jürgen Fuchs erklärten nach ihrer Abschiebung: „... Die Staatssicherheit (der DDR) versuchte mit den widerlichsten Methoden, sich unserer Absicht entgegenzusetzen, daß wir in der DDR leben wollen, um dort als Künstler mitzuhelfen, eine fortschrittliche, menschenwürdige Gesellschaft zu verwirklichen.“

Jürgen Fuchs, einer von über 50 ausgebürgerten Oppositionellen seit der Biermann-Ausweisung, schrieb noch unmittelbar vor dem Urteil gegen Rudolf Bahro einen ermutigenden Brief an ihn, in dem er auf diesen Zusammenhang einging. Mit der Verlesung dieses Briefes und in voller Unterstützung seiner Aussagen wollen wir diese Kundgebung beenden:

„Lieber Genosse Bahro!

Ich weiß nicht, ob Du in den Vernehmungen erfahren hast, daß viele von den DDR-Bürgern, die im November 1976 gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann protestierten, kurz nach Deiner Verhaftung ausgebürgert wurden: Ein Dreivierteljahr ließ man uns als „Beschuldigte“ in den Zellen und Vernehmungsräumen, die Du in der Zwischenzeit kennengelernt hast, auf einen Prozeß hinter verschlossenen Türen und lange Haftstrafen warten. Dann, Ende August 1977, wurden wir in den Besucherzimmern der Staatssicherheit überraschend vor die Alternative Gefängnis oder Westausreise gestellt. Wir entschieden uns für das kleinere Übel, wie es uns damals schien, für eine Fahrt im Personenzug des Dr. W. Vogel aus der U-Haftanstalt Hohenschönhausen nach West-Berlin. Hier erst erfuhren wir von Deiner Inhaftierung, lasen wir „die Alternative“, wurde uns klar, wer da in der Nachbarzelle gesessen hätte, wenn wir „nein“ gesagt, wenn wir diesen „Antrag“, dieses Erpressungsformular nicht unterschrieben hätten. Ich vermute, daß Du in diesen Tagen vor einer ähnlichen Entscheidung stehst: Soll ich gehen, soll ich unterschreiben, soll ich den sicher unterschiedlich formulierten Ratschlägen der Vernehmer, Rechtsanwälte, Vermittler in geheimdiplomatischer Mission folgen oder nicht?

Lieber Rudolf Bahro, wie auch immer Du Dich entschieden hast oder entscheiden wirst: Die Solidarität, im guten internationalen Sinn des Wortes, mit Deinem „Fall“, oder besser mit Dir und Deinem sehr wichtigen Buch, existiert wirklich. Und es ist nicht falsch, sinnlos selbstmörderisch oder „entspannungsgefährdend“, wenn Du Dich anders entscheidest als wir. Und vielleicht erzwingt Du, was wir nicht erreicht haben und sehr viele für unmöglich halten: Deine baldige Entlassung in die DDR!

Gemeinsamer Redebeitrag auf der Hamburger Demonstration am 8.7.78 von:
Sozialistischem Osteuropakomitee
KB
Jungdemokraten
GIM
KPD
SB

›Arbeiterbund‹ zu Bahro

(aus AK 134, Juli 1978)

Die DKP-Nachtrab-Organisation „Arbeiterbund“ — vornehmlich in Südbayern tätig — hat sich zum „Fall Bahro“ geäußert („KAZ“, 11.7.78). Der AB erwähnt zunächst, daß Springer-Presse, Trotzlisten und „KPD“ gegen das Bahro-Urteil protestiert hätten. Es heißt dann: „Spätestens hier muß jeder, der auch nur für 5 Pfennig Klassenbewußtsein hat, stutzig werden ... Von der Erscheinungsform — ein Mensch wandert acht Jahre hinter Gitter — kann man den Fall Bahro nicht beurteilen. Die richtige Fragestellung muß davon ausgehen, durch welche Klassenauseinandersetzungen ist dieses Urteil geprägt, wem nützt es“.

Diese Frage jedoch beantwortet die „KAZ“ lieber nicht. Stattdessen erfährt man, daß die DDR ja nicht ein x-beliebiges Land sei, sondern der Nachbar der BRD, die „von einer imperialistischen Bourgeoisie beherrscht wird, die ihre gleichen sucht“. Diese sei auf Rückeroberung der DDR aus Bahro habe sich diesem Imperialismus „angebeugt“. Die herrschenden Kräfte der DDR („neue Bourgeoisie Machthaber“ laut „KAZ“) bieder sich (laut „KAZ“) dem BRD-Imperialismus auch an, aber nicht so offen wie Bahro. Schlußfolgerung der „KAZ“: „Damit erübrigt sich die Frage, ob der AB auch gegen das Bahro-Urteil protestiert. Wir protestieren dagegen, daß die SED-Führung den Marxismus-Leninismus verraten hat und sich dem deutschen Imperialismus anbiedert“.

Hart geht die „KAZ“ dann noch mit einem Kommentar der „UZ“ (DKP-Organ) ins Gericht, in dem ihrer Meinung nach die Verurteilung Bahros nicht scharf genug verteidigt wurde: „In der UZ keine harte, klare parteiliche Stellungnahme ... sondern ein zahnloses Gewinsel, man möge sich doch bitte an Verträge halten und Helsinki berücksichtigen“.

Man fragt sich, was diese Leute eigentlich außer Scheiße noch im Kopf haben? Wie kann man behaupten, die Verurteilung eines demokratischen Intellektuellen in der DDR gehe die westdeutsche Arbeiterklasse einfach nichts an, wenn man gleichzeitig behauptet, in der DDR sei eine „neue Bourgeoisie“ an der Macht? Soll man sich etwa nur mit den ganz lupenreinen Kommunisten (mit Gütesiegel des „Arbeiterbund“) in der DDR solidarisieren? Und warum tritt der AB dann überhaupt noch (wenn auch recht selten) gegen die Unterdrückung demokratischer Intellek-

tuelle in der BRD auf? Wie vereinbart sich das dann auch noch mit der Tatsache, daß der AB in seinem Programm für die „Wiedervereinigung Deutschlands“ eintritt? Totale Konfusion! und wie kann man der DKP vorwerfen, sie habe Bahros Verurteilung nicht „hart“ und „parteilich“ genug gerechtfertigt? Parteilich für wen denn? Nach Lage der Dinge kann es doch nur um „Parteilichkeit“ für die „neuen bourgeoisen Machthaber“ in der DDR gehen. Was um alles in der Welt kann Kommunisten (und als solche geben sich die AB-Leute tatsächlich immer noch aus!) dazu bewegen, sich um die „Parteilichkeit“ der DKP für ihre Geldgeber in Ostberlin zu sorgen?

Es ist tatsächlich eine Frage des Klassenstandpunktes: wenn man ernsthaft (!) davon ausgeht, daß in der DDR eine „neue Bourgeoisie“ herrscht, dann wird man sich ganz bestimmt nicht gleichgültig gegenüber der brutalen Unterdrückung von Demokraten durch die „neue Bourgeoisie“ zeigen, sondern wird sich auf die Seite der Demokraten stellen. — Und wenn man es ernst meint, wird man der DKP auch nicht mangelnde Parteilichkeit bei der Rechtfertigung jeder Unterdrückung im „realen Sozialismus“ vorwerfen, sondern vielmehr ihre Rechtfertigungskampagne scharf angreifen als Unterstützung eines repressiven Regimes.

Die DKP-Argumentation hat gegenüber den närrischen Ausführungen des AB immerhin noch den Vorteil der Logik. Um der Logik willen sollten die AB-Führer endlich den von ihnen lange erörterten Schritt tun, in die DKP einzutreten!

Leserbriefe zum Thema »Bahro-Solidarität«

(aus AK 134, Juli 1978)

Die RGW-Kommission stellt anlässlich der Hamburger Bahro-Demonstration die Frage: „Warum so schüchtern, Genossen?“ Ich will kurz meine „Schüchternheit“ und Bedenken in Sachen Bahro-Solidarität begründen.

1. Die Linke, die heute gegen das Bahro-Urteil protestiert und die Verhöhnung der Prinzipien sozialistischer Demokratie durch den Revisionismus anprangert, scheint gar nicht zu merken, wem sie die Stange hält, wenn sie dermaßen blauäugig eine „Bahro-Kampagne“ anzettelt, wie das allorts geschehen ist. Die jüngsten Maßnahmen des US-Imperialismus (Lieferungsstopp für das Computersystem u.ä.m.) haben gezeigt, daß der Imperialismus sehr zielstrebig die Verfolgung der sog. Bürgerrechtler in den revisionistischen Ländern propagandistisch zu einer Verschärfung der aggressiven Politik gegen die Sowjetunion ausnützt. Die Hetze gegen die „Russen und Kubaner“ in Afrika haben ebenso wie die neuerliche „Menschenrechtsoffensive“ allein die Funktion, ideologisch eine Konfrontationspolitik, eine Rückkehr in die Zeiten des „Kalten Krieges“, der in Afrika schon längst zu einem heißen geworden ist, und eine offene Kanonenboot-Politik gegen die Völker der Dritten Welt in der Bevölkerung abzusichern. Darauf haben wir immer hingewiesen. Schaut man sich aber die „Bahro-Kampagne“, insbesondere auch die Hamburger Demo und den im AK 133 abgedruckten Redebeitrag an, so ist von dieser Einsicht nicht mehr viel zu spüren! In den wohl 800 Zeilen umfassenden Redebeitrag ist buchstäblich kein Wort über die Funktionalisierung der „Bürgerrechtler“ für die imperialistische Propaganda und Kriegsvorbereitung zu finden. Kein Wort über die Ziele, die gerade die westdeutsche Bourgeoisie mit dieser Kampagne verfolgt! Und das in einer Situation, in der die bürgerliche Presse immer neue „Bürgerrechtler“ hervorkramt (wie Nico Hubner und den US-Agenten Schtscharanskij!), um die Bevölkerung auf die Duldung/Unterstützung eines neuen imperialistischen Kreuzzuges im Namen der „Freiheit“ gegen die Völker zu trimmen.

Der Protest gegen das Bahro-Urteil hat dann — und nur dann! — seine politische Berechtigung (und ist nur dann „politisch weitsichtig“, was fälschlicherweise den Teilnehmer der Hamburger Demo vom AK angeordnet wurde), wenn er, wo immer er ertönt, mit der Entlarvung der verlogenen Propaganda des Imperialismus

verbunden wird. Ansonsten bleibt er objektiv der „linke“ Flügel dieser Propaganda!

Aus diesem Grund schließt sich jede Aktionseinheit mit der vaterländischen „KPD“ in dieser Frage aus. Es sei denn, sie akzeptiert, daß in einem gemeinsamen Redebeitrag klar und unmißverständlich und mit der gleichen Schärfe, mit der das Terror-Urteil gegen Bahro attackiert wird, der „Feind im eigenen Land“ auch bei dieser Frage aufs Korn genommen wird. Ist darauf etwa in Hamburg aus Rücksicht vor den Kritikern der imperialistischen „Appeasement-Politik“ verzichtet worden? Für eine solche AE kann man sich bedanken

2. Der Protestschrei der westdeutschen Linken über das Terrorurteil gegen Bahro fällt in einer Situation, in der hierzulande die Bourgeoisie mit einer wachsenden Legitimationskrise ihrer politischen Herrschaft zu kämpfen hat. Diese Krise umfaßt auch den Bereich, wo sich die Bourgeoisie bisher am weitesten vorgewagt hat und wo sie sich — was die Zustimmung ihrer Maßnahmen in der Bevölkerung angeht — am sichersten wähnte: die Faschisierung des Staatsapparates. Die Enthüllungen der „FR“ und des „stern“ in den letzten Wochen und Monaten haben doch schlagartig die Chancen der Linken erhöht, ihre langjährig vorgebrachte, aber in breiten Bevölkerungskreisen ungehört gebliebene Kritik an der Entwicklung des westdeutschen Polizeistaates wesentlich offensiver vorzubringen und in einer breit angelegten Agitation zu verstärken. Nichts dergleichen passiert. Stattdessen stürzt man sich in eine „Bahro-Kampagne“. Wozu, frage ich mich, ist das Russell-Tribunal veranstaltet worden, wenn man jetzt, wo es in der Öffentlichkeit Früchte zu tragen beginnt, nicht am Ball bleibt, wenn die Linke nicht jetzt mit der „stern“-Serie „Freiheit 78“ arbeitet, Protestaktionen organisiert etc.??

Man wird einwenden: „Man darf das eine nicht gegen das andere ausspielen!“ Fakt ist jedoch, daß meterweise Protestpapier gegen das Bahro-Urteil produziert wird, das aber zu den zwei Jahren Knast für RA Groenewold eisiges Schweigen herrscht. Fakt ist ebenso, daß die Linke sich in der „Filbinger-Angelegenheit“ so gut wie gar nicht einge-mischt hat.

Solidarität mit Bahro — ja. Aber nicht auf Kosten des Antirepressionskampfes in der BRD!

Klaus, Göttingen

(aus AK 136, August 1978)

In dem Artikel „Bahro, CSSR und DKP“ heißt es: „Zudem geht auch die Logik der imperialistischen Propaganda dahin, selbst eindeutige Spione, die in den Ländern des realen Sozialismus verurteilt werden, schein-heilig als ‚verfolgte Menschenrechtler‘ zu bejammern.“ (AK 134).

Mir scheint, daß diese „Logik“ langsam auch im AK Eingang findet. Sowohl auf Seite 1 („Sowjetunion — Hohe Strafen für Regime-Kritiker“) als auch in dem Artikel „Neue Prozesse in der UdSSR“ wird hartnäckig ein gewisser Schtscharanskij in die Argumentationskette „Regime-Kritiker — Konstruierte Anklagepunkte — Terrorurteile“ eingereiht. Dem Leser wird suggeriert, daß mit Scht. wieder einmal ein harmloser Vertreter der sowjetischen „Bürgerrechtsbewegung“ der revisionistischen Terrorjustiz zum Opfer gefallen ist; ein „Bürgerrechtler“, der lediglich „Staatsgeheimnisse“ (die Anführungszeichen werden vom AK-Redakteur gesetzt!) verraten habe und „als Verbindungsmann zwischen den sowjetischen Dissidenten und westlichen Korrespondenten fungiert“ habe. Wer ist die Scht. wirklich? Die „Zeit“ hat ihn als „Grenzfall“ bezeichnet. Die „FR“ wurde deutlicher:

NEW YORK (Reuter). Der wegen angeblicher Spionage zu 13 Jahren Haft und Arbeitslager verurteilte sowjetische Regimekritiker Anatoli Schtscharanskij soll nach einem Bericht des US-Nachrichtenmagazins „Newsweek“ einem US-Journalisten eine Liste geheimer Rüstungsbetriebe der UdSSR übergeben haben. Das Magazin bezog sich in seiner am Montag veröffentlichten Meldung auf Angaben eines ungenannten amerikanischen Beamten. Seinen Worten zufolge nannte Schtscharanskij dem inzwischen ausgewiesenen Korrespondenten der „Los Angeles Times“, Robert Toth, offenbar unabhängig die Namen von Rüstungsbetrieben und Forschungsinstituten, die als zivile Einrichtungen ausgewiesen waren.

Als besonders schädlich für Schtscharanskij soll sich „Newsweek“ zufolge ein Brief eines ehemaligen US-Militärattachés erwiesen haben. In dem Schreiben, das von der sowjetischen Geheimpolizei KGB im Müllmeier des jüdischen Dissidenten gefunden worden sei, habe Major Robert Walters für gute Zusammenarbeit gedankt.

Im AK ist davon kein Wort zu finden, obwohl die Meldung der „FR“ vom 18. Juli datiert. Ich kann mir nicht vorstellen, daß dieser Hinweis „übersehen“ wurde. Wenn er aber der

RGW-Kommission oder der AK-Redaktion bekannt war, warum wurde er nicht als aktueller Beleg für die oben zitierte „imperialistische Logik“ angeführt? Warum wurde Scht. wider besseren Wissens in die Liste der „Bürgerrechtler“ eingereiht? (...)

Eine zweite Bemerkung zu dem Artikel „Bahro, CSSR und die DKP“: Der Verfasser zieht aus der Analyse des DKP-Programms die „bedrückende Schlußfolgerung“, daß die hiesigen Revis der Panzer des Warschauer Pakts als Krönung eines friedlichen Übergangs zum Sozialismus in die BRD holen wollen. Zu dieser „Schlußfolgerung“ kann man vielleicht auf der Grundlage einiger phantasierender Gedankenspiele kommen; sie verbietet sich aber, wenn man ernsthaft die realen nationalen und internationalen Bedingungen revisionistischer Politik untersucht.

1. Der Einmarsch in die CSSR sollte das „Wegkippen“ eines revisionistischen Landes aus dem Herrschaftsbereich des Warschauer Pakts verhindern. Die SU hatte die berechnete Befürchtung, daß mit der CSSR die nach dem zweiten Weltkrieg vorgenommene Aufteilung Europas in Einflußsphären der Großmächte zu ihren Ungunsten verändert wird. Der Imperialismus hat dieser „Verteidigung“ der Einflußsphäre tatenlos zugesehen, weil eine direkte Einmischung unweigerlich einen 3. Weltkrieg hervorgerufen hätte. Das gilt aber auch umgekehrt: ein gewaltsames Eindringen der revisionistischen Staaten in ein kapitalistisches Land Westeuropas, also in die Einflußsphäre des Imperialismus, würde mit 100 %iger Sicherheit zu einer militärischen Konfrontation führen. Aus diesem Grund wäre eine „brüderliche Hilfe“ a la CSSR für eine „antimonopolistische Demokratie“ in der BRD das letzte, was die SU leisten würde.

2. Die Voraussetzung, daß es der DKP je gelingen könnte (ohne den „eurokommunistischen“ Weg der Lösung von der SU zu gehen), eine Koalitionsregierung mit der SPD zu bilden, ist total idiotisch! Hier wird so getan, als ob der Revisionismus fähig wäre, der Bourgeoisie reale Machtpositionen abzutrotzen, zu einer wirklichen Gefahr für den Imperialismus zu werden (im AK-Artikel wird dies auch explizit gesagt: Die DKP stellt... für die „Monopolbourgeoisie der BRD keinerlei Gefahr dar, sondern dient ihr vielmehr als Anschauungsobjekt für die antikommunistische Hetze“). Alle Versuche der Revis, in Rüstungsklassenkampfsituationen ihre Strategie (antimonopolistische Demokratie, friedlicher Übergang etc.) durchzusetzen, sind kläglich gescheitert (Portugal) bzw. haben mit einem Blutbad geendet (Chile). Es blieb den Vaterländern vorbehalten, die Kritik am Revisionismus, daß er die Arbeiterklasse ideologisch und politisch entzweifelt und sie ungeschützt der Konterrevolution ausliefert, zu einer kruden Verschwörung und Agententheorie herunterzumachen. Die MLer haben damals in Portugal die PCP als „Agentur des Sozialimperialismus“ bezeichnet, die

sich nur an die Macht schleichen wollte, um „den russischen Bären durch die Hintertür ins Land zu holen“. Selbst wenn die revisionistischen Parteien in den kapitalistischen Ländern dies wollten, könnten sie es nicht. Diese auch in dem AK-Artikel hervorzuheben „Agenturtheorie“ hat darüber hinaus zur Folge, daß gegenüber dem Revisionismus als eine Strömung innerhalb der Arbeiterbewegung in den kapitalistischen Ländern eine Bündnispolitik überhaupt nicht mehr möglich ist.

Gehen die Phantastereien aus dem AK-Artikel in eine politische Agitation gegen die DKP ein, können wir uns gleich mit den MLern verbrüderlichen. Die bescheidene Rolle eines fünften Rads am antikommunistischen Wagen, der hier durch die Lande rollt, wäre uns dann sicher...

Klaus, Göttingen

Antwort der Redaktion

Zum Punkt 1) Es gehört, wie in AK 134 dargestellt, inzwischen zu den gängigen Praktiken der revisionistischen Propaganda, Oppositionelle als Spione, Agenten usw. zu kriminalisieren. Bekanntlich war das bei Bahro auch nicht anders.

Der KB wird sich zwangsläufig nicht mit kriminalistischer Feinarbeit beschäftigen können, um sich mit den oft sehr pauschalen Anklagen „realsozialistischer“ Gerichte auseinanderzusetzen. Ebensovienig wird für uns das Prinzip gelten: Wer von einem sowjetischen Gericht als Spion, Agent usw. verurteilt wird, gilt für uns als schuldig, solange er uns nicht das Gegenteil beweist.

Was Schtscharanskij angeht: Ihm wird vorgeworfen, von 1974 bis 1977 „regelmäßig“ Kontakt zu dem „CIA-Agenten und in Moskau als Journalist der „Los Angeles Times“ getarnten Robert Toth“ gehabt zu haben. U.a. habe er Toth Kontakte zu jüdischen Wissenschaftlern vermittelt, die in als „geheim“ erklärten sowjetischen Forschungsinstituten arbeiteten.

Allerdings scheint es nach den vorliegenden Presseberichten so, als sei Scht. zu 13 Jahren Haft nicht nur wegen dieses „Landesverrats“ verurteilt worden, sondern gleichzeitig wegen „antisowjetischer Agitation und Propaganda“. Nicht einmal die revisionistische Hetzpropaganda zu den Prozessen leugnet, daß Scht. zumindest a u c h aus politischen Gründen vor Gericht stand. So berichtet selbst die „UZ“, daß Scht. im Prozeß vorgeworfen worden sei, daß er „von verheimlichter Kritik an der Sowjetunion zum Landesverrat und zur Spionage für einen ausländischen Geheimdienst übergegangen“ sei („UZ“, 15.7.78, Hervorhebung von uns).

Scht. hatte bereits 1973 seine Ausreise nach Israel beantragt. Solche Personen werden, wie aus verschiedenen Berichten hervorgeht, routinemäßig unter polizeiliche Überwachung gestellt. 1976 war Scht. Mitbegründer

des Moskauer „Helsinki-Komitees“ und wurde Sekretär von Sacharow, dem bekanntesten — daher bis heute noch nicht vor Gericht gestellten — sowjetischen „Dissidenten“. Selbst wenn man naiverweise glauben sollte, daß sich ein Spion und Agent derart auf den Präsenzteller setzen würde, ist doch wohl klar, daß die polizeiliche Überwachung es dem Scht. gar nicht erlaubt hätte, sich als Spion und Agent zu betätigen. Zudem ist auch nicht erklärt worden, wieso Scht. überhaupt in der Lage gewesen sein soll, an Staatsgeheimnisse zu gelangen. Er müßte dazu ja sowjetische Komplizen gehabt haben, die ihn mit diesen Staatsgeheimnissen belieferten. Davon war aber im Prozeß offensichtlich nicht die Rede.

Und schließlich: Der Journalist Toth, zu dem Scht. jenen Kontakt hatte, der angeblich „landesverräterisch“ gewesen sein soll, war laut Anklageschrift im Prozeß gegen Scht. ein „CIA-Agent“. Seltsam nur, daß Toth seinerzeit zwar festgenommen, dann aber — nachdem er einige (möglicherweise Scht. belastende?) Erklärungen unterschrieben hatte — kurzerhand aus der Sowjetunion abgeschoben wurde.

Es wurde schon im AK 134 darauf hingewiesen, daß es sehr leicht ist, „Dissidenten“ wegen ihrer Kontakte zu westlichen Journalisten als Spione, Agenten usw. zu kriminalisieren — auch deshalb, weil diese Journalisten tatsächlich in gewissem Maß als Zuarbeiter westlicher Geheimdienste fungieren. Die Scheinheiligkeit solcher Anklagen erweist sich aber klar, wenn zwar der „Dissident“ verknackt wird, man jedoch den westlichen Journalisten (also den angeblichen Agenten des CIA etc.) laufen läßt.

2) Hier macht Genosse Klaus einen groben Denkfehler und verdreht zudem den Inhalt des betreffenden Artikels. Im Artikel wurde klar gesagt (Klaus zitiert das sogar!), daß die revisionistischen Vorstellungen (beispielsweise von einer Koalitionsregierung DKP-SPD) total unrealistisch sind, ebenso wie in diesem Zusammenhang der Gedanke an eine „brüderliche Hilfe“ a la CSSR für die BRD. Das kann doch aber für uns kein Grund sein, solche (unrealistischen) Vorstellungen nicht mehr zu kritisieren?! Das geht am t e Programm der DKP, ihre Mitbestimmungsforderungen, ihr „friedlicher Übergang zum Sozialismus“ usw. usf. sind doch d u r c h w e g unrealistisch! Sollen wir diese Vorstellungen also nicht mehr kritisieren?! Genosse Klaus krönt diese absurde Forderung auch noch mit dem Hinweis, wir würden uns dadurch eine Bündnispolitik mit der DKP unmöglich machen. Frage: Sollen wir auf Kritik an bestimmten Vorstellungen der DKP (nämlich gerade an den für die DKP peinlichsten!) verzichten, nur um uns vielleicht die klitzekleine Chance offenzuhalten, daß sich die DKP eines Tages doch noch unser erbarmt und uns für bindniswürdig hält?

Genosse Klaus garniert seinen Artikel mit Drohungen, im AK wür-

de langsam die imperialistische Logik Eingang finden, sowie mit kräftigen Schlägen gegen den „ML“-Butzemann, der sich in letzter Zeit wohl des AK zu bemächtigen scheint. Wenn Klaus tatsächlich dieser Meinung ist, sollte er das schon mal etwas fundierter belegen als in seinem Leserbrief!

(aus AK 136, August 1978)

Dieser Brief ist das Ergebnis einer Diskussion, die wir in der KB-Sympathisantengruppe Münster anhand des Briefes von Klaus aus Göttingen (AK134) zur Bahro-Solidarität geführt haben.

Unseres Erachtens „klärt“ Klaus die Frage der Solidarität mit politischen Gefangenen in den Ländern des „realen Sozialismus“ durch eine völlig schematische Anwendung des Prinzips „Der Hauptfeind steht im eigenen Land“. Dieses Prinzip kann für uns doch nicht heißen, den BRD-Imperialismus in jeder Teilfrage zum Hauptangriffspunkt zu machen. Sinn und Zweck der Hamburger Bahro-Demonstration war der Protest gegen das Terrorurteil eines sich sozialistisch nennenden Regimes und die Solidarisierung mit einem in der DDR verfolgten fortschrittlichen Menschen und Genossen. Für uns als Kommunisten mußte die Demonstration darüber hinaus Anlaß sein, unsere Vorstellungen von Demokratie und Sozialismus der menschenfeindlichen und verlogenen Politik von SED und DKP gegenüberzustellen. Kritisch ausgewertet werden mußte, inwieweit das tatsächlich gelungen ist.

Das Problem der „Funktionalisierung der Bürgerrechtler für die imperialistische Propaganda“, von dem Klaus aus Göttingen behauptet, dazu stünde in dem auf der Hamburger Kundgebung gehaltenen Redebeitrag „buchstäblich kein Wort“, ist u.E. völlig richtig angegangen worden: Hauptstoßrichtung von Demo und Kundgebung waren das Bahro-Urteil und diejenigen, die es zu verantworten haben bzw. es hierzulande als ein Beispiel sozialistischer Rechtsprechung feiern, wie die DKP; und in diesem Zusammenhang auch die Abrechnung mit diesen Leuten, weil sie damit den Sozialismus diskreditieren und den Imperialisten Munition für ihre verlogene Menschenrechtskampagne liefern. Hierzu nur ein Zitat aus dem Hamburger Redebeitrag: „Tatsächlich sind es die DDR und in ihrem Gefolge die DKP selbst, die mit ihren undemokratischen Praktiken und ihrem verlogenen Legitimationsjournalismus antisozialistischen Kräften große Möglichkeiten geben, demagogisch gegen den Sozialismus schlechthin zu hetzen“. Dieser Vorwurf wird in dem Redebeitrag sehr ausführlich begründet und überhaupt kein Zweifel daran gelassen, daß wir mit der heuchlerischen Menschenrechtskampagne der Imperia-

listen nichts gemeinsam haben. Wie kann Klaus da allen Ernstes behaupten, unsere Bahro-Solidaritätskampagne sei „objektiv der linke Flügel dieser (imperialistischen) Propaganda“?!

Überhaupt scheint uns Klaus sehr leichtfertig und oberflächlich an die Frage der Oppositionellen in DDR und Sowjetunion heranzugehen. Woher hat er z.B. die Information, der zu 13 Jahren Gefängnis verurteilte Schtaranskij sei ein „US-Agent“?

Und noch etwas zur Frage des Ausspielens von Bahro-Solidarität gegen den Antirepressionskampf in der BRD. Es ist doch nicht unser Pro-

blem, wenn die „KPD“ den Schwerpunkt ihrer Politik auf die Solidarität mit allen möglichen und unmöglichen „Dissidenten“ im Osten legt oder z.B. das SB Unterdrückung „in Ost und West“ gleichberechtigt behandeln will, und von beiden Organisationen sehr wenig im Kampf gegen die Repression im eigenen Land geleistet wird. Es ist uns unverständlich, wieso daraus auch noch ein genereller Unvereinbarkeitsbeschuß gegenüber der „KPD“ in Sachsen Bahro abgeleitet werden soll.

KB-Sympathisanten Münster

Freiheit für die Konterrevolution?

(aus AK 37, Dezember 1973)

Um die „oppositionellen Intellektuellen“ der Sowjetunion, Solschenizyn, Sacharow, Maximow & Co. ist es in den letzten Wochen in der bürgerlichen Presse wieder ruhiger geworden, nachdem sie vor allem in den Monaten August und September schier unerschöpflichen Stoff für eine stupide anti-kommunistische Kampagne abgegeben hatten.

Bemerkenswert ist, daß sich in diese Kampagne sogar ein Mann wie Heinrich Böll einreihete, der wahrhaftig schon klarere Tage hatte, die ihm allerdings auch nicht entfernt denselben Beifall von bürgerlicher Seite eingebracht haben wie jetzt sein Eintreten für die „oppositionellen Intellektuellen“ in der Sowjetunion. Und sogar der zweifelloso linke und ehrenwerte Schriftsteller Erich Fried schrieb in einem Leserbrief an die „Frankfurter Rundschau“: „Man muß mit Solschenizyn oder Sacharow übrigens weder weltanschaulich noch taktisch übereinstimmen, um ihre Sorgen oder einige von ihnen zu teilen.“ (FR, 13.9.73)

Beträchtliche Konfusion scheint die Kampagne der Bourgeoisie in Sachen Solschenizyn & Co. in einigen linken, nicht-revisionistischen Organisationen im Ausland ausgelöst zu haben. So scheinen z.B. die italienischen Organisationen „manifesto“ und „avanguardia operaia“ die Herren Solschenizyn, Sacharow & Co. mit einer „demokratischen Opposition“ in der Sowjetunion verwechselt zu haben. Selbst die ansonsten gegenüber der Sowjetunion nicht allzu kritikfreudige re-

visionistische Partei (PCI) nahm eine „Abgrenzung“ von der KPdSU vor: „Kritik gegenüber Handlungen und Methoden, die die Freiheit der Kultur treffen und die politische Diskussion einengen“ („l'Unità“, 20.9.73).

Stellen Solschenizyn, Sacharow & Co. eine demokratische Opposition in der Sowjetunion dar? Dies läßt sich leicht feststellen, wenn man ihre eigenen Äußerungen betrachtet.

Sie alle reden viel von „offener Gesellschaft“, „freie Meinungsäußerung“, „Demokratisierung“, „Recht auf freie Information“ (Stichworte aus einem Interview Sacharows mit dem „Spiegel“, 38/73). Andererseits kann man nicht verkennen, daß buchstäblich in keinem der überaus zahlreichen Interviews, die diese Leute in den letzten Monaten ungehindert geben konnten, etwas über die Arbeiter-klasse gesagt wird, daß etwas über deren Probleme gesagt würde. Dies macht klar, wofür die „Opposition“, „freie Meinungsäußerung“ fordert, nämlich für bürgerliche Vorstellungen, für eine bürgerliche Kritik am Gesellschaftssystem der Sowjetunion. Keiner dieser „Oppositionellen“, der nicht mehr oder weniger offen den Sozialismus ablehnt.

Sacharow z.B. sagt: „Ich bin skeptisch dem Sozialismus gegenüber! Ich finde nicht, daß der Sozialismus uns auf theoretischer Ebene für eine bessere Organisation der Gesellschaft etwas Neues gegeben hat.“

Der Sozialismus bedeute „maximale Unfreiheit“ und „maximale ideologische Unbeweglichkeit“. (Interview mit dem schwedischen Fernsehen; in „Spiegel“ 28/73)

Und an anderer Stelle des selben Interviews: „Ich bin Anhänger schrittweiser Änderungen“ – in der Sowjetunion, versteht sich, und natürlich in Richtung Kapitalismus. Zuerst sei es erforderlich, „die ideologische Besessenheit der Gesellschaft zu liquidieren“. Und dann die Katze voll aus dem Sack: „Die Rolle der Intelligenzja ist in der Gesellschaft in sinnloser Weise unterdrückt worden. Die Intellektuellen sind materiell schlecht gestellt, keineswegs sehr viel besser als die körperlich Arbeitenden...“

Dabei darf man Sacharow gestört als einen relativ „liberalen“ Vertreter der antisozialistischen „Opposition“ ansehen, der zumindest aus taktischen Gründen kein zu grobes Geschütz auffährt.

Anderer z.B. sein Freund Maximow, ein „Schriftsteller“, der an Böll schrieb: „Heute überreicht man armsgeligen Verfechtern eines neuen München, die sich große Politiker zu sein dünken, bereits Nobel-Friedenspreise.“ (Er meint natürlich Brandt, und nicht etwa Kissinger – Anm. AK) „Der Allmächtige allein weiß, welchen Blutzoll wir für die Teufelspiele der Halbkönner der Diplomatie von heute zahlen müssen, ein Platz auf der Anklagebank des zweiten Nürnbergs ist ihnen zweifellos gewiß.“ (laut „Spiegel“, 36/73) – Ob der „Bayernkurier“ der CSU wagen würde, so etwas zu schreiben? In der Sowjetunion, wo die „Intellektuellen unterdrückt“ werden, ist so etwas möglich. Leider, um es deutlich zu sagen.

Was sagt Sacharow, als er in einem Interview mit dem „Spiegel“ auf diese Äußerung von Maximow angesprochen wird? Er habe sich über Maximows Äußerung wegen deren „Mißverständlichkeit“ (!) geärgert; jedoch müsse man verstehen, daß Maximow „zur Zeit großen Kummer“ habe. („Spiegel“, 38/73) Maximow selbst sagte dem „Spiegel“ zu dieser Äußerung: „... Sie haben das ziemlich eng ausgelegt. Ich dachte an mehrere derartige Politiker...“ (38/73)

Als in Chile der faschistische Terror wütet, schreiben Sacharow, Maximow und der „Schriftsteller“ Alexander Galitsch einen freundlichen Brief an die Junta, in dem sie sich für den Dichter Pablo Neruda einsetzen: „Der Verlust dieses großen Mannes würde auf lange Zeit die Ära der Wiedergeburt und Konsolidierung verdunkeln, die ihre Regierung versprochen hat.“ („FR“, 22.9.73)

Kann man das noch „mißverstehen“? Es ist offensichtlich, daß ein Großteil dieser „Opposition“ mit den chilenischen Faschisten politisch eng verwandt ist. Auch die sowjetische Opposition will ja, ebenso wie die Junta in Chile, jede Spur von Sozialismus auslöschen – der eine „schrittweise“ (Sacharow), andere bekennen sich offen zur konterrevolutionären Gewalt.

Die „Bild am Sonntag“ machte z.B. im Oktober ein Interview mit Andrej Dubrow, der vor einiger Zeit mit Einreisedokumenten für Israel die Sowjetunion verlassen hat. Dubrow scheint ein recht guter Kenner der „oppositionellen“ Szene in der Sowjetunion zu sein; der „Spiegel“ druckte in Nr. 44/73 einen Artikel von ihm ab. Dubrow war nach eigenen Angaben Mitarbeiter einer „Untergrundzeitung“ der sowjetischen „Opposition“. Dubrow sagte der „BamS“:

„Es gibt Untergrundkämpfer, die Verbindung zu Sympathisanten in der Armee haben. Auf diese Weise sollen schon jetzt einzelne Mitglieder des Widerstands mit leichten Waffen – vor allem Pistolen – ausgerüstet worden sein. Dubrow: „Wenn die Zeit reif ist, werden meine Freunde jederzeit Gewehre, Munition und Granaten erhalten.“

Als Heinrich Böll am ihn umtösenden Beifall der Bourgeoisie zu merken begann, in welcher Gesellschaft er sich aus freiem Willen begeben hatte, sprach er von „falschen Brüdern“, die man sich ja nicht aussuchen könne. Nun, Böll hat sicher den Beifall der Springerpresse nicht gewollt und als eine Beleidigung seiner Person empfunden – aber konnte er bei einer Parteinahme für die sowjetischen Antikommunisten Solschenizyn, Sacharow & Co. denn etwas anderes erwarten als den Beifall der westdeutschen Antikommunisten?

Alexander Galitsch (ein Mitglied der „Opposition“) gab Böll durchaus eine passende Antwort auf dessen Ausrede von den „falschen Brüdern“. Er sagte, diese Formulierung sei „nicht ganz gerechtfertigt“, denn „Brüder sind Brüder. In der gegenwärtigen Lage hat jede Unterstützung und jeder Protest positive Wirkung in sich.“ („Spiegel“, 38/73) – So verhält sich die sowjetische „Opposition“ auch in der Praxis, indem sie die Hilfe russischer „Emigranten“-Faschisten oder auch deutscher Faschisten nicht scheut. Und in der bürgerlichen Presse der imperialistischen Länder sieht die „Opposition“ ohnehin ihren besten Verbündeten.

Indes sind die „Oppositionellen“ durchaus nicht unkritisch gegenüber dem imperialistischen „Westen“ – wenn es darum geht, diesem „Schlappheit“ in der Bekämpfung

des Sozialismus und der Sowjetunion vorzuwerfen:

Solschenizyn etwa sprach von seinem „Abscheu gegenüber einer egoistisch kurzzeitigen und verteidigungslos“ gegenüber dem Sozialismus, versteht sich. Das ist unverkennbar die Sprache eines Faschisten. Und weiter sagte Solschenizyn in diesem Zusammenhang: „Wenn aber (im „Westen“ – Anm. AK) nur furchtsame (!!) isolierte Proteste (gegen die „Unterdrückung“ in der Sowjetunion – Anm. AK) zu hören sind, ohne Glauben an ihren Erfolg und mit dem Vorbehalt (!), daß die gleiche Sache auch in Griechenland, Spanien, der Türkei geschieht, dann ruft dies nur das Gefühl der Aggressoren hervor.“ („Spiegel“, 36/73) „Aggressoren“ nennt er die Sowjetunion, und für den „Westen“ hält er den Ratschlag bereit, keine „Vorbehalte“ gegenüber dem Faschismus in Griechenland, Spanien etc. zu haben. – Der „Spiegel“ schreibt dazu: „So unterschiedlich die politischen Vorstellungen des nach Konvergenz der Vernunft strebenden Sacharow und des an die gesittete Welt (!) glaubenden Solschenizyn auch sein mögen: Gemeinsam ist ihnen die tiefe Skepsis gegenüber der westlichen Entspannungspolitik.“ (36/73)

Sich mit dieser Art von „Opposition“ in der Sowjetunion zu verbünden, heißt, „Freiheit“ für die anti-sozialistische, konterrevolutionäre und faschistische Propaganda in der Sowjetunion zu fordern. Eine solche Forderung liegt nicht im Interesse des sowjetischen Volkes – auch dann nicht, wenn man davon ausgeht, daß die Sowjetunion kein sozialistisches Land, sondern ein verbürgerlichtes und den kapitalistischen Weg gehendes Land ist.

Es gibt zweifellos politische Unterdrückung in der Sowjetunion. Es gibt Unterdrückung der Meinungsfreiheit des Proletariats, es gibt Unterdrückung sozialistischer Kritik an der gesellschaftlichen Entwicklung der Sowjetunion, es gibt großrussischen „Sozialchauvinismus und Unruhe unter manchen Nationalitäten der Sowjetunion (Balten, Ukrainer, Georgier u.a.).

Es gibt sicher in der Sowjetunion eine unterdrückte liberal-demokratische und sozialistische Opposition. Diese ist allerdings von der bürgerlichen Presse der imperialistischen Länder bisher „nicht aufgespürt“ worden. Die Interviews mit Solschenizyn, Sacharow & Co. erwecken vielmehr den Eindruck, daß die sowjetische Opposition nur aus Feinden des Sozialismus, Freunden des „Christlichen Abendlands“, Konterrevolutionären und Faschisten besteht.

Es ist nicht abwegig, daß die erstaunliche Narrenfreiheit von Solschenizyn & Co. in der Sowjetunion gerade in dem Bestreben der sowjetischen Bürokratie begründet ist, durch diese Leute ein falsches, negatives Bild von der sowjetischen Opposition zu geben. In der Sowjet-

union selbst scheinen einige liberal-demokratische Mitläufer der anti-sozialistischen „Opposition“ über die Äußerungen von Solschenizyn, Sacharow, Maximow & Co. schockiert gewesen zu sein.

Jede demokratische Opposition in der Sowjetunion würde sich dis-

kreditieren und ihren Zweck verfehlen, wenn sie auch nur den Anschein eines Bündnisses mit „Kritikern“ in der Art von Solschenizyn & Co. dulden würde. Dasselbe gilt für die Demokraten und Sozialisten außerhalb der Sowjetunion. ■

Solschenazi kriegt Gesellschaft: »Regimekritiker« Amalrik im Westen

(aus AK 85, Juli 1976)

Mit dem „Schriftsteller“ Amalrik hat die sowjetische Regierung im Juli einen weiteren faschistischen Hetzer „in den Westen“ abgeschoben. Amalrik, „Moskaus schärfster Kritiker“ („Bild“, 16.7.), gab so gleich einen zünftigen Einstand: „Moskaus hat sein Ziel, die kommunistische Weltherrschaft, nie aus den Augen verloren. Der Westen ist müde geworden, Widerstand zu leisten. Moskaus Schlaftabletten wirken“. Und auf die Frage nach der „neuen Ostpolitik“ des BRD-Imperialismus: „Sie ist redlich, aber kurzichtig. In der Hoffnung auf kurzfristige Entspannungserfolge hat die Bundesrepublik ihr Hauptziel aus den Augen verloren: die deutsche Einheit. Es wundert mich, daß immer weniger Männer an die Wiedervereinigung erinnern“ (Zitate aus einem „Bild“-Interview, 16.7.).

Amalrik kann mit diesem Einstand dem Kriegshetzer Solschenizyn die Hand reichen. Solschenazi ist inzwischen zum antikomunistischen Parade-Esel der internationalen Reaktion geworden: Kriegshetze gegen die Sowjetunion; Bedauern, daß sich der Imperialismus aus Indochina „zurückzog“; Warnungen vor einer „Demokratisierung“ im faschistischen Spanien – zu allem gibt dieser Hetzer seinen braunen Senf. So erst kürzlich wieder, als er jammerte über „Freiheit für Streikende, ausgetragen bis zur Spitze der Freiheit“, „Freiheit für Terroristen, um der Bestrafung zu entkommen“, „Freiheit, um nicht einmal die eigene Freiheit zu verteidigen“ und „Freiheit für Halbwüchsige...“, sich in Nichtstun und Vergnügen zu stürzen, anstatt in kräftigen Aufgaben („Welt“, 27.6.76).

Eine breite pseudo-„linke“ Front behauptet allerdings, daß „Freiheit“ in der Sowjetunion ihrer Vorstellung nach bedeuten müßte, daß Faschisten wie Solschenizyn oder Amal-

rik auch dort ungehindert ihre Hetze verbreiten dürfen. Dies unter dreier Berufung, auf den Ausspruch von Rosa Luxemburg, die Demokratie sei „immer Freiheit für Andersdenkende“. Als ob Rosa Luxemburg damit vielleicht „Freiheit“ für die Faschisten gemeint hätte, die sie und Karl Liebknecht kurz darauf barbarisch ermordeten!... Welcher Unterschied besteht denn in Wahrheit zwischen den Faschisten, die 1918/19 gegen Rosa und Karl auf Plakaten hetzten: „Schlagt sie tot!“ und einem Solschenizyn, der heute am imperialistischen Völkermord in Indochina nur zu bedauern findet, daß er nicht lange genug gedauert hat?! „Freiheit“ für solche Prediger des Massenmords zu fordern, unter Berufung auf Rosa Luxemburg, ist wahrlich eine Verhöhnung, die an Zynismus und Schamlosigkeit kaum noch zu überbieten ist! Getan hat das beispielsweise der trotzkistische Cheftheologe Mandel in Röhl's „das da“.

Mit vernunftmäßigen Maßstäben ist es ebensowenig zu messen, wenn Rudi Dutschke (dem SB nahestehend) heute noch Solschenizyn ausdrücklich für einen „konservativen Idealisten“ erklärt, dessen „literarische Schärfe und historische Nähe (!)“. ... nur ein Schwachgeist ignorieren“ könne („das da“, Juli '76).

Vor zwei Jahren war Dutschke sogar noch der Meinung, Solschenazi sei ein „bürgerlicher Moralist“ (siehe AK vom März 74, S. 32). Zur selben Zeit huldigte Mandel dem Solschenizyn gar als „Humanist“ und „großen Geist, dem die ehrliche Gesinnung und die tapfere Leidenschaft nicht abzusprechen sind“ („Frankfurter Rundschau“, 23.3.74).

Nach der Methode „Haltet den Dieb!“, behauptet Dutschke, in der gebe es eine „Front“ der „Springer-Lakaien und UZ-Redakteure“ und eine „sozial-kommunistische Front demokratischen Typus“ – der er

sich selbst offenbar zurechnet („das da“, Juli '76). Dabei kann jeder sehen, daß es Dutschke ist, der in dieser Frage mit den „Springer-Lakaien“ in einer „Front“ steht, wenn man überhaupt von einer „Front“ reden will. Er schreibt voll Stolz: „Vor dem dreckigen Blick der Springer-Lakaien und der CDU/CSU u.a. brauchen wir uns nicht zu fürchten“ („das da“, Februar '76). Jedenfalls nicht, solange Dutschke „Freiheit“ für pro-imperialistische Kriegshetzer, Aufpeitscher zum Völkermord und blutdürstige Konterrevolutionäre in der Sowjetunion fordert...!

Das besonders Schmierige an den Polemiken der Dutschke, Mandel & Co. besteht in der Art und Weise, wie sie das Problem der „Freiheit“ für Solschenizyn, Amalrik usw. vermengen mit der gerechten Forderung nach politischer Freiheit für das werktätige Volk der Sowjetunion. Indem sie so handeln, beschmutzen sie das proletarische Ideal des Demokratismus und liefern selbst den Revisionisten die besten „Argumente“ in die Hand, um mit Hinweis auf Solschenazi usw. die politische Unterdrückung überhaupt in der Sowjetunion zu rechtfertigen. Die Mandel, Dutschke & Co. haben die massive Geschichtsfälschung Solschenizyns über die Sowjetunion unter Führung Lenins und Stalins mit Begeisterung aufgenommen und als große historische Wahrheiten verkündet, die nun endlich, dank diesem „Humanisten“, der Welt geschenkt worden seien. Dabei haftet Solschenizyns „Wahrheiten“ noch der Gestank der Nazi-Kloaken an, aus denen sie geschöpft sind. Es ist zweifellos richtig, daß viele, allzuvielen Revolutionäre und ehrliche Demokraten in der Sowjetunion insbesondere in den 30er Jahren zu Unrecht verfolgt, gequält, oft ermordet wurden. Aber das hat Faschisten wie Solschenizyn noch nie gekümmert. Er jammert stattdessen über die Unter-

drückung der Konterrevolutionäre, vermengt politische und „kriminelle“ Gefangene, erfindet phantastische Zahlen und rechnet unverfroren die millionenfachen Opfer des von der internationalen Konterrevolution entfachten Bürgerkriegs, der imperialistischen Hunger-Blockade gegen die junge Sowjetunion und des faschistischen Überfalls zu den „Opfern des Bolschewismus“. Und die Mandel, Dutschke & Co. applaudieren ihm und meinen, er sei ein „Humanist“, der allerdings wohl die Rolle Lenins nicht ganz richtig einschätze...!

Dutschke treibt die politische Dummheit auf die Spitze, indem er einen „Alt bolschewiken“ zitiert: „der angeblich behauptet haben soll: „In den 17 Jahren, die ich in Stalins Lagern und Gefängnissen verbrachte, ist mir kein einziger (!) Konterrevolutionär vor Augen gekommen“. Diesen Schwachsinn kommentiert Dutschke allen Ernstes mit den treuerherzigen Worten: „Ich habe keinen Grund, einem Alt bolschewiken mit 17jähriger sinnlicher Erfahrung zu mißtrauen...“ („das da“, Februar '76). – Demnächst wird er wohl behaupten, es habe in der Sowjetunion überhaupt nie einen einzigen Konterrevolutionär gegeben! Dutschkes Glaubensbekenntnis, es habe gar keine Konterrevolutionäre in den „stalinistischen“ Gefängnissen gegeben, ist nichts anderes als das Spiegelbild zu der These einiger 150%iger „ML“er, alle politischen Gefangenen zur Zeit Stalins seinen Konterrevolutionäre gewesen.

Ebenso naiv oder verlogen – je nachdem, was man annehmen will – wie die Etikettierung eines Solschenazis oder Amalrik als „Humanisten“ und „Idealisten“, ist das Getue der Mandel, Dutschke & Co. um angebliche „marxistische, revolutionär-sozialistische und kommunistische“ Oppositionelle in der Sowjetunion (Mandel, „das da“), die es anscheinend in großer Zahl gibt. Es stellt sich freilich heraus, daß auch hier nur mit falschen Etiketten gearbeitet wird. So ist die Person, an der sich Rudi Dutschke ständig festhält, ein gewisser Roy A. Medwedew, den Dutschke kühn als „Leninisten“ aus gibt. Dieser Medwedew, der seine „leninistischen“ Thesen offensichtlich recht ungehindert westlichen bürgerlichen Zeitungen mitteilen kann, hat beispielsweise kürzlich der italienischen Tageszeitung „Corriere della Sera“ ein Interview gegeben; dabei ging es um die in einem anderen „CdS“-Interview gemachte Äußerung des italienischen „KP“-Chefs Berlinguer, er empfinde die Nato als einen Schutz vor der Sowjetunion für seine „historischen Kompromisse“. Dutschke selbst hält dieses Bekenntnis Berlinguers zwar für „äußerst problematisch“, aber letztlich doch für „beschränkt“ berechtigt („das da“, Juli '76). Dutschkes Star-„Leninist“ Medwedew ging freilich in dem erwähnten „CdS“-Interview noch etwas weiter als Dutschke: Er teilte völlig die Ansichten Berlinguers zu dieser Frage. Sie seien jedenfalls logischer als die Ablehnung der Nato

durch die französische „KP“ (die sich im Übrigen inzwischen auch schon zur Nato-Mitgliedschaft Frankreichs bekannt hat). Die Erklärung der „KP“F zur Unabhängigkeit von der Sowjetunion seien – so Medwedew – nicht nur „inkonsequent“, sondern auch „unehrlich“, wenn sie die Nato ablehne. Auch unter einer „Links“-regierung einschließlich der „KP“I könne und müsse Italien „seinen Beitrag für die Nato leisten und ehrlich Europa vor einer eventuellen expansionistischen Neigung der Sowjetunion verteidigen“. Medwedew lobte ganz besonders die portugiesischen „Sozialisten“ (PS) die begriffen hätten, „daß ihr Land nur im Rahmen des atlantischen Bündnisses bestehen kann“ („CdS“, 18.6.76).

Abgesehen von diesem Muster-„Leninisten“ scheint es doch nicht so viele „kommunistische Dissidenten“ in der Sowjetunion zu geben, wie man eigentlich glauben müßte, wenn man das Gehudel der Mandel, Dutschke & Co. dazu liest. So wurde es sogar in der bürgerlichen Presse mit einiger Dankbarkeit registriert, als sich der im Februar dieses Jahres aus der Sowjetunion ausgewiesene „Regimekritiker“ Leonid Pjuschtsch gleich auf der ersten Pressekonferenz als „Kommunist“ vorstellte. So bekamen die Schauermärchen, die Pjuschtsch über die Behandlung politischer Gefangener in der Sowjetunion zu erzählen wußte, doch gleich ein ganz anderes Gewicht.

Abgesehen von der Frage, ob ein wirklicher Kommunist, bei aller Verbitterung gegen die sowjetische Führung, sich derart bereitwillig der bürgerlichen Presse als Lieferant für ihre antikomunistischen Denunziationen aufdrängen würde, stellte sich heraus, daß dem angeblichen „Kommunisten“ Pjuschtsch gerade nur der „demokratische Sozialismus“ des „Prager Frühlings“ am Herzen lag (siehe Abdruck seines „Offenen Briefes an die Kommunisten in Ost und West“ in „spartacus“, 15.5.76).

So scheint es mit der „kommunistischen und sozialistischen Opposition“ in der Sowjetunion nicht weit her zu sein, wenn Leute wie Medwedew oder Pjuschtsch schon als „Stars“ anzusehen sind. Sie dienen nur als billiger Vorwand, um davon abzulenken, daß die „Freiheit“, die die Mandel, Dutschke & Co. für die Sowjetunion fordern, in allererster Linie Freiheit für die konterrevolutionäre kriegstreiberische Propaganda und Agitation sein soll. Das ist die dieselbe „Freiheit“, die die CDU/CSU mit ihrer Parole fordert: „Freiheit statt Sozialismus“!

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Rothbuch
zu den
Gewerkschaftsausschlüssen

Über 100 Fälle
dokumentiert
mit mehr als
350 Original-
Dokumenten

mit Gutachten zum Russell-Tribunal

Die Zeitschrift
„DASDA“ zu diesem Buch:

„...Die abgedruckten Dokumente beweisen: innerhalb der Gewerkschaftsbewegung rollt eine wahre Säuberungswelle. Und man muß nicht gleich einer K-Gruppe angehören, um davon erfaßt zu werden...“

1973 wurden in den DGB-Gewerkschaften die sogenannten Unvereinbarkeitsbeschlüsse gefaßt, nach denen niemand, der einer kommunistischen Organisation angehört oder deren Politik irgendwie unterstützt, gleichzeitig Gewerkschaftsmitglied sein kann. Auf dieser Grundlage wurde in den folgenden Jahren ein rigoroser Ausschußterror praktiziert. Die Zahl der Ausgeschlossenen geht heute bereits in die Tausende – und es sind keineswegs nur Kommunisten, die dieser Vorstands willkür zum Opfer fallen. Es hat sich erwiesen, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse zu einem Instrument geworden sind, mit dessen Hilfe die Gewerkschaftsführung jegliche oppositionelle (d.h. der Politik der Klassenversöhnung entgegenstehende) Aktivität zu liquidieren versucht. Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse sind dabei auch Bestandteil anderer in den letzten Jahren vollzogener Maßnahmen, die den Spielraum der innergewerkschaftlichen Demokratie zunehmend eingeschränkt haben und den Charakter der DGB-Gewerkschaften als sozialdemokratische Richtungs-gewerkschaft (und das heißt heute auch: Regierungsgewerkschaften) absichern helfen.

Dieses Buch gibt darüber eine ausführliche Analyse. Im Hauptteil werden über 100 ausgewählte „Fälle“ aus dem Bereich der IGM, ÖTV, IG Chemie, IG Druck, HBV und GEW (darunter mehrere Massen ausschüsse) umfassend beschrieben und dokumentiert.

ISBN 3-88305-011-3

650 Seiten DM 22,-

ARBEITERKAMPF Verlag J. Reents
Lerchenstr.75, 2000 Hamburg 50

»Freiheit für alle politischen Gefangenen« in der Sowjetunion?

(aus AK 97, Januar 1977)

Anlässlich des Austausches von Bukowski gegen Corvalan hat die trotzkistische „Vierte Internationale“ Ende Dezember „zu verstärkten Anstrengungen für die Freilassung aller politischer Gefangener in der Sowjetunion“ aufgerufen (siehe „was tun“, 6.1.77). Wir halten das für eine falsche, in der Tendenz konterrevolutionäre Forderung.

Unter den politischen Gefangenen in der Sowjetunion gibt es offene Reaktionäre und Faschisten, es gibt die im Licht der kapitalistischen Weltöffentlichkeit stehende große Menge der bürgerlichen Demokraten (mit deutlichen Sympathien für den „Westen“), und es gibt zweifellos unter ihnen auch fortschrittliche Menschen, Sozialisten oder solche, die es sein wollen.

Sollen und können wir z.B. die Freilassung des Zionisten fordern, der jüdische Sowjetmenschen für die Ausreise nach Israel, als Kanonenfutter gegen die palästinensische Befreiungsbewegung und die arabischen Völker anwerben wollte und deshalb jetzt hinter Schloß und Riegel ist? Sollen wir z.B. die Freilassung des Faschisten fordern, der unter dem Deckmantel einer religiösen Sekte die Konterrevolution propagierte? Wir meinen, daß wir das nicht können und nicht dürfen. Es ist ein politisch geradezu obszöner Akt, wenn Bürger eines kapitalistischen Staates, die sich für Sozialisten halten, die Forderung nach voller Freiheit für die Konterrevolutionäre in der Sowjetunion und anderen revisionistischen Staaten erheben. Bei den Trotzlisten ist dies nichts Neues – verlangen sie doch beispielsweise auch für den Faschisten Solschenizyn das Recht, in der Sowjetunion frei publizieren zu dürfen.

Mit den Interessen der Arbeiterklasse hat das nichts mehr zu tun. Wir kämpfen im eigenen Land, unter kapitalistischen Bedingungen, für den Sieg über Imperialismus und Reaktion, für die Errichtung der Diktatur des Proletariats über die Konterrevolution. Es wäre offensichtlich pervers, wenn wir gleichzeitig in den Ländern, die sich zeitweise schon vom Kapitalismus befreit hatten (auch wenn dort heute die Entwicklung gegenläufig ist), Freiheit für alle politischen Gefangenen, einschließlich der Reaktionäre und Faschisten, fordern würden. Daran hat

die internationale Arbeiterbewegung nicht das geringste Interesse, und gegenüber den sowjetischen Werktätigen stellt diese Forderung eine ungeheuerliche Provokation und Zumutung dar. Wie sich diese Forderung mit der trotzkistischen „Analyse“ vom sogenannten „Arbeiterstaat“ überhaupt vereinbart, ist ein zusätzliches Rätsel.

In ihrer Erklärung fordert die „Vierte Internationale“ insbesondere die revisionistischen Parteien Westeuropas („Eurokommunisten“) dazu auf, „daß diese ihrem verbalen Protest entschiedene Taten folgen lassen. Wir fordern sie auf, Massendemonstrationen für die Freilassung aller Inhaftierten zu organisieren...“. Das fehlte auch noch in den kapitalistischen Ländern: Massendemonstrationen für die Freilassung aller politischen Gefangenen in der Sowjetunion etc.!! Zugleich sagen die Trotzlisten, daß die Opposition der revisionistischen Parteien gegen die „Sowjetbürokratie“ „un glaublich sei“, „solange sie in den politischen und gewerkschaftlichen Massenorganisationen, die unter ihrer eigenen Kontrolle stehen, keine Existenz von Tendenzen und freie Meinungsäußerung zulassen“.

Die Trotzlisten fordern, mit anderen Worten, jemanden zu Demonstrationen auf, den sie selbst für unglaubwürdig erklären. Das ist schon makaber. Was soll bei dem ganzen Manöver der Nutzen für die Arbeiterklasse sein? Wer die Augen nicht vor der Wirklichkeit verschließt, der kann sehen, daß die Opposition einiger revisionistischer Parteien gegen die KPdSU Teil ihrer Strategie des „historischen Kompromisses“ und Teil ihrer Dienste für die Bourgeoisie ist. Es ist darum auch gar kein Zufall, daß dabei von Bukowski und ähnlichem reaktionären Schrott immer viel die Rede ist, aber daß wenig gesprochen wird z.B. von den polnischen Arbeitern, und daß die weit über hundert inhaftierten angeblichen Mitglieder einer illegalen KP Jugoslawien sogar hartnäckig totgeschwiegen werden (ebenso wie übrigens von den Trotzlisten!). Ein Bukowski im Knast rührt uns ebensowenig, als wenn morgen Springer oder Löwenthal hinter Gitter kämen (was zweifellos morgen noch nicht der Fall sein wird). Was uns als Kommunisten angeht, das sind die

fortschrittlichen Menschen, die vom Standpunkt des Sozialismus aus oder aber auch vom Standpunkt der „reinen Demokratie“ aus (ohne jedoch dabei dem Imperialismus und der Reaktion das kleinste Zugeständnis zu machen !!) in den revisionistischen Ländern kämpfen, sowie die Werktätigen der revisionistischen Länder im Kampf für ihre ökonomischen und politischen Forderungen. Wir unterstützen, mit anderen Worten, in der Sowjetunion und anderen Ländern keine politische Kraft, die wir nicht auch im eigenen Land unterstützen würden.

Was Bukowski angeht, den eine andere trotzkistische Gruppe noch kürzlich unbekümmert als „ein unersöhnlicher Kämpfer gegen die Bürokratie und für die Sowjetdemokratie“ würdigte („Der Funke“, 16.7.76), so hat er inzwischen den Konterrevolutionär und Kriegshetzer voll heraus gelassen, was sogar „was tun“ zu dem bekümmerten Seufzer veranlaßte: „Die ersten Stellungnahmen von Bukowsky sind für uns nicht sehr ermutigend“...

Nicht viel besser ging es den Trotzlisten mit ihrem bisherigen Parade-Pferdchen, dem aus der SU ausgebürgerten Physiker Pjuschtsch, den sie noch kürzlich als „ungebrochener Kommunist“ rühmten („was tun“, 6.1.77). Nunmehr fragen sie sich bang: „Wohin geht Pjuschtsch?“, denn jüngste Äußerungen dieses schrägen Vogels in Düsseldorf haben seine Verehrer „enttäuscht“ („was tun“, 20.1.77).

Bemerkenswert ist auch der Kommentar, den „was tun“ dazu abgab: „Seine Argumentation stand exemplarisch für die ungeheure Verwirrung, die die stalinistische Erfahrung selbst unter den intellektuellen Dissidenten angerichtet hat, die sich weiterhin auf die authentischen Grundlagen des Kommunismus berufen“ (20.1.77). Mit gleicher Stoßrichtung hatte „was tun“ schon früher geschrieben: „Niemand kann heute eine Garantie für die politische Entwicklung Bukowskys geben. Sollte er sich aber auf die Seite der Solschenizyns schlagen, so vergessen wir nicht: es ist das stalinistische System selbst, das Antikommunismus hervorbringt. Und dafür trägt es die volle Verantwortung“ (6.1.77).

Abgesehen von dem närrischen „Stalinismus“-Begriff der Trotzlisten stimmt ihre Argumentation auch sonst nicht. Praktisch setzen sie voraus, daß es im Sozialismus überhaupt keine Antikommunisten und Reaktionen mehr geben könnte, sondern nur noch Kommunisten. Das ist ein

Kinderglaube. Zweifellos stellt das revisionistische System einen besonders günstigen Nährboden für das Aufkommen reaktionärer „Systemkritiker“ dar, aber es ist keineswegs die einzige Ursache.

Daß Pjuschtsch kein Kommunist ist, konnte man übrigens

schon seinen ersten Ausführungen vor Monaten entnehmen – die „Verwirrung“ liegt also durchaus nicht bei ihm, sondern bei seinen trotzkistischen Verehrern, die in ihm unbedingt einen Ihresgleichen sehen wollten.

Arroganz allein tut's nicht Zur Auseinandersetzung mit der GIM

(aus AK 99, Februar 1977)

In AK 97 setzten wir uns mit der Forderung der trotzkistischen GIM nach „Freiheit für alle politischen Gefangenen in der Sowjetunion“ auseinander. Wir lehnen diese Forderung ab, weil sich unter den politischen Gefangenen der Sowjetunion auch Reaktionäre und Faschisten befinden, deren Freilassung nicht unser Interesse und nicht das Interesse der sowjetischen Werktätigen sein kann.

Hierauf hat die GIM in ihrer Zeitung „was tun“ (10.2.77) geantwortet. Die stärkste Waffe des Verfassers scheint dabei seine Arroganz zu sein, die er schon in der Artikelüberschrift kundtut, „Genossen, lernt denken!“ (damit meint er uns). Ebenso am Schluß des Artikels: „Die Genossen des KB täten gut daran, ... endlich anzufangen, selbständig zu denken“. Da dies bisher bei uns angeblich nicht der Fall ist, kann es sich der Verfasser des Artikels auch weitgehend ersparen, sich inhaltlich mit dem AK-Artikel auseinanderzusetzen. Dafür belehrt er uns z.B.: „Verteidigung der Meinungsfreiheit für alle politischen Gefangenen heißt nicht Unterstützung ihrer Ideen“. Das muß dummen Menschen, die nicht denken können, natürlich erst mal gesagt werden!

Picken wir uns die mageren politischen Brocken des Artikels einmal heraus. Zum einen erfahren wir noch einmal, wie aus früheren Artikeln von „was tun“ bekannt, daß in der Sowjetunion alle Menschen (ausdrücklich alle!) als „loyale Sowjetbürger“ und gute Sozialisten auf die Welt kommen, und daß erst das „stalinistische System“ dann aus einigen von ihnen Reaktionäre macht. Diese Ansicht hatten wir schon in AK 97 als einen naiven Kinderglauben bezeichnet. Zweitens, und das ist der entscheidende Punkt, wird diese These psychologisch zur Verteidigung der Reaktionäre gewendet: Sie können nichts für ihre Einstellung, das System ist schuld, also muß man sie freilassen und frei ihre Meinung sagen lassen. Es sei, so „was tun“, „ignorante Rotznäsigkeit“, daß wir nicht so an die Frage herangehen,

sondern so ein armes Schwein wie Bukowski einfach als „reaktionären Schrott“ bezeichnen. Nun ja, konsequenterweise müßte man dann auch hierzulande Faschisten und Reaktionäre in Schutz nehmen, weil sie ja nichts dafür können, daß sie „so geworden“ sind. Für die Arbeiterbewegung stellt sich die Frage jedoch anders: Sicher trägt die Bürokratie ein hohes Maß an Verantwortung für das Aufkommen konterrevolutionärer und reaktionärer Kräfte und vielleicht kann man dem einen oder anderen von diesen Leuten sogar persönliches Mitleid entgegenbringen. Aber das ändert doch nicht das geringste daran, daß diese Leute, so wie sie nun einmal sind, mit ihren Auffassungen der internationalen Reaktion dienen und Feinde der Werktätigen sind. Wer käme auf den Gedanken, z.B. in Italien „Freiheit“ für jene (sehr wenigen) Leute zu fordern, die nach dem Gesetz über das Verbot einer Neugründung der Faschistischen Partei in Haft sind ...? Ist das auch eine Forderung der Trotzlisten? Es ist doch an den Tatsachen offensichtlich: Nicht einmal im Kapitalismus kann man davon ausgehen, daß alle politischen Gefangenen aus der Sicht der Arbeiterklasse „zu Unrecht“ im Knast sind und folglich befreit werden müssen; erst recht nicht kann man davon in den revisionistischen Ländern ausgehen.

Ein weiteres Argument von „was tun“ lautet: „Jede Position, die auf die Hinnahme bestimmter Einschränkungen der demokratischen Rechte hinausläuft, wie das etwa beim KB der Fall ist, steht nicht nur im Gegensatz zu den sozialistischen Zielsetzungen, sondern würde auch keine Unterstützung in der Arbeiterklasse im Kampf gegen die Bürokratie finden“. Um diese These zu belegen, berufen sich die Trotzlisten u.a. auf die CSSR 1968.

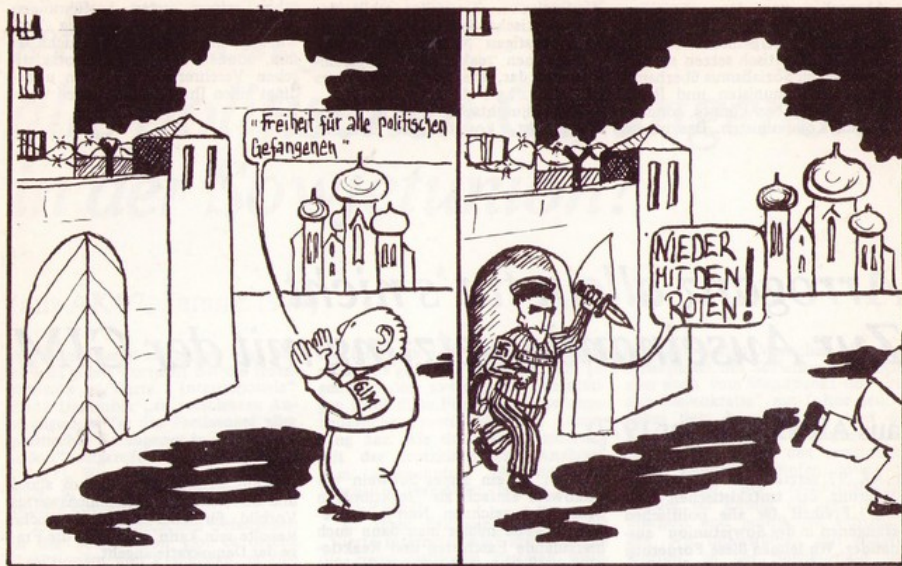
Zum einen ist eine solche These unserer Meinung nach sehr spekulativ, zum anderen ist es wohl unter Sozialisten kein Geheimnis, daß die Entwicklung in der CSSR 1968 unter

starkem bürgerlichen Einfluß stand und insofern kein nachahmenswertes Vorbild für eine antibürokratische Revolte sein kann, auch was die Frage der Demokratie angeht.

Zweitens enthält das Argument von „was tun“ die Behauptung, daß „bestimmte Einschränkungen der demokratischen Rechte“ im Gegensatz zur sozialistischen Zielsetzung stehen würden. Eine solche Auffassung wird die GIM unter Berufung auf Trotzki ganz sicher nicht rechtfertigen können. Und selbst einen Rudi Dutschke hörten wir (wenn auch zweifellos ganz abstrakt) von der Diktatur des Proletariats reden. Wie kann man aber von Diktatur des Proletariats reden (was Lenin und auch Trotzki unzweifelhaft taten), wenn man gleichzeitig konkrete „Einschränkungen der demokratischen Rechte“ für bestimmte Kräfte ablehnt? Was die GIM da vertritt, schmückt sich zu Unrecht mit dem Namen Trotzismus.

Denn auch für die revisionistischen Länder gilt, was Lenin 1919 allgemein feststellte: „Die Geschichte lehrt, daß noch nie eine unterdrückte Klasse zur Macht gelangt ist und gelangen konnte ohne eine Periode der Diktatur, d.h. der Eroberung der politischen Macht und gewaltsamen Unterdrückung des verzweifeltsten, wildesten, vor keinem Verbrechen zurückschreckenden Widerstands, der immer von den Ausbeutern geleistet wird, durchzumachen“ (Thesen über bürgerliche Demokratie und Diktatur des Proletariats, 4. März 1919).

Die Vorstellungen der GIM laufen auf ein reformistisches Etappenmodell hinaus: Zuerst auf friedlichem Weg Herstellung einer „Demokratie für jedermann“, im zweiten Schritt (darüber wird nicht viel gesagt) zur „Räte-demokratie“. Ein solches reformistisches Modell kann aber unserer Meinung nach, wie 1968 in der CSSR, nur entweder zu einer bürgerlichen Demokratie führen (die durchaus nicht „Demokratie für jedermann“ bedeutet!!), oder zu einer



Verhärtung der Diktatur der Bürokratie. Es ist völlig logisch, daß reformistische Modelle in den revisionistischen Staaten Hand in Hand gehen mit der Erwartung, daß das imperialistische Lager auf die Sowjetunion Druck ausüben möge; d.h. das imperialistische Lager wird, unter Berufung auf Helsinki, UN-Menschenrechtskonvention u.ä., als Schutz-macht für reformistische Lösungen angefordert (Sacharow, Helsinki-Gruppen in der SU). Ganz abgesehen davon, daß eine nicht unwesentliche Strömung der „Dissidenten“ noch nicht einmal bürgerliche Demokratie anstrebt, sondern autoritäre, klerikal-reaktionäre Lösungen.

Reformistische Bewegungen gegen die Diktatur der Bürokratie in den revisionistischen Staaten können sich natürlich – wenn überhaupt – nur auf die Drohungen und wirtschaftlichen Erpressungen des imperialistischen Lagers stützen. Die Interessen der Arbeiterklasse sind aber andere. Die Diktatur der Bürokratie kann nur gewaltsam gestürzt werden, und in diesem Moment würde es die Arbeiterklasse mit erbitterten Feinden zu tun haben: Auf der einen Seite die um ihre Macht kämpfende Bürokratie, auf der anderen Seite die aus allen Rattenlöchern ans Licht strömenden reaktionären, pro-kapitalistischen Kräfte und zum dritten noch die Gefahr einer sowjetischen Intervention. In dieser Situation wäre die Arbeiterklasse sofort verloren, wenn sie nicht versuchen würde, ihre Diktatur zu errichten. Alles andere sind sozialdemokratische Illusionen, die nicht einmal die Bezeichnung Trotzkismus für sich in Anspruch nehmen können.

Es macht im übrigen gerade die Schwäche der Arbeiterklasse der revisionistischen Länder aus, daß sie gegenüber der bürgerlich-demokratischen

und reaktionär-autoritären „Dissidenten“-scene noch keine politische Selbstständigkeit gewinnen konnte. Ebenso macht es die Schwäche der Opposition insgesamt aus, daß die bürgerlichen Demokraten keinen klaren Trennungsstrich zu den reaktionär-autoritären „Dissidenten“ ziehen, sondern im Gegenteil auf eine faule „Einheit“ mit diesen beharren. Diese Schwäche der Bewegung, die übrigens der Bürokratie zusätzliche Argumente und Vorwände liefert, wird freilich in „was tun“ als Stärke dargestellt: „Die Forderungen nach demokratischen Rechten, wenn sie auch sehr allgemein von den sowjetischen Dissidenten gestellt wird, bildet die Grundlage für ihre gemeinsamen Interventionen und Aktivitäten, die trotz ihrer politischen Differenzen immer wieder zustande kommen“. Es sollte eigentlich niemand verblüffen, daß in der Sowjetunion auch die Befürworter reaktionär-autoritärer Lösungen zunächst das Banner der „Demokratie für jedermann“ schwenken. Ein Irrtum ist aber die Meinung der GIM, die Werktätigen der revisionistischen Staaten müßten sich auch mit diesen Kräften verbünden und alle demokratischen Rechte für diese fordern, weil „der Kampf um demokratische Rechte für alle im größten Interesse der sowjetischen Arbeiter liegt“. Im Gegenteil: Eine fortschrittliche antibürokratische Bewegung in den revisionistischen Ländern wird sich überhaupt nur entwickeln können, wenn endlich die faule „Einheit“ aller mit jedem überwunden wird und ganz klare Trennungslinien gezogen werden. Dasselbe gilt unserer Meinung nach für die Solidaritätsbewegung in den kapitalistischen Ländern. Es geht nicht bloß darum – wie die GIM meint –, daß wir unsere Distanz zu Standpunkten von Soltschenizyn, Bukowski etc. kundtun. Soweit, sich

von diesen reaktionären „Chaoten“ inhaltlich abzugrenzen, ist inzwischen schon jeder halbwegs gescheite Bourgeois-Propagandist. Uns geht es vielmehr darum, klar zu sagen, daß diese Strömung kein Teil der demokratischen Bewegung in den revisionistischen Ländern sein kann, daß wir die Solidarisierung mit demokratischen Forderungen nicht auf diese Strömung ausdehnen können.

Leserbrief zur Frage der politischen Gefangenen in der Sowjetunion

(aus AK 102, April 1977)

„Betrifft AK 97, S. 44. -Abgesehen davon, daß hier nicht belegt wurde, wodurch Bukowski und Pljuschtsch zu Reaktionären wurden, wird hier so getan, als ob eine reaktionäre Äußerung ausreicht, um eine Behandlung zu verdienen, wie sie im sowjetischen Strafsystem Gang und Gäbe ist.“

Bei Pljuschtsch behauptet Ihr, es sei jetzt erwiesen, daß er kein Kommunist sei, was auch wieder nicht belegt wird.

Ich meine, Genossen, Ihr drückt Euch um das Problem, worum's eigentlich geht: Es geht nicht darum, ob Pljuschtsch Kommunist ist oder nicht, sondern darum, wie überhaupt Oppositionelle in der SU behandelt werden. Daß wir als linke Kommunisten auch eine vollkommen andere, freiheitliche Gesellschaftsform erstreben, in der auch das Psychiatrie- und Strafsystem revolutioniert wird, sollte klargemacht werden. Die stalinistische Auffassung des Staatsapparats zu verwerfen, heißt ja noch lange nicht, auf die Unterdrückung der Konterrevolution zu verzichten. Im Gegenteil: Wenn die Volksmassen selber das Straf- und Verfolgungswesen in die Hand nehmen, verhindern sie ja gerade, daß sich staatliche Organe bilden, die sich verselbstständigen und bürokratisieren, damit die Grundlagen für den hierarchischen Machtapparat des Stalinismus abgebaut (GPU, Rote Armee, KPaSU).

Ich meine, daß ihr nur den Opportunismus der Trotzkisten und ihre idiotischen Behauptungen hochspielt. Wir können der Demagogie der bürgerlichen Presse, die Leute wie Sacharow hochspielt, wirkungsvoller entgegentreten, wenn im AK deutlich gemacht würde, daß es uns nicht wurst ist, wie sogenannte „Andersdenkende“ behandelt werden. Schwarzrote Grüße eines AK-Lesers aus Mittelfranken!“

„Veranlaßt durch die Artikel zur Auseinandersetzung mit der GIM in den letzten AK's will ich noch auf zwei andere Aspekte hinweisen, die mir im Zusammenhang mit der Diskussion um politische reaktionäre Gefangene in den RGW-Ländern wichtig erscheinen (allerdings in der Auseinandersetzung mit der GIM keine Rolle spielen).“

1. In welchem Verhältnis stehen die Unterdrückung von Reaktionären (z.B. Knast) und die Auseinandersetzung mit reaktionären Positionen? Welches Ziel haben die einzelnen Unterdrückungsmaßnahmen, dienen sie in jedem Fall der optimalen Niederhaltung der Konterrevolution?

Besteht nicht auf dem Hinter-

grund, daß die SU kein sozialistisches Land ist ..., die große Gefahr, daß die Auseinandersetzung mit reaktionären Strömungen unterbleibt, daß die Revisionisten fälschlicherweise glauben, durch „Aus-dem-Verkehr-Ziehen“ ihrer Urheber und/oder Träger damit fertig zu werden? In einem solchen Zusammenhang können einzelne Unterdrückungsmaßnahmen politisch falsch sein (Dies hat nichts zu tun mit Verteidigung der Reaktionäre)...

2. Wenn Reaktionäre in RGW-Ländern unterdrückt werden, stellt sich auch die Frage nach der Form der Unterdrückung. Wichtig ist diese Frage nicht zuletzt deswegen, weil die bürgerliche Presse mit ihren Dissidenten-Kampagnen an diesem Punkt häufig ansetzt. Die konkreten Unterdrückungsformen haben in Diskussionen auch mit fortschrittlichen Leuten nach meiner Erfahrung einiges Gewicht. Ein Beispiel: Wenn es stimmt, daß reaktionäre „Dissidenten“ in der SU zu „psychiatrischen Fällen“ gemacht werden ... dann hat das mit sozialistischer Politik nichts zu tun ... Ich ziehe hieraus folgenden Schluß: Wenn genaue Informationen über Einzelfälle vorliegen, kann es richtig sein, die Form der Unterdrückung von Reaktionären zu kritisieren. – Ein Genosse des SSB (Studenten) Hamburg“.

„In AK 97 und 99 führt Ihr eine Auseinandersetzung mit der GIM über das Problem der politischen Gefangenen in der Sowjetunion ... Obwohl ich Euch zustimme, daß die Einigkeit von sozialistischer, demokratischer und reaktionärer Opposition auf der Grundlage demokratischer Forderungen nicht als Stärke der sozialistischen Opposition bejubelt werden sollte, sondern als Schwäche der sozialistischen Opposition zu bewerten ist, finde ich einige Eurer Positionen zur freien Meinungsäußerung und Behandlung von Oppositionellen im Sozialismus bzw. Revisionismus bedenklich.“

Die Hauptaussagen der angegebenen Artikel sind:

1. Man muß der Sowjetunion zugestehen, Faschisten und Reaktionäre an der freien Meinungsäußerung zu hindern und dementsprechend Oppositionelle wie Soltschenizyn und Amalrik zu verhaften oder auszuweisen.

2. Ihr bestreitet, daß man für das Recht der sowjetischen Oppositionellen auf freie Meinungsäußerung eintreten kann, ohne damit deren Ideen zu unterstützen.

3. Ihr bestreitet, daß die Forderung nach Freilassung sämtlicher politischer Gefangener und die Forderung nach Meinungs- und Informati-

onsfreiheit in der Sowjetunion (und anderen revisionistischen Ländern) etwas mit den Interessen der Arbeiterklasse – insbesondere der des Westens – zu tun hat.

Diese drei Thesen halte ich für falsch, denn ad 1) Ihr erkennt hier die wirklichen Ursachen der Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in der UdSSR. Daß es den Revisionisten nicht um die Unterdrückung von faschistischer und reaktionärer Propaganda geht, zeigt sich schon daran, daß die entsprechenden Äußerungen von Soltschenizyn und anderen Oppositionellen von den sowjetischen Zeitungen bei jeder Gelegenheit genüßlich zitiert werden und so dieser Propaganda mehr Publizität verschafft wurde, als diese Reaktionäre es sich erhoffen konnten. Verschwiegen dagegen wurde in der sowjetischen Presse die Kritik dieser „Dissidenten“, die den herrschenden Revisionisten gefährlich werden konnte, nämlich die Kritik an der unmenschlichen Behandlung von politischen Gefangenen in der UdSSR, an der Verweigerung von demokratischen Rechten und der Nichtinhaltung der Gesetze, den Privilegien der Parteibürokratie usw.

... Diese Kritik könnte bei der Mehrheit der sowjetischen Bevölkerung auf Sympathie stoßen und muß deshalb von den Revisionisten unterdrückt werden, egal ob sie von Kommunisten oder Reaktionären geäußert wird.

ad 2) Ist die Tatsache, daß der AK noch nicht verboten wurde, ein Beweis dafür, daß die Bourgeoisie den Kommunistischen Bund unterstützt? Solche und noch absurdere Thesen könnte man aus Eurer zweiten These ziehen. Gerade dadurch, daß Soltschenizyn an der freien Meinungsäußerung gehindert worden ist, ist er so bekannt geworden. Wer würde heute Amalrik, Pljuschtsch, Bukowski usw. kennen, wären sie nicht Opfer von Repression in der UdSSR geworden? Biermann, dessen Popularität ja auch gerade durch seine Ausbürgerung sprunghaft anstieg, wies auf seiner Spanien-LP darauf hin, daß der Kommunismus, das Gespenst, das in Europa umgeht, gerade zu einem Gespenst auch für die Arbeiterklasse geworden ist. Damit bin ich bei Punkt 3, dem Zusammenhang mit den Interessen der Arbeiterklasse. Daß der Kommunismus für die Arbeiterklasse des Westens ein so abschreckendes Bild bietet, liegt hauptsächlich daran, daß in den bürgerlichen Demokratien des Westens immer noch erheblich mehr demokratische Rechte gewährt und weniger politische Repression ange-

wandt wird als in den revisionistischen Ländern. Die Gleichsetzung von Kommunismus und Unfreiheit auch durch die Arbeiterklasse ändert sich aber nicht, wenn Springer und Löwenthal in den Knast wandern und sie nicht mehr propagieren dürfen, sondern wenn sich die realen Verhältnisse in den revisionistischen Ländern verändern oder, und das betrifft uns in erster Linie: wenn es der revolutionären Linken gelingt, glaubhaft zu machen, daß Freiheit und Sozialismus vereinbar sind. Und das kann man nicht, wenn man die Repression – und sei es auch nur gegen die Feinde des Sozialismus – in den revisionistischen Ländern verteidigt.

Zum Schluß noch ein Zitat, das sich sehr positiv von den bisher zitierten Artikeln abhebt: „Unsere Solidarität mit Wolf Biermann hängt nicht davon ab, ob er – wie er sagt – Kommunist ist oder nicht. Auch wenn er kein Kommunist ist, steht seine Ausbürgerung in völligem Widerspruch zu unseren Vorstellungen über die Identität von Freiheit und Sozialismus.“ Solidarische Grüße, ein AK-Leser aus dem Sauerland.“

Antwort der Redaktion

Wir wollen diese Leserbriefe hiermit zur Diskussion stellen, sicher werden weitere Meinungsäußerungen zu diesem Thema folgen.

Ein zentraler Fehler scheint uns bei vielen Linken noch zu sein, daß die Sowjetunion im Grunde nicht als ein Staat der 'neuen Bourgeoisie' behandelt wird (d.h. Staat einer Klasse, die uns fremd und feindlich gegenübersteht), sondern irgendwie sub-

ektiv doch noch als ein ziemlich auf den Hund gekommener 'Arbeiterstaat' empfunden wird, für dessen Tun und Lassen wir als Sozialisten eine moralische Mitverantwortung tragen. Daher fühlen die Genossen sich verpflichtet, besonders zu betonen, daß wir mit 'Oppositionellen' (und seien es auch selbst Reaktionäre) natürlich ganz anders umgehen würden, die Probleme ganz anders lösen würden als die Revisionisten es tun. Das ist zweifellos richtig, geht aber am tatsächlichen Problem vorbei.

Niemand wird im Ernst bestreiten können, daß in der Sowjetunion 'oppositionelle' Strömungen wie die 'Cher' Art auch immer (und ganz gewiß sind das nicht nur Reaktionäre!) so gut wie gar nicht mit dem Mittel der Überzeugung, sondern fast ausschließlich mit administrativen Maßnahmen bekämpft werden, die zudem oft einen außerordentlich barbarischen Charakter haben. Die DKP bietet ein verkleinertes Abbild dieser Praktiken: keinerlei ernsthafte Auseinandersetzungen, dafür Schlügereinsätze, haltlose Diffamierungen als „Agenten des Verfassungsschutzes“, totale Anpassung an die bürgerliche Hetze (siehe „Chaoten“-Hetze vor Brokdorf, 19.2.).

Diese Praktiken lehnen wir noch weit eindeutiger ab, als es z.B. der Genosse vom SSB Hamburg tut, der die Sache eher noch zaghaft angeht. Es geht überhaupt nicht darum, diese Praktiken zu billigen, es geht noch nicht einmal darum, sie den Revisionisten „zuzugestehen“.

Der Punkt ist ganz einfach, daß Leute wie Solschenykin, Bukowski u.ä. für die Sowjetunion die Konterrevolution propagieren. Es kann uns

dabei politisch nicht in erster Linie interessieren, was um sie das tun, sondern wesentlich ist, daß sie das tun. Und wir haben nicht das geringste Recht und nicht den geringsten Anlaß, für die Sowjetunion das freie Recht auf Entfaltung konterrevolutionärer Propaganda zu fordern, sondern wir in irgendeinem kapitalistischen Land für dieses Recht eintreten. Bei Typen wie Solschenykin wäre es besonders makaber, weil dieser direkt als Propagandist der imperialistischen Kriegsvorbereitungen „gegen den Osten“ auftritt und die „Solidarität“ mit solchen Typen praktisch den Übergang auf Positionen der Vaterlandsverteidigung bedeutet. Wo soll die „Solidarität“ denn enden?! Solschenykin predigt schon die offene zaristische Reaktion. Aber wir wissen auch, aus den Äußerungen demokratischer Dissidenten, daß es in der Sowjetunion sogar eine wachsende offene faschistische, antisemitische usw. „Opposition“ gibt. Meinungsfreiheit und Solidarität also auch für diese?! ... Wir müssen ja total verrückt sein, so eine Forderung zu erheben!

Entscheidend für uns ist der politische Standpunkt. Niemals werden wir uns für die Freiheit der konterrevolutionären Agitation und Propaganda einsetzen, niemals „Solidarität“ mit den schlimmsten Feinden unserer sozialistischen Zielsetzung üben. Solidarisch sind wir allerdings mit denjenigen, wie Biermann, die eine demokratische Kritik am Revisionismus üben (und sei es auch eine bürgerlich-demokratische Kritik), und die ebenso gegen die Repression in den imperialistischen Ländern kämpfen, statt sich der Reaktion als Propagandisten zu verkaufen.

Ursula Schmiederer. Als Vertreter der osteuropäischen Opposition waren die jetzt unfreiwillig in der BRD lebenden Jürgen Fuchs und Wolf Biermann sowie der sich zur Zeit in Westberlin aufhaltende ungarische Schriftsteller Miklos Haraszti gekommen.

Im ersten Beitrag gab Renate Damus eine kurze Darstellung der Analyse des 'realen Sozialismus' von Rudolf Bahro – der eben dieser Analyse wegen seit einem dreiviertel Jahr in der DDR in Haft ist und seinem Prozeß wegen 'nachrichtendienstlicher Tätigkeit' entgegenseht. Bahro kennzeichnet den 'realen Sozialismus' als Gesellschaftsform, in der alle Lebensbereiche durch die Staatshierarchie gelenkt werden, und in der die Produzenten weder über die Richtung der gesellschaftlichen Entwicklung noch über die Art ihrer Bedürfnisse oder die Form von deren Befriedigung bestimmen können. Bahro fordert daher gleichermaßen eine ökonomische Alternative wie eine kommunistische Opposition für die Länder des RGW.

Ursula Schmiederer vertrat in ihrem Beitrag den Standpunkt, daß die Linke in der BRD zu leicht mit bestimmten Etiketten an die Opposition im 'realen Sozialismus' herangehe ('bürgerliche', 'nationalistische', 'revisionistische'), und forderte dazu auf, die Widersprüche innerhalb der Opposition ernst zu nehmen. Es müsse auch berücksichtigt werden, wie gering die Entfaltungsmöglichkeiten der Opposition im 'realen Sozialismus' sind. Sie hob den politischen Zusammenhang hervor, der zwischen den Bedingungen der Opposition im 'realen Sozialismus' und den Bedingungen unseres eigenen politischen Kampfes besteht: die osteuropäische Opposition braucht Öffentlichkeit im Westen, aber sie entscheidet zugleich auch mit über unsere Bedingungen.

Der Vertreter der Jungdemokraten wandte sich dagegen, 'demokratische Rechte im Osten nur einigen zuzugestehen'; die Äußerung auch reaktionärer Positionen müsse möglich sein, und unsere Solidarität müsse dementsprechend allen gelten. Politisch sollten allerdings nur diejenigen unterstützt werden, die in ihren Ländern das vertreten, was wir auch hier vertreten.

Er verwies auf die Bedeutung der offiziellen Beziehungen, die die Jungdemokraten zu Jugendorganisationen der RGW-Länder unterhalten und die es ihnen ermöglichen, Informationen weiterzugeben und Gespräche zu führen.

Vor allem mit der Analyse Rudolf Bahros setzte sich der Vertreter der GIM auseinander, der dessen Thesen im großen und ganzen zustimmte. Er kritisierte dann aber das Fehlen einer wirklichen Alternative, da weder der Träger der revolutionären Umwälzung noch die Rolle der neuen Partei noch die 'Verfaßtheit' einer veränderten Form des Sozialismus geklärt seien.

Zum Kernpunkt der GIM-Position kam er zum Schluß: Solidarität müsse grundsätzlich allen politischen Ge-

fangen und Oppositionellen gelten. Ist dieser Standpunkt, auf den wir weiter unten noch eingehen, schon politisch bedenklich genug, so wurde es um so konfus, als der Genosse ergänzte: Die Grenze sei da, wo sich Personen mit Waffen gegen den Staat verschwören. Warum denn gerade da?

Den unseren Erachtens schwächsten Beitrag hielt das SB, dessen Vertreter gleich zu Beginn selbstkritisch bekannte, man habe sich mit derartigen Fragen noch nicht ausreichend beschäftigen können. Auch er sah in Bahros Buch den Ausgangspunkt für eine Diskussion, die innerhalb der Linken in Gang zu bringen sei. Eine Aussage des Genossen verdient es, festgehalten zu werden: Die Oktoberrevolution war keine sozialistische, sondern eine antikapitalistische Revolution ...

Bemerkenswerte Zurückhaltung auf Seiten der »KPD«, deren Vertreter erst gegen Ende seiner Ausführungen mit der »besonderen Bedrohung durch die UdSSR« herausrückte. An Bahro, dessen Thesen er Sprengkraft »für Ost und West« bescheinigte, kritisierte er insbesondere, daß dieser »auf halbem Wege stehen« bleibe, u.a. was die nationale Frage sowie den Charakter der UdSSR betreffe. Für die oppositionellen Strömungen in der DDR sei es am wichtigsten, sich mit allen Kräften

zusammenschließen, die gegen die politische Unterdrückung »in beiden Teilen Deutschlands« kämpfen – also mit der »KPD«...

Der Beitrag Miklos Haraszti läßt sich in mehreren Thesen zusammenfassen:

- »Für eine wirkliche Solidarität gibt es keinen anderen Ausgangspunkt als die Frage der Menschenrechte.«
- Die westliche Linke dürfe nicht entscheiden wollen, wer (von der osteurop. Opp.) Sozialist sei und wer nicht; wenn sie in ihrer Solidarität differenziere, spiele sie sich ebenso zum Richter auf, wie das die jetzigen Machthaber im »realen Sozialismus« tun.

- Die Linke müsse allen Menschen, allen gesellschaftlichen Gruppen, allen Bestrebungen helfen, die sich von der Staatskultur lösen wollen.

Von besonderer Bedeutung waren die Ausführungen von Jürgen Fuchs, dem es gelang, in seinem Beitrag deutlich zu machen, daß die Frage der Solidarität nicht nur eine Frage allgemeiner Prinzipien ist, sondern für die Betroffenen von großer persönlicher Bedeutung sein könne. Er stellte dar, in welcher üblen und haßerfüllten Manier die westdeutschen reaktionären Medien - Springer's »Welt« voran - die sonst so hochgeschätzten »Dissidenten« mit Dreck bewerfen, sobald sich

Veranstaltung: Die Opposition in Osteuropa und die westdeutsche Linke

(aus AK 132, Juni 1978)

Am 14. Juni fand in Hamburg eine Veranstaltung zur Solidarität mit der osteuropäischen Opposition statt. Daran nahmen erfreulicherweise 1200 Menschen teil (trotz WM). Um das Zustandekommen dieser Veranstaltung hatte es ein halbes Jahr lang Kontakte und Gespräche zwischen dem Sozialistischen Osteuropakomitee, der GIM, dem SB und dem KB gegeben. Schwierigkeiten gab es insbesondere durch das zögernde bis ablehnende Verhalten des SB - das schließlich auch

erst in letzter Minute auf den längst fahrenden Zug aufsprang - und durch die uneingestandene Ablehnung der GIM, gemeinsam mit dem KB als Veranstalter einer derartigen Diskussion aufzutreten. Unterschiedliche Vorstellungen über die Konzeption der Veranstaltung selbst spielten demgegenüber eine zweitrangige Rolle.

Wir betrachten es daher als Fortschritt, daß die Veranstaltung schließlich doch zustande kam und schon vom Thema her deutlich machte, daß

die Auseinandersetzung mit den Positionen der osteuropäischen Opposition als wesentliche politische Aufgabe der westdeutschen Linken begriffen wurde.

Auf dem Podium vertreten waren nach einer kurzfristigen Absage von amnesty international: Sozialistisches Osteuropakomitee, Jungdemokraten, SB, GIM, »KPD« und KB. Als westdeutsche Genossen, die zu dieser Problematik seit längerem arbeiten, beteiligten sich ferner Renate Damus und

Resolution

Die Teilnehmer der Veranstaltung verurteilen den Versuch der tschechoslowakischen Behörden, demokratische Oppositionelle in einer sich selbst sozialistisch nennenden Gesellschaft mit den gleichen Methoden einzuschüchtern und zu isolieren, die auch von der herrschenden Klasse in kapitalistischen Staaten gegen Demokraten und Kommunisten angewendet werden.

Mit Empörung vernahmen wir, daß allein die Unterstützung der berechtigten Forderungen der Charta 77 über hundert Unterzeichner des Dokuments den Arbeitsplatz gekostet hat. Begründet wurde die Entlassung u.a. mit „mangelnder politisch-moralischer Eignung“ für die weitere Arbeit im Betrieb. Wir fordern die Rücknahme der Berufsverbote in der CSSR.

Darüberhinaus fordern wir die Freilassung der im Brief von Petr Uhl erwähnten politischen Gefangenen Jiri Lederer, Ota Ernest, Ivan Jirous, Ales Brezina, Vladimir Lastuvka, Ales Machacek, Frantisek Pitor, Alena Klimova, Miloslav Lofek und Miloslav Cerny ebenso wie die Klärung der im letzten Dokument der Charta (Times, 30.5.78) erwähnten Fälle von Rudolf Battke, Vaclav Havel, Gertruda Sekaninova-Carterova, Petr Cibulka, Libor Chloupek, Pavel Novak, Jozef Brychta und Gustav Vlasaty.

Wir protestieren außerdem gegen die Verhaftung von insgesamt 41 Bürgerrechtlern anlässlich des Besuchs von L. Brezhnev, darunter alle drei Sprecher der Charta (J. Sabata verschwand auf dem Weg von Brno nach Prag, ohne daß zunächst über seinen Verbleib etwas bekannt wurde). Wir teilen die Befürchtung der ungarischen oppositionellen Intellektuellen, daß nach Abschluß der Belgrader Konferenz eine „Offensive politischer Maßnahmen sich auch auf Länder Osteuropas ausdehnen wird“.

In dieser Situation messen wir Erklärungen tschechoslowakischer Opposition, die nicht nur die Repression der CSSR schildern, sondern diese Ereignisse in einen internationalen Zusammenhang stellen, besondere Bedeutung bei. Als wichtigen Schritt für den gemeinsamen Kampf der osteuropäischen und westeuropäischen Linken betrachten wir die Berufsverboteerklärung der Genossen Medek, Sabata, Pallas, Lopacka, Nemeš, Sabatova und Uhl vom Oktober 77 und die Solidaritäts-Erklärung ungarischer Intellektueller vom Mai 78. Wir hoffen, daß sich in naher Zukunft weitere Berührungspunkte im gemeinsamen Kampf ergeben werden und versichern der demokratischen und sozialistischen Opposition der CSSR unsere volle Solidarität.

(Diese Resolution konnte aus Zeitgründen nicht mehr zur Abstimmung gestellt werden.)

diese ihren antikommunistischen Kampagnen verweigern.

Wolf Biermann machte in seinem Beitrag klar, welche Bedeutung Rudolf Bahro für ihn selbst und für die anderen Oppositionellen in der DDR hat, indem sein Buch ausführlich und systematisch das darlege, wovon die verschiedenen Oppositionellen bewußt oder unbewußt ausgingen. Bahro werde in der DDR, wo er nicht gedruckt werde, erheblich mehr gelesen als in der BRD, wo er wohl öfter gedruckt als gelesen worden sei.

Im weiteren, eingehend auch auf Zurufe aus dem Publikum, forderte Biermann zu einer gründlichen Auseinandersetzung mit Stalin auf und ging dann auf eine Frage nach seinem Verständnis von Solidarität ein. Am Beispiel Reiner Kunzes stellte er klar, daß zur Solidarität auch Auseinandersetzung mit Positionen gehöre, die man für falsch, schädlich oder reaktionär hält.

Wegen der fortgeschrittenen Zeit konnte sich die Diskussion leider nur noch mit einem der angeschnittenen Probleme befassen. Zum wiederholten Male wurde hierbei deutlich, daß die insbesondere von der GIM aufgestellte Forderung »Solidarität mit allen von politischer Repression Betroffenen«, die inhaltliche Auseinandersetzung gerade verwischt und verhindert. Es kann nicht unsere Sache sein, uns mit Positionen, die wir hier in der BRD und sonst überall auf der Welt entschieden bekämpfen, plötzlich deshalb zu solidarisieren, weil sie in einem Land des RGW vertreten werden und die betreffenden »Oppositionellen« sich deswegen Repressionen ausgesetzt sehen. Eine andere Frage ist allerdings, inwieweit wir die Art und Weise, in der man sich in der UdSSR und andernorts mit linken wie rechten Kritikern auseinandersetzt, kritisieren und sie als eines wirklich sozialistischen Landes in jedem Falle unwürdig verurteilen.

Wesentliche andere Fragen, die auf dem Podium aufgeworfen worden waren, konnten demgegenüber nicht mehr diskutiert werden. Wir zählen dazu einmal die insbesondere von dem Genossen Haraszi gestellte Frage, inwieweit die Bürgerrechtsbewegung »hier wie dort«, d.h. im Westen wie im Osten, dem eigentlichen Ziel der Linken näherführe als die verschiedenen sozialistischen Theorien.

Diskutiert werden mußte außerdem, wie die Solidaritätsarbeit - Unterstützung wie auch kritische Auseinandersetzung - konkret in Angriff genommen werden kann.

Wir meinen, daß eine wesentliche Voraussetzung für Solidarität überhaupt gründliche und umfassende Information ist, und werden, wie bisher schon, weiterhin im ARBEITER-KAMPF über die Oppositionsbewegungen im »realen Sozialismus« berichten und uns auch mit den Positionen der Oppositionellen auseinandersetzen.

Wir betrachten die Veranstaltung vom 14.6. als gelungenen ersten Schritt für eine Verbreiterung der Arbeit und gehen davon aus, daß die diesmal zu kurz gekommene Diskussion nachgeholt und weitergeführt werden wird.

Beitrag des KB

Ein breit gefächertes Spektrum von politischer Opposition macht verstärkt in den letzten Jahren in den Ländern des »realen Sozialismus« von sich reden.

Die herrschenden Partei- und Staatsbürokraten bekämpfen sie mit schärfster Repression, 12 und mehrjährigen Gefängnisstrafen für Delikte wie »staatsfeindliche Hetze« o.ä., Folter, Schlagstockprügeln, sogar Einsatz von Tränengas (wie das jüngste Dokument der »Charta 77« enthüllt). Die Sowjetunion gar entledigt sich eines Teils ihrer Oppositionellen einfach durch die Einweisung in psychiatrischen Kliniken, wo die physische Konstitution und die geistige und politische Identität systematisch zerstört werden sollen. Ist auch die Behandlung von Oppositionellen in den Ländern des »realen Sozialismus« unterschiedlich, so haben sie doch alle eines gemeinsam: Für jede Form von politischer Opposition ist in ihrer gesellschaftlichen Ordnung kein Platz; ihr wird jedes Recht auf politische Äußerung streitig gemacht, jede Stellungnahme von den Medien unterdrückt, jeder Flugblatt- und Zeitungsvertrieb untersagt. Jeder Schritt wird ausplaniert; ihr Alltag ist von ständigen Übergriffen der politischen Organe begleitet.

Unter solchen Bedingungen ist die Osteuropäische Opposition stark auf die Benutzung westlicher Medien, von westlichen Informationen angewiesen, wofür etwas das Unternehmen »Charta 77« ein Beispiel ist. Dies bringt zwangsläufig die Gefahr der imperialistischen Propaganda mit sich, wie die z.B. Anfang 1977 vom damals neuen US-Präsidenten Carter in seiner sog. »Menschenrechtskampagne« betrieben wurde. Solche Manöver erschweren den fortschrittlichen Menschen und linken Organisationen im Westen wiederum, den politischen Gehalt und die wirkliche Qualität einer oppositionellen Bewegung zu erfassen. Allein die Tatsache aber, daß eine oppositionelle Politik sich im wesentlichen auf Medien des Auslandes stützen muß, um überhaupt gehört zu werden, beweist schon, daß der »reale Sozialismus« real kein Sozialismus ist.

Für eine revolutionäre Bewegung ist die Existenz von Opposition und die ständige offene und gründliche Auseinandersetzung mit den jeweiligen kontroversen Positionen, bei jedem ihrer Schritte nicht nur selbstverständlich, sondern eine Lebensnotwendigkeit. Gewöhnt sie sich diesen - mit Mao Tse Tung gesagt - »Kampf zweier Linien« - ab, so versackt sie sehr schnell in der abstoßenden politischen ideologischen und kulturellen Fäulnis, die für den »realen Sozialismus« inzwischen typisch ist.

Daß es für eine kritische Auseinandersetzung mit der herrschenden Politik im »realen Sozialismus« an den primitivsten Voraussetzungen fehlt, ruft natürlich viele spontane, zunächst diffuse, und für uns im Westen nicht immer gleich verständliche Formen von politischer Opposition hervor. Die undemokratischen Strukturen und die scharfe Repression erleichtern erstmalig berufsmäßigen rechtsradikalen Demagogen, wie etwa Kardinal Wyschinski in Polen, das Geschäft. Sie können für ihre finsternen Absichten auf jede Menge berechtigter Kritikpunkte am Regime demagogisch zurückgreifen. Bezeichnend für die revisionistischen Parteilichkeit ist es, daß sie es verstehen sich mit solchen Kräften nicht selten - so auch z.B. mit Wyschinski - zu arrangieren.

Schon von der historischen Entwicklung der Länder des »realen Sozialismus« her, liegt es auf der Hand, daß dort, im Einzelnen unterschiedlich stark ausgeprägt, zunächst einmal Opposition von an-

tikommunistischen Positionen aus besteht. Solche »Oppositionelle« werden mit Vorliebe in der reaktionären Presse im Westen als »die Opposition« vermarktet und mit anderen Oppositionellen in einen Topf geworfen, deren Kritik von demokratisch-humanistischen oder gar sozialistischen Positionen her ansetzt. Gerade konnten wir in den zurückliegenden Wochen wohl den pervertierten solcher Versuche erleben, als kroatische Faschisten, von einem Teil der Presse zu »Freiheitskämpfern« hochstilisiert wurden, weil deren Austausch gegen westdeutsche Terroristen von offiziellen Stellen in Erwägung gezogen wird.

Dieser Fall, wie auch das Spektakel, das rechtsradikale Emigrantenkreise mit Unterstützung von Organisationen wie der »Gesellschaft für Menschenrechte« (GFM), der Zeitschrift »kontinent«, des »Brüderwitz-Zentrums« etc. immer wieder inszenieren, weisen auf die Notwendigkeit einer klaren Analyse und politischen Differenzierung seitens der westlichen Linken hin, als Grundvoraussetzung jeder Form von Solidarität.

Das Treiben von reaktionären und chauvinistischen Kräften in Ost und West ist u.E. auch ein wesentlicher Grund für die gesunde und manchmal auch ungesunde Skepsis der westlichen Linken gegenüber osteuropäischen Oppositionellen. Die Instrumentalisierung der osteuropäischen Opposition durch die imperialistische Propaganda, hat es zudem erschwert, insbesondere in Kritiken von bürgerlich-demokratischen Positionen aus, potentielle Bündnispartner und Ansprechpartner zu sehen. Dazu hat auch die Tatsache beigetragen, daß so manchen als »Demokrat« ausgemachte Oppositioneller, nach seiner Emigration - zuletzt aus der UdSSR oder der DDR - als willkürliches Instrument antikommunistischer, Gräuelpropaganda von Gerstenmaler, CDU und Co. erwiesen hat.

Nichtsdastrotz gibt es - vor allem in der CSSR und Polen - ein breites politisches Spektrum von Opposition, das seine Kritik erstmalig von bürgerlich-demokratischen, humanistischen Positionen aus formuliert. In Regimen, die sich trotz gegenteiliger Praxis verbal auf den Sozialismus berufen, die ihre Völker tagtäglich mit einer unlesbaren scheinsozialistischen Phraseologie vollpumpen, nimmt das kein Wunder.

Gegen Ende des »Prager Frühlings« haben sich z.B. tschechische Genossen die Frage gestellt: Sollen wir eine neue kommunistische Partei gründen? Der Gedanke wurde verworfen, weil sich das Argument durchsetzte, daß durch die herrschende Politik der Kommunismus schon so diskreditiert ist, daß die Bezeichnung »kommunistisch« im Bewußtsein der Bevölkerung nur Verwirrung stiften und böse Assoziationen hervorrufen würde, und so die Ausgangsbedingungen einer solchen Partei von vornherein verschlechtern würden. Wir wollen das an dieser Stelle nicht politisch werten - klar wird jedoch, daß bürgerlich-demokratische Positionen spontan sozusagen der »natürliche« Inhalt von dieser Opposition sind, und daß die Identifikation mit dem Sozialismus nach der Erfahrung des sog. »realen Sozialismus« für den Kritiker nicht gerade automatisch auf der Hand liegt.

Dies gilt nicht für linke Kräfte, die die meisten aus der Parteiarbeit kommen, und sich ihre sozialistische Weltanschauung trotz vergeblichen Kampfes gegen die Parteiführungen bewahrt haben. In größerem Umfang gibt es sie nur in der CSSR, wo nach der sowjetischen Invasion Hunderttausende von unbekannten Genossen aus der Partei herausgestoßen wurden. Als der wohl fähigste derartige Oppositionelle ist hier Rudolf Bahro zu nennen, der nach der Veröffentlichung seiner Kritik am SED-Staat im August des letzten Jahres verhaftet wurde und

seither im Knast sitzt. Ihm gilt heute unsere besondere Solidarität.

Insgesamt gesehen haben es die linken Kritiker in der Entwicklung einer schlagkräftigen politischen Praxis am schwersten. Die theoretische Diskussion, die Verarbeitung des Phänomens »realer Sozialismus« im RGW selbst, hat gerade erst begonnen. Es gibt keine direkt linke oder sozialistische Organisation von nennenswertem Einfluß in Osteuropa, keine sichtbare innerparteiliche Opposition. Oppositionelle Organisationen haben meist Bündnischarakter, sind Zirkel oder Komitees mit einer konkreten Aufgabenstellung und politisch breit gestreuter Zusammensetzung.

In der Charta 77 beispielsweise existieren Kokeretten mit dem Imperialismus neben dem Aufruf an die westliche Linke, in Sachen Berufsverbote konkret zusammenzuarbeiten.

In der Bestimmung unserer Stellung zur Opposition in Osteuropa muß zunächst einmal gesagt werden, daß in einem Land, wo kein Streik- und Demonstrationsrecht existiert, keine Rede- und keine Versammlungsfreiheit, in dessen Justiz und Strafvollzug die Herrschenden ihre Willkür weitgehend durchsetzen, daß in einem solchen Land nicht nur eine revolutionäre und sozialistische Opposition notwendig ist, sondern auch eine Opposition von bürgerlich-demokratischen Positionen her ihre volle Existenzberechtigung hat. Daran ändert auch nichts, wenn ein solches Land zu allem noch die Unverfrorenheit besitzt, sein Regime für sozialistisch auszugeben. Jedem politisch Verfolgten gebührt unsere Solidarität und Zusammenarbeit, es sei denn, er selbst stellt sich außerhalb von Demokratie und Fortschritt.

Wir können selbstverständlich niemanden unterstützen den wir aufgrund von undemokratischen Positionen nicht auch im eigenen Land im Rahmen demokratischer Bündnispolitik unterstützen würden.

Dennoch müssen wir uns die Aufgabe stellen, speziell an der Herausbildung einer

linken Politik mitzuwirken, und Mittel und Wege finden, mit den osteuropäischen Linken darum einen Dialog zu entwickeln. Rudolf Bahro z.B. versteht sein Buch »Die Alternative« als Arbeit an der theoretischen Basis für den »... organisierten, langfristigen Kampf um eine andere Gesamtpolitik ...«, und schreibt über die gegenwärtige Politik der osteuropäischen Opposition: »... Es kennzeichnet den rapiden ideologischen Zerfallsprozeß in den osteuropäischen Ländern seit der militärischen Polizeireaktion vom August 1968, daß sich das Gros der oppositionellen Elemente erst einmal auf rein liberaldemokratische Forderungen, auf eine Menschenrechtskampagne, zurückgeworfen sieht, auf eine Position also, die zugleich die breiteste und die platteste, konstruktiv-gehaltloseste ist« (Bil, 13).

Wenn wir dafür plädieren, über die Zustände im »realen Sozialismus« nicht vor-

nehme Zurückhaltung zu wahren, sondern eindeutig Partei zu ergreifen für die fortschrittliche Opposition, ihre Angelegenheiten öffentlich zu machen, sie mit konkreten Aktionen gegen Repressionen zu schützen, uns mit ihren Positionen auseinanderzusetzen usw., so tun wir das nicht allein aus moralischer Verpflichtung und nicht allein aus internationalistischer Solidarität.

Wir tun dies auch, weil hierzulande der Antikommunismus speziell aus dem Beispiel DDR seine Munition bezieht, weil Sozialismus schlechthin mit den Zuständen im »realen Sozialismus« identifiziert wird, weil wir niemanden mehr von revolutionären Idealen begeistern können, ohne das verlogene, scheinheilige und zuweilen brutale Antlitz des »realen Sozialismus« einer Kritik zu unterlegen und zu beweisen: unser Sozialismus hat ein anderes Gesicht!

Vorschläge zur praktischen Solidarität

Bei einem Gespräch, das Teilnehmer der Podiumsdiskussion vor der Veranstaltung führten, wurden mehrere Vorschläge gemacht, in welcher Weise praktische Solidarität mit der Opposition in Osteuropa - wie auch mit den zwangsemigrierten und ausgebürgerten Oppositionellen hier im Westen - geübt werden könnte:

- von uns vorgeschlagen wurde die Schaffung einer Emigrantenzeitschrift als Gegengewicht zum reaktionär ausgerichteten »kontinent«.

- Jürgen Fuchs wies auf die Notwendigkeit insbesondere für im Westen lebende DDR-Oppositionelle hin, ein Forum für Kontakte und Auseanderset-

zung über politische und kulturelle Fragen zu haben.

- Ursula Schmiederer schlug die Schaffung eines Fonds vor, aus dem ausgebürgerte oder emigrierte linke Oppositionelle, die es gerade am Anfang äußerst schwer haben, unterstützt werden können.

Wir fordern alle Betroffenen und Interessierten auf, die Vorschläge und Beiträge, die auf der Veranstaltung nicht mehr gebracht werden konnten, den anderen Beteiligten schriftlich zuzusenden, so daß eine Fortführung der Diskussion zumindest in kleinerem Kreis gesichert ist und eventuell ein weiteres Arbeitstreffen zu diesen Fragen durchgeführt werden kann.

Bahro, CSSR und die DKP

(aus AK 134, Juli 1978)

In jedem Monat dieses Jahres gab es einen oder mehrere große politische Prozesse in der Sowjetunion oder in der DDR, die durchweg mit langen Haftstrafen endeten.

Vor diesem realen Hintergrund und mit Blick auf den nahe bevorstehenden 10. Jahrestag des Einmarsches in die CSSR unternimmt die DKP gesteigerte Anstrengungen im »ideologischen Kampf«.

Die DKP kommt dabei nicht umhin, solche von ihr selbst längst zu Grabe getragenen Elemente des Marxismus-Leninismus wie die Diktatur des Proletariats, den proletarischen Internationalismus und die militärische Konfrontation zwischen den Kräften des Kapitalismus und des Sozialismus wieder hervorzuholen.

Gleichzeitig jedoch hat die DKP einen Programm-Entwurf vorgelegt, der

- noch stärker als frühere Entwürfe die Frage der militärischen Konfrontation zwischen Revolution und Konterrevolution ausklammert bzw. vernebelt;

- der noch stärker als frühere Entwürfe die Problematik der Diktatur des Proletariats beim Übergang vom Kapitalismus zum Sozialismus offenläßt;

- der noch stärker als frühere Entwürfe die Illusion nährt, die westdeutsche Arbeiterbewegung könne mit einer SPD/FDP-Regierungskoalition nahezu friedlich in den Sozialismus hinübereutern.

Eine Politik von Lüge und Heuchelei

Der praktische Widerspruch ist also offensichtlich: Auf der einen Seite behauptet die DKP, in der ihrer Meinung nach sozialistischen Sowjetunion müsse heute noch, 61

Jahre nach der Oktoberrevolution, die »Diktatur des Proletariats« mit einer solchen Härte ausgeübt werden, daß Meinungsdelikte in einer Weise bestraft werden, wie sie ansonsten nur in faschistischen Diktaturen üblich ist. Entsprechendes gilt für die DDR, wo angeblich auch schon seit rund 30 Jahren der Sozialismus aufgebaut wird.

Auf der anderen Seite jedoch gaukelt die DKP vor, sie wolle in der Bundesrepublik einen ganz und gar »friedlichen« und »demokratischen« Weg zum Sozialismus gehen, sozusagen Arm in Arm mit der SPD, mit Christen, mit CDU, »Linken«, mit Liberalen, »parteilosen Demokraten« usw. - Zitate aus dem Programm-Entwurf: »Auch im Sozialismus gibt es unterschiedliche soziale Klassen und Schichten ebenso wie unterschiedliche weltanschauliche und religiöse Strömungen. Die DKP

wirkt dafür, daß all diese Kräfte am Aufbau des Sozialismus teilnehmen. Sie strebt ein Bündnis der verschiedenen Parteien an, um den Übergang zum Sozialismus und seinen Aufbau gemeinsam mit ihnen zu vollziehen.“ Konkret spricht die DKP von einer „Koalitionsregierung“ (S. 43 und S. 45).

Gerade an Fällen wie Biermann und Bahro erweist sich die Heuchelei dieser von der DKP angegebenen Perspektive für die Bundesrepublik: Personen wie Biermann und Bahro sind zweifelsohne, gemessen am westdeutschen Parteien-Spektrum, ziemlich weit links anzusiedeln, zumindest in der Nähe des linken SPD-Flügels und der Jusos. International gesehen stehen sie den „Euro-Kommunisten“ nicht fern, die von der DKP scheinheilig immer noch – bei passender Gelegenheit – als „Bruderparteien“ tituliert werden.

Es ist nicht ernsthaft zu bezweifeln, daß der Übergang eines imperialistischen Kernlandes wie der BRD zum Sozialismus mit schärfsten Klassenkämpfen verbunden sein würde, und daß sich höchstwahrscheinlich die Notwendigkeit ergeben würde, in einer bestimmten Phase des revolutionären Prozesses die Diktatur des Proletariats sehr entschieden anzuwenden, um die gegenrevolutionären Kräfte niederzuhalten und eine Konterrevolution (die letzten Endes wahrscheinlich zumindest chilenische Ausmaße haben würde) zu verhindern.

Wie kann jemand ernsthaft behaupten, in der Sowjetunion müsse heute, 60 Jahre nach der Revolution, wo die Herrschaft des „ganzen Volkes“ angeblich unumstößlich gesichert ist, gegen ein paar Individuen die Diktatur des Proletariats mit größter Strenge angewendet werden – während er gleichzeitig den Übergang zum Sozialismus in der BRD als demokratischen Spaziergang, Arm in Arm mit Sozialdemokraten, Christen, Liberalen usw. darstellt...?

Die Schlußfolgerung ist eindeutig: Real ist bei der DKP ihr bedingungsloses, uneingeschränktes Bekenntnis zu diktatorischen Maßnahmen gegen jede Art von Opposition im „realen Sozialismus“. Verlogen, scheinheilig hingegen sind die Behauptungen der DKP, sie strebe einen „demokratischen“, „friedlichen“ Weg zum Sozialismus im Bündnis mit SPD usw. usw. an. Gerade diese Scheinheiligkeit beweist, daß es der DKP in Wirklichkeit darum geht, mit Betrug, Ausmanövrieren von Bündnispartnern und Täuschung der Massen durch demokratische Sprüche sich an die Macht zu ergreifen. Wäre die DKP ehrlich, so würde sie nicht bloß jedem neuen Terror-Urteil in der DDR und Sowjetunion jubeln, sondern würde auch offen darüber sprechen, wie sie mit linken Sozialdemokraten und anderen demokratischen Kräften in der BRD umspringen würde, falls sie die Macht hätte.

Oppositionelle = Agenten?
– Da schmunzelt der Stalin!

Die DKP wird – den „realsozialistischen“ Vorlagen folgend – nicht

müde zu beschwören, daß in den Ländern des „realen Sozialismus“ selbstverständlich niemand aus politischen Gründen verfolgt, gar vor Gericht gestellt und verurteilt werde. Verurteilt würden hingegen, so die offizielle Version, nur „Kriminelle“.

Geht man den Dingen weiter nach, so hat die DKP durchaus recht: In der Sowjetunion, ebenso wie in jedem anderen Land, ist „Gesinnung“ keineswegs strafbar, denn denken kann jeder, was er will. „Kriminell“ jedoch kann er werden, wenn er auch darüber spricht oder gar schreibt. So weisen die „realsozialistischen“ Strafgesetzbücher eine Reihe von Straftatbeständen auf, wie z.B. antisowjetische Agitation und Propaganda, Staatsverleumdung, Propaganda gegen die Freundschaft mit der Sowjetunion, Verächtlichmachung des Staates im Ausland. Und – so nun die offizielle Logik der DKP – wer gegen ein Strafgesetz verstößt, muß ein Krimineller sein (per Definition), kann also folglich gar kein politisch Verfolgter sein.

Inkonsequenz muß sich die DKP freilich vorwerfen lassen: Als dieser Tage gegen die „UZ“ ein Strafverfahren wegen Staatsverleumdung (§ 90a) eingeleitet wurde (also ein Straftatbestand, der in den „realsozialistischen“ Ländern häufig in Prozessen Anwendung findet!), sprach die DKP plötzlich von einem „Gesinnungsprozeß“!

Wäre die DKP ehrlich (aber sie ist es nicht, wir wissen es schon!), so würde sie sagen, daß es in allen Ländern der Welt politische Unterdrückung, die Unterdrückung politischer Anschauungen auch mit Mitteln der Justiz und Polizei gibt – daß es aber ihrer Meinung nach darauf ankommt, wer wen und was unterdrückt. Wäre die DKP ehrlich, so würde sie sagen, daß es auch in der DDR politische Berufsverbote gibt – und daß diese Berufsverbote pauschal die vorbehaltlose Zustimmung der DKP haben.

Alles das sagt die DKP jedoch nicht (jedenfalls nicht offen und direkt), weil sie Wert darauf legt, sich hierzulande als die konsequenteste Vertreterin und Verteidigerin der „Demokratie als solche“ hinzustellen.

Daß die DKP politische Gegner in den Ländern des „realen Sozialismus“ allesamt zu „Kriminellen“ stempelt, hat überdies auch noch den Vorteil der leichteren Diffamierbarkeit solcher politischen Gegner.

Eine besonders beliebte Variante dieser Art von „Kriminalität“ ist der Vorwurf der „nachrichtendienstlichen Betätigung“, der Spionage, der Agenten-Tätigkeit. Die historische Wurzel dieses Vorwurfs und seiner Anwendung geht auf die berühmten Moskauer-Prozesse der 30er Jahre zurück: Damals war (per Definition!) jeder Oppositionelle selbstverständlich auch ein Agent des Imperialismus – was damals mit dem Todesurteil gleichbedeutend war. Heute ist man schon viel humaner: mit Strafen zwischen 8 und 15 Jahren kommen diese verworfenen, von der mensch-

lichen Gesellschaft verabscheuten Subjekte (Original-Jargon der sowjetischen Presse!) billig davon.

Die Tendenz geht in den politischen Prozessen des „realen Sozialismus“ eindeutig dahin, daß immer mehr Oppositionelle nicht bloß als irgendwem kriminell abgeurteilt werden, sondern der Vorwurf der Agenten-Tätigkeit zum festen Bestandteil jeder Anklage wird. Letztendes Endes geht es dahin, daß jeder Oppositionelle ein imperialistischer Agent ist, weil oppositionelle Betätigung gar nicht mehr anders gedacht werden kann außer als Tätigkeit für den Feind.

Der DKP ist dabei ein richtiger Kern ihrer Agitation gar nicht abzustreiten: Wenn ein Oppositioneller in einem Land des „realen Sozialismus“ irgendeine Art von Information ins Ausland gibt (sei es ein von ihm geschriebener Artikel, sei es ein Bericht über die Situation von politischen Gefangenen usw.), so liegt der Vorwurf der „nachrichtendienstlichen Tätigkeit“ in der Regel wirklich nahe. Beispielsweise wird man kaum ernsthaft bestreiten können, daß zwischen Springer-Presse oder „Spiegel“, einerseits, westlichen Nachrichtendiensten andererseits (BND) enge Beziehungen bestehen. Und angesichts der realen Konfrontation zwischen den Blöcken wird man auch davon ausgehen müssen, daß jede Art von Information aus den Ländern des „realen Sozialismus“ für die Imperialisten von Interesse ist.

Natürlich gilt das auch umgekehrt. Als krasses Beispiel: Viele Linke haben es in den letzten Jahren erlebt, daß sie bei DDR-Besuchen freundlich zu „Gesprächen über beiderseitig interessierende politische Fragen“ mit irgendwelchen Funktionären eingeladen wurden und dann unverhohlen mit der Bitte konfrontiert wurden, ein bißchen für die DDR-Nachrichtendienste zu spionieren.

Die DKP hat allerdings vollständig recht, wenn sie die Verlogenheit und Scheinheiligkeit anklagt, mit der sich der BRD-Staat über den „Fall Bahro“ ereifert. Denn Fälle dieser Art sind auch den imperialistischen Staaten keineswegs fremd:

– In der BRD wurden in den 50er und frühen 60er Jahren gegen Mitglieder der illegalen KPD sehr häufig die Paragraphen des Strafgesetzbuchs über Hoch- und Landesverrat angewendet. Das heißt: der bloße Kontakt zu DDR-Funktionären galt als strafbare Handlung. Mit demselben Effekt wie jetzt bei Bahro und anderen: Aus einem politischen Oppositionellen wurde ein „Krimineller“ gemacht.

– Anfang der 60er Jahre wurde die „Spiegel-Affäre“ inszeniert: Kritik am aggressiven militärischen Konzept des BRD-Imperialismus wurde als Landesverrat u.ä. diffamiert, die Verantwortlichen wurden teilweise monatelang in U-Haft gesperrt.

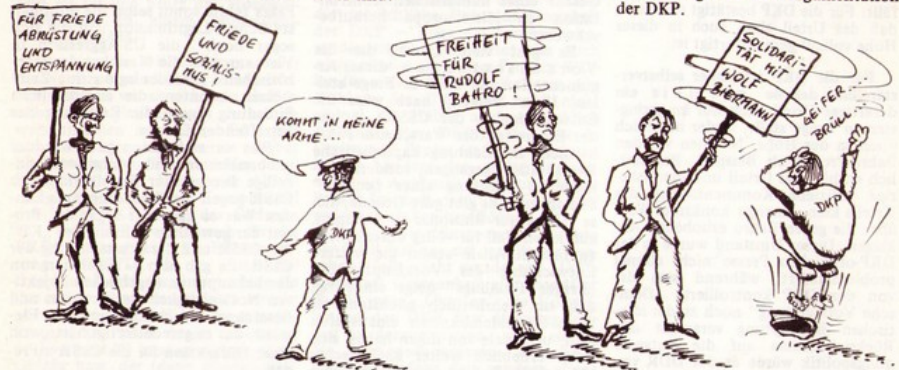
– Im letzten Jahr wurde der Journalist Faust in U-Haft genommen, weil er Einzelheiten über die skandalösen Praktiken des BRD-Staats im Falle

Traube an die Öffentlichkeit gebracht hatte.

– Um angesichts der zynischen Menschenrechtskampagne der US-Regierung ein aktuelles Beispiel aus den USA zu erwähnen: Ohne viel Aufsehen wurden gerade dieser Tage im US-Bundesstaat Virginia ein Regierungsangestellter und ein vietnamesischer Student zu jeweils fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Angeblich hatten sie während des Vietnam-Kriegs Regierungsdokumente an Nordvietnam weitergegeben! („Welt“, 10.7.78).

Es ist freilich bezeichnend, daß die DKP bei allen politischen Prozessen des „realen Sozialismus“ in erster Linie damit argumentiert, daß solche Prozesse „normal“ seien, daß sie „überall auf der Welt üblich“ seien, daß Spionage eben auch im Westen bestraft würde usw. Im besten Fall kann diese Argumentation beweisen, daß es im „realen Sozialismus“ auch nicht schlimmer sei als im Kapitalismus. Nur: Wie will man mit diesem Argument Menschen für den Sozialismus gewinnen? Zumal die meisten kapitalistischen Staaten immer noch darauf verweisen können, daß sie derart brutale Urteile wie in der Sowjetunion oder DDR derzeit tatsächlich nicht nötig haben.

Der generelle Vorwurf der Agenten-Tätigkeit ist die letzte Konsequenz der vollständigen Kriminalisierung jeder Opposition. Während Anklagen wie „Staatsverleumdung“ oder „antisowjetische Agitation und Propaganda“ den politischen Charakter der „Tat“ immerhin klar



erkennen lassen, geht der Vorwurf der Spionage o.ä. aufs rein „Kriminelle“.

Zudem geht umgekehrt auch die Logik der imperialistischen Propaganda dahin, selbst eindeutige Spione, die in den Ländern des „realen Sozialismus“ verurteilt werden, scheinheilig als „verfolgte Menschenrechtler“ zu bejammern. Objektiv erleichtert diese imperialistische Propaganda es den Revisionisten, ihrerseits die Grenze zwischen Spionage und politischer Opposition zu verwischen. Denn wenn für die Imperialisten jeder Spion ein Menschenrechtler ist, dann kann für die „Realsozialisten“ ebenso leicht jeder Menschenrecht-

ler ein Spion sein. Die falsche Gleichung „Menschenrechtler = Spion“ funktioniert auf beiden Seiten.

Ein Jagdschein für die „realsozialistische“ Justiz

Angesichts der Häufung von großen politischen Prozessen in den Ländern des „realen Sozialismus“ zeichnet sich immer einfacher eine Standard-Argumentation der DKP ab: Wer die herrschenden Verhältnisse in den „realsozialistischen“ Ländern grundsätzlich kritisiert, dient auf jeden Fall dem Bestreben des Imperialismus, die Länder des „realen Sozialismus“ zu destabilisieren. Bezeichnet sich der Kritiker gar selbst als Sozialist, so erhöht das seine Gefährlichkeit (und damit folglich auch seine zu bestrafende Kriminalität) sogar noch. Denn, so behauptet die DKP, die Ideologie des „demokratischen Sozialismus“ sei heute das Hauptinstrument der imperialistischen Strategie zur Aufweichung und Destabilisierung der Länder des „realen Sozialismus“. Daß die imperialistische Propaganda jeden derartigen politischen Prozeß in den Ländern des „realen Sozialismus“ groß aufgreift, um der eigenen antikommunistischen Hetze mehr Überzeugungskraft zu geben, dient der DKP als Beweis für die Richtigkeit ihrer Argumentation: Jammert denn die bürgerliche Presse nicht über Biermann und Bahro? Beweist das denn nicht, daß Biermann und Bahro dem Imperialismus lieb und teuer sind?

Freilich, die DKP würde sich den umgekehrten Schluß energisch verbieten: Haben sich die Sowjetunion und die revisionistischen Parteien nicht sehr entschieden z.B. für die schwarze Bürgerrechtsbewegung der USA eingesetzt? Und ist das der Beweis, daß die schwarzen Bürgerrechtler der USA Kommunisten sind? Ja, die größten Reaktionen im imperialistischen Lager haben tatsächlich so argumentiert. Aber eben nur die s.e. Ein vernünftiger Mensch wird solche Argumentation schlicht als Demagogie zurückweisen.

Es ist nicht zu bestreiten, daß sich die imperialistische Propaganda gern jeder politischen Opposition in den

Ländern des „realen Sozialismus“ bedient, auch und gerade der sich selbst als sozialistisch definierenden. Denn dem Imperialismus kommt es sehr gelegen, wenn er darauf verweisen kann, daß in Sowjetunion, DDR etc. „sogar Sozialisten“ verfolgt werden. Dieses Argument wird (durchaus erfolgreich!) eingesetzt, um immer größere Teile der Linken in die anti-kommunistische Strategie des Imperialismus hineinzuziehen. Wenn Linke beispielsweise zur „Solidarität“ mit dem Faschisten Solschenitzyn aufrufen, wenn sie ausdrücklich Freiheit für alle politischen Gefangenen in den Ländern des „realen Sozialismus“ fordern (einschließlich der Faschisten, Hakenkreuz-Schmierer, Antisemiten usw.), wenn sie die konterrevolutionären Ereignisse in der CSSR 1968 als „sozialistischen Frühling“ hinstellen, dann zeigt all das eine sehr weitgehende politische Verwirrung und Verlust an einfachstem Urteilsvermögen. Und selbstverständlich wirft es ein bezeichnendes Schlaglicht auf die imperialistischen Interessen, wenn der in der BRD verfeimte trotzkistische Ideologe Mandel ausgerechnet für eine Bahro-Veranstaltung plötzlich Einreise-Erlaubnis erhält. Auch ein Biermann wird sich überzeugen können, daß 90 % seiner politischen Äußerungen (nämlich die zu den Verhältnissen hier) von den bürgerlichen Medien glatt unterschlagen werden, während die übrigen 10 % (nämlich jede Äußerung zu den Verhältnissen des „realen Sozialismus“) reichlich Aufmerksamkeit garantiert ist. In all dem ist viel Richtiges an der Argumentation der DKP.

Andererseits: Die imperialistische Strategie verfolgt ja ein doppeltes Ziel, nämlich einerseits die Destabilisierung der Länder des „realen Sozialismus“ und zum anderen die Stabilisierung ihrer eigenen Herrschaft, indem die politische Unterdrückung in den Ländern des „realen Sozialismus“ als Mittel der Abschreckung eingesetzt wird.

Das heißt, man muß die Frage stellen: Was nützt dem Imperialismus mehr – die Aktivität der politischen Opposition in den Ländern des „realen Sozialismus“ oder aber deren brutale Unterdrückung mit langjährigen Haft- und Arbeitslager-Strafen? Unsere Antwort darauf: ein Bahro im

Knast beispielsweise ist für die imperialistische Propaganda erheblich wertvoller als er es in Freiheit – und bei freier Meinungsäußerung – überhaupt sein könnte. Nicht Bahros „Alternative“ ist das große Geschenk an die imperialistische Propaganda, sondern seine Verurteilung durch die DDR-Justiz.

Es ist ein Zynismus und eine Arroganz sondergleichen, wenn die DKP die in der Bevölkerung durch solche Urteile verursachte Abneigung gegen den „realen Sozialismus“ kurzerhand als „Wirken des Antikommunismus“ erklärt. Darin deutet sich schon die Mentalität derjenigen an, die in den Ländern des „realen Sozialismus“ sehr schnell damit zur Hand sind, eigene politische Unzulänglichkeiten durch gesteigerte Unterdrückung wett zu machen. Dieselbe Arroganz zeigt sich, wenn die DKP-Studenten dem VDS wegen seiner Solidaritäts-erklärung für Bahro vorwerfen, er habe damit eine „Verbeugung vorm Antikommunismus“ gemacht. Diese Argumentation zielt auf moralische Erpressung und hat lange Zeit erstaunliche Erfolge für sich verbuchen können.

Nach der Argumentation der DKP beweist sich die Berechtigung eines Urteils gegen politische Oppositionelle in den Ländern des „realen Sozialismus“ durch die imperialistische Propaganda gegen dieses Urteil. Diese imperialistische Propaganda bleibt kaum aus (einzige Ausnahme sind die Prozesse gegen die illegalen Kommunisten in Jugoslawien!) und sie ist natürlich umso stärker, je schärfer das Urteil ausfällt. Für die DKP bestätigt das dann, daß das Urteil eben auch in dieser Höhe vollumfänglich gerechtfertigt ist.

Für die DKP ist daher selbstverständlich, daß sie niemals ein derartiges Urteil auch nur im geringsten in Frage stellt, weder inhaltlich noch in der Höhe. Nehmen wir den Bahro-Prozeß als Beispiel: Bekanntlich enthält das Urteil und die bisherige offizielle Kommentierung des Urteils kein einziges konkretes Wort über die gegen Bahro erhobenen Anklagen. Dieser Umstand wurde in der DKP-offiziellen Presse nicht einmal problematisiert, während sich die von der DKP kontrollierte „Deutsche Volkszeitung“ noch zu der idiotischen Behauptung veranlaßt sah, Rücksichtnahme auf die Entspannungspolitik würde es der DDR verbieten, konkrete Angaben über die Bahro vorgeworfenen Verbrechen zu veröffentlichen.

Ähnlich gilt für die meisten politischen Prozesse in den Ländern des „realen Sozialismus“, daß kaum konkrete Anklagepunkte veröffentlicht werden. Hier ist einfach Gottvertrauen gefordert: Wenn die DDR sagt, daß Bahro schuldig ist, dann wird's schon stimmen!...

Dasselbe gilt für die Höhe der Urteile: Steht erst einmal prinzipiell die (konkret gar nicht belegte!) angebliche Schuld des Angeklagten fest, so wird das Urteil beliebig. Die Kommentare der DKP-Presse waren kein bißchen anders ausgefallen, wenn Bahro nicht zu acht Jahren, sondern

zu sechzehn Jahren verurteilt worden wäre. Und wäre gegen Bahro gar ein Todesurteil ausgesprochen worden, so hätte sich das auch nur so ausgewirkt, daß die Rechtfertigungsartikel in der DKP-Presse noch um einen Ton schriller und brutaler ausgefallen wären.

Es gibt, kurz gesagt, keinerlei Schranken mehr: Wer sich in Opposition zum „realen Sozialismus“ begibt, ist ein Krimineller (konkrete Schuldbeweise brauchen wir nicht) und jedes Urteil gegen ihn ist von vornherein gerechtfertigt. Der geringste Zweifel daran ist ein untrügliches Zeichen für das „Wirken des Antikommunismus“.

Das Beispiel CSSR

Der herannahende 10. Jahrestag der Invasion und Besetzung der CSSR durch Truppen des Warschauer Pakts veranlaßt die DKP zu besonderen „ideologischen“ Anstrengungen und Rechtfertigungsversuchen.

Die DKP argumentiert, daß die Entwicklung in der CSSR 1968 (sogenannter „Prager Frühling“) in Richtung einer kapitalistischen Restauration verlaufen wäre – mit der Folge, daß die CSSR aus dem „realsozialistischen“ Block herausgerissen und Teil des imperialistischen Machtbereichs geworden wäre. Dies, so argumentiert die DKP weiter, hätte nicht nur der Sache des Sozialismus geschadet, sondern auch das internationale Kräfteverhältnis zugunsten des Imperialismus verändert und damit den „Entspannungsprozeß“ gefährdet, wenn nicht gar die Gefahr einer militärischen Konfrontation in Mitteleuropa heraufbeschworen.

Es gibt viele Linke, die die Voraussetzungen dieser Argumentation der DKP in Frage stellen. Ihrer Meinung nach wäre die Entwicklung in der CSSR – ohne das Eingreifen des Warschauer Pakts – nicht in Richtung kapitalistische Restauration gegangen, sondern vielmehr in Richtung eines „echten“ Sozialismus. Es gibt gute Gründe, diese These für illusionär und dumm, auf jeden Fall für völlig unrealistisch zu halten. Allein schon die weitere Entwicklung der Vorkämpfer des „Prager Frühlings“ zeigt eindeutig, daß sie mehrheitlich höchstens als linke Sozialdemokraten einzustufen sind, und viele von ihnen haben sich noch erheblich weiter nach rechts entwickelt. Daß in einem Land, das sich selbst als sozialistisch bezeichnet, auch die Opposition sich dieser Bezeichnung bedient (mit Beifügung wie „demokratischer Sozialismus“, „menschlicher Sozialismus“), ist ebenso logisch wie die Tatsache, daß sich im 16. Jahrhundert die politische Opposition (beispielsweise die aufständischen Bauern) mit ihren Forderungen auf die Bibel berief.

Zudem müßten gerade Linke und Sozialisten begreifen, daß ohne eine revolutionäre Partei in der CSSR 1968 eine sozialistische Entwicklung ebenso unmöglich war wie in irgendeinem anderen Land. Andernfalls müßte man auf die Kräfte der Spontaneität vertrauen. Diese laufen aber

gerade in einem Land mit deformiertem, unpopulärem „Sozialismus“ durchaus nicht in Richtung eines „echten“ Sozialismus, sondern vielmehr in Richtung eines Kapitalismus „mit menschlichem Antlitz“. Dubcek hat 1968 dieselben Parolen benutzt wie Soares 1975/76 zur Kostümierung der konterrevolutionären Gegenoffensive in Portugal. Warum sollte er sie anders gemeint haben als Soares?

Man könnte also der DKP-Argumentation bis hierher folgen (falls man auch noch die Frage ausklammert, ob die Truppen des Warschauer Pakts in der CSSR wirklich den Sozialismus verteidigt haben – oder nicht vielmehr bloß sein „reales“ Zerrbild). Man könnte – würde man die Sowjetunion für sozialistisch halten und die CSSR vor 1968 ebenfalls – durchaus auf den Gedanken kommen, daß es legitim sei, wenn sich sozialistische Staaten gegenseitig (auch militärisch) gegen konterrevolutionäre Kräfte und Entwicklungen unterstützen.

Im Falle der CSSR 1968 ging es aber um etwas anderes: Unbestreitbar gab es im August 1968 (und in der Zeit danach) nicht einmal eine relevante gesellschaftliche **Minderheit**, die ein militärisches Eingreifen des Warschauer Pakts gewünscht oder zumindest nachträglich öffentlich begrüßt hätte. Es gab keine solchen relevanten Minderheiten in der Arbeiterklasse, es gab sie nicht in der „Kommunistischen“ Partei, und es gab sie nicht einmal in der Partei- und Staatsführung. Dem Eingreifen des Warschauer Pakts fehlte somit selbst die minimalste Schein-Legitimation, auf die sich sogar noch die US-Aggression in Vietnam oder die Massaker der französischen Fremdenlegion in Zaire stützen konnten: die ausdrückliche Einladung durch die Regierung des betreffenden Landes.

Was es stattdessen gab, war der unübersehbare und weitgehend einheitliche Protest der Bevölkerung der CSSR gegen die Besetzung ihres Landes. Was es gab, war sogar der Protest der gewählten Führung der „KP“ der CSSR und der Staatsführung der CSSR. Es gab also – abgesehen von der behaupteten angeblichen objektiven Notwendigkeit der Invasion und Besetzung – nicht das geringste Element, das es gerechtfertigt hätte, von einer Hilfsaktion für die CSSR zu reden.

Wenn die DKP einen solchen Überfall für gerechtfertigt hält, so ergibt sich, daß überhaupt die militärische Unterdrückung jedes Volkes gerechtfertigt ist, das aus der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ auszubrechen wünscht.

Hier stellt sich nun die nächste Frage: Wenn der Überfall auf die CSSR im Namen der objektiven Interessen zu rechtfertigen war, warum sollte dann nicht beispielsweise auch ein Überfall auf die Bundesrepublik zu rechtfertigen sein. Objektive Gründe gäbe es doch genug, oder etwa nicht? Wenn es gerechtfertigt ist, ein Volk mit Gewalt in der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ zu

halten, warum sollte man dann nicht mit demselben Recht auch ein anderes Volk gewaltsam in diese Gemeinschaft hineinzwingen dürfen? Hier versagt die Logik der „objektiven Notwendigkeiten“.

Und eine weitere Frage: Was sagt der Überfall auf die CSSR und dessen Rechtfertigung durch die DKP über die Problematik des „friedlichen Übergangs zum Sozialismus“ aus? Man erinnert sich, die DKP orientiert angeblich auf einen „friedlichen“, „möglichst unblutigen“ etc. Weg zum Sozialismus (d.h. zum „realen Sozialismus“). Im Programmwurf der DKP heißt es dazu: „Im harten Kampf muß durch die Arbeiterklasse und das ganze werktätige Volk der unvermeidliche Widerstand des Großkapitals überwunden und ein solches Übergewicht der zum Sozialismus strebenden Kräfte erreicht werden, das es ermöglicht, die Reaktion an der Anwendung blutiger Gewalt zu hindern und den für die arbeitenden Menschen günstigsten Weg zum Sozialismus durchzusetzen“.

Man beachte: In der CSSR sollen 1968 die Panzer des Warschauer Pakts notwendig gewesen sein, um eine kapitalistische Restauration zu verhindern und das Land in der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ zu halten. In der Bundesrepublik hingegen soll es möglich sein, sich an der Frage des bewaffneten Kampfs um die Staatsmacht irgendwie vorbeizumogeln. Der Gedanke ist total idiotisch: Warum soll für die Rettung eines sozialistischen Landes vor der kapitalistischen Restauration mehr militärischer Aufwand nötig sein als für den Sturz der Monopolbourgeoisie in einem imperialistischen Kernland?!

Da wir die DKP-Idiologie zwar für Narren, aber nicht für Idioten halten, nehmen wir als sicher an, daß sie selbst nicht glauben, was sie uns da weiszumachen versuchen. Es ergibt sich dann eine bedrückende – aber höchstwahrscheinlich zutreffende! – Schlussfolgerung: Hinter der Ablehnung revolutionärer Kampfmittel durch die DKP steckt der Gedanke an ein CSSR-Modell auch für die BRD! Konkret: eine Koalitionsregierung DKP/SPD, die an einem bestimmten Punkt der Entwicklung die Panzer des Warschauer Pakts zwecks „brüderlicher Hilfe“ ins Land rufen könnte, um einer (dann zweifellos vorhandenen!) konterrevolutionären Gefahr bzw. der (dann ebenso realistischen!) Gefahr einer Intervention der NATO in der BRD zu begegnen. Man erinnere sich an die Situation Portugals 1975/76, die klar zeigt, daß sich in einer derartigen Situation „objektive“ Rechtfertigungen für eine Intervention des Warschauer Pakts ohne weiteres finden lassen.

Ober eine solche Intervention gibt, ist dann die Frage des internationalen Kräfteverhältnisses, nicht aber von politischen Prinzipien.

Die Rechtfertigung der DKP für den Überfall auf die CSSR lehrt noch ein weiteres: Nach dem Verständnis der DKP bräuhete es nicht einmal eine Regierung der BRD zu sein, die die Truppen des Warschauer Pakts ins

Land holt, sondern nur die DKP, vielleicht noch mit ein paar Gallionsfiguren aus der SPD.

Die DKP mag dies alles als „antikommunistische Unterstellungen“ abtun. Indessen, um ein westdeutsches Sprichwort aus den frühen 60er Jahren zu zitieren: Nicht der Spiegel ist daran schuld, wenn das Gesicht schief ist!

Die DKP – ein nützlicher Idiot der Bourgeoisie

Die DKP bietet der westdeutschen Bevölkerung das höchst attraktive Bild eines „realen Sozialismus“, in dem Oppositionelle schärfer unterdrückt werden als derzeit in der BRD oder den meisten kapitalistischen Ländern, in dem die Arbeiter noch nicht einmal ein Streikrecht haben (laut DKP „überflüssig“) und in dem – siehe CSSR – notfalls auch ganze Völker gegen ihren Willen mit militärischer Gewalt in der „sozialistischen Staatengemeinschaft“ gehalten werden sollen. Die DKP untermalt dieses Horrorgemälde auch noch mit wilden Drohbildern gegen linke Strömungen in der BRD, aus denen klar hervorgeht, daß die DKP – falls sie nur könnte – diese linken Strömungen am liebsten verbieten und ihre Vertreter als „Agenten des Verfassungsschutz“ einsperren lassen würde.

All dies wirkt ebenso abschreckend wie es auf der anderen Seite – durch die tatsächliche Bedeutungslosigkeit der DKP – Züge der Schmierenkommödie trägt. Eine Partei, die noch nicht einmal ein halbes Prozent Wähler für sich hat (und selbst von den Wählern der DKP sind noch nicht einmal die Hälfte auch tatsächlich Anhänger der DKP!), die aber in Orgien von Papier die Unterdrückung in den Ländern des „realen Sozialismus“ als Ausdruck kommunistischer Politik bejubelt, wirkt am Ende eher widerlich als fürcheinflößend.

Da sich die diktatorischen Gelüste der DKP fast nur auf dem Papier ausstoben (falls nicht gerade ein „UZ“-Pressefest Gelegenheit gibt, handfest an ein paar „Chaoten“ die Vorstellungen der DKP über Meinungsfreiheit zu demonstrieren, stellt sie für die Monopolbourgeoisie der BRD keinerlei Gefahr dar, sondern dient ihr vielmehr als Anschauungsobjekt für die antikommunistische Hetze: Man braucht die DKP ja nur **reden** zu lassen, um in der arbeitenden Bevölkerung die Gewißheit zu stärken, daß sie diesen „realen Sozialismus“ nicht will, sondern dann schon lieber bei dem bleibt, was sie hat. Kommunistische Politik wird auf diese Weise mindestens ebenso gründlich in Mißkredit gebracht wie durch das Treiben der „ML“er. Daß die DKP bei all dem auch noch von der „wachsenden Anziehungskraft des realen Sozialismus als positiver Faktor für die Entwicklung in der BRD“ phantasiert, ist unfassbar.

Die DKP hat sich darauf eingerichtet, die westdeutsche Linke und die anderen demokratischen Kräfte unseres Landes damit zu erpressen, daß sie jeden sofort als Antikommunisten und Freund von Strauß beschimpft, der sich ihren Vorstellungen nicht fügt (sei es über den „realen Sozialismus“, über das Russell-Tribunal oder über die Probleme des Friedenskampfes). Diese Erpressung klappt derzeit immer schlechter. Wenn die DKP bisher dreist behauptet, demokratische Politik sei hierzu-land **nur** mit der DKP möglich, so wird es – wenn die DKP nicht zur Besinnung kommt – schließlich so sein, daß demokratische Politik nur gegen die DKP möglich sein wird. Schuld daran werden dann – man weiß es schon – natürlich wieder die bösen Chaoten und das Wirken des Antikommunismus sein.

Den »Maoismus« verteidigen, den Revisionismus bekämpfen!

(aus AK 77, März 1976)

Seit mehr als zehn Jahren führen die Revisionisten eine massive Hetzkampagne gegen die VR China und den „Maoismus“. Das geht vom Vorwurf, China wolle einen atomaren Weltkrieg entfesseln, über die Erfindung von Hungersnöten in China bis zur Behauptung, China werde von einem „militärbürokratischen Regime“ beherrscht, das jede Opposition mit brutalem Terror unterdrückt. Seit einigen Jahren hat diese aufwendig betriebene Hetzkampagne durch tatsächlich konterrevolutionäre Positionen in der chinesischen Außenpolitik (Angola als aktuelles Beispiel) willkommene Nahrung erhalten. Umso notwendiger wird es für uns zukünftig sein, der revisionistischen Hetze entgegenzutreten, ihren verlogenen, reaktionären und chauvinistischen Charakter aufzuzeigen und eindeutig klarzumachen, daß die Angriffe der Revisionisten auf Positionen der chinesischen Außenpolitik nichts anderes als Steine aus einem Glashaus sind. Von revisionistischer Seite sind eine Unzahl antichinesischer Broschüren und Bücher auf dem Markt, meist aus der Sowjetunion stammend bzw. in den Grundzügen von sowjetischen Pamphleten abgeschrieben. Diese Broschüren sind sich inhaltlich alle ziemlich ähnlich: Seicht im Inhalt, dafür reich an unbewiesenen Behauptungen und Beschimpfungen, außerdem häufig in sich selbst bis zur Lächerlichkeit widersprüchlich. Dieser Artikel stützt sich im Wesentlichen auf die Beilage zur in deutscher Sprache erscheinenden sowjetischen Zeitschrift „Sozialismus – Theorie und Praxis“ vom Januar 1976. Andere Broschüren haben wir zur Ergänzung herangezogen.

Chauvinismus als Grundlage

Fast alle revisionistischen Hetzschriften gegen die VR China beginnen mit einer ausführlichen Aufzählung aller Wohltaten, die angeblich die KP Chinas und das chinesische Volk von Seiten der Sowjetunion erfahren haben. „Das Sowjetvolk teile alle seine langjährigen Erfahrungen beim sozialistischen Aufbau, die Erfolge von Wissenschaft und Technik großzügig mit seinen chinesischen Brüdern. Unser Land leistete und leistet bei der Entwicklung der Wirtschaft Volkschinas bedeutende Hilfe ...“ (Anm. 1). Dabei wird dann gern verschwiegen, daß es mit der „Großzügigkeit“ vorbei war, sobald die KP China es „wagte“, gegen die von der KPdSU unter Führung Chruschtschows ausgeübte revisionistische „Generallinie der kommunistischen Weltbewegung“ Front zu machen.

Da wurden nämlich auf einen Schlag die sowjetischen Berater und Experten aus der chinesischen Wirtschaft abgezogen, da war es aus mit den Krediten usw.!

Nun ist es sicher eine Tatsache, daß die Sowjetunion der VR China in der ersten Phase des sozialistischen Aufbaus eine bedeutende Hilfe gegeben hat. Das ist von chinesischer

Seite auch nie bestritten worden und von daher gäbe es eigentlich auch keinen Grund, in jeder Broschüre gegen die VR China immer wieder die „großzügige Hilfe“ etc. breitzutreten. Das Motiv für die ständige Erwähnung dieser „großzügigen Hilfe“ ist aber ganz einfach – und äußerst schäbig: Dem chinesischen Volk wird vorgerechnet, daß es seine Erfolge eigentlich (fast) nur der Sowjetunion zu verdanken habe, und daß es daher höchst „undankbar“ sein, die sowjetische Politik zu kritisieren.

Innerhalb der kommunistischen Bewegung ist gegenseitige Hilfe eine Selbstverständlichkeit, und der Stärkere hilft in erster Linie dem Schwächeren. Darüber viele Worte zu verlieren oder gar eine kleinliche Aufzählung der geleisteten Hilfe als Mittel der politischen Auseinandersetzung einzusetzen, verrät deutlich, daß die Sowjetunion heute nicht dem proletarischen Internationalismus folgt, sondern daß ihre Hilfe Teil von großmachtpolitischer Geschäftemacherei ist.

Leider muß man sagen, daß das chauvinistische Herabblücken der KPdSU auf andere Parteien eine lange Tradition hat. So findet sich in einer etwa 1951 oder 1952 erschienenen Broschüre der KPD im Artikel eines sowjetischen Verfassers der denkwürdige Satz: „Die Kommunisti-

sche Partei Chinas spielte und spielt deshalb mit so großem Erfolg die Rolle eines Führers und Organisators der Massen, der bei ihnen eine unbestrittene Autorität besitzt, weil die Partei die Antworten auf die grundlegenden Fragen der chinesischen Revolution in den genialen wissenschaftlichen Werken J.W. Stalins findet“ (Anm. 2).

In der erwähnten Beilage zu „Sozialismus – Theorie und Praxis“ vom Januar 1976 wird beispielsweise behauptet: „In allen Etappen ihres Kampfes erhielten die chinesischen Kommunisten vielseitige brüderliche Hilfe von der Sowjetunion, die ... die einheimische wie die ausländische Reaktion daran hinderte, die chinesische Revolution abzuwürgen“ (S. 5). Also wäre das Überleben der chinesischen Revolution nur der sowjetischen „brüderlichen Hilfe“ zu verdanken! Tatsächlich hat aber die chinesische Revolution sich in entscheidenden Phasen (Aufbau der „Roten Stützpunktgebiete“ Ende der 20-er Jahre, „Langer Marsch“ in den 30-er Jahren), als es wirklich um das Überleben ging, fast ausschließlich auf die eigenen Kräfte gestützt.

Auch hier muß man wieder sagen, daß insgesamt die politisch-moralische und auch materielle Hilfe der kommunistischen Weltbewegung (und nicht etwa nur der Sowjetunion!) für die chinesische Revolution sicher ein wertvoller Faktor war. Die sowjetische Hilfe aber als entscheidend für Überleben und Sieg der chinesischen Revolution hinzustellen, ist eine krasse Geschichtsfälschung, und vor dem Hintergrund der laufenden Polemik eine ausgesprochen miese Lüge.

Ebenso, wenn nicht noch ärger, steht es mit der Behauptung einige Absätze später: „Zuverlässig schützte die Sowjetunion mit ihrer ganzen wirtschaftlichen und militärischen Macht die junge chinesische Republik vor einer möglichen imperialistischen Aggression“ (S. 6). Aber die „junge chinesische Republik“ war in Wahrheit nicht nur sehr gut in der Lage, sich aus eigener Kraft selbst zu schützen, sondern sie entsandte auch noch hunderttausende von Freiwilligen nach Korea, um gemeinsam mit den koreanischen Genossen die US-imperialistischen Aggressoren zurückzuschlagen – während die Sowjetunion damals bekanntlich, trotz ihrer weitaus besseren wirtschaftlichen und militärischen Möglichkeiten, dem koreanischen Volk nicht mit Freiwilligen zu Hilfe kam. Vor diesem historischen Hintergrund wird

die ganze Unverschämtheit des obigen Zitates deutlich!

Man wundert sich dann auch nicht mehr über die Behauptung, daß in erster Linie „die allseitige wirtschaftliche, wissenschaftlich-technische, kulturelle und diplomatische Unterstützung der Sowjetunion und der anderen Bruderländer ... dem chinesischen Volk eine weite sozialistische Perspektive“ eröffnet hätten (S. 5). Nebenbei bemerkt sind die standardmäßig auftauchenden Formulierungen wie „die Sowjetunion und die anderen Bruderstaaten“ und ähnlich auch wieder typisch für die chauvinistische Grundeinstellung der sowjetischen Revisionisten: Alle Staaten des „sozialistischen Lagers“ sind natürlich gleich, aber die Sowjetunion ist immer etwas gleicher als die anderen ...

Was die „allseitige Unterstützung der Sowjetunion und der anderen Bruderländer“ für die VR China angeht, so haben wir schon gesagt, daß sie zeitweise eine reale Bedeutung hatten und daß dies von chinesischer Seite auch niemals bestritten worden ist. Nützlich ist es aber doch, sich einen klaren Blick für das tatsächliche Ausmaß dieser Unterstützung zu verschaffen. Nach offiziellen Angaben der Revisionisten hat die VR China in den ersten zehn Jahren ihres Bestehens Kredite in einer Gesamtsumme von 2,2 Mrd. Dollar (zum damaligen Kurs) erhalten. Das ist wahrscheinlich weniger, als Ägypten von der Sowjetunion allein an Waffenlieferungen erhalten hat ... Und China hat diese Kredite selbstverständlich in den 60-er Jahren bis auf den letzten Pfennig zurückgezahlt.

Während die VR China rund 2,2 Mrd. Dollar an Krediten von der Sowjetunion erhielt, hat sie aber selbst beispielsweise in Nordkorea – abgesehen von der brüderlichen Waffenhilfe gegen die US-Aggression – eine unentgeltliche Hilfe von rund 340 Mio. Dollar (auch zum damaligen Kurs gerechnet) gegeben. Nordvietnam erhielt in den 50-er Jahren von der VR China gleichfalls unentgeltliche Hilfe in Höhe von rund 380 Mio. Dollar, sowie einen Kredit (verzinsbar mit einem Prozent) von 127,5 Mio. Dollar. Ferner erhielt die Volksrepublik Mongolei von der VR China im selben Zeitraum unentgeltliche Hilfe in Höhe von 40 Mio. Dollar sowie Kredite im Gesamtwert von 75 Mio. Dollar. Albanien erhielt in dieser Zeit von der VR China Kredite im Gesamtwert von etwa 25 Mio. Dollar und Ungarn (!!) von 57,5 Mio. Dollar. Dazu kamen Kredite und unentgeltliche Hilfeleistungen an zahlreiche Länder der „Dritten Welt“.

Es ist also offensichtlich, daß die VR China in der ersten Phase des sozialistischen Aufbaus nicht nur Unterstützung erhielt, sondern – womöglich sogar in noch größerem Maße – auch selbst gegeben hat!

Ein revisionistischer Verfasser hat die Hilfe verglichen, die in den 50-er Jahren Nordvietnam (DRV) und Nordkorea (KVDR) einerseits von

der Sowjetunion und andererseits von der VR China erhielten. Er kam zu folgender bemerkenswerten Feststellung: „... daß in der Periode des Wiederaufbaus unmittelbar nach Ende des Korea- beziehungsweise in der Zeit des Vietnam-Krieges das Volumen der chinesischen Wirtschaftshilfe an die KVDR um 15 Mio. US-Dollar und an die DRV um 240 Mio. US-Dollar größer war als die von der Sowjetunion gewährte Summe“. Giftig behauptet der revisionistische Verfasser daraufhin, es sei „klar ersichtlich, daß die chinesische Führung das politische Prestige der VR China in den benachbarten sozialistischen Ländern überwiegend auf Kosten der Sowjetunion und der übrigen sozialistischen Länder zu steigern trachtete“ (Anm. 3).

„Klar ersichtlich“ wird aus dieser Giftspritze aber wohl eher, welche Funktion die Revisionisten selbst ihrer „uneigennütigen Hilfe“ an andere Staaten geben.

Das Märchen von der „militär-bürokratischen Diktatur“ in China

Sehen wir nun, wie die Revisionisten die innenpolitische Situation Chinas darstellen. Wir halten uns dabei an die erwähnte Beilage zur „Sozialismus – Theorie und Praxis“, die für die revisionistische Darstellungsweise sehr typisch ist.

Demnach herrscht in China eine „militär-bürokratische Diktatur“ des „maoistischen Regimes“ (z.B. S. 24). Diese „militär-bürokratische Diktatur“ sei im Wesentlichen das Ergebnis der Großen Proletarischen Kulturrevolution, die nach revisionistischer Lesart ein „konterrevolutionärer Putsch“ war. Dieser „Putsch“ habe „ein neues Regime“ (Herzvorhebung von uns – AK) mit einem „von ihm ins Leben her gerufenen Zwangsapparat“ hervorgebracht (S. 21) und sinngemäß nochmals (S. 22). Die weitere Politik der „Maoisten“ habe dann dazu gedient, „den Kult der Gewalt und Brutalität im Lande zu befestigen, unbedingten und blinden Gehorsam der ganzen Bevölkerung gegenüber der Führungsspitze und deren volksfeindlichen Politik zu sichern“ (S. 17). Es herrsche in China „eine Atmosphäre geistigen Terrors“ (S. 21) und „zügelloser Repressalien gegen beliebige Gegner des jetzigen Regimes“ (S. 24). „Der Unterdrückungsapparat gegen alle andersdenkenden (wurde) wesentlich verstärkt“ (S. 43). „Die potentiellen Gegner des Maoismus werden im voraus für vogelfrei erklärt. Im Kampf gegen sie werden alle Methoden heilig und gefördert“ (S. 21), und noch mehr Dreck von dieser Sorte.

Mit derselben Frechheit und Hemmungslosigkeit, mit der die Revisionisten jede Kritik am Sowjetrevisionismus als „antisowjetisch“ (= antikommunistisch) abzustempeln versuchen, greifen sie tief ins Jauchefäß, wenn es um tatsächlich eine chinesische Hetze geht, die

bar jedes konkreten Arguments und Beweises ist.

Beim Versuch, das ganze Geheze von der „Unterdrückung Andersdenkender“ (diese Formulierung ist ja im Munde von angeblichen Kommunisten schon ein Witz für sich!) irgendwie glaubwürdig zu machen, schrecken die Verfasser vor den kuriossten Einfällen nicht zurück: In der neuen chinesischen Verfassung von 1975 seien „solche Initiativen der Volksmassen verankert wie „breite Diskussionen“ und Großwandzeitungen, die es den Maoisten ermöglichen, sie zum Druck auf den Stots- und Parteiapparat zur Erhaltung der Linie Maos zu verwenden“ (S. 23), worauf scharfsinnig geschlossen wird: „Die Verfassung von 1975 stellt einen bedenklichen Rückschritt gegenüber der Verfassung von 1954 auf dem Gebiet der Regelung der Bürgerrechte dar“ (S. 23). Die Verfasser haben bloß noch vergessen zu erwähnen, daß das „maoistische Regime“ aus lauter Gemeinheit auch noch das Streikrecht der Werktätigen in der neuen Verfassung garantiert hat – was ja ganz sicher auch nur ein übles „Zwangsmittel“ zur „Unterdrückung Andersdenkender“ sein soll! ...

In der Sowjetunion, die ja nach Meinung der Revisionisten das sozialistische Musterland aller Zeiten ist, herrscht natürlich Demokratie: So arg „undemokratische“ Sachen wie Wandzeitungen, breite öffentliche politische Diskussionen oder Streikrecht gibt es da natürlich gar nicht erst. Es sollte mal in der Sowjetunion ein schlechter Arbeiter auf den Einfall kommen, eine Wandzeitung gegen seinen Chef oder gar gegen einen höheren Funktionär zu schreiben! Ihm würde tatsächlich all das an Repressionen etc. blühen, was sich die Revisionisten an Verleumdungen über die angebliche Unterdrückung in der VR China zusammenphantasieren! In der Sowjetunion herrscht eben wahre „sozialistische Demokratie“ ...

Im Übrigen hindert ihre schwachsinnige Hetze gegen die Verankerung der Wandzeitungen etc. in der chinesischen Verfassung die revisionistischen Witzbolde nicht einmal, wenig später zu triumphieren: „In den zahlreichen Großwandzeitungen werden bessere Lebensbedingungen gefordert und Proteste gegen Willkür und Gesetzlosigkeit erhoben“ (S. 33), was sie nun wieder als Beweis der „Unzufriedenheit unter den breiten Schichten des chinesischen Volkes“ interpretieren (S. 33) – wo man sich aber wieder fragen muß, wie es so etwas bei der angeblich herrschenden „Atmosphäre geistigen Terrors“ (S. 21) und „zügelloser Repressalien gegen beliebige Gegner des jetzigen Regimes“ (S. 24) überhaupt geben kann?

Im Übrigen fehlen natürlich nicht die bekannten antikommunistischen Ladehüter: „Die Intelligenz ist zum Dahinvegetieren in der Atmosphäre geistiger Knechtschaft verdammt und hat keine Möglichkeit, schöpferisch zu arbeiten“ (S. 35) oder „Die Jugend ist betrogen und der freien

Wahl des Lebenswegs beraubt" (S. 35/36) – was ganz fatal an Artikel der Springer-Presse über die DDR oder die Sowjetunion erinnert.

Nicht weniger witzig sind die Einfälle der Verfasser zur „maoistischen“ Wirtschaftspolitik. Angeblich dient diese ganz und gar der Rüstungsproduktion. Die „zivilen Produktionszweige“, insbesondere die Landwirtschaft, seien „ohne nennenswerte Hilfe durch den Staat“ und „das darin erarbeitete Mehrprodukt wird in militärische Zweige übergeleitet“ (S. 26). Wenn das tatsächlich so wäre, könnte es in diesen Produktionsbereichen also weder Investitionen noch Zuwachsraten geben!...

Witzbolde wie sie sind kommen die Verfasser dann sogar noch – nach diversen Horror-Meldungen über „Ernährungsschwierigkeiten“ und „jäh gesunkene Produktionsdisziplin und Arbeitsproduktivität“ in China – ganz überraschend zu der durchaus realistischen Einschätzung: „In den kommenden Jahrzehnten kann China in der Entwicklung der Wirtschaft erheblich vorankommen“ (S. 27). Wie das möglich sein soll, wenn angeblich das ganze Mehrprodukt in die Rüstung gepulvert wird, ist schleierhaft – wie so manches an den verschlungenen Wegen der revisionistischen „Argumentation“.

Kreuz und quer geht es auch bei der Schilderung der angeblichen Reaktion der chinesischen Volksmassen auf die „militärbürokratische Diktatur“ zu.

Da ist die Rede von „zünftig stark verbreiteten Oppositionsstimmungen“ (S. 18), von „Sabotage und Streiks“ (S. 27), es wird gar behauptet: „Unter den breiten Schichten des chinesischen Volkes nimmt die Unzufriedenheit mit dem niedrigen Lebensniveau und den antidemokratischen Zuständen zu“ (S. 33) und „Es gelingt den Linksgruppierungen (?!) – Anm. AK) der Maoisten vorerst nicht, den Widerstand zu überwinden ... Diesen Widerstand legen sowohl Werktätige als auch Wirtschaftsfunktionäre an den Tag“ (S. 32). Sogar in der Bauernschaft seien „in einzelnen Gegenden offene Bekundungen der Unzufriedenheit registriert“ worden (S. 33).

Trotz der Phantasie-Geschichten von „wachsender Unzufriedenheit des Volkes“ (S. 36) kommen die Verfasser schließlich doch zur Meinung, das „maoistische Regime“ könne noch „im Laufe einer längeren Zeit die gesellschaftliche Entwicklung der VR China“ bestimmen (S. 36). Zur Erklärung dieses Widerspruchs soll die „spezifische chinesische soziale Situation“ herhalten (S. 36), die „politische Unreife und Rückständigkeit eines beachtlichen Teils der Bevölkerung“ (S. 36), und wenn das noch nicht reicht, dann muß nach guter alter antikommunistischer Art die „ideologische Bearbeitung der Bevölkerung im maoistischen Geiste“ als Grund herhalten, die von den Verfassern sogar an zwei verschiedenen Stellen ins Feld geführt wird (S. 24 und 43).

Bemerkenswert ist, daß man in diesen hemmungslosen antichinesischen Haßtraden vielfach nur das Wort „China“ durch „Sowjetunion“ bzw. „Sozialimperialismus“ sinngemäß ersetzen mußte – und man könnte meinen, einen astreinen Artikel aus dem „Roten Morgen“ vor sich zu haben. Es ist auch gar kein Wunder, daß sich die gängigen Schemata der Verhetzung bei Revisionisten und Vaterlandsverteidigern so fatal bis aufs Haar gleichen – denn beide schöpfen aus derselben „Quelle“: Der Jauchegrube des bürgerlichen Antikommunismus!

Zugleich birgt die revisionistische Demagogie gegen China aber noch einen sehr interessanten Aspekt. Bekanntlich treten die Revisionisten der Kritik am politisch-ökonomischen System der Sowjetunion stets mit dem dummlichen „Argument“ entgegen, in der Sowjetunion seien die Produktionsmittel schließlich gesellschaftliches Eigentum, also sei die Sowjetunion sozialistisch, und also könne es dort auch keine „neue Bourgeoisie“ geben.

Nun kommen aber dieselben Demagogen und behaupten, China werde von einer „militärbürokratischen Diktatur“ beherrscht. Ja, wie denn das? Sind denn in China nicht auch die Produktionsmittel staatliches bzw. genossenschaftliches Eigentum? Die Revisionisten sagen ja sogar, daß China ein sozialistisches Land sei, wenn auch inzwischen etwas „deformiert“ (S. 43), und sie reden scheinheilig davon, es gehe ihnen „selbstverständlich nicht darum ... die VR China aus dem Sozialismus auszuschließen“ (S. 71).

Da ist das Land also sozialistisch, die Produktionsmittel vergesellschaftet – und es herrscht eine „militärbürokratische Diktatur“ ...! Wie reimt sich das zusammen? Die Revisionisten behaupten, die Kulturrevolution habe „zur Ablösung der volksdemokratischen Macht durch die Diktatur der militärbürokratischen Gruppe“ geführt (S. 42). Aber welche Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln sollen dem zugrunde liegen?!

Es ist also offensichtlich: Die Revisionisten erkennen – wenn es um Hetze gegen China geht – auf einmal sehr wohl an, daß auf der formalen Grundlage des „gesellschaftlichen Eigentums“ an den Produktionsmitteln dennoch die Herrschaft und gar „Diktatur“ einer „bürokratischen Gruppe“ möglich ist. Sie behaupten sogar, „daß die maoistische Führung gezwungen (!) ist, bei der Ausnutzung der Vorzüge des Sozialismus die gesellschaftlichen Eigentumsformen und die äußeren Formen der sozialistischen Organisation des gesamten gesellschaftlichen Lebens aufrechtzuerhalten“ (Anm. 4).

Mit derartigen Thesen führen sie ihre eigenen Verteidigungsreden für das politisch-ökonomische System der revisionistischen Staaten ad absurdum!

Hetze gegen Volkskrieg und Revolution

Besonders übel ist auch auf außenpolitischem Gebiet die Hetze der Revisionisten gegen die VR China.

Für Kommunisten gibt es natürlich gerade auf diesem Feld vieles an der chinesischen Politik zu kritisieren. Sei es nun die Haltung zum Putsch im Sudan (Juli 1971), die Haltung zum faschistischen Regime in Chile, die Position zu Angola etc.

Aber gerade hierauf gehen die revisionistischen Polemiken „seltensamerweise“ nur am Rande ein. Offenbar ist es der Gedanke an ihren eigenen unzähligen Verrat am proletarischen Internationalismus, der die Revisionisten veranlaßt, ihre Stimme zu diesen Fragen nicht allzu laut zu erheben.

Erinnert sei beispielsweise an die Tatsache, daß die sowjetische Regierung den kambodschanischen Genossen in ihrem heldenhaften Befreiungskampf – durch den im letzten Jahr der vollständige Sieg errungen wurde – keinerlei materielle Unterstützung gab, und daß die sowjetische Regierung bis zur letzten Stunde die diplomatischen Beziehungen zum faschistischen Lon Nol-Regime nicht abreißen ließ. Auch das Massaker an hunderttausenden Kommunisten in Indonesien war für die Revisionisten kein Anlaß, die Beziehungen abzubauen – im Gegenteil, sie setzten sogar die Lieferung von Waffen und Ersatzteilen an das faschistische Regime fort, griffen ihm mit Wirtschaftskrediten weiter unter die Arme usw. Auch die Abschachtung zahlreicher Führer und Kader der sudanesischen Arbeiterbewegung durch das Numeiri-Regime 1971 war für die Sowjetunion nicht etwa Anlaß, ihre diplomatischen Beziehungen zu diesem Regime abzubauen.

In dieser Weise ließen sich tatsächlich dutzende von Beispielen aufzählen. Wer soll denn den Revisionisten Glauben schenken, wenn sie jetzt plötzlich ein scheinheiliges Getöse inszenieren, weil China die Beziehungen zum faschistischen Regime Chiles aufrecht erhält?

Daher ist es kein Wunder, daß sich die revisionistische Polemik gegen die chinesische Außenpolitik im Wesentlichen an anderen Punkten festmacht, und daß sie vor allem sehr stark auf nackten Lügen aufbaut und von offen konterrevolutionären Positionen ausgeht.

So wird z.B. in der zitierten Beilage zu „Sozialismus – Theorie und Praxis“ die Lüge aufgestellt, China stelle „Gebietsansprüche an die Sowjetunion, die Mongolei, Indien, Burma, Vietnam, Japan und andere Länder“ (S. 8). Tatsache ist jedoch, daß der Genosse Lin Biao bereits auf dem IX. Parteitag der KP Chinas (1969) offiziell erklärte, daß „die Grenzfrage mit solchen Ländern

wie Burma, Nepal, Pakistan, der Mongolischen Volksrepublik und Afghanistan erfolgreich gelöst“ seien und nur die Grenzprobleme mit der Sowjetunion und Indien noch ungelöst seien. Diese Tatsache wird sogar in revisionistischen Broschüren z.T. zugegeben! (Anm. 5).

Mit den Grenzfragen gegenüber der Sowjetunion und Indien verhält es sich folgendermaßen:

An die Sowjetunion hat die VR China, im Gegensatz zu den ständigen Lügen der Revisionisten, keine Gebietsansprüche erhoben. Vielmehr geht es darum, daß sich das zaristische Rußland im vorigen Jahrhundert durch Diktat „Verträge“ große Teile Chinas einverleibte, und daß die VR China heute von der sowjetischen Regierung verlangt, die damaligen Diktate als „ungleiche Verträge“ anzuerkennen. Diese Forderung ist in der Tat vollumfänglich berechtigt, weil die revisionistische Geschichtsschreibung schon seit längerem dazu übergegangen ist, die zaristische Eroberungspolitik offen zu glorifizieren und die Geschichte grob zu verfälschen (siehe dazu auch UNSER WEG Nr. 19, Seite 25: Wie die „neuen Zaren“ den alten Zarismus rechtfertigen).

Außerdem gibt es Probleme an der chinesisch-sowjetischen Grenze, weil die Sowjetrevisionisten den Versuch unternommen haben, über die Diktat „Verträge“ aus dem vorigen Jahrhundert hinaus chinesisches Territorium zu besetzen, insbesondere einige Inseln in den Grenzflüssen.

Was Indien angeht, so ist dies der einzige Fall chinesischer Gebietsansprüche an einen anderen Staat. Und diese Ansprüche rechtfertigen sich vollumfänglich daraus, daß in der Zeit der britischen Kolonialherrschaft über Indien größere Gebiete Chinas im Himalaya-Gebiet geraubt wurden. Aber auch gegenüber Indien hat die chinesische Regierung die Politik verfolgt, den Verhandlungsweg zu suchen. Es war das indische Regime, das ständig militärische Konflikte suchte, um die hungrigen Volksmassen von den inneren Problemen abzulenken, und das zweimal (1959 und 1962) kriegerische Auseinandersetzungen vom Zaun brach. Beide endeten damit, daß die chinesische Volksbefreiungsarmee die Aggressoren zurückschlug und sich dann wieder sofort hinter die heute bestehende – von China bestrittene – Grenze zurückzog.

Die Revisionisten erfinden chinesische „Gebietsansprüche“ gegenüber Staaten wie Burma (mit dem die VR China schon 1960 die Grenze vertraglich vereinbart), um glauben zu machen, die VR China bilde eine Gefahr für ihre Nachbarstaaten und hege in Asien „hegemonistische Großmachtbestrebungen“ (S. 45). Zum selben Zweck stellen sie – ohne die geringsten konkreten Beweise – Behauptungen über eine „Verstärkung des Expansionismus“ gegenüber den Nachbarländern der VRCh, in erster Linie Südostasien“ (S. 44) auf. Sie be-

haupten sogar: „In letzter Zeit greift ... die chinesische Führung immer häufiger zum direkten Einsatz von Streitkräften zu Expansionszwecken“ (S. 57). – Was mit dieser Behauptung konkrètement gemeint sein soll, mag der Teufel wissen!

Vor dem Hintergrund derart faustdicker Mährchen und Verleumdungen gegen die VR China ist es auch un zweifelhaft, daß das von der Sowjetunion vorgeschlagene sogenannte „Kollektive Sicherheitssystem in Asien“ nichts anderes darstellen soll als eine Allianz zur Isolierung und Einkreisung Chinas. – Bisher ist es allerdings den Revisionisten noch nicht einmal gelungen, ihre Intim-Freunde, das indische Regime, zur offenen Unterstützung ihres „Sicherheits“-Vorschlags zu bewegen!

Um den angeblichen „Expansionismus“ (Ausdehnungs- und Eroberungspolitik) der VR China in Asien zu „beweisen“, sind die Revisionisten schließlich gezwungen, die scheinheilige Maske völlig abzulegen und offen konterrevolutionäre Positionen zu beziehen. Konkret: Sie werfen der VR China vor, daß sie immer noch in einigen Ländern Asiens revolutionäre und Befreiungsbewegungen unterstützt!!!

„Obwohl Peking formell eine bestimmte Normalisierung der Beziehungen zu seinen südöstlichen Nachbarn anstrebt, unterstützt es gleichzeitig die subversive Tätigkeit der pro-chinesischen Spaltergruppen und sogar (!) die aufständischen Kräfte in diesen Ländern“ (Anm. 6). An anderer Stelle wird darüber geklagt, daß seitens der VR China „auch mit Hilfe bewaffneter promaoistischer aufständischer Gruppen in einer Reihe von Ländern Südasiens nach wie vor Druck ausgeübt wird (Burma, Indien, Indonesien, Malaysia, Thailand, Philippinen)“ (Anm. 7). Damit beziehen die Revisionisten offen Stellung gegen die Befreiungskämpfe sogar in Ländern wie Indonesien und Thailand!!! Somit wird auch klar, was sich hinter den revisionistischen Vorwürfen verbirgt, die VR China sei bestrebt, „Herde von Spannungen, Kriegen und Konflikten zu schaffen“ (Anm. 8), betreibe „ideologische Expansion“ (Anm. 9), „Wühlätigkeit“ (Anm. 10), „Subversivität“ (Anm. 11) usw.

Die Revisionisten wenden sich gegen die „eindeutig abenteuerliche Appelle an die Völker der drei Kontinente ... sich zum Volkskrieg zu erheben“, von denen die VR China zwischen allerdings – leider, sagen wir als Kommunisten! – „abgegangen“ sei (Anm. 12). Die VR China habe früher versucht, den „Entwicklungsländern“ ein bestimmtes Schema „aufzuzwingen“. „Das Kernstück dieses Schemas war die Verabsolutierung des bewaffneten Kampfes und die Proklamierung der Gewalt“ (Anm. 13).

An anderer Stelle sagen die Revisionisten: „Einige kommunistische Parteien Südasiens gerieten unter dem Einfluß der Gruppe Mao Tse-tung in Isolierung von der internationalen kommunistischen Bewegung.

Bis vor kurzem befolgten diese Parteien vorbehaltlos die Konzeption der Peking-Führer, insbesondere die Linie auf einen „Volkskrieg“ in ihren Ländern ... In letzter Zeit entfaltet sich jedoch in diesen kommunistischen Parteien unter dem Einfluß der Siege in Indochina, besonders in Vietnam, der Kampf um die Fragen ihrer weiteren Orientierung“ (Anm. 14).

Es wird nicht gesagt, welche Parteien konkret gemeint sind – offenbar aber solche wie die KP von Thailand, Burma, Malaysia und vor allem Indonesien. Es ist allerdings nicht bekannt – und wird natürlich von den Revisionisten auch mit keinerlei Fakten belegt – daß in irgendeiner dieser Parteien ausgerechnet die Orientierung auf den Volkskrieg in Frage geraten sein könnte. Der Hinweis auf den „Einfluß der Siege in Indochina“ ist in diesem Zusammenhang der reine Hohn, denn gerade diese Siege sind natürlich ein großartiger Beweis für die Richtigkeit der Orientierung auf den Volkskrieg in diesen Ländern und eine ungeheure Ermutigung für die Befreiungskämpfe dort!!

Aber daß in Vietnam und ganz Indochina sich die Linie des Volkskriegs durchgesetzt hat, hat den Revisionisten noch nie geschmeckt, weil das für sie eine „maoistische“ Theorie ist (womit sie wohl nicht unrecht haben! ...). So war es gang und gebe in der westdeutschen Vietnam-Solidaritätsbewegung vor einigen Jahren, daß Vertreter der DKP und ihrer Ableger wie MSB und SDAJ öffentlich gegen die Parole „Für den Sieg im Volkskrieg“ anstörten.

Vor dem Hintergrund der hier dargestellten konterrevolutionären Hetze insbesondere gegen die Befreiungsbewegungen Südasiens (Burma, Indonesien, Thailand etc.) ist es purer Zynismus, wenn die Sowjetrevisionisten ihre massiven Engagement in Angola als einen Ausdruck von proletarischem Internationalismus hinstellen. Die Sowjetrevisionisten engagieren sich, weil sie sich davon einen Nutzen versprechen; unter veränderten Bedingungen wären sie mit Sicherheit auch bereit, gegen die Befreiungsbewegungen der Völker Afrikas zu hetzen, wie sie es aus machtpolitischen Gründen in Asien bereits tun.

Das geradezu verbrecherische der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik besteht darin, durch ihre perverse Allianz mit der äußersten Reaktion und mit den Agenten des Imperialismus in Afrika dem Sowjetrevisionismus überhaupt die Rolle zu ermöglichen, die er dort heute spielt – sich nämlich als scheinbarer „natürlicher Verbündeter“ der afrikanischen Völker hinzustellen. Da nützt es auch nichts, wenn in den Veröffentlichungen der chinesischen Presse (und ihres internationalen Nachbeter-Kartells) unermüdlich der angebliche „Zorn der afrikanischen Völker über die Greuelthaten des Sozialimperialismus“, der „Kampf der afrikanischen Völker gegen die sozialimperialistische Aggression und Einkreisung“ usw. usf. beschworen

wird – F a k t ist, daß sich die chinesische Außenpolitik in Afrika in eine Sackgasse hineinmanövriert hat und daß auf der anderen Seite die Einflußmöglichkeiten des Sowjetrevisionismus unter den afrikanischen Völkern und ihren Befreiungsbewegungen noch nie so groß waren wie heute!

Kriegshetze gegen die VR China

Die Revisionisten sind bemüht, die VR China als „Gefahr für die Völker aller Staaten“ (15) hinzustellen – mal, indem sie gegen chinesische „Wühlstätigkeit“ und „Unterstützung aufständischer Kräfte“ hetzen; dann wieder mit der Behauptung, „die chinesischen Führer versetzen ... der nationalen Befreiungsbewegung einen Schlag“ (16).

Im Zentrum aller Verleumdungen steht aber die ungeheuerliche Behauptung, China steuere „den Kurs zur Provokation eines Weltkrieges“ (17), sei „Apologet (=Verteidiger, Befürworter! Anm.AK) eines neuen Weltkrieges“ (18).

Bei allem vordergründigen „anti-imperialistischen“ Geschrei der Revisionisten ist absolut klar, daß für sie nicht etwa der US-Imperialismus, sondern die VR China der Hauptfeind Nr.1 ist. Dies ergibt sich aus folgendem:

Die revisionistische „Einschätzung“ der Weltlage lautet: „Die Entspannung wird zu einer dominierenden Tendenz, und die Prinzipien der friedlichen Koexistenz werden zu einer anerkannten Norm der internationalen Beziehungen der Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung“ (19). Sie behaupten, „daß die gegenwärtige internationale Entwicklung in Richtung auf Entspannung und Schaffung eines Systems der kollektiven Sicherheit in verschiedenen Regionen der Welt“ gehe (20). „Entspannungsprozeß“ sei Trumpf und „jetzt muß dieser Entspannungsprozeß unumkehrbar gemacht werden“ (21). Denn: „Das veränderte Kräfteverhältnis in der Welt ermöglichte die Einleitung einer Wende in den internationalen Beziehungen vom kalten Krieg zur Entspannung, von der militärischen Konfrontation zur Sicherheit und friedlichen Zusammenarbeit“ (22).

Die Folge ist angeblich, daß es „dem gemeinsamen Kampf der friedliebenden Kräfte gelang und gelingt, Gefahrenherde für Konflikte zu überwinden und die aggressiven imperialistischen Kräfte an Provokationen zu hindern“ (23). „Die ständig wachsende Macht des sozialistischen Weltsystems gestattet es zu vermeiden, daß Widersprüche zwischen den beiden gegensätzlichen sozialen Systemen auf militärischen Wege gelöst werden“ (24). „Heute sind die Möglichkeiten für die Abrüstung gerade durch die Veränderung des Kräfteverhältnisses unvergleichlich größer geworden“ (25).

Da wir auf die revisionistische „Entspannungs-“, „Friedens-“ und „Sicherheits“demagogie noch zu einem späteren Zeitpunkt ausführlicher eingehen wollen, beschränken wir uns für diesmal mit den obigen Zitaten und stellen nur die wichtigsten Punkte in Kürze dagegen:

1. Die Realität zeigt, daß die internationalen „Spannungen“ im letzten Jahrzehnt nicht etwa abgenommen haben, sondern sich ausgebreitet und verschärft haben. Ob man Angola nimmt, Westsahara, Nahost, Libanon, Zypern, Indien/Pakistan, Ost-Timor, die neuen Drohungen des US-Imperialismus gegen Kuba, den gerade erst beendeten mörderischen Indochina-Krieg des US-Imperialismus usw. usw. – weltweit zeigt sich eine Verschärfung internationaler „Gefahrenherde für Konflikte“ (um im Revi-Jargon zu bleiben). Alle diese Konflikte sind durch ein starkes Engagement des imperialistischen Lagers einerseits und des revisionistischen Lagers andererseits gekennzeichnet. Es ist auch nicht zufällig, daß sich in den letzten Jahren die Waffenlieferungen beider Seiten an andere Länder – und zwar insbesondere an „Gefahrenherde für Konflikte“ – enorm gesteigert haben.

Das ganze verlogene Gerede vom „internationalen Entspannungsprozeß“ ist z.B. auch vor dem Hintergrund zu sehen, daß allein auf Vietnam in den letzten Jahren mehr Bomben geworfen wurden als auf Deutschland während des gesamten 2. Weltkriegs. Man kann nur zu der zynischen Schlußfolgerung kommen, daß für die Sowjetrevisionisten der „Entspannungsprozeß“ darin besteht, daß a n d e r e Völker die imperialistischen Bomben abbekommen, während sie selbst als Waffenlieferant in „Frieden“ und „Sicherheit“ leben.

Wir sind weit davon entfernt, in den internationalen „Konflikten“ nur etwas Schlechtes zu sehen, denn sie sind in allererster Linie Ausdruck des immer stürmischeren ant imperialistischen Befreiungskampfes der Völker und der zunehmenden Krise der imperialistischen Herrschaft. Aber angesichts des Völkermords in Ost-Timor und Westsahara, angesichts der vom Imperialismus und Zionismus im Libanon inszenierten Massaker, angesichts faschistischer und reaktionärer Putsch in vielen Teilen der Welt, angesichts des eben erst zu Ende gegangenen US-Völkermords in Indochina usw. – angesichts all dieser Tatsachen von „Entspannungsprozeß“ und der „Überwindung von Gefahrenherden für Konflikte“ zu schwätzen, verrät eine Skrupellosigkeit, hinter der sich nicht Naivität, sondern böse Absichten verbergen!

2. Daß die „Möglichkeiten“ einer Abrüstung „unvergleichlich größer geworden“ sein sollen (25), ist wirklich ein schlechter Trost angesichts der Tatsache, daß insbesondere US-Imperialismus und der Sowjetrevisionismus ihr Wettrüsten immer fieberhafter steigern und daß sich im letzten Jahrzehnt das beiderseitige Arsenal an Atomwaffen vervielfacht hat. Dabei hatten die Revisionisten vor nunmehr d r e i z e h n Jahren behauptet, es sei möglich, „die im-

perialistischen Regierungen (zu) zwingen ..., auf die Abrüstung einzugehen“ und „die aggressiven Kräfte des Imperialismus zu zügeln, den Kriegsanhängern den Frieden aufzuzwingen“ (26). Im Schatten derartiger Schnacks vollzog sich ein in der Geschichte beispielloses Wettrüsten, vollzog sich die mörderische „Eskalation“ der US-Aggression in Indochina usw.

Wenn die Möglichkeiten für eine Abrüstung angeblich immer günstiger werden, und wenn die internationale Entwicklung in Richtung „Entspannung“, „Frieden“, „Sicherheit“ etc. geht, müßten die Revisionisten erklären, warum es in rund 15 Jahren „Entspannungsprozeß“ (seit der Ara Chruschtschow-Kennedy) keinen einzigen konkreten Abrüstungsschritt gegeben hat, sondern stattdessen Vervielfachung der Rüstung, Entwicklung immer mörderischerer Waffen, mehr als zehn Jahre Krieg in Vietnam, zwei Kriege im Nahen Osten etc.!

Die „Argumentation“ der Revisionisten ist ebenso unverschämte wie dumm: Wer als Kommunist bestreitet, daß es sich bei alledem um „Entspannung“ handelt, ist ganz einfach ein „Entspannungsfeind“! Wer als Kommunist das Wettrüsten zwischen imperialistischem und revisionistischem Lager, insbesondere USA und Sowjetunion, beim Namen nennt, ist ein „Gegner der Abrüstung“ usw. usw.! ... Und dann darf natürlich das freche „Argument“ nicht fehlen: Der Strauß (der Ford etc.) sind ja auch gegen die „Entspannung“, also steht ihr „bereits mit mehr als einem Bein im Lager des Gegners“ (27).

Wir haben immer gegen jede Tendenz in der chinesischen Außenpolitik – oder bei unseren heimischen Vaterländern – Front gemacht, sich bei den imperialistischen Gegnern der „Entspannungs“-Demagogie anzubiedern. Denn gerade diese imperialistischen Kräfte sind es ja, die am meisten an der Schürung von „Spannungen“, das heißt an weltweiter imperialistischer Einmischung, an Expansion, Zurückdrängung der ant imperialistischen Befreiungsbewegungen usw. interessiert sind. Sich ausgerechnet d i e s e n Kräften anzubiedern, heißt in der Tat, den kommunistischen Klassenstandpunkt völlig aufzugeben und den proletarischen Internationalismus zu verraten.

Ebensowenig werden wir aber die geringste Gemeinsamkeit mit den revisionistischen Verleumdern der VR China dulden, auch wenn wir scheinbar in der Beurteilung mancher Züge der chinesischen Außenpolitik zu einigen „Übereinstimmungen“ kommen. Wenn die Revisionisten behaupten, China wolle die „Aufhebung anderer Staaten und Völker zu militärischen Konflikten“ betreiben (28), wolle „Herde von Spannungen, Krisen, Kriegen und Konflikten schaffen“ (29), wolle „den Prozeß der internationalen Entspannung torpedieren“ (30), wolle „die Welt zu einem Krieg drängen“ (31) und letztlich die „Provokation eines Weltkrieges“ (32), so ist das ein sehr plumpes Ab-

lenkungsmanöver angesichts der Tatsache, daß nicht etwa die VR China, sondern die Sowjetunion selbst und die USA an der Spitze des internationalen Wettrüstens stehen, daß sie allein über gigantische Mengen atomarer Massenmordwaffen verfügen usw. Während die Revisionisten sich dem US-Imperialismus offen anbiedern und erklären, „Peking gelingt es nicht, den Prozeß der internationalen Entspannung zu torpedieren und eine Zuspitzung der Beziehungen der UdSSR zu den führenden kapitalistischen Staaten, vor allem zu den USA, herbeizuführen“ (33), stellen sie praktisch die VR China als Hauptkriegstreiber in der heutigen Welt hin (es ist nicht bekannt, daß die Revisionisten Vorwürfe wie „Kurs zur Provokation eines Weltkrieges“ auch gegen den US-Imperialismus erheben würden!).

Die Revisionisten behaupten, die VR China bilde „eine zunehmende Gefahr“ für „alle friedliebenden Staaten, ganz gleich welcher Gesellschaftsordnung“ (34), der „Maoismus“ sei „heutzutage eine Gefahr für die Völker aller Staaten ... unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung“ (35), und sie mahnen unerbittlich: „Das chinesische Problem (!) wird immer mehr zu einer der akutesten politischen Fragen der Gegenwart“ (36). Die Tendenz liegt auf der Hand: Angeblich ist international der „Entspannungsprozeß“ Trumpf, die friedliche Koexistenz ist eine allgemeine „anerkannte Norm der internationalen Beziehungen“ – nur die VR China legt sich quer, schürt „Spannungen“, will die „Entspannung“ zwischen USA und Sowjetunion „torpedieren“, ist praktisch heute angeblich der Hauptkriegstreiber. „Alle Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung“ sind aufgerufen, sich um das „akute chinesische Problem“ zu kümmern. Wie sich die Revisionisten die „Lösung“ des „chinesischen Problems“ vorstellen, kann man sich ausmalen!...

Die revisionistischen Bemühungen, eine weltweite Front „aller Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung“ zur „Lösung“ des „chinesischen Problems“ zustande zu bringen, sind praktisch das genaue Gegenteil zu aktuellen chinesischen Parolen von der „internationalen Einheitsfront gegen die Supermächte, vor allem gegen den Sozialimperialismus“. Allerdings sind die sowjetischen Drohungen und Manöver ungleich gefährlicher, weil sich hinter ihnen die zweitgrößte Militärmaschinerie der Welt verbirgt, mit einem ungeheuren Arsenal an atomaren Waffen.

Außerdem werden wir, bei aller Empörung angesichts der immer toleren Eskapaden der chinesischen Außenpolitik, niemals vergessen, daß es die KPdSU war, die damit b e g o n n e n hat, zu diesen Formen der Auseinandersetzung zu greifen, die z u e r s t imperialistische Politiker als „einsichtsvoll“ usw. anpries und sich bei ihnen anbiederte. Wir vergessen nicht, daß schon 1963 die KPdSU gegen die KP Chinas den ungeheuerlichen Vorwurf erhob, sie

strebte die „Entfesselung eines Weltkriegs“ an (36b). Wir vergessen nicht, w e r die kommunistische Weltbewegung mit derartigen Verleumdungen und einer umfassenden Hetzkampagne g e s p a l t e n und zugrunde gerichtet hat!

Warum fürchten die Revisionisten den „Maoismus“?

Angesichts der offenkundigen geistigen Verwirrung der Verfasser der mehrfach erwähnten Beilage zu „Sozialismus - Theorie und Praxis“ nimmt es nicht Wunder, daß sie sich auch beim Thema „Konfrontation der Maoisten mit der kommunistischen Weltbewegung“ (S.60ff.) in allerlei Widersprüche verstricken und krauses Zeug zum Besten geben.

Sie stellen zwar ausdrücklich fest: „Heutzutage wagt sich keine einzige ernste politische Partei oder Gruppe, keine einzige renommierte (?) Persönlichkeit des öffentlichen Lebens, von ihren Beziehungen zum Maoismus zu sprechen“ (S.68). Das ist zweifellos richtig, wenn man unter „Maoismus“ in Wirklichkeit die Politik der „ML“er und der Vaterlandsverteidigung versteht. Das hindert die Revisionisten freilich nicht, sich gleich wieder zu ängstigen, die „Maoisten“ seien eine „Quelle der Desorientierung, Desorientierung und Spaltung der revolutionären Kräfte“ (S.67) und sie würden von der „chinesischen Führung“ dazu „benutzt, in die marxistisch-leninistischen (d.h. revisionistischen - Anm.AK) Parteien Spaltung hineinzutragen“ (S.66). Und: „Unter gegenwärtigen Verhältnissen, da immer neue Länder den Sozialismus als ihr Ziel verkünden, kann der Maoismus diese Länder desorientieren“ (S.70). Und obwohl die Verfasser behaupten, „die meisten vernünftig denkenden Politiker“ der „Dritten Welt“ seien „sich über den konjunkturbedingten und spekulativen Charakter des Kurses Pekings im klaren und wollen nicht in seinem Fahrwasser segeln“ (S.54), jammern sie gleich darauf: „Die Evolution (=Entwicklung, Anm.AK) der Entwicklungsländer zum wissenschaftlichen Sozialismus, zur Festigung der Zusammenarbeit mit der sozialistischen Staatengemeinschaft, würde viel schneller vor sich gehen, wenn nicht die Desorientierungstätigkeit Pekings wäre“; z.B. würde die VR China „den Entwicklungsländern maoistische Konzeptionen der Wirtschaftsentwicklung aufzuzwingen“ versuchen (S.55).

Hier liegt der erste Grund für die Angst der Revisionisten vor dem „Maoismus“. Wäre der „Maoismus“ nur das, als was die Revisionisten ihn darstellen (und was er in der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik teilweise auch zu sein scheint), dann würde in der Tat in der „Dritten Welt“ der „Maoismus“ garantiert keinerlei Anklang finden. Tatsächlich ist es aber das reale Vorbild der großen chinesischen Revolution, des Aufbaus des Sozialismus, der großen wirtschaftlichen und sozialen Fort-

schritte, die historische Solidarität des chinesischen Volkes mit den Völkern der „Dritten Welt“, die „marxistische“ Theorie und Praxis des Volkskrieges und vieles mehr, was in der „Dritten Welt“ die „Gefahr“ des „Maoismus“ aus der Sicht der Revisionisten ausmacht. Daß diese Erfahrung auch durch zeitweise negative Erscheinungen der chinesischen Außenpolitik nicht zu erschüttern ist, zeigt am eindrucksvollsten das Beispiel der MPLA, die noch heute ihre freundschaftlichen Gefühle gegenüber dem chinesischen Volk und der VR China betont.

Der zweite Grund, warum die Revisionisten die „Gefahr“ des „Maoismus“ beschwören, liegt in den Schwierigkeiten, die sie heute haben, ihre sogenannte „kommunistische Weltbewegung“ halbwegs zusammenzuhalten. So wettern die Verfasser der Beilage zu „Sozialismus - Theorie und Praxis“ heftig gegen die „neutralistische Einstellung zum Maoismus“. „Gewollt oder ungewollt helfen jene den Pekingern Spalern, die sich gegen die Entlarvung der Schädlichkeit des Maoismus, gegen die Kritik der prinzipiellen Fehler der Peking-Führer, gegen die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie und Taktik, gemeinsamer Zielsetzungen im Kampf für die Einheit und den Zusammenschluß des Weltsystems des Sozialismus und der kommunistischen Bewegung wenden.“ „Unter diesen Verhältnissen gewinnt der Kampf gegen die Verbreitung der Ideen des „Neutralismus“, faktisch aber gegen den pro-maoistischen Opportunismus (!!) in der kommunistischen Bewegung ganz besonders an Bedeutung.“ (alle Zitate S.63).

Hier geht es also offenkundig gegen Parteien wie die Revisionisten Italiens (PCI), Frankreichs (PCF), Spaniens (PCE) u.a., die zu der von den Sowjetrevisionisten geforderten „offiziellen Verurteilung“ der KP Chinas durch die „kommunistische Weltbewegung“ nicht bereit sind, die sich eine größere Unabhängigkeit von der KPdSU (im Sinne einer engeren Zusammenarbeit mit den bürgerlichen Parteien i h r e r e i g e n e n Länder) sichern wollen usw.

Das lächerliche Gespenst eines „pro-maoistischen (!) Opportunismus“ wird beschworen, um diese Entwicklung aufzuhalten. Dabei verfallen die sowjetrevisionistischen Verfasser unvermeidlich wieder in den chauvinistischen „Vater“-Ton, der der KPdSU im Umgang mit den „Bruderparteien“ nun einmal eigen ist.

Das dritte Motiv der Revisionisten, die „Gefahr“ des „Maoismus“ zu beschwören, ist die Angst vor der Entwicklung der revolutionären Linken. So behaupten sie: „Die maoistischen Ausfälle gegen den wissenschaftlichen Sozialismus und den proletarischen Internationalismus tragen zur Aktivierung der Antikommunisten, der Abtrünnigen verschiedener Schattierungen, Trotzlisten, Anarchisten, Extremisten sowie rechten und linken Opportunisten bei, die sich in ihren Attacken gegen den Marxismus-Leninismus häufig mit den Maoisten zusammentun“.

(S.63/64). Und sie sprechen sogar von einer „geistigen Verwandtschaft der Pekinger Führung mit den Gruppierungen terroristischen und anarchistischen Charakters“ (S.65). Auf Feinheiten kommt's offensichtlich dabei nicht an!

Wenn man den „Maoismus“ mit der heutigen Außenpolitik der VR China identifiziert und die „Maoisten“ mit „ML“ern und Vaterlandsverteidigern gleichsetzt, dann liegt es auf der Hand, daß diese Leute in fast allen Ländern bedeutungslose Sekten sind, mit denen kein Revolutionär verwechselt werden will. Beispielsweise ist auch klar, daß sich die Trotzkisten nie als mit den „Maoisten“ zusammen tun, sondern daß sie diese – egal was man unter „Maoisten“ verstehen mag – erbittert bekämpfen, wie im übrigen ja auch die trotzkistischen Angriffe gegen die VR China den revisionistischen Verleumdungen aufs Haar gleichen.

Die Revisionisten brauen dieses ganze Sammelsurium von „Abtrünnigen verschiedener Schattierungen“, „Trotzkisten“, „Anarchisten“, „Extremisten“, „Terroristen“, weil es für sie sehr bequem ist, alle diese Gruppen zusammen in einen Topf zu werfen. So zubereitet ist dann sogar noch der allerdümmste DKP-Funktionär in der Lage, ein paar Schnacks gegen die „Chaoten“ abzulassen. Jede größere Differenzierung würde womöglich das Fassungsvermögen dieser Funktionäre überfordern und die Verhetzung der Mitgliedschaft unnötig komplizieren. Und wenn sich gewisse Differenzierungen gar nicht mehr vermeiden lassen, sind die Revisionisten so gleich bestrebt, doch gleich wieder alles in den großen „Chaoten“-Topf zu wischen. So weiß heute z.B. jeder DKPler, daß sich der KB in vielen Fragen, z.B. auch der Haltung zur chinesischen Außenpolitik, von den „ML“ern unterscheidet. Daher wurde eigens vor einiger Zeit ein großes Tribunal inszeniert (siehe auch Notiz in diesem AK), wo der „Beweis“ geführt werden sollte, daß der KB im Grunde „antisowjetisch“ und sonst alles mögliche sei (immer nach der geistreichen Devise: Der KB kritisiert die Sowjetunion, die „ML“er kritisieren die Sowjetunion, Strauß kritisiert die Sowjetunion – also alles eine Soße!...). Am Ende kam heraus, daß die offenkundigen Differenzen des KB gegenüber den „ML“ern ein besonders tückischer Trick der „KB-Führer“ seien, um „dem wachsenden Druck und der Stimmung der Mitglieder und Anhänger des KB“ Rechnung zu tragen (37), weil es viele „ehrliche KB-Mitglieder“ gebe, „die unter dem Eindruck der konterrevolutionären chinesischen Außenpolitik am Maoismus zu zweifeln beginnen“ (38). Innerhalb des KB ist über solche Zweifel nichts bekannt, aber einige DKP-„Theoretiker“ hören anscheinend das Gras wachsen!...

Den „Maoismus“ verteidigen!

Für uns ist der „Maoismus“ (ein Ausdruck, den wir selbst nicht verwenden, aber auf den wir uns hier

beziehen) zu identifizieren mit der in erster Linie vom Genossen Mao Tse-tung geprägten revolutionären chinesischen Theorie und Praxis der chinesischen Revolution. Das heißt, wir identifizieren den „Maoismus“ zum einen mit den in den „Ausgewählten Werken“ und den darüber hinausgehenden authentischen Schriften des Genossen Mao Tse-tungs entwickelten Vorstellungen, mit der „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“ u.a.; wir identifizieren den „Maoismus“ zum anderen mit rund zwei Jahrzehnten revolutionärer chinesischer Innen- und Außenpolitik, insbesondere auch mit der Großen Proletarischen Kulturrevolution.

In diesem Sinne sind und bleiben wir selbstverständlich „Maoisten“, d.h. der „Maoismus“ ist für uns ein Bestandteil des Marxismus-Leninismus, der die orientierende Ideologie unserer Organisation ist.

Die Revisionisten hingegen versuchen, den „Maoismus“ zu verteufln, indem sie ihn zum einen mit Erscheinungsformen der gegenwärtigen chinesischen Außenpolitik gleichsetzen, die für uns einen krassen Bruch mit den „Mao-Tse-tung-Ideen“ und mit zwei Jahrzehnten chinesischer Politik darstellt, und sie versuchen, den „Maoismus“ außerdem anzuschwärzen, indem sie die kühne Behauptung aufstellen, Mao Tse-tung sei überhaupt nie ein Marxist-Leninist gewesen!

So heißt es beispielsweise in einem revisionistischen Broschüren aus der Sowjetunion:

„Was ist der Maoismus eigentlich vom ideologisch-theoretischen, philosophischen, soziologischen und taktischen Auffassungen Maos und seiner Anhänger deutlich den Einfluß und das eklektische Gemisch verschiedenster Doktrinen, Ansichten, Theorien und Konzeptionen erkennen: der feudalen chinesischen Philosophie (vorwiegend Konfuzianismus und Taoismus), des kleinbürgerlichen Sozialismus, Ansichten kleinbürgerlich-bäuerlicher, bürgerlich-nationalistischer, großmachtschauvinistischer, trotzkistischer, anarchistischer Prägung u.dgl.m.“

Durch dieses Prisma eben hatte Mao Tse-tung denn auch gewisse Ideen des Marxismus-Leninismus aufgenommen. Mao hat nie eine in sich geschlossene marxistisch-leninistische Weltanschauung besessen“ (Anm. 39).

Man kann sicher sein, daß der „durchschnittliche“ politisch interessierte sowjetische Leser, für den solche Broschüren gemacht werden (die dann z.B. auch in deutschen Übersetzungen in der DDR verbreitet werden), niemals eine authentische Schrift Mao Tse-tungs zu sehen bekommen wird (das ist eine wesentliche Voraussetzung für die revisionistischen Verleumdungen!), und daß er mit Begriffen wie „Konfuzianismus“ und „Taoismus“ inhaltlich überhaupt nichts konkretes anfangen kann, daß dieses pseudo-wissenschaftliche Geschwätz und die Aneinanderreihung irgendwelcher -ismen nur zur Einschüchterung der Leser dienen soll.

Denn es gibt absolut keine inhaltliche Auseinandersetzung der Revisionisten mit den „Mao Tse-tung-Ideen“; es gibt keine revisionistische Schrift, in der die Behauptung wie „eklektisches Gemisch verschiedenster Doktrinen“ usw. jemals inhaltlich belegt worden wären. Die unseres Wissens einzige Ausnahme, - d.h. der einzige Versuch, den „Maoismus“ wirklich anhand der Schriften des Genossen Mao Tse-tung zu widerlegen, findet sich in dem heute längst vergessenen Buch „Chinas Weg - Marxismus oder Maoismus“ (Anm. 40). 1969 von der DKP herausgebracht. Die Verfasser dieses Buches verblüfften damals durch Ahnungslosigkeit und Frechheit. So warfen sie dem Genossen Mao Tse-tung z.B. vor: „Das Vertrauen in die Massen bzw. der Glaube, daß es genüge, sie zu mobilisieren, läßt ihn alle objektiven Schranken vergessen...“. Geringschätzung gegenüber dem durch Jahrtausende hindurch geprägten (!) chinesischen Volk und elitär-idealistische Ansicht, daß man den Menschen ändern könne, wie man wolle, fließen hier mit paternalistischen Zügen zum Zynismus (!) zusammen“ (Anm. 41). Bei der „Widerlegung“ des Genossen Mao stützen sich die Verfasser jenes Buches vor allem auf die Schriften des französischen Rechtsrevisionisten Roger Garaudy, der kurz darauf aus der PCF flog, nachdem er seine antikommunistische Dreckschleuder nicht nur (wie erwünscht) gegen die VR China, sondern auch gegen die Sowjetunion gewendet hatte. Nicht zuletzt deshalb ist dieser DKP-Schmöcker, der seinerzeit zentrales „Schulungsmittel“ zur Aufhetzung gegen den „Maoismus“ war, von den Revisionisten schon lange aus dem Verkehr gezogen worden.

Nicht zuletzt sei erwähnt, daß in den 50er Jahren die Gesammelten Schriften des Genossen Mao Tse-tung in der DDR in deutscher Übersetzung erschienen sind.

Texte von Mao Tse-tung wurden im übrigen auch von der KPD nachgedruckt. So beispielsweise in „Wissen und Tat“ („Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur“ der KPD) vom Februar 1949 der Artikel des Genossen Mao Tse-tung „Ein Wendepunkt in der Geschichte“ (25.12.47). Im redaktionellen Vortext dazu heißt es: „Wir empfehlen unseren Lesern ein gründliches Studium des hier wiedergegebenen Referats... Abgesehen davon, daß das Referat einen ungewöhnlich klaren Einblick in die besonderen Probleme des Kampfes des chinesischen Volkes vermittelt, besteht seine Bedeutung vor allem in der Darlegung der theoretischen Grundlagen und Perspektiven des Kampfes der kolonialen und halbkolonialen Völker“ !! Man vergleiche dies mit den heutigen Verleumdungen!! – Der Text des Genossen Mao „Über den Widerspruch“ gehörte in den 50er Jahren zum zentralen Kader-Schulungsmaterial der KPD, als anerkannt ausgezeichnete Darlegung der marxistisch-leninistischen Dialektik!

Noch 1959 (!!) erschien in der DDR die Dokumentation „Aus dem Kampf der deutschen Arbeiterklasse zur Verteidigung der Revolution in China“ (Hrsg. von der Parteihochschule „Karl Marx“ beim ZK der SED, Dietz Verlag Berlin 1959). Der Dokumentation vorangestellt sind zwei große Fotos von Mao Tse-tung und Lenin! Im Vorwort wird Walter Ulbricht zitiert, der vom „Sieg der Volksrevolution in China unter Leitung des weiblickenden Führers Mao Tse-tung“ sprach.

Heute nachträglich mit der Behauptung zu kommen, Mao Tse-tung sei „eigentlich“ überhaupt nie Marxist-Leninist gewesen, sondern habe den Kopf voller verrückter kleinbürgerlicher Ideen gehabt, nimmt sich vor diesem Hintergrund reichlich merkwürdig aus. Ganz offensichtlich können es die Revisionisten der KP China einfach nicht verzeihen, daß sie es „gewagt“ hat, die revisionistische Entwicklung der KPD/SU zu kritisieren und anzugreifen?!

Jedenfalls steht eine theoretische Auseinandersetzung der Revisionisten mit den „Mao Tse-tung-Ideen“ noch aus. Wir sind sicher, daß die Revisionisten gute Gründe haben, wenn sie diese Auseinandersetzung bisher vermieden haben und weiter vermeiden wollen. Sie würden dabei nämlich „ziemlich alt aussehen“!

Anmerkungen

- 1) Offener Brief des ZK der KPD/SU vom 14.7.1963, zitiert nach „Polemik über die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung“, Peking 1965, S. 595
- 2) „Wissen und Tat“, Schriftenreihe der KPD für den innerparteilichen Gebrauch, Sondernummer „Über die Volksrepublik China“, ohne Datum (etwa 1951/52), S. 59 – es handelt sich bei den Artikeln dieser Sondernummer durchweg um Übersetzungen der sowjetischen Verfasser, in diesem Fall ein gewisser N. Sudarikow
- 3) Sämtliche Angaben und Zitate über Höhe und Zeitpunkt der Kredite sowie Kommentare aus: G. Hidasi (Ungarn), „Die Widerspiegelung der außenpolitischen Bestrebungen der chinesischen Führung in der Wirtschaftspolitik der VR China“, im Sammelband „Die antisozialistische, entspannungsfeindliche Außenpolitik der Pekinger Führer“, Berlin/DDR 1974, S. 228-29
- 4) G.W. Astafjew (Sowjetunion), „Die Entstellung der Leninschen Prinzipien der Außenpolitik in den theoretischen Konstruktionen und in der außenpolitischen Praxis der VR China in den Jahren 1958 bis 1972“, im Sammelband, siehe Anm. 3, S. 34
- 5) Zitate Lin Biao's nach „Die territorialen Ansprüche Mao Tse-tungs“, Moskau 1971, S. 6
- 6) N. Dagdan (VR Mongolei), „Einige Aspekte des außenpolitischen Kurses der chinesischen Führer in Asien“, im Sammelband, siehe Anm. 3, S. 278
- 7) W. N. Matwejew (Sowjetunion), „Die antisozialistische Politik der Maoisten in der ‚dritten Welt‘“, im Sammelband, siehe Anm. 3, S. 215
- 8) Beilage zu „Sozialismus - Theorie und Praxis“, Januar 1976, S. 14
- 9) Beilage ..., S. 57
- 10) gleichfalls
- 11) Beilage ..., S. 15
- 12) siehe Anm. 7
- 13) ebenso, S. 212
- 14) Beilage..., S. 64-65
- 15) Beilage..., S. 70
- 16) siehe Anm. 4, S. 43
- 17) Beilage..., S. 13
- 18) Beilage..., S. 14
- 19) Beilage..., S. 11
- 20) Beilage..., S. 9
- 21) Günter Weiss, „KB gegen Entspannung und Abrüstung“, in „Materialien einer Veranstaltung der DKP am 8. Januar 1976 im Hamburg“, S. 25
- 22) Sammelband ..., siehe Anm. 3, Vorbemerkung S. 5
- 23) siehe Anm. 21
- 24) Beilage ..., S. 11
- 25) siehe Anm. 21
- 26) siehe Anm. 1, S. 618 und 615
- 27) siehe Anm. 21, S. 24
- 28) Beilage ..., S. 7
- 29) Beilage ..., S. 14
- 30) Beilage..., S. 66
- 31) Beilage..., S. 67
- 32) Beilage..., S. 13
- 33) Beilage ..., S. 66
- 34) Beilage ..., S. 14
- 35) Beilage..., S. 70
- 36) Beilage..., S. 14
- 36 b) siehe Anm. 1, S. 610
- 37) siehe Anm. 21, S. 23
- 38) Willi Gerns, „Opportunismus unter linker Flagge“, in: „Materialien ...“, siehe Anm. 21, S. 5
- 39) „Worüber Peking schweigt“, Moskau 1972, S. 3-4
- 40) Robert Farle/Peter Schöttler, „Chinas Weg - Marxismus oder Maoismus“, Verlag der Marxistischen Blätter, Frankfurt 1969
- 41) siehe Anm. 40, S. 112-113

Impressum

Herausgeber: Kommunistischer Bund
Verlag: J. Reents-Verlag
V.i.S.d.P.: K. Ehlers, Verlagsadresse
Druck: Hein + Co., Hamburg 50
Auflage: 2000
November 1978

60 Jahre Oktoberrevolution	3
Alle Macht den Sowjets!	7
Zur Außenpolitik der Sowjetunion: (1) „Entspannungspolitik — ein gigantischer Betrug“	13
Zur Außenpolitik der Sowjetunion: (2) ... gegenüber Indien	19
Revisionisten kontra Lenin	23
Der Mythos vom „realen Sozialismus“	24
„Sozialismus in (k)einem Land“?	27
VR Polen: Krise des Revisionismus	29
CSSR: „Brüderlich an der Seite“ der Sowjetrevisionisten...? „Charta 77“: Zur Entwicklung der Opposition in der CSSR	34
Die tschechoslowakische Opposition... Wohin geht die „Charta 77“?	45
Stellungnahme von Petr Uhl / CSSR und Kommentar	49
25 Jahre SED	51
Schwere Kritik am Artikel „Schüsse an der DDR-Grenze“	55
Wolf Biermann — „Warte nicht auf bessere Zeiten...“	58
DDR kontra Opposition: Statt Auseinandersetzung — Unterdrückung und Ausweisung	59
DDR verhaftet Kritiker des „realen Sozialismus“	61
Freiheit für Rudolf Bahro!	64
„Arbeiterbund“ zu Bahro	67
Leserbriefe zum Thema „Bahro-Solidarität“	68
Freiheit für die Konterrevolution?	70
Solschenazi kriegt Gesellschaft: „Regimekritiker“ Amalrik im Westen	72
„Freiheit für alle politischen Gefangenen“ in der Sowjetunion?	74
Arroganz allein tut's nicht — Auseinandersetzung mit der GIM	75
Leserbrief zur Frage der politischen Gefangenen in der UdSSR	77
Veranstaltung: Die Opposition in Osteuropa und die westdeutsche Linke	78
Bahro, CSSR und die DKP	81
Den „Maoismus“ verteidigen, den Revisionismus bekämpfen!	86